# Nachrichten

CrimethInc.
u. a.

*aus*
**Belarus**
**Kasachstan**
**Ukraine**
**Russland**

IMMERGRÜN

**CrimethInc. u. a.**

# Nachrichten aus Belarus – Kasachstan – Ukraine – Russland

IMMERGRÜN

Creative Commons
Dieses Buch kann vervielfältigt und nachgedruckt werden.
Druck: April 2022
Immergrün-Verlag

ISBN 978-3-910281-01-1

# Inhaltsverzeichnis

**Vorwort** 5

## Belarus

Wenn wir uns erheben 9

## Kasachstan

Der Aufstand in Kasachstan 53
Nach dem Aufstand 71

## Ukraine

Der Krieg und die Anarchist*innen 95
Zwischen zwei Fronten 121
Zehn Lehren aus Syrien 151
Der Blick aus der Ukraine – Der Blick aus Russland 165

## Russland

Gegen Annexionen und imperiale Aggression 185
Der Frühling kommt: Geht auf die Straße 189
Russische Anarchist*innen zur Invasion der Ukraine 197
Widerstand von Unten gegen Putins Invasion 205

# Vorwort

Es ist Krieg. Was heißt das aber? Und was heißt das für uns deutschsprachige Anarchist*innen? Die meisten Menschen in Mitteleuropa können nicht ermessen, was Krieg in seinen verschiedensten Erscheinungsformen an Leid und Unglück darstellt. Wir können meist nicht klar bestimmen was sich hinter der Monströsität »Krieg« verbirgt.

Wie der Titel verrät, geht es in diesem Buch um den Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Wann hat dieser Krieg angefangen? War es in der Nacht vom 23.2. auf den 24.2.2022 oder zählen wir die Jahre seit der Annektion der Krim hinzu? Oder mit der seit 1999 fortschreitenden Osterweiterung der NATO? Unklar ist auch, ob es zukünftig ausschließlich um die Ukraine gehen wird. Wir befinden uns weiterhin in kriegerischen Zeiten. Was kommen wird, ist nicht vorhersehbar. Geschichte verläuft bekanntlich nicht linear. Historische Momente und die jeweiligen (oftmals marginalen) antagonistischen Strömungen innerhalb dieser, zeugen von der Offenheit, wie eine geschichtliche Situation verlaufen kann, wenn mensch sich nicht auf ein Blockdenken einlässt. So stellt sich in der jetzigen Situation bezüglich der Ukraine vielerorts die Frage ob Du es mit Russland oder mit der Ukraine oder gar gleich mit der NATO hältst. Als Anarchist*innen wollen wir uns dieser falschen vereinfachenden Gegensätzlichkeit nicht unterordnen. Wir halten es mit den Menschen. Mit den Menschen, die vor Krieg fliehen. Mit den Menschen, die vor dem militärischen Dienst fliehen und damit als Deserteure gelten. Mit den Menschen, die gegen Krieg demonstrieren und damit Haftstrafen riskieren. Mit den Menschen, die für ihre Vorstellung eines herrschaftsfreien Lebens kämpfen – gegen Staat und Faschismus.

Die plötzliche Notwendigkeit einer konkreten Positionierung, mit der sich unsere ukrainischen Genoss*innen konfrontiert sehen, führt uns vor Augen, dass eine Auseinandersetzung mit der Realität des Krieges unumgänglich ist. Krieg findet seit Jahren, Jahrzehnten, Jahrhunderten statt. Die analytische Klarheit, zwischen den verschiedensten Formen des Krieges zu unterscheiden, was jeweils auch eine Unterschiedlichkeit in Strategie und Positionierung nach sich zieht, ist unverzichtbar.
Es kann nicht darum gehen an der Seite des Kapitals oder der Nation zu stehen, da beide die Möglichkeit und Bereitschaft des Krieges in sich

tragen. Dabei ist es irrelevant, welche Nation oder welches kapitalistisches System im speziellen gemeint ist (wobei für eine Bewegung natürlich ein Unterschied besteht, ob sie in einer Demokratie oder in einem faschistischem Regime kämpft). Aus diesem Grund sehen wir die Bezugnahme, wie in einigen der vielen Veröffentlichungen zum Ukraine-Krieg, auf den Spanischen Bürgerkrieg oder Rojava als fragwürdig an, da der Unterschied zwischen revolutionären Bewegungen und Landesverteidigung offensichtlich ist. Der kapitalistische und nationalistische Charakter der Ukraine (gleichwie der Charakter jedes anderen europäischen Landes) kann uns nicht zu freiheitlichen Träumereien verleiten. Die Beschaffenheit des russischen Regimes, dieser »lupenreinen Demokratie«, ebenso wenig. Der Krieg, mit dem die Menschen in der Ukraine konfrontiert sind, sollte uns aber von der Notwendigkeit humanitärer Unterstützung überzeugen – wie jeder andere Krieg auch, etwa im Jemen, in Mali, Myanmar, Kolumbien, Irak, Nigeria, Somalia, im Kongo und anderswo… Diese Unterstützung wiederum kann nicht in einer Ausweitung des Krieges, z. Bsp. in Form von Waffenlieferungen oder der Aufrüstung der Bundeswehr bestehen.

Wie der Versuch einer Selbstbehauptung innerhalb einer kriegerischen Konfrontation, mit der Perspektive von einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, aussehen kann, zeichnet sich in den hier versammelten Texten ab. Wir hoffen mit diesen Texten Diskussionen anzustoßen und zu verstärken, durch die wir die inhaltliche und organisatorische Leere hinsichtlich des Auf- und Ausbaus antistaatlicher emanzipatorischer Strukturen und Tendenzen wieder füllen können, die sich in den letzten Jahren bemerkbar gemacht hat. Für keinen Krieg und für keine Krise hält der Staat Antworten bereit, die dazu geneigt sind ein gutes Leben, mitunter nicht mal das Überleben der Menschen, zu sichern. Der herausfordernden Aufgabe, Antworten auszubuchstabieren, können wir uns nur durch gemeinsame Diskussionen und Praxen annähern. Der Kriegstreiberei und dem Militarismus gilt es unsere Utopie einer herrschaftsfreien Welt ohne Grenzen entgegenzuhalten.

Den Texten zur Ukraine und zu den Protesten in Russland haben wir Berichte aus den Aufständen von Belarus im Jahr 2020 und Kasachstan Anfang des Jahres 2022 vorangestellt. Beides sind postsowjetische Länder, denen ein imperialistisches Interesse Russlands gilt – gleich der Ukraine. Konnte der Aufstand in Belarus durch eigene Militär- und Polizeieinheiten

niedergeschlagen werden, bedurfte es für das Ersticken des kasachischen Aufstands der Anrufung des russisch geführten Militärbündnisses Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Ebenso aufmerksam wie die Menschen im östlichen postsowjetischen Raum die Proteste und Aufstände in ihren Nachbarländern registrieren, die eine Verminderung russischen Einflusses darstellen (können), wird es die russische Führung tun. Aus dem Grund hielten wir es für geboten, die Berichte und Perspektiven aus diesen Ländern in die Textsammlung mit aufzunehmen.

Für eine Welt ohne Grenzen und Herrschaft!
Gegen jeden Imperialismus!
Für das Leben!

Immergrün-Verlag, 05.04.2022

# Belarus

# Wenn wir uns erheben

## Eine kritische Analyse der Revolte von 2020 gegen die Diktatur

Im August 2020 brach in Belarus eine Revolte aus, die den seit 1994 herrschenden Diktator Alexander Lukaschenko beinahe gestürzt hätte. In der folgenden Analyse erörtern Anarchist*innen, die an der Revolte teilgenommen haben, die Wege wie sie erfolgreich war und wie sowohl das Regime als auch seine liberale Opposition die Bewegung untergraben konnten, bevor sie die Diktatur stürzen konnte. Das Ergebnis ist eine wertvolle Quelle für alle, die die Mechanismen von Revolution, Unterdrückung und Kooptation verstehen wollen, ganz zu schweigen von der postsowjetischen Politik in der Region.

Die Schlussfolgerungen werden all jenen vertraut sein, die in den letzten Jahren an Revolten in anderen Teilen der Welt teilgenommen haben. Eine revolutionäre Bewegung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie ihre Ziele unmittelbar durch konkrete Maßnahmen verfolgt und nicht nur durch symbolische Gesten oder Appelle an die Autorität. Die Verlockungen des »friedlichen« Protests, der Respektabilität und der Legitimität dienen dazu, Bewegungen zu entmündigen, ihre Kraft zu minimieren und ihren Einfluss auf die Machthabenden zu untergraben. Wer einen tiefgreifenden sozialen Wandel anstrebt, sollte dezentralisierte Netzwerke aufbauen, die auf soliden Beziehungen beruhen und langfristige Ziele setzen, die den Bedürfnissen derjenigen gerecht werden, die unter der herrschenden Ordnung leiden.

Dies sind hart erkämpfte Lektionen, die im Laufe des offenen Kampfes gegen eine brutale Diktatur entwickelt wurden. In dem Maße, in dem Regierungen auf der ganzen Welt immer autoritärer werden, werden die Erfahrungen der Kämpfenden in Belarus auch andernorts zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Eine frühere Version dieses Textes erschien bei crimethinc.com auf Russisch. Weitere Hintergründe zur anarchistischen Organisierung in Belarus findest du in den Interviews, die zu den Bewegungen von 2017 und 2020 veröffentlicht wurden (ebenfalls zu finden auf crimethinc.com). Diese Dokumentensammlung ist auch eine nützliche Referenz für die Revolte von 2020.




Anarchist*innen nehmen an einem spontanen Protest gegen die Amtseinführung Lukaschenkos teil. Auf dem Transparent steht »Selbstorganisation, nicht Selbstkrönung«.



In den ersten Tagen der Proteste errichteten Demonstrant*innen zum ersten Mal in der modernen Geschichte von Belarus Barrikaden.

# Wenn wir uns erheben

Ein Jahr ist bereits vergangen seit dem Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes 2020, welcher zugleich der Ausgangspunkt des Aufstandes der belarussischen Bevölkerung gegen die Diktatur war. Viele Monate lang leisteten wir Widerstand gegen das Regime – auf den Straßen, in unseren Vierteln und an unseren Arbeitsplätzen – mit kreativen Formen des zivilen Ungehorsams und in ernsthaften Zusammenstößen mit den Kräften des Regimes auf den Straßen des Landes. An einigen Orten waren wir erfolgreich, aber anderswo gelang es dem Regime schnell auf die spontane Organisierung zu reagieren.

Mit dem Herannahen der Silvesternacht verstummten die großen Proteste, und nur kleine Untergrundaktionen erschütterten weiterhin die Hauptstadt. Unser Gefühl entwickelte sich von »wir haben schon gewonnen« zu der aktuell anhaltenden Situation der Depression, in der es scheint, dass der Frühling für die belarussische Bevölkerung nicht kommen wird. Um zu verstehen, wie es weitergehen soll, ist es notwendig, die Situation beständig zu analysieren und aus Fehlern zu lernen, um sie in der Zukunft zu vermeiden. Dieser Text ist ein Versuch, eine solche kritische Überprüfung vorzunehmen. Er soll nicht dazu dienen, neue Teilnehmer*innen zu inspirieren oder die Moral aufrechtzuerhalten, sondern in erster Linie dazu, zu verstehen, was hier und jetzt auf der Straße passiert und wohin wir von hier aus gehen sollten.
Kritik ist willkommen!

# Dezentralisierung als eine Kernstärke des belarussischen Aufstandes

Die Mobilisierung gegen die Diktatur im Jahr 2020 fand im ganzen Land statt. Die vereinigten Initiativgruppen, die sich um das Hauptquartier von [Oppositionskandidatin] Swetlana Tichanowskaja bildeten, leisteten gute Arbeit bei der Aktivierung der Bevölkerung. Die meisten Belaruss*innen kannten die Ergebnisse der Wahlen bereits im Voraus, aber diese politische Agitation basierte in erster Linie auf der Teilnahme am demokratischen Prozess und dem Versuch, ihre Stimmen zu schützen. Die Anarchist*innen hatten in dieser Hinsicht wenig Erwartungen, und deshalb riefen die

meisten Kollektive zu einem direkten Boykott der Wahl auf und dazu am 9. August auf die Straße zu gehen.

Aufgrund dieser fehlenden Illusionen über die Wiederwahl,[1] bildeten sich schon vor August lokale Widerstandsgruppen, mit dem Ziel, nach der »Auszählung« der Stimmen an Protesten teilzunehmen. Die Bemühungen der liberalen Gruppen, die in den Städten Belarus mit einem halblegalen Status arbeiteten, erhöhten das Potenzial dieser Mobilisierung.

Es ist schwer zu sagen, ob Tichanowskaja und ihr Team das Ausmaß des Sturms verstanden, der schon vor dem Präsidentschaftswahlkampf begonnen hatte. Die Unzufriedenheit mit Lukaschenkos Politik im Kampf gegen COVID-19 hatte bereits einen erheblichen Teil der Bevölkerung mobilisiert. Gruppen, die gegenseitige Hilfe selbst-organisierten, waren in verschiedenen Regionen aktiv.

Die politische Kampagne von Tichanowskaja beeinflusste, wie das Coronavirus, das ganze Land. Der Plan für den Wahltag basierte nicht auf einem großen Protest in Minsk, sondern auf der Teilnahme an Kundgebungen im ganzen Land. Das Lukaschenko-Regime rechnete nicht mit einer so hohen Mobilisierung in den verschiedenen Regionen.

Im Resultat bereiteten wir uns mit Gruppen (einschließlich Anarchist*innen) nicht nur in Minsk, sondern auch in anderen Städten und Orten des Landes für den 9. August vor. Obwohl die Behörden versuchten, das wachsende Feuer in verschiedenen Regionen durch einige gezielte Verhaftungen prominenter Politiker*innen und Aktivist*innen zu löschen, gingen am Wahltag landesweit Zehntausende auf die Straße und forderten den Sturz des Regimes.

Den an diesem Abend in Minsk eingesetzten Polizeikräften gelang es schließlich, den Protest aufzulösen. Nachdem Demonstrant*innen die Polizei in einigen Kleinstädten in die Flucht geschlagen hatten, war der Ruf der vermeintlich unverwüstlichen »Peiniger« [Punishers][2] jedoch enorm angeschlagen. Die Flucht der Bereitschaftspolizei schaffte eine Dynamik

---

1 Die belarussischen Wahlen werden manchmal »Wiederwahlen« genannt, weil sie ein Spektakel sind, bei dem die Stimmen nicht einmal gezählt werden, sondern die Ergebnisse von oben veröffentlicht werden.

2 Ab Juli begannen zahlreiche Telegram-Kanäle und Nachrichtenplattformen den Begriff »Peiniger« zu verwenden, um die Mitarbeiter des Innenministeriums/KGB (d.h. der Geheimpolizei) und der internen Truppen (eine halbmilitärische Organisation innerhalb des Innenministeriums) zu beschreiben.

in der belarussischen Gesellschaft, die noch monatelang anhielt. Soziale Netzwerke spielten in den ersten Tagen eine große Rolle bei der Demoralisierung des Regimes: Trotz des Versuchs des Regimes, das Internet abzuschalten, war es leicht Videos, Fotos und persönliche Berichte von Zusammenstößen mit dem Regime zu finden, bei denen die Menschen als Sieger*innen hervorgingen. In kleinen Städten feierten die Menschen ihren Sieg über die Diktatur, nachdem die lokalen Peiniger geflohen waren.

An diesem Punkt hat die Dezentralisierung den zentralisierten belarussischen Staat überflügelt und vorübergehend besiegt. Es war die Dezentralisierung der Bewegung, die es ermöglichte, den Protest bis November fortzusetzen.

Aber gerade in diesen ersten Tagen wurde das erste Problem des belarussischen Protests deutlich: das Fehlen konkreter Ziele der Straßenproteste. Wenige hatten ein Verständnis für die Mechanismen, dies braucht, um ein autoritäres Regime zu stürzen. Ja, es gab die von liberalen Mythen genährte Hoffnung, dass, wenn genug friedliche Menschen auf die Straße gingen, das Regime Angst bekäme und zusammenbrechen würde. Aber die Realität war weniger romantisch.

Nach den nächtlichen Zusammenstößen mit der Bereitschaftspolizei und den internen Truppen,[3] als die Demonstrant*innen in ihre Häuser flohen, gab es einige Leute, die wach blieben: die Strateg*innen des Regimes, die aktiv weiterarbeiteten und ihre nächsten Schritte planten. Die symbolischen Siege in Pinsk oder Brest konnten keinen Raum für weiteren Protest zurückgewinnen; die Plätze und Gebäude wurden weder besetzt noch zerstört. Und obwohl bei den Zusammenstößen mehrere Dutzend Peiniger verletzt wurden, entstand kein ernsthafter Schaden an der Infrastruktur der Diktatur. Wir könnten lange darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, die Verwaltungsgebäude oder die Hauptpost zu besetzen, so oder so haben die Menschen das nicht getan.

Dennoch war der symbolische Sieg der ersten Tage ein schwerer Schlag für die Moral der Regierenden. Bis dahin hatten sie mit völliger Straffreiheit für ihre Taten rechnen können, und die meisten von ihnen hatten nie den Zorn der Bevölkerung zu spüren bekommen. Danach begann ein Exodus aus dem Innenministerium und dem KGB (in Belarus wird

3 »Interne Truppen« bezeichnet eine halbmilitärische Organisation innerhalb des Innenministeriums, die hauptsächlich zur politischen Repression eingesetzt wird. Abgesehen von Offizieren werden diese Truppen aus wehrpflichtigen Soldaten rekrutiert.

die Geheimpolizei immer noch KGB genannt). Einige der KGB-Offiziere versuchten, sich den Proteststrukturen anzuschließen; andere hielten sich bedeckt und warteten auf die Flucht des Diktators.

Es war die Angst, massakriert zu werden, nicht ihre hohen moralischen Werte, die die Mehrheit der Offiziere zur Flucht bewegte.

In Minsk führte die Dezentralisierung zu Nachbarschaftsinitiativen. An einigen Orten veranstalteten die lokalen Gemeinschaften gemeinsame Feste für Kinder und Erwachsene. Andernorts politisierten sich die Gruppen schnell. In Uručča (Minsk) zum Beispiel schlossen sich lokale Initiativen zusammen und verabschiedeten sogar ein politisches Programm. Die gleiche Art von politischen Erklärungen und Bildung von politischen Gruppen fand in anderen Teilen der Hauptstadt statt. Obwohl sich die Stadtteilinitiativen mehr mit Kulturarbeit oder Subbotniks[4] beschäftigten, brachte die Bewegung zum ersten Mal in der langen Geschichte der Region die politische Organisation zurück auf die Basisebene.

Das Fehlen politischer Parteien und klarer Anführer*innen, die die Aktivist*innen um sich scharen, machte es schwierig, die Proteste zu unterdrücken. Der Staatsapparat konnte lange Zeit nicht herausfinden, wie er sich an das dezentrale Format der Aktionen in Minsk anpassen sollte. Zahlreiche Vorträge, Kundgebungen und offene politische Versammlungen wurden ohne die Gefahr von Repressionen abgehalten. Dieses Maß an politischer Freiheit war für die Mehrheit der Belaruss*innen einfach ungewohnt.

Leider breitete sich die Bewegung der Nachbarschaftsversammlungen nur in der Hauptstadt aus. In Brest, Grodno und einigen anderen protestierenden Städten gab es ebenfalls Versuche, lokale Gruppen zu organisieren, aber die Welle des Aktivismus erreichte diese Regionen erst zu einem Zeitpunkt, als die Behörden lernten, mit den lokalen Bewegungen erfolgreich umzugehen, und die Zahl der Demonstrant*innen bereits sank.

Nach Wochen intensiver Demonstrationen auf den Straßen und dezentraler Aktionen passte sich das Regime erneut dem Geschehen an und räumte konsequent ein Viertel nach dem anderen. Obwohl zahlreiche Gruppen auf Telegram weiterhin existieren, sind die meisten Nachbarschaftsinitiativen nun im Überlebensmodus und führen nur noch selten

4 Ist ein Tag ohne Lohnarbeit, der manchmal freiwillig, aber meistens vom Staat erzwungen, durchgeführt wird. Entstanden in der UdSSR als eine der Möglichkeiten, freie Arbeitskräfte für Infrastrukturarbeiten zu nutzen.

irgendwelche Aktionen durch. Der deutliche Rückgang der Aktivitäten hat es dem Regime auch viel leichter gemacht, zu kontrollieren, was in den Nachbarschaften passiert und auf kleine Demos oder Veranstaltungen im Freien zu reagieren.

Die Arbeit mit Nachbarschaftsversammlungen brachte auch einige Herausforderungen für die Bewegung gegen Lukaschenko. In vielen der organisierten Nachbarschaftsgruppen gab es Leute, die sich selbst in die Rolle von Anführer*innen versetzten. Dieselben Leute waren aktiv damit beschäftigt, eine bestimmte Agenda innerhalb ihrer Netzwerke voranzutreiben. Das bedeutete, dass einige Chats alle Nachrichten löschten, die zu direkten Aktionen aufriefen, während andere Chats alle Versuche löschten, zu friedlichen Protesten aufzurufen. Diese Art der Trennung gab es in der gesamten demokratischen Bewegung, aber die Anwesenheit von Moderator*innen, die de facto zu den Chefs ihrer jeweiligen Gebiete wurden, reproduzierte oft die Dynamik der Diktatur im Kleinen, so dass die Leute gezwungen waren, nicht nur gegen Lukaschenko zu kämpfen, sondern auch gegen lokale Aktivist*innen, die aufgrund ihrer technischen Kenntnisse mehr Macht innerhalb der Nachbarschaftsinitiativen hatten.

Das entspricht durchaus der belarussischen Gesellschaft insgesamt, die sich seit vielen Generationen in den Händen der einen oder anderen Diktatur befindet. Die autoritäre Dynamik des Staates manifestiert sich in unserer Gesellschaft in vielen Bereichen, von der Bildung bis zum Arbeitsplatz. Es ist logisch, dass die gleichen Probleme mit kleinen Anführer*innen innerhalb von Nachbarschaftsinitiativen auftraten.

Diskussionen über Dezentralisierung und Nachbarschaftsversammlungen führten dazu, dass der Einfluss von Ideen über dezentralisierte soziale Organisierung vom Schweizer liberalen Föderalismus bis zum Anarchismus zunahm, der dadurch für einige Teilnehmende der Demokratiebewegung eine neue Bedeutung bekam. Irgendwann wurde die Agenda der Dezentralisierung so wichtig, dass sogar liberale politische Parteien und Gruppen versuchten, sie in verschiedenen Formaten zu fördern, von der Verwendung fiktiver Selbstverwaltungsinstitutionen innerhalb der Diktatur[5] bis hin zu Vorträgen über die Schweizer Kantone und die Möglichkeiten der zivilen Kontrolle des Staatsapparats.

5 In 27 Jahren Diktatur griff Lukaschenko immer wieder auf die »Dezentralisierung« der Macht zurück und schuf staatliche Institutionen, die die Macht an der Basis verteilen sollten. In Wirklichkeit waren diese Institutionen Fallen, um lokale Initiativen zu absorbieren und ihren Einfluss in der Gesellschaft zu zerstören. Abgesehen davon

Im aktuellen Kontext der Repression und der Notwendigkeit des politischen Überlebens sind Gespräche über verschiedene Formate dezentraler Organisation in den Hintergrund getreten, aber wir hoffen, dass diese politische Agenda bei zukünftigen Versuchen, Lukaschenko zu stürzen, wiederkehren wird. Schließlich hat die belarussische Gesellschaft das Beispiel Russlands gesehen, das in den 1990er Jahren versucht hat, seinem sowjetischen Erbe des Staatskapitalismus zu entkommen und in der Diktatur Putins gelandet ist. 2014 kam es in der Ukraine nach den friedlichen Majdan-Protesten von 2004 erneut zu einer Revolte, die eine weitere Runde des Kampfes gegen den Autoritarismus in der Region einleitete. Wir glauben, dass diese Keime der Dezentralisierung diese Welle der Repression überleben werden, und auch das Regime selbst.

## Repression gegen Alle

Der Sieg über die Polizei wurde teuer bezahlt. In drei Tagen wurden mehr als 6000 Menschen verhaftet; in Zellen und Gefängnissen kam es zu Folter und Vergewaltigungen, und mindestens ein paar Menschen wurden ermordet. Tagsüber erlebten die großen Städte die chaotischen Versuche des Regimes, jeden gefangen zu nehmen, den sie konnten. Ein großer Teil der Verhafteten waren zufällige Passant*innen, die am hellichten Tag festgenommen wurden. Die staatliche Gewalt richtete sich gegen alle Schichten der Gesellschaft. Zu den Opfern gehörten alle: von einfachen Arbeiter*innen bis hin zu Regimeanhänger*innen, deren Familien trotz ihrer Loyalität zum Regime von der Straße gezerrt wurden.

In dieser Atmosphäre begrüßten viele die gewaltfreien Demos, die sich innerhalb weniger Tage über das ganze Land ausbreiteten und eine Illusion von Sicherheit schufen. Der Beginn der friedlichen Proteste fiel mit der Entscheidung des belarussischen Regimes zusammen, seine Politik der totalen Repression vorübergehend aufzugeben. Sonntagsdemos wurden zum organisatorischen Schwerpunkt dieser sogenannten friedlichen Demonstrationen.

Die Repression bei den Großdemonstrationen in Minsk und einigen anderen Städten war gering; in der Regel wurden etwa hundert Menschen

wurden die lokalen »Institutionen der Selbstverwaltung« als Mittel benutzt, um Gelder von der Europäischen Union zu erhalten.

festgenommen. In Anbetracht der Tatsache, dass über 100.000 Menschen auf die Straße gingen, schien das wenig. Einige Telegramkanäle berechneten sogar die Chancen, bei einer Demonstration verhaftet zu werden, indem sie die Zahlen der Verhafteten in der Vergangenheit heranzogen.

Aber während in Minsk weiterhin die relative Ruhe und das Gefühl, dass das Regime kurz vor dem Sturz steht, gefeiert wurde, war die Repression in den entlegenen Regionen viel intensiver. Bereits im August wurden Dutzende von Menschen in verschiedenen konstruierten Fällen verhaftet. Der Druck auf die Organisator*innen lokaler Straßenkundgebungen nahm zu, und die Zerschlagung war effektiver.

Ein paar Wochen später stellten viele Beobachter*innen fest, dass sich die Situation bereits verschlimmerte, da die Basisbewegung allmählich in genau den Regionen unterdrückt wurde, die ursprünglich die Grundlage des belarussischen Aufstandes gewesen waren.

Lukaschenkos Strategie war relativ einfach. Zuerst unterdrückte er die Kleinstädte, dann die regionalen Zentren, und als sich die Lage dort beruhigt hatte, begann er, eine vollständige und endgültige Säuberung von Minsk zu planen.

Dieses schrittweise Vorgehen bei der Unterdrückung ermöglichte es dem Regime, seine Macht wiederherzustellen. Die meisten wichtigen Medien und Blogger*innen befanden sich in der Hauptstadt, so dass organisatorische Probleme und die Notwendigkeit der Solidarität mit den abgelegenen Regionen selten auf die Tagesordnung der meisten Protestgruppen kamen.

Für Anarchist*innen war die Situation bezüglich der Repression in den abgelegenen Regionen bereits in der zweiten Woche offensichtlich, als Aktivist*innen in verschiedenen Städten anfingen, Strafanzeigen zu bekommen. Einige von ihnen beschlossen bereits im August, das Land zu verlassen. Allmählich wurde die Situation für die Mehrheit der lokalen Aktivist*innen so schwierig, dass sie begannen, das Land in ganzen Gruppen zu verlassen, parallel zum Massenexodus der demokratischen Aktivist*innen.

Die Gewalt ging weiter, selbst als in Minsk ein Gefühl des Sieges herrschte. Schläge und Folter waren systematisch. Und obwohl das Ausmaß nicht mit den ersten Tagen nach den Wahlen zu vergleichen ist, fuhr das Regime fort, Aktivist*innen in Gefängnissen zu »brechen«. Physischer und psychischer Druck zwang viele Teilnehmer*innen der Bewegung, aus dem Land zu fliehen.

Die zweite Welle von COVID-19, die im Herbst 2020 begann, versetzte dem Aufstand einen zusätzlichen Schlag. Das Regime nutzte das Virus



In Minsk und einigen anderen Städten wurden bei den Zusammenstößen mit der Polizei Molotowcocktails genutzt.



Festgenommene Demonstrant*innen in der Turnhalle einer der Polizeistationen. Die Bereitschaftspolizei versuchte mit Demütigungen und Folter, den kollektiven Mut der Bewegung zu brechen.

als Mittel der politischen Unterdrückung. Gesunde Inhaftierte wurden in Zellen mit Coronavirus-Kranken untergebracht. Eine Person konnte während der Haft mehrmals von Zelle zu Zelle verlegt werden, was die Verbreitung des Virus im ganzen Gefängnis erhöhte. Fast alle der im Herbst 2020 inhaftierten Anarchist*innen zogen sich das Coronavirus entweder in der Haft zu oder wurden krank entlassen und mussten noch mehrere Wochen behandelt werden.

Es war unmöglich, während der Inhaftierung medizinische Hilfe zu bekommen. Uns sind nur wenige Fälle von den über 30.000 bekannt, in denen Menschen einen Corona-Test erhielten. Einer dieser Fälle betraf einen Anarchisten. Der Test bestätigte das Vorhandensein des Virus, aber die Gefängnisbehörden beschlossen, unseren Gefährten entgegen den medizinischen Anforderungen nicht zur Behandlung freizulassen. Stattdessen steckten sie ihn für den Rest seiner Strafe in Einzelhaft in eine kalte Zelle.

Mindestens ein Mitglied der liberalen Bewegung starb an Komplikationen durch das Coronavirus, das er sich in der Haft zugezogen hatte.

Erwähnenswert ist, dass die Bedingungen in belarussischen Gefängnissen und Haftanstalten per se als Folter angesehen werden können. Die Zahl der Inhaftierten in den Zellen war zwei- oder dreimal so hoch wie die Zahl der Betten. Viele Verhaftete wurden gezwungen, auf dem Holz- oder Steinboden zu schlafen. Die hellen Lichter in den Zellen wurden auch nachts nicht ausgeschaltet. Die in den Vorschriften vorgeschriebenen täglichen einstündigen Spaziergänge im Freien fanden höchstens ein- bis zweimal in der Woche statt, wobei die Dauer auf 10-15 Minuten reduziert wurde. Decken wurden oft nicht zur Verfügung gestellt und später stellten die Behörden auch keine Matratzen mehr zur Verfügung. Die Inhaftierten wurden systematisch geschlagen – und werden auch heute noch geschlagen.

Lange Zeit war die Behandlung von politischen Gefangenen, die aufgrund von kriminellen Paragraphen verhaftet wurden, etwas besser, aber in den letzten Monaten hat sie sich weiter verschlechtert. Die Gefangenen werden sowohl vor als auch nach dem Prozess geschlagen. Der Tod von Vitold Ashurak[6] war die Folge der qualvollen Bedingungen, denen politische Gefangene ausgesetzt sind.

---

6 Ashurak war jahrelang ein Aktivist der liberalen Opposition. Er wurde am 19. September wegen der Teilnahme an Protesten verhaftet und im Januar 2021 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Ashurak wurde im Mai 2021 vom Regime im Gefängnis getötet.

Heute versucht das Regime, die Reste der Nachbarschafts-Aktivist*innen zu zerschlagen und das politische Leben in Belarus zu zerstören. Zu diesem Zweck setzt es kollektive Bestrafung ein: Menschen, die nicht am Protest teilgenommen haben, aber auf der Liste der Aktivist*innen stehen und die nach Meinung des Regimes eine Strafe für die Handlungen anderer verdienen, können in einigen Stadtvierteln inhaftiert werden. In dieser Situation besteht bei der Organisation von Aktionen die Gefahr, dass willkürlich Menschen festgenommen werden. Die Verantwortung für diese willkürliche Repression, versucht das Regime den Aktivist*innen selbst zuzuschieben. Diese Taktik wurde 2014 – 2016 gegen Anarchist*innen angewandt, als einige Gruppen spontane Aktionen organisierten und die Regierung daraufhin bekannte Aktivist*innen ins Visier nahm.

## Die De-Eskalation und anschließende Eskalation des Konflikts

In den ersten Tagen der Proteste wählte das Regime eine Strategie der totalen Unterdrückung. Lukaschenkos Strategen gingen davon aus, dass die meisten Menschen in die Hauptstadt gehen würden, wo es möglich sein würde, alles in ein oder zwei Tagen zu beenden. Ein paar Tage später hatte die Taktik der Massenunterdrückung wenig Effizienz gezeigt und nur das Niveau der Konfrontation erhöht – unter anderem durch die Mobilisierung informeller Kollektive von Arbeiter*innen in verschiedenen Fabriken. In dieser Situation waren Lukaschenkos Strategen in der Lage, recht schnell die Richtung zu ändern, und am Wochenende hatten sie bereits ihre Versuche aufgegeben, den Protest so schnell wie möglich zu zerschlagen. Stattdessen setzte das Regime in Minsk auf eine Strategie der relativen Deeskalation. Nachrichten über brutale Massenverhaftungen tauchten nicht mehr im Internet auf. Obwohl die Demonstrant*innen in der ersten Woche nach der Wahl über das Verhalten der Polizist*innen empört waren, übertönten Rufe nach Frieden die Versuche, ein für alle Mal mit der Diktatur fertig zu werden.

Die friedlichen Proteste brachten viel mehr Menschen auf die Straße, und für den liberalen Teil des Aufstandes war die Revolution bereits vollendet – nach dem liberalen Konzept der politischen Beteiligung am Leben des Landes würde eine so große Zahl von Demonstrant*innen unweigerlich



Die Anarchist*innen bekamen den Ruf als eine der am besten organisierten Gruppen bei den Protesten.

zu radikalen Veränderungen führen. Die großen Telegram-Kanäle und Blogger*innen sprachen darüber. In dieser Zeit erlangte der russische Blogger Maxim Katz unglaubliche Popularität, indem er behauptete, dass die belarussische Gesellschaft bereits gewonnen habe und Lukaschenko nach dem Blutvergießen eine politische Leiche sei. Katz und andere liberale Politiker*innen machten den Fehler, zu versuchen, die demokratische politische Analyse auf eine osteuropäische Diktatur anzuwenden. Lukaschenkos politische Untauglichkeit zur Führung der Gesellschaft wurde während seiner gesamten Amtszeit als Präsident wiederholt bewiesen. Das hindert ihn nicht daran, an der Macht zu bleiben und sich weiterhin das Image eines Diktators «des Volkes« zu geben.

Obwohl die vorübergehende Deeskalation es uns ermöglichte, Kräfte zu sammeln und eine breite selbstorganisierte Struktur in Minsk und einigen anderen Städten zu schaffen, spielte die Deeskalation auf lange Sicht mehr zum Vorteil von Lukaschenko und seiner Bande, die die Kontrolle über die abgelegenen Regionen Schritt für Schritt zurückgewannen, während die Medien und Aktivist*innen hauptsächlich dem Geschehen in Minsk Aufmerksamkeit schenkten.

Die Lukaschisten »arbeiteten« die Deeskalationsperiode perfekt aus: Schritt für Schritt und sorgfältig unterdrückten sie nicht nur liberale Aktivist*innen, sondern auch organisierte Arbeiter*innen, die versuchten, in den Fabriken eine Protestdynamik aufzubauen. Die relative Isolation der Arbeiter*innen vom Rest der Protestbewegung machte es möglich, schnell mit protestierenden Fabrikarbeiter*innen umzugehen.

Die starke Re-Eskalation des Konflikts in Minsk provozierte keine intensiven Reaktion mehr wie vorher. Als es erneut eskalierte, waren viele Aktivist*innen bereits wegen strafrechtlicher Vorwürfe im Gefängnis oder im Exil. Versuche, eine neue Runde von Protesten zu entfachen, scheiterten – der letzte derartige Versuch war die Verteidigung des Denkmals für Roman Bondarenko,[7] der mit einer vollständigen Räumung endete. Eine beträchtliche Anzahl von Demonstrant*innen entschied sich dafür, den Platz zu verlassen, um Repressalien zu vermeiden, und mehrere hundert Menschen wurden direkt an Ort und Stelle festgenommen.

Nach wiederholten Niederlagen nahm die Bereitschaft, auf die Straße zu gehen, ab. Mehrere Wochenenden mit dezentralen Aufmärschen machten es den Polizisten schwerer, die Proteste zu unterdrücken, aber es gelang nicht, das Protestpotenzial in der Hauptstadt oder den entlegenen Regionen in irgendeiner Weise wiederherzustellen. Obwohl die Bewegung bis Ende 2020 weitgehend erloschen war, hält die Repression bis heute auf hohem Niveau an.

Als Aktivist*innen haben wir es versäumt, die vorübergehende Deeskalation zu nutzen, um unsere eigenen Kräfte aufzubauen. Die Angst vor Repression und vor Verurteilung nicht nur durch Lukaschenko, sondern auch durch andere Demonstrant*innen hat unsere eigenen Versuche, die Bewegung zu eskalieren, die Lukaschenko und sein Regime hätten zerstören können, weitgehend verhindert. Stattdessen akzeptierten wir das Narrativ des friedlichen Protests – und als die Regierung eine erneute Runde der Eskalation einleitete, waren wir schwer demoralisiert und erschöpft von der Repression, die sich gegen einzelne Aktivist*innen richtete.

Die Tatsache, dass die Mehrheit nicht bereit war, aktiv Widerstand zu leisten, hätte nicht den Horizont unseres eigenen Handelns bestimmen

7 Roman Bondarenko war ein Aktivist, der an einer der ersten Nachbarschaftsversammlungen in Minsk beteiligt war. Er wurde vom Regime auf einem Platz mitten in der Nachbarschaft getötet, während Polizisten und Anhänger*innen des Regimes Fahnen und Protestkunst zerstörten. Seine letzten Worte im Nachbarschaftschat waren »Ich gehe raus«.

sollen. Organisierte Gruppen von zehn oder mehr Personen können innerhalb von friedlichen Demonstrationen mit ihrer eigenen Zielsetzung und Strategie effektiv agieren. Wir waren in der Lage, als organisierte Gruppe mit unserer eigenen Agenda innerhalb der Demos zu sprechen, aber wir haben es nicht geschafft, diese Agenda in die Tat umzusetzen.

## Streiks und Arbeiter*innenproteste

Bereits in der ersten Woche schwappte eine Welle von Streiks über das Land. Arbeiter*innen, empört über die Unterdrückung ihrer Kolleg*innen und die Gesetzlosigkeit der Polizei, forderten, dass das Regime die Gewalt stoppt und alle, die wegen der Proteste verhaftet und festgehalten wurden, freilässt. Viele von ihnen bildeten informelle Kollektive, die sich aus Kolleg*innen zusammensetzten, die in der gleichen Schicht arbeiteten. Die Buhrufe gegen Lukaschenko in der MZKT-Fabrik fügten seinem Image als Herrscher »des Volkes« erheblichen Schaden zu.

Leider ebbten die Proteste der Arbeiter*innenkollektive relativ schnell ab, mit Ausnahme einiger weniger Betriebe. Nur ein Teil der Forderungen wurde erfüllt, aber relativ schnell begannen die Repressionen gegen die aktivsten Teilnehmer*innen der Streiks. Einige Arbeiter*innen wurden entlassen, einige wurden strafrechtlich verfolgt.

Zu dem Zeitpunkt, als die Streiks begannen, war die Arbeiter*innenbewegung im Land in einem sehr schlechten Zustand. Es gab nur ein paar unabhängige, liberale Gewerkschaften, die einen kleinen Teil der Arbeiter*innen vereinigten. Die meisten Arbeiter*innen hatten keine Erfahrung mit kollektiver Organisierung. Der Aufbau von Arbeiter*innenstrukturen während der aktiven Phase des Konflikts war eine große Herausforderung. Versuche liberaler NGOs, der Arbeiter*innenorganisation in einigen Betrieben zu »helfen«, brachten keine besonderen Ergebnisse – die NGOs hatten selbst keine Erfahrung mit der Organisation einer Arbeiter*innenprotestbewegung und nur Methoden aus liberalen Ländern und den jeweiligen Regeln für die Organisation von Streiks. Die Illusion der Legalität der Streiks und Proteste verlagerte einen Teil des Kampfes von den Straßen und Fabriken zu den Gerichten, wo unabhängige Gewerkschaften erfolglos versuchten, das Recht auf Organisierung am Arbeitsplatz zu verteidigen.

Der Versuch, die Diktatur in den ersten Wochen des friedlichen Protests »zu erledigen«, führte zu vielen Wechseln in der Ausrichtung des Protests.

Die tagelangen Agitationen für den Streik wurde schnell durch Aufrufe zu einem wirtschaftlichen Boykott des Regimes und eine Woche später durch eine Strategie der Straßenblockaden ersetzt. Verständlicherweise suchte die Protestbewegung nach neuen Organisationsformen und Mitteln, um Druck auf das Regime auszuüben, aber der Mangel an Kontinuität untergrub die Moral, auch die der Arbeiter*innenbewegung. Solidaritätsmahnwachen vor den Fabriken dauerten mehrere Tage, bis die ersten organisierten Gruppen der OMON-Truppen eintrafen (Отряд милиции особого назначения, »Special Purpose Police Detachment« – die Bereitschaftspolizei in Belarus). Drohungen mit Repressalien reichten aus, um die Brücke zwischen den Arbeiter*innen und dem Rest der Demonstrant*innen zu brechen.

Darüber hinaus weigerte sich der privilegierteste Teil der Arbeiter*innenklasse in Belarus – die Arbeiter*innen der Informationstechnologie (IT) – an der Streikbewegung teilzunehmen. Viele IT-Arbeiter*innen argumentierten , dass es notwendig sei, die Protestbewegung zu finanzieren. In der Tat finanzierten einige dieser Leute aktiv verschiedene Solidaritätsstrukturen. Einige argumentierten auch, dass Streiks sowohl privaten Firmen als auch Lukaschenko schaden würden, was wiederum dem Image des IT-Sektors des Landes schaden würde.

Unter Berücksichtigung all dieser Argumente hätte eine organisierte Streikbewegung der IT-Arbeiter*innen mehr Gutes bewirkt als das Geld, das eben diese in den Protest gesteckt haben. Erstens würde eine große Streikbewegung in einer Branche dazu beitragen, den Streik auf andere Sektoren auszuweiten. Abgesehen davon ist das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, für IT-Arbeiter*innen weitaus weniger existenziell als für Fabrikarbeiter*innen, von denen viele von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck leben. Jeder so genannte Imageschaden der IT-Industrie in Belarus würde nach einem Sturz des Regimes schnell wieder behoben werden, da die IT-Arbeiter*innen selbst nicht für bessere Arbeitsbedingungen, sondern für allgemeine demokratische Prozesse protestierten. Wir sollten auch hinzufügen, dass es für IT-Arbeiter*innen relativ sicher war, sich am Arbeitsplatz zu organisieren: Während der Proteste gab es nur wenige Fälle von Repressalien gegen Arbeiter*innen in privaten Firmen. Gleichzeitig konnten dieselben Arbeiter*innen einen Teil der Firmeninfrastruktur, die ihnen für ihre persönliche Freizeit zur Verfügung stand, nutzen, um Organisationstreffen abzuhalten. Insgesamt zeigte der IT-Sektor wenig oder keine politische Macht. Ja, IT-Arbeiter*innen nahmen unabhängig

an den Protesten teil. Aber sie zeigten keine intensive Organisierung, obwohl viele über Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, die sie hätten einbringen können. In einigen Fällen hielten kleine Privatfirmen eintägige symbolische Streiks ab, um die streikenden Unternehmen zu unterstützen, aber diese Aktionen hatten keinen Massencharakter; die Agitation wurde nur wenige Tage vor dem Protest durchgeführt und ging in vielen Fällen im allgemeinen Informationsrauschen unter.

Bis jetzt streiken noch einige hundert Arbeiter*innen im ganzen Land, aber zum jetzigen Zeitpunkt können wir sagen, dass die Streikbewegung in Belarus gescheitert ist, ohne sich massenhaft zu organisieren. Die gegenwärtige Situation ist ein Ergebnis der erfolgreichen Strategie des Regimes, die unabhängigen Arbeiter*innenorganisationen und Gewerkschaften zu zerstören, die bereits in den 1990er Jahren begann. Die Haltung des belarussischen Staates gegenüber der Arbeiter*innenbewegung ist ähnlich wie die sowjetische. Die Rolle der staatlichen Föderation der Gewerkschaften von Belarus besteht darin, jede Initiative zu zerstören, die von Arbeiter*innen ausgehen könnte. Darüber hinaus ist diese Föderation aber auch wichtig, weil sie das Bild einer absolut nutzlosen Gewerkschaft schafft, die einen Teil der Löhne der Arbeiter*innen einsammelt und Eintrittskarten für staatliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt.

Das Desinteresse der liberalen Opposition an der Arbeiter*innenbewegung vergrößerte die Distanz der Durchschnittsarbeiter*innen von der Idee, die Diktatur zu zerstören und dem Streben nach Freiheit. Unterdessen sind Anarchist*innen nicht in der Lage, Arbeiter*innen in diesem Stadium in irgendeiner bedeutenden Weise zu beeinflussen, aufgrund ihrer geringen Anzahl, ihrer relativ geringen organisatorischen Ressourcen und ihrer spezifischen politischen Agenda, in der die Arbeiter*innen fast keine Rolle spielen.

Gleichzeitig konnten die Arbeiter*innen in Belarus im Jahr 2020 zum ersten Mal seit 20 Jahren politischen Willen zeigen und ihren Widerstand gegen staatliche Gewalt und Diktatur zum Ausdruck bringen, wenn auch nur für ein paar Tage. Das relativ schnelle Erlöschen der Protestagenda in den Arbeiter*innenkollektiven war in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das Regime schwere Repressionen ausübte. Stärkere Solidarität oder ernsthaftere Strukturen konnten aufgrund des Drucks des Staates auf die Arbeiter*innen und den Rest der Protestbewegung gar nicht erst entstehen.

# Die alte Opposition und die neue Opposition

Zunächst einmal lohnt es sich, zu definieren, was die »alte« Opposition ist. Dieser Begriff bezieht sich auf liberale und rechtsgerichtete Gruppen, die in Opposition zur Lukaschenko-Regierung stehen. Dazu gehören registrierte politische Parteien, politische Organisationen und einzelne Politiker*innen, die schon seit vielen Jahren aktiv sind. Traditionelle Beispiele für die alte Opposition sind die Vereinigte Bürgerpartei, die Belarussische Volksfront, die Belarussische Christdemokratie und das Europäische Belarus. Statkewitsch, Severinets, Vechorka und sogar Pazniak können zu den alten, aber aktiven Oppositionspolitikern gezählt werden. Die alte Opposition ist keine homogene Gruppe, daher werden wir uns auf einzelne Politiker oder Organisationen konzentrieren.

Die neue Opposition bezieht sich auf politische Organisationen, Gruppen und Politiker*innen, die in den letzten Jahren begonnen haben, in der öffentlichen Arena aufzutreten. Dazu gehören auch Personen, die vor diesen Wahlen nicht in der Opposition aktiv waren. Die bekanntesten Beispiele für diese Politiker*innen sind Tichanowskaja oder Babariko. Die Politiker*innen und Organisationen der neuen Opposition unterscheiden sich voneinander in ihren politischen Ansichten und in den Methoden, die sie im Kampf gegen die Diktatur anwenden.

In den Jahren der Herrschaft Lukaschenkos ist es ihm gelungen, mit der organisierten Opposition hauptsächlich durch Repression fertig zu werden. Zwischen 2010 und 2020 wurden die meisten liberalen und nationalistischen Parteien zerschlagen. Jugend-Straßenorganisationen hörten auf zu existieren. Und obwohl Lukaschenko seit 2015 begonnen hat, in verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Prozessen eng mit der Europäischen Union zusammenzuarbeiten, hat dies nicht zur Wiederbelebung der liberalen politischen Kräfte im Land beigetragen. Die Europäische Union und die USA haben bei der Unterdrückung der Zivilgesellschaft bis 2020 größtenteils ein Auge zugedrückt. Die Unterdrückung der Bewegung gegen das Gesetz zur Bestrafung von »Parasitentum« im Jahr 2017 weckte klassische EU-Bedenken über Bürgerrechtsverletzungen in Belarus – aber westliche Politiker*innen unternahmen zu diesem Zeitpunkt nichts.

In dieser Atmosphäre übten nur einige wenige Politiker der alten Opposition weiterhin systematisch politischen Druck aus. Die Rede ist vor allem von Statkewitsch und Sewerinets, die 2017 die Bewegung gegen das »Parasitentum«-Gesetz ins Leben gerufen haben. Über die politischen

Ansichten der beiden ist schon genug geschrieben worden. Mit Ausnahme dieser Politiker sind die meisten der Karriere-Oppositionsführer*innen in den Hintergrund gedrängt worden. Nach den Majdan-Protesten in der Ukraine im Jahr 2015 entschied ein Teil der alten Opposition, dass es besser sei, Lukaschenko und zumindest etwas Unabhängigkeit für Belarus zu haben, als zu versuchen, zu rebellieren und zu riskieren, dass Putin in Belarus einmarschiert. Pozniaks Aufrufe, sich nicht an den Protesten vom 9. August zu beteiligen, sind ein Beispiel dafür – für einige ist das Risiko, die Unabhängigkeit Belarus zu verlieren, wichtiger als die Diktatur zu stürzen.

Mit der Ausnahme einiger Politiker weckt die alte Opposition in vielerlei Hinsicht keine Emotionen in den Menschen. Es handelt sich um Menschen, die seit Jahren gegen Lukaschenko kämpfen, von denen die meisten aber kaum bereit sind, ein Risiko einzugehen. Beziehungen der liberalen und nationalistischen Opposition mit verschiedenen Organisationen im Westen verursachen oft eine negative Reaktion innerhalb der belarussischen Gesellschaft. Die Abhängigkeit von westlichen Zuschüssen hat lange die Legende aufrechterhalten, dass die belarussische Opposition von Lukaschenko profitiert, da sie in einem Gleichgewicht mit der Diktatur existiert.

Es ist falsch zu sagen, dass alle Politiker*innen und Organisationen der alten Opposition nicht wirklich gegen die Existenz der Diktatur sind, zumindest weil es noch Politiker wie Statkewitsch gibt. Aber es wäre auch töricht, die bequeme Position vieler liberaler Oppositionspolitiker*innen unter der Diktatur zu leugnen. Wie immer liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte. Es gibt Leute wie Olga Karach, die beruflich von Stipendien leben und kaum daran interessiert sind, radikale politische Veränderungen im Land zu sehen, weil diese die Art und Weise, wie das Geld fließt, verändern könnten. Und es gibt Aktivisten wie Viniarski, die bereit sind, sich an Protesten gegen die Diktatur zu beteiligen, auch wenn es sie ihre Freiheit kostet.

Mit Blick auf den Wahlkampf 2020 war die alte Opposition extrem geschwächt. Die politische Zusammenarbeit zwischen der EU und Lukaschenko untergrub das Gleichgewicht der Kräfte im Land. Die liberalen und neoliberalen Wirtschaftsreformen erfüllten weitgehend die wirtschaftlichen Forderungen einiger liberal-konservativer Parteien, aber die Reformen selbst brachten nicht mehr Freiheiten in die belarussische Gesellschaft. Statkewitsch, der innerhalb der aktiven Opposition das größte politische

Gewicht hat, durfte nicht an den Wahlen teilnehmen, trotzdem stand er in den ersten Wochen des Wahlkampfes an der Seite der neuen Opposition.

Die Schwächung der alten Opposition schuf ein politisches Vakuum im Lande. Es war nur eine Frage der Zeit, bis andere Organisationen und Gruppen dieses Vakuum besetzten. Die Wahlen 2020 wurden zu einer Plattform für die Mobilisierung neuer Kräfte.

Der Blogger Tichanowski, der seit einigen Jahren in den entlegenen Regionen von Belarus tätig ist, wurde zu einer der politischen Figuren der neuen Opposition. Obwohl Tichanowski Verbindungen zur alten Opposition hatte, wirkte er im Vergleich zu den alten Politiker*innen relativ frisch. Das Format seines Medienprojekts gab vielen Belarus*innen eine Stimme, denen die alte Opposition nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt hatte – den Arbeiter*innen aus den entlegenen Regionen, die jeden Tag die Last der Diktatur spüren. Es überrascht nicht, dass Tichanowski viel Unterstützung in der Bevölkerung erhielt. In vielerlei Hinsicht verschaffte Lukaschenkos Kampf mit dem Blogger ihm den Ruf eines engagierten liberalen Politikers, der bereit ist, der Diktatur zu widerstehen.

Die Verhaftung von Tichanowski, Statkewitsch und vielen anderen Politiker*innen machte Platz für einen neuen »gemäßigten« Politiker aus der belarussischen Elite – Wiktar Babariko. Der Banker, der es nicht nötig hat, die belarussische Bevölkerung zu berauben, weil er während seiner Karriere genug Geld verdient hat, wurde zum neuen Symbol der Proteste in Belarus. Zahlreiche Belaruss*innen sammelten sich um Babariko, die alle danach strebten zur Mittelschicht des Landes zu gehören. Babariko ist das Beispiel eines erfolgreichen Kapitalisten, der sich sein Vermögen über Jahre hinweg durch eigene harte Arbeit erarbeitet hat. Dieses Narrativ spricht viele an, die noch immer in der sowjetischen Stagnation in Belarus leben müssen.

In vielerlei Hinsicht ist Babariko ein Beispiel für Lukaschenkos Elite, die trotz des sogenannten Sozialstaates existiert. Die Millionen, die Babariko erworben hat, sind nicht das Ergebnis harter Arbeit. Vielmehr sind sie das Ergebnis von Bankenspekulationen und der Bereitschaft, der Diktatur zu dienen. Doch die Kompromisse, die Babariko einging, um sein Vermögen zu erlangen, interessierten viele Belarus*innen wenig. Deshalb wurde Babariko nach Tichanowski zum neuen politischen Anführer im Wahlkampf. Hunderte von jungen Menschen, die an eine gute Zukunft unter der Führung dieses Bankiers glaubten, schlossen sich seiner Kampagne an. Nur wenige störten sich an der Tatsache, dass Babariko der Chef der

Belgazprombank war, die direkt mit Putins Gazprom verbunden ist. Viele Analyst*innen glaubten, dass Babariko der ideale pro-russische Kandidat sei, um Lukaschenko zu ersetzen. Babarikos recht hohe Unterstützung zwang Lukaschenko, eine neue Repressionswelle durchzuführen und fast alle verbliebenen Oppositionskandidaten zu verhaften. Zu diesem Zeitpunkt ahnte der Diktator nicht, dass Tichanowskaja irgendeine Art von Bedrohung darstellen könnte. Doch die Kampagnen aller inhaftierten Politiker*innen vereinten sich um Tichanowskaja, und sie wurde zu der Kandidatin, die alle Politiker*innen der alten Opposition über viele Wahlzyklen hinweg nicht zustande gebracht hatten.

Die Misogynie des Diktators und seines Regimes verleiteten sie dazu, Tichanowskaja zu unterschätzen, was genügend politischen Spielraum schuf, um nicht nur in Minsk, sondern auch in vielen Regionen bis zum 9. August zu mobilisieren. Ebenso war es Lukaschenkos Sexismus, der es Tichanowskaja ermöglichte, sich als Präsidentschaftskandidatin registrieren zu lassen.

Obwohl Tichanowskajas Kampagne versuchte, eine Art fortschrittliches politisches Programm zu erstellen, lief alles auf die Freilassung der inhaftierten Politiker*innen und Neuwahlen ohne Lukaschenko hinaus. Eine solch einfache politische Botschaft war in der Bevölkerung sehr beliebt. Am 9. August wurde nicht vorgeschlagen, eine*n neue*n Präsident*in zu wählen, sondern in einer Art Referendum abzustimmen, wobei eine Stimme für Lukaschenko die Fortsetzung der Diktatur und eine Stimme für Tichanowskaja das Ende der Ära des schnauzbärtigen Diktators bedeutete.

Neue Oppositionskräfte, darunter wichtige Blogger*innen und Telegramkanäle, konnten sich um Tichanowskaja scharen und in den sozialen Netzwerken eine mächtige Informationsagenda erstellen. Auf den Straßen wurden zahlreiche angemeldete Versammlungen ohne die Kandidatin selbst abgehalten[8]; es handelte sich um politische Kundgebungen.

Dank der Konzentration auf die abgelegenen Regionen war es möglich, eine so große Anzahl von Menschen zu mobilisieren. Das politische Leben

8 Alle politischen Kundgebungen und Demonstrationen sind in Belarus verboten. Während des Wahlzyklus gibt es jedoch einige zusätzliche Regeln, die es den Kandidat*innen erlauben, sich mit der Bevölkerung auf öffentlichen Plätzen zu treffen, ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Staates. Tichanowskajas Team nutzte dieses Schlupfloch, um auch ohne Beteiligung der Kandidatin offiziell zu politischen Kundgebungen aufzurufen, was es ermöglichte, Dutzende von politischen Versammlungen im ganzen Land abzuhalten.

im Land wurde nicht nur zur Domäne der Hauptstadt, sondern auch vieler Kleinstädte, in denen die Ermüdung gegenüber Lukaschenko ein viel höheres Niveau erreicht hatte als im relativ wohlhabenden Minsk.

Neue Gesichter im Wahlkampf, eine relativ einfache Botschaft und die Bereitschaft, vor Ort zu arbeiten, waren der Schlüssel zum Wahlerfolg der neuen liberalen Opposition. Probleme und Ausrutscher begannen unmittelbar nach der Wahl, als sich die Illusion verbreitete, Lukaschenko würde aufgeben. Mit der Ausreise von Tichanowskaja waren die verbliebenen liberalen Politiker*innen im Lande gezwungen, sich nach neuen Repräsentant*innen umzusehen.

Die Vorhersagen liberaler politischer Analyst*innen, dass das Regime kurz vor dem Sturz stehe, wurden mit Begeisterung aufgenommen. Es blieb nichts anderes übrig, als die Situation auszunutzen, um politische Punkte für den nächsten Wahlzyklus zu sammeln. Leider war, wie bereits erwähnt, diese Analyse der Situation falsch. Versuche, neue politische Parteien und politische Organisationen zu gründen, um die Tagesordnung zu übernehmen, verwirrten nur die Demonstrant*innen auf der Straße. Und während die Nachrichtenkanäle die Gründung eines Koordinationsrates mit Begeisterung aufnahmen, waren viele weiterhin über die Rolle dieses Rates verwirrt und nahmen die Versuche, eine neue Führung zu werden, mit Skepsis auf. Die Ankündigung, dass Maria Kolesnikova eine politische Partei gegründet hatte, provozierte noch mehr Unzufriedenheit mit den Ambitionen einiger Politiker*innen in der neuen Opposition. Darüber hinaus stellten die Proteste vom 9., 10. und 11. August viele Politiker*innen und Propagandist*innen des Regimes vor die Wahl: auf dem sinkenden Boot zu bleiben und möglicherweise auf der Verlierendenseite der neuen politischen Ordnung zu stehen, oder die Seite zu wechseln und sich der Opposition anzuschließen. Einer dieser Politiker war Pawel Latushko, ehemaliger Lukaschenko-Diplomat. Er war Leiter des Kupalow-Theaters als die Proteste begannen. Latushko war Mitglied des Koordinationsrates und strebte offensichtlich eine ernsthafte politische Karriere in einem freien Belarus an.

Neben den Politiker*innen begannen auch die Polizisten die Galeere zu verlassen. Irgendwann gründeten sie ihre eigene Organisation namens *bypol*, mit einer langen Liste von Zielen. Kürzlich erklärte einer der ehemaligen Leiter der politischen Polizei und jetziger Vertreter von *bypol*, dass hochrangige Positionen in der neuen belarussischen Regierung auf die Mitglieder der Organisation warten. Sowohl *bypol* als auch

Latushko entwickeln nun ein Reformprogramm für das Innenministerium, mit einem eher bescheidenen Programm zur Säuberung des derzeitigen Repressionsapparates.

Je mehr Zeit seit den Präsidentschaftswahlen vergeht, desto mehr ähnelt die neue belarussische Opposition der alten. Es gibt ständige Spaltungen, Versuche, Einflusszonen aufzuteilen, und neue politische Organisationen, die unter anderem gegründet werden, um Geld auszugeben. Die Aufrichtigkeit dieser Politiker*innen und Organisationen wird von den Straßenaktivist*innen weitgehend in Frage gestellt. Obwohl Tichanowskaja für viele immer noch eine einigende Figur ist und sich auch Vertreter*innen der alten Opposition um sie geschart haben, nimmt ihr Einfluss auf die Prozesse innerhalb der neuen Opposition weiter ab.

Die neuen liberalen Gruppen und Organisationen haben viele der Fehler wiederholt, die die Politiker*innen vor ihnen gemacht haben. Der tiefe Glaube an westliche Unterstützung hat die Legitimität der Liberalen im Lande nur weiter untergraben. Heute sind sich viele bewusst, dass Veränderung nur von innen kommen kann, nicht von außen, egal welche Sanktionen ausländische Mächte versprechen. Nur die belarussische Bevölkerung kann Lukaschenko stürzen, nicht Sanktionen des Westens.

Aber das Regime spielte auch eine wichtige Rolle bei der Zerstörung des politischen Einflusses der neuen Opposition. Mit russischer Unterstützung werden im Internet ständig Klatsch und aus dem Zusammenhang gerissene Fakten verbreitet, um bestimmte Politiker*innen zu diskreditieren. Die mangelnde Transparenz seitens der Liberalen schafft ein günstiges Umfeld für die Verbreitung von Gerüchten und negativer Öffentlichkeit. Darüber hinaus unterstützt das Regime aktiv Politiker*innen der Opposition, die sich dafür einsetzen, die Autorität der liberalen Führung zu untergraben. Diese Rolle haben Olga Karach und Igor Makar gespielt, die vor allem durch die aktive Weiterverbreitung ihrer Ideen durch verschiedene Trollarmeen in Russland und Belarus weithin bekannt wurden.

Heute ist die liberale Opposition extrem schwach. Obwohl Hunderttausende die Kanäle von Tichanowskaja und anderen Oppositionspolitiker*innen und Blogger*innen abonnieren, ist ihre Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, auf einem extrem niedrigen Niveau. Die Aufrufe, im späten Winter und im Frühjahr auf die Straße zu gehen, konnten die Menschen nicht einmal für kleine Straßenproteste mobilisieren.

# Anarchist*innen in der Protestbewegung

Die anarchistische Bewegung ging den Beginn des Wahlkampfes ohne viel Energie an. Versuche, eine gemeinsame Plattform zu schaffen, um verschiedene Gruppen zu mobilisieren, scheiterten bereits im Mai 2020. Einige Anarchist*innen waren der Meinung, dass die »Wiederwahl« kaum eine Möglichkeit bieten könnten, die Diktatur zu stürzen. Andere wollten sich aus Zeitgründen, Coronavirus Problemen und anderen persönlichen Aspekten nicht an einer gemeinsamen Aktion beteiligen. Insgesamt hatte der größte Teil der anarchistischen Bewegung wenig Vorstellung, was im August passieren würde.

Obwohl keine allgemeinen Vereinbarungen getroffen wurden, begannen einige Anarchist*innen, sich an den politischen Prozessen rund um die Wahlen zu beteiligen. Das Pramen-Kollektiv und der Blogger Mikalai Diadok waren in den sozialen Netzwerken aktiv. Ersteres rief im Juli zu einem Boykott der Wahlveranstaltung und einer Protestmobilisierung am 9. August auf. Diadok seinerseits war während des gesamten Wahlkampfes aktiv und berichtete über die Situation rund um die Proteste und die Politik der Kandidat*innen.

Einige Bezugsgruppen arbeiteten auf der Straße: in Minsk und anderen Städten wurden Flugblätter und Aufkleber verteilt, die zum Boykott aufriefen.

Eine Gruppe in Baranawitschy, die sich aktiv an der Organisation von Kundgebungen in der Stadt beteiligte, verdient besondere Aufmerksamkeit. Die Gruppe stellte Technik zur Verfügung und organisierte so ein offenes Mikrofon für alle Demonstrant*innen. Einer der bekannten Anarchisten der Stadt trat aktiv auf den Kundgebungen mit anarchistischer Agenda auf und ermutigte die Menschen, nicht nur gegen Lukaschenko, sondern gegen Autoritarismus im Allgemeinen zu sprechen.

Vor der Wahl hatten anarchistische Informationsplattformen wenig Sichtbarkeit, abgesehen von Mikalai Diadok's Blog. Nach den Wahlen änderte sich diese Situation völlig. Durch die Teilnahme von Anarchist*innen an den Protesten interessierten sich viele Menschen für anarchistische Ideen. Eine kleine Mediengruppe war in der Lage, viele große Plattformen auszustechen, wenn es darum ging, die Informationsagenda online und auf der Straße zu bestimmen.

Aber trotz dieser Ausweitung des medialen Einflusses waren Anarchist*innen nicht in der Lage, ihren Einfluss zu nutzen, um das Format der weiteren Aktionen zu bestimmen; wir wurden von den liberalen Sonn-

tags-Aktionsplanungsgruppen ausgeschlossen, trotz zahlreicher Versuche, in diese geschlossenen Club zu gelangen.

Gleichzeitig war den meisten Anarchist*innen klar, dass wir, wenn wir auf eigene Faust zu Aktionen aufriefen, mit weitaus schwerwiegenderen Repressionen konfrontiert sein würden, als sie die friedlichen Wochenenddemonstrationen erfuhren.

Nach den Wahlen konnten Anarchist*innen nicht nur in Minsk, sondern auch in einigen anderen Städten des Landes Widerstand leisten. Organisierte Bezugsgruppen beteiligten sich sowohl an Auseinandersetzungen mit der Bereitschaftspolizei und internen Truppen als auch an der Errichtung von Barrikaden in verschiedenen Teilen von Minsk. Als sich jedoch die Protesttaktik änderte und die Zahl der Teilnehmer*innen zunahm, wurden die Anarchist*innen von der Masse der friedlichen Demonstranten aufgesogen.

In den ersten Tagen nach den Zusammenstößen und während der ersten Sonntagsdemos hatten einige anarchistische Aktivist*innen mehr Angst vor negativen Reaktion von anderen Demonstrant*innen, als vor der Gewalt der Polizei.

Organisierte Gruppen friedlicher Demonstrant*innen brachten Videos und Fotos von vermeintlichen »Provokateur*innen« in Umlauf. Dies führte dazu, dass viele der Demonstrant*innen, die in den ersten Tagen aktiv gewesen waren, nicht mehr an nachfolgenden Demonstrationen teilnahmen.

Es dauerte mehrere Wochen, um die Ängste vor einem möglichen Konflikt innerhalb der Proteste zu überwinden, was als verpasste Gelegenheit für eine revolutionäre anarchistische Agenda betrachtet werden könnte.

Einige Bezugsgruppen führten an Sonntagen Agitationsaktionen durch und nahmen an den Wochentagen an kleinen Kundgebungen teil. Als die Repression eskalierte, wurden Anarchist*innen wieder zu willkommenen Gästen bei allen Kundgebungen und waren Trendsetter in Sicherheitskultur. Aber zu diesem Zeitpunkt hatte die Repression bereits viele Aktivist*innen getroffen.

Insgesamt war die anarchistische Bewegung nicht in der Lage, sich während der Proteste zu einer effektiven Kraft zu vereinigen. Viele Monate lang nahmen einzelne Gruppen von Anarchist*innen an den Protesten teil, aber der so genannte schwarze Block war nie in der Lage, mehr als 30 Leute zu versammeln. Dafür gab es mehrere Gründe:

- Das staatliche Vorgehen gegen die anarchistische Bewegung im Jahr 2017 hatte Auswirkungen auf die Bereitschaft, in einem großen Block an liberalen Demonstrationen teilzunehmen. Damals wurden allein in Minsk etwa 50 Anarchist*innen während der Proteste gegen das »Parasitentum«-Gesetz festgenommen. Einige Gefährt*innen konnten die Repression jener Tage nicht überwinden.

- Mangel an langfristiger aktivistischer Zusammenarbeit. Einige Bezugsgruppen hatten zuvor noch nie zusammengearbeitet. Einige Bezugsgruppen bildeten sich aus Leuten, die vorher nicht an gemeinsamen Aktionen teilgenommen hatten. Diese Art von spontaner Organisierung sind für eine kurze Zeit geeignet, aber es kann extrem schwierig sein, unter ständigem Druck von außen für eine lange Zeit zusammenzubleiben. Viele der Anarchist*innen, die an den Protesten vom 9. bis 11. August teilnahmen, waren nicht Teil von organisierten Kollektiven und arbeiteten kaum innerhalb einer Art allgemeiner koordinierter Strategie.

- Direkte Repression bei den Aufmärschen selbst. Viele Menschen wollten nicht kompromittiert werden oder Strafanzeigen wegen der Teilnahme an friedlichen Demos erhalten. Die Strategie des KGB und der GUBOPIK[9], der Polizeibehörde, die sich angeblich auf die Bekämpfung des organisierten Verbrechens konzentrierte, war für viele unverständlich, da sich die Repression gegen die Aktivist*innen um mehrere Wochen verzögerte.

- Die anarchistische Bewegung war aufgrund ungelöster Konflikte tief zersplittert. Dies wirkte sich auch auf die mögliche Zusammenarbeit zwischen einigen Kollektiven aus.

9 Seit den Wahlen hat sich GUBOPIK [»Hauptabteilung für die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Korruption«] hauptsächlich auf die politische Repression konzentriert. Die Einheit umfasst eine Unterabteilung, die sich auf die Bekämpfung von »Extremismus« konzentriert.

- Leute aus der traditionell anarchistischen Punk-Subkultur verzichteten weitgehend darauf, sich mit Anarchist*innen an den Protesten zu beteiligen, wegen der relativ hohen Repression gegen Anarchist*innen.

- Viele ältere anarchistische Aktivist*innen verzichteten ohne Erklärung auf die Teilnahme an gemeinsamen Reihen oder Blöcken. Eine Reihe dieser Leute nahm an friedlichen Protesten auf individueller Basis oder mit Freund*innen teil.

Dies sind nur einige der Faktoren, die zur geringen Mobilisierung im anarchistischen Block beitrugen.

Fußballfans mit antirassistischen Ansichten weigerten sich, mit Anarchist*innen zusammenzuarbeiten, weil die Wahrscheinlichkeit von Repressalien der GUBOPIK und des KGB gegen Anarchist*innen hoch war. Infolgedessen nahmen auch Antirassist*innen einzeln und in kleinen Gruppen an den Protesten teil.

Unter den Anarchist*innen bildete sich auch eine Gruppe von Partisan*innen heraus, die aus erfahrenen Aktivisten bestand. Alinevich und Dubovsky überquerten illegal die Grenze zwischen Belarus und der Ukraine, trafen sich mit Romanov und Rezanovich[10] und setzten ihren aktiven Kampf gegen das Regime über mehrere Wochen fort, wobei sie angeblich mehrere Brandanschläge verübten. Obwohl diese Gruppe verhaftet wurde, als sie versuchte, sich in die Ukraine zurückzuziehen, wurde allein die Tatsache ihrer Existenz wichtig, um das Bild der Anarchist*innen als entschlossene Feinde des Regimes aufrechtzuerhalten. Selbst für viele Liberale waren die anarchistischen Partisanen ein wichtiges Beispiel für organisierten Widerstand.

Die Repressionen gegen Anarchist*innen begannen schon vor den Wahlen. Viele bekannte Aktivist*innen waren gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Zum Beispiel tauchte Mikalai Diadok von Juli bis November unter, bis er infolge einer Sonderaktion der GUBOPIK verhaftet wurde.

Es ist auch erwähnenswert, dass die Rückkehr zur Normalität in der anarchistischen Bewegung relativ schnell erfolgte. Eine Woche nach den Wahlen kehrten mehr als 40 % der Mitglieder der Bewegung zur Arbeit

10 Mehr Informationen über ihren Fall gibt es auf der Website vom Anarchist Black Cross Belarus (Link am Ende des Artikels)

und in den Alltag zurück. Das Engagement in der politischen Organisation nahm deutlich ab, als der Konflikt deeskalierte. Viele Anarchist*innen glaubten das liberale Narrativ vom Sieg über die Diktatur. Vor diesem Hintergrund war der mangelnde Wunsch, auf die Barrikaden zu gehen, verständlich: Viele glaubten, dass Lukaschenko auch ohne ihre Beteiligung nicht überleben würde.

Das war ein Fehler, der fast die gesamte Bewegung gekostet hat: Heute sitzen mindestens zehn Anarchist*innen und fünf weitere Antifaschist*innen hinter Gittern. Viele Gefährt*innen haben Belarus auf der Suche nach einem sicheren Hafen für ihre weitere politische Arbeit verlassen. Einige erlebten Folter und Gewalt. Im Wesentlichen wurde die belarussische anarchistische Bewegung durch Repression zerschlagen. Es gibt noch kleine Gruppen im Land, die sich weiterhin gegen die Diktatur organisieren, aber das Ausmaß des staatlichen Drucks lässt nicht einmal eine grundlegende Agitation zu. Die Namen vieler Aktivist*innen sind bekannt, und im Falle von anarchistischen Aktionen werden die Bekannten recht schnell verhaftet. Die Strukturen der anarchistischen Solidarität funktionieren weiterhin: ABC-Belarus ist damit beschäftigt, Gefangene, unterdrückte Aktivist*innen und ihre Familien zu unterstützen.

In der momentanen Situation werden sich die verbleibenden Anarchist*innen eher darauf konzentrieren, die Repression zu überleben, als sich in einen politischen Kampf zu stürzen. Die Aussichten für die anarchistische Bewegung sind unklar, und es ist schwierig, sich weitere Aktivität unter den gegenwärtigen Bedingungen vorzustellen. Das große Interesse der GUBOPIK und des KGB an den Aktivist*innen erschwert jeden Kontakt mit Außenstehenden, die zusätzliche Probleme aufgrund von Verbindungen zu Anarchist*innen befürchten. Und während Informationsportale wie Pramen noch für einen Teil der belarussischen Gesellschaft von Interesse sind, nimmt dieses Interesse weiter ab.

## Lukaschenko, Putin und die Europäische Union

Die Beziehung zwischen dem einen und dem anderen Diktator war schon immer kompliziert. Beginnend mit der Aufhebung der Sanktionen im Jahr 2015 begann Lukaschenko, sich allmählich von Putin zu distanzieren. Seine




In einem Versuch, die Forderungen der Bewegung zu konsolidieren, versuchten einige Anarchist*innen, die folgenden Ziele für den Protest durchzusetzen:

1.) Absetzung von Lukaschenko und des Parlaments.
2.) Freilassung aller politischen Gefangenen und Einstellung aller Strafverfahren gegen Demonstrant*innen.
3.) Entlassung der Bereitschaftspolizei und aller Organisationen, die für die Gewalt gegen die Demonstrant*innen verantwortlich sind.
4.) Direkte Demokratie
5.) Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter*innen.




Anarchistischer Block bei einer Demonstration. Auf dem Transparent steht »Solidarität ist unsere Waffe«.

Reden bezogen sich zunehmend auf ein unabhängiges Belarus. Tatsächlich verachtet Putin Lukaschenko und weiß sehr wohl, dass er in Belarus für politische Spielchen benutzt wird. Das belarussische Regime muss für die Unterstützung Russlands mit politischer und wirtschaftlicher Integration bezahlen. Lukaschenko sträubt sich gegen diesen Prozess, weil er weiß, dass die Integration früher oder später zum Verlust seiner Macht führen wird. Die Annäherung in den Beziehungen zur Europäischen Union hat dem Diktator die Möglichkeit gegeben, Putins politischen Einfluss zu begrenzen. Kredite von westlichen »Partnern« und Verträge mit großen Firmen könnten die Abhängigkeit des Lukaschenko-Regimes von Russland potenziell verringern. Es half auch, dass die EU keinen Druck mehr auf die politischen Prozesse im Land ausübte. Für viele europäische Politiker*innen war Lukaschenkos stabiler Autoritarismus attraktiver als die Risiken einer Wiederholung des ukrainischen Szenarios mit regierungsfeindlichen Protesten und einer anschließenden Invasion durch Putin.

Bis August 2020 bediente sich Lukaschenko einer recht aggressiven Rhetorik gegenüber Russland. Der Skandal um die russischen Wagner-Soldaten[11], die »versuchten«, einen Militärputsch in Belarus zu organisieren, zeigte Lukaschenkos Wunsch, die Verantwortung für jegliche politische Instabilität im Land auf Putins Schultern zu schieben – eine Rolle, die zuvor der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten vorbehalten war. Der Diktator selbst hatte wahrscheinlich gehofft, dass die Proteste klein ausfallen würden und dass er danach zu Verhandlungen mit europäischen Politiker*innen zurückkehren könnte.

Die gewaltsame Auflösung der Proteste vom 9. bis 11. August und der aktive Widerstand der Bevölkerung in verschiedenen Städten veränderte das Kräfteverhältnis erheblich. Der liberale Westen konnte eine solche Gesetzlosigkeit nicht tolerieren, da sich dies negativ auf die Popularität der regierenden politischen Parteien hätte auswirken können. Doch trotz der Morde an Demonstrant*innen in den ersten Wochen war die Reaktion des Westens auf die Ereignisse in Belarus recht zurückhaltend.

11 Wagner ist eine private Sicherheitsfirma aus Russland. Mehrere Dutzend Söldner von Wagner wurden im Juli 2020 in einem Ressort in Belarus verhaftet und beschuldigt, Sabotageakte zum Sturz Lukaschenkos vorbereitet zu haben. Später wurden sie alle wieder freigelassen und es gab keine weiteren Konsequenzen. Viele glauben, dass der Diktator versuchte, Wagner zu benutzen, um die Aufmerksamkeit von den Protesten in Belarus abzulenken sowie um Unterstützung von der Europäischen Union zu erhalten, was jedoch nicht funktionierte.

Es dauerte einige Zeit, bis die Berichte über Folter, Vergewaltigung und Mord die politischen Eliten dazu zwangen, sich zur Unterstützung der Demonstrant*innen zu bekennen und Lukaschenkos Vorgehen zu verurteilen. Für europäische Politiker*innen bedeutete dies das Ende der »Zusammenarbeit« zwischen Lukaschenko und der EU und das Risiko einer weiteren Annäherung zwischen Russland und Belarus.

Auch Putins Reaktion auf die Proteste in Belarus war in den ersten Wochen sehr kalt. Zunächst war unklar, wer in dieser ganzen Angelegenheit gewinnen würde, und die russische Unterstützung für Lukaschenko im Falle seiner Niederlage würde einen Anstieg der antirussischen Gefühle in der belarussischen Gesellschaft provozieren.

Putin konnte zu Beginn mit der Donbas-Geschichte[12] zwar seine Popularität für eine Weile steigern, aber auf lange Sicht erwies sie sich als eine gescheiterte Operation, die ihn zu viele politische Punkte kostete. Obwohl Russlands Operation in Syrien geopolitisch wichtig ist, ist Assad im Gesamtgefüge weiterhin extrem instabil. In dieser Situation würde eine russische Aggression gegen das Land wieder einmal enormes politisches Kapital kosten.

Als es für russische politische Analyst*innen mehr oder weniger klar wurde, dass Lukaschenko die Kontrolle über die Situation zurückgewann, begannen persönliche Treffen zwischen den beiden Diktatoren. Kredite begannen zu fließen, von denen die meisten dazu dienten, die bestehenden Schulden des Regimes zu bezahlen.

Jetzt haben sich die Machtverhältnisse für Lukaschenko dramatisch verändert. Konnte er 2019 noch zwischen dem Westen und dem Osten navigieren, hat er jetzt keine andere Wahl, als mit Putin zusammenzuarbeiten. Die geringschätzige Haltung des russischen Imperators gegenüber dem belarussischen Kartoffelbaron bleibt an der Oberfläche. Viele Analysten weisen darauf hin, dass Russlands Ziel in dieser Phase darin besteht, seine Bemühungen um die Integration von Belarus in Russland fortzusetzen.[13] Die neue Verfassung könnte die Grundlage für genau das sein.

---

12 Im April 2015 rebellierten prorussische Kräfte in der Region Donbas mit Unterstützung des russischen Militärs gegen die ukrainische Regierung. Ursprünglich hofften die Separatisten, ein Teil Russlands zu werden, was aber nie umgesetzt wurde. Stattdessen wurden über eine Million Menschen durch den Krieg vertrieben. Heute stehen die Volksrepublik Donezk und die Volksrepublik Luhansk immer noch unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte.

13 Ende der 1990er Jahre unterzeichneten Lukaschenko und Boris Jelzin (damals Präsi-

Es ist schwierig, die Beziehung zwischen Putin und Lukaschenko vorherzusagen, da die meisten Vereinbarungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Obwohl Lukaschenko den Preis für die Unterstützung von Wladimir Wladimirowitsch nicht nennt, ist jedem klar, dass es nicht möglich ist, Putin mit Wassermelonen und Kartoffeln aus seinem Garten zu bestechen.

## Das technokratische Regime von Alexander Lukaschenko

Viele Menschen denken fälschlicherweise, dass das belarussische Regime, an dessen Spitze der ehemalige Vorsitzende einer Kolchose (verstaatlichter kollektivierter Landwirtschaftsbetrieb) steht, eine Gruppe ehemaliger sowjetischer Funktionäre ist, die nur wissen, wie man Polizisten mit Stöcken gegen ihre Gegner*innen einsetzt, um sie verschwinden zu lassen.

Diese Wahrnehmung ist falsch: Belarus ist heute ein relativ fortschrittliches Technologieland. Zahlreiche private IT-Unternehmen erbringen technische Dienstleistungen für eine Reihe großer westlicher Firmen, darunter Microsoft, Google und viele andere. Innerhalb des Staatsapparates verstehen Leute, die im operativen und analytischen Zentrum unter dem Präsidenten von Belarus arbeiten, ein wenig mehr von Technologie als Lukaschenko selbst.

Die belarussische Polizei reist ständig zu Messen, die von privaten Firmen für Strafverfolgungsbehörden verschiedener Länder veranstaltet werden, um Geräte zur Überwachung und Repression von Zivilist*innen zu erwerben. Zum Beispiel hat das italienische Hacking Team in internen Dokumenten aus dem Jahr 2015 festgestellt, dass ihr Hacking-Service für staatliche Akteure interessierte »Kunden« in Belarus hat. Das bedeutet, dass dort, wo dem belarussischen Staat die Technologie zur Unterdrückung seiner Bürger*innen fehlt, private Firmen dabei helfen können. Das Lukaschenko-Regime bereitete sich gut auf die Proteste 2020 vor

dent Russlands) einen Unionsvertrag zwischen Belarus und Russland, der einen sogenannten »Unionsstaat« schuf. Die Idee der russischen Regierung war es, Belarus Schritt für Schritt zu absorbieren. Das Projekt des Unionsstaates war nicht wirklich erfolgreich, aber Ende 2019 begann Putin, einen Fahrplan zur »Integration« voranzutreiben und versuchte, so viel politischen Einfluss wie möglich zu gewinnen.

und kaufte kanadische Wasserwerfer, tschechisches Tränengas, Elektroschock-Schilde und viele andere technologische Innovationen zur Kontrolle von Menschenmengen.

Das Regime arbeitet seit mehreren Jahren mit der privaten belarussischen Firma Synesis zusammen, die Gesichtserkennungstechnologie entwickelt; nur wenige Tage nach Beginn der Proteste wurde bekannt, dass die Polizei automatische Gesichtserkennungssysteme einsetzt, um Demonstrant*innen zu identifizieren und Aktivist*innen zu lokalisieren. Ausdrucke aus dem Synesis-System wurden bei den Prozessen gegen einige Demonstrant*innen verwendet; ihre Bilder und Profile aus dem Programm lagen in den Gerichtsakten.

Geräte der amerikanischen Firma Sandvine Inc. wurden eingesetzt, um den Zugang zum Internet zu beschränken. Die israelische Celebrite-Ausrüstung wurde verwendet, um mobile Geräte zu hacken. Experten aus China kamen, um das belarussische Regime bei der Zensur und Überwachung von Online-Aktivitäten zu unterstützen.

Das Regime nutzte aktiv das Klonen von SIM-Karten, um sich in Telegram-Konten einzuhacken. Der De-Anonymisierungs-Bug in Telegram ermöglichte es, Listen von Teilnehmenden an bestimmten Telegram-Chats zu erstellen und anschließend bestimmte Kommentare mit bestimmten Personen zu verknüpfen und Strafverfahren gegen sie einzuleiten. Datenanalysten innerhalb der GUBOPIK und des KGB waren in der Lage, hochgeladenes Filmmaterial mit einzelnen IP-Adressen zu verknüpfen und auf diese Weise die Aktivist*innen von Nachbarschaftsinitiativen zu verfolgen.

Zum ersten Mal stand die belarussische Gesellschaft einem hinterlistigen und gebildeten Gegner gegenüber – und wir sprechen nicht von Lukaschenko und seinen Söhnen. Eine riesige Anzahl von Menschen arbeitet für das Regime, sie haben die Entscheidung getroffen, der Diktatur um ihrer eigenen Bequemlichkeit willen zu dienen. Diese Menschen werden nicht von ihrer ideologischen Liebe zu Lukaschenko angetrieben, sondern vom Geld, und sie sind bereit, jede technische Aufgabe auszuführen, ohne die moralischen Konsequenzen dieser Wahl zu bedenken.

Wir haben gesehen, dass zahlreiche technische Lösungen auf dem westlichen Markt sehr schnell für autoritäre Regime verfügbar werden. Technologien wie die automatische Gesichtserkennung haben eine extrem wichtige Rolle bei der Bekämpfung demokratischer Bewegungen und der Stabilisierung von Diktaturen gespielt. Das Wachstum des Überwa-

chungs- und Kontrollmarktes wird jeden Befreiungsversuch nur noch schwieriger machen.

## Gewaltlosigkeit und Untätigkeit

Vor dem Juni 2020 waren die Proteste in Belarus weitgehend gewaltfrei. Mit Ausnahme von Anarchist*innen rief keine*r zum gewaltsamen Widerstand gegen die Repression auf. Diese Situation änderte sich im Laufe des Sommers sehr schnell. Die ersten Scharmützel mit der belarussischen Polizei fanden in kleinen Städten statt, als Versuche, Demonstrant*innen zu verhaften, Widerstand provozierten. Diese Aktionen waren spontan und äußerst effektiv; das belarussische Regime ist nicht an eine aktive Bevölkerung gewöhnt, und in den ersten Wochen sorgte jeder Widerstand für perplexe Peiniger.

Der Angriff auf die Bereitschaftspolizei in Minsk im Juli wurde zu einem Wendepunkt für viele Demonstrant*innen. Es zeigte sich, dass die vermeintlich unbesiegbare Spezialeinheit der Polizei in einer Kon-



Die belarusische Polizei hat diese schwarzen Schutzschilde mit Elektroschockfunktion aus Russland bekommen.

fliktsituation sehr schnell zusammenbricht. Seit Generationen versuchte die belarussische Bereitschaftspolizei, sich als Kämpfer zu präsentieren, die in den schwierigsten Situationen arbeiten und Krawalle beenden können. Doch zahlreiche Schulungen halfen den jungen Lukaschisten, mit eingeschlagenen Köpfen nicht, den Demonstrant*innen auf den Straßen entgegenzutreten. Die Flucht dieser Bereitschaftspolizisten veränderte das Kräfteverhältnis auf den Straßen, da die Menschen erkannten, dass sie dem Repressionsapparat erfolgreich entgegentreten konnten.

Nach diesen Zusammenstößen gab es viele kleine Kundgebungen und Demos. Viele Gruppen und einfache Bürger*innen bereiteten sich auf das Ereignis vor, den Wahltag. Obwohl einige noch auf eine friedliche Lösung des Konflikts hofften, wehrten sich die meisten Menschen am Wahltag immer wieder gegen die Cops im ganzen Land. An manchen Orten konnte sich die Bevölkerung für eine Nacht komplett von der Diktatur befreien. In Minsk und anderen Großstädten konnten die Peiniger zwar bis zum Morgen die Straßen »säubern«, aber die Bewegung nicht aufhalten. Die folgenden nächtlichen Proteste zeigten die Wirksamkeit des aktiven Widerstands und der Dezentralisierung.

Das Infragestellen der Autorität des Innenministeriums setzte sich fort und breitete sich aus.

In einem verzweifelten Versuch, die Proteste zu verhindern, begann die Polizei, jede*n zu verhaften, der wie ein*e Demonstrant*in aussah. Tagsüber versuchten Polizisten in Polizeiwagen, Bussen und Krankenwagen den Druck zu verstärken. Wahllose Verhaftungen erhöhten die Zahl der Menschen, die von der politischen Repression im Land betroffen waren; zum Beispiel führte diese Taktik zur Verhaftung vieler Arbeiter*innen, die von der Nachtschicht zurückkehrten. Dies wiederum erhöhte das Level der Konfrontation in den Fabriken und wurde zu einem der Katalysatoren der Streikbewegung.

Für einige Demonstrant*innen aus dem liberalen Lager war das Level der Konfrontation zu hoch. Die Gewalt der Behörden führte in nur wenigen Tagen zum Tod mehrerer Demonstrant*innen, zu Hunderten Verletzten und zur Folter Tausender in den Zellen der Polizei und in Untersuchungshaftanstalten. Für die relativ friedliche Bevölkerung des Landes kam diese Taktik überraschend. Als Reaktion auf die Gewalt begannen am vierten Tag der Nachwahlproteste friedliche Demonstrationen. Hunderte meist weiß gekleideten Frauen mit roten Blumen versammelten sich in der Innenstadt von Minsk und forderten ein Ende der Polizeigewalt,

die Freilassung aller Gefangenen und generelle Versammlungsfreiheit. Zunächst unterdrückten die Behörden die Frauenmärsche nicht. Viele liberale Nachrichtenplattformen propagierten den Pazifismus. Zu diesem Zeitpunkt war das Hauptanliegen der Proteste, die Gewalt zu beenden. Am ersten Sonntag nach den Wahlen gingen hunderttausende Menschen in Städten im ganzen Land auf die Straße. So etwas hatte es in Belarus noch nie gegeben. An diesem Tag schien es, als ob die Diktatur verloren hätte und wir endlich frei atmen könnten.

Der liberale Teil des Protests empfand diesen Tag als den Anfang vom Ende für Lukaschenko. Nach einer so großen Demonstration musste der Diktator sicherlich gehen. Der Mangel an formulierten Zielen war ein Problem, das die Demonstrant*innen nicht lösen konnten. In einigen wenigen Fällen gelang es, die Behörden zur Freilassung von Gefangenen zu zwingen, indem vor den Knästen demonstriert wurde. In Minsk führte eine Demo von mehreren tausend Menschen zu einem Konflikt mit den »Freiwilligen«, welche die Unterstützung der Inhaftierten organisiert hatten.[14] Sie bildeten eine zusätzliche »Verteidigungslinie« um das Gefängnis gegen die Demonstrant*innen – der Grund dafür waren Vereinbarungen zwischen den Freiwilligen und der Verwaltung des Gefängnisses, die nach Ansicht der Freiwilligen im Falle von Versuchen, auf die Freilassung von Inhaftierten zu drängen, hätten gekündigt werden können. Die Demonstrationen selbst verwandelten sich oft von Protestaktionen in Massenversammlungen nur um der Versammlungen willen.

Versuche von verschiedenen Telegram-Kanälen, ein Ziel für einen bestimmten Protesttag festzulegen, scheiterten weitgehend; nur ein kleiner Teil der Demonstrant*innen war bereit, aktiv zu werden. Dabei ging es nicht einmal um direkte Zusammenstöße mit der Bereitschaftspolizei, sondern um verschiedene Formen des gewaltfreien Widerstands.

Friedlicher Protest wurde schnell zu einem Dogma, und proaktive Aktionen jeglicher Art wurden als Provokationen empfunden. In kurzer Zeit verlagerten sich die belarussischen Proteste von Zusammenstößen mit den

14 Nach der ersten Nacht der Proteste wurden über 1000 Menschen festgenommen und in verschiedenen Untersuchungsgefängnissen im ganzen Land untergebracht. In Minsk fand sich eine Gruppe von Freiwilligen zusammen, die sowohl die Angehörigen, die die Gefängnisse besuchten, als auch die aus dem Gefängnis entlassenen Personen unterstützten. Sie waren auch für die Veröffentlichung von Listen der Inhaftierten verantwortlich, da die Polizei sich weigerte, diese Informationen an die Öffentlichkeit oder an Angehörige weiterzugeben.

Behörden zu völliger Passivität. Sogar Versuche, über Solidaritätsketten Straßen zu blockieren, wurden von vielen als Provokation empfunden, während das Stehenbleiben vieler tausend Demonstrant*innen an roten Ampeln als Beispiel für eine hohe Protest- und Ordnungskultur in der belarussischen Gesellschaft interpretiert wurde.

Diese Art der Deeskalation ohne Druck auf das Regime schuf für die Behörden die Möglichkeit, eine neue Strategie zur Unterdrückung der Proteste zu entwickeln. Während die Öffentlichkeit von der Agenda »Sturz der Diktatur – kein Sprint, sondern ein Marathon« dominiert wurde, erlaubte die relative Ruhe auf den Straßen der Hauptstadt den Cops, die bereits erwähnte Strategie der schrittweisen Repression anzuwenden.

Die friedlichen Demonstrant*innen in Minsk realisierten diese Entwicklung erst, als die Bewegung in anderen Teilen des Landes bereits zerschlagen war. Verspätete Versuche, nach ein paar Monaten mit Sonntagsdemos direkte Aktionen durchzuführen, brachten keine ernsthaften Ergebnisse; viele der Aktivist*innen, die bereit gewesen wären, den Konflikt zu eskalieren, waren bereits im Gefängnis oder im Ausland. Die Taktik, Gefangene zu befreien und Polizisten anzugreifen, die in eine Menge von Demonstrant*innen einzudringen versuchten, wurde noch einige Wochen lang fortgesetzt, aber sie diente in erster Linie der Verteidigung der Demonstrationen, die immer noch keine konkreten Ziele hatten.

Es ist erwähnenswert, dass es neben den großen Protesten in vielen Städten weiterhin einzelne Sabotageakte gab: Menschen blockierten Bahngleise, zerstörten Technik und so weiter. Dieses Format erreichte jedoch keine kritische Masse, die nötig gewesen wäre, um dem Regime ernsthaften Schaden zuzufügen.

Die Entscheidung für den friedlichen Protest traf die Bewegung sehr hart. Zwar konnten sich landesweit Hunderttausende um den Preis der Deeskalation dem Aufstand gegen Lukaschenko anschließen, doch die Spaltung zwischen dem radikalen und dem friedlichen Lager spielte der Diktatur in die Hände. Die belarussische Gesellschaft befand sich in einer Situation, die vielen westlichen Demonstrant*innen vertraut ist, in der Pazifist*innen versuchen, Anhänger*innen der direkten Aktion aus der Bewegung auszuschließen und damit am Ende den Gegner*innen der Bewegung in die Hände zu spielen.

Die Agenda der friedlichen Proteste wurde sowohl auf der Straße als auch über die sozialen Medien durchgesetzt. Viele Menschen, die nach den radikalen Demonstrationen der ersten Tage auf die Straße gingen, um

die Gewalt zu stoppen, sahen in jeder Aktion eine mögliche Provokation durch das Regime, einen Vorwand für eine weitere Welle der Repression. Doch diese Annahme widersprach jeglicher Logik: Das im August 2020 geschwächte Lukaschenko-Regime wollte die Menschen nicht zur Gewalt provozieren, um den Konflikt weiter zu eskalieren, denn eine solche Strategie würde die Situation nur destabilisieren und es extrem schwierig machen, die Kontrolle wiederzuerlangen. Das Regime verstand dies nach den ersten Tagen der Wahl.

Anarchist*innen und andere radikale Gruppen wiederum sollten keine Angst vor einer Destabilisierung des Protests haben, falls es zu Zusammenstößen mit der Bereitschaftspolizei und anderen Polizist*innen kommt. Es ist klar, je mehr aktiver Widerstand auf den Straßen stattfindet, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Regime Fehler macht oder sogar zusammenbricht. Aktive Taktiken sind notwendig, auch wenn die friedliche Mehrheit gegen solche Aktionen ist. Die liberale Informationsagenda mag solche Aktionen als Provokationen darstellen, aber wir sollten nicht vergessen, dass unser Ziel bei den Protesten nicht die Unterstützung des liberalen Lagers ist, sondern der Sturz der Diktatur, auch wenn die Zusammenarbeit mit liberalen Verbündeten wichtig ist.

## Schlussfolgerungen

Die monatelangen Proteste haben die Illusion der demokratischen Opposition, dass ein großer Marsch alles ändern wird, völlig zerschlagen. Einfach durch die Straßen des Landes zu marschieren, ohne Ziele zu haben, kann dem Regime keinen Schaden zufügen. Nur eine Synthese aus verschiedenen Taktiken, von friedlichen Demonstrationen bis hin zu offenen Zusammenstößen mit dem Regime und der Einnahme strategischer Punkte, kann zum Sturz der Diktatur führen. Um dies zu erreichen, muss jedes Glied unserer Rebellion solidarisch mit dem Rest der Bewegung handeln. Die Angriffe aus dem friedlichen Lager gegen die sogenannten Radikalen müssen aufhören, ebenso wie die Verurteilungen der friedlichen Demonstrant*innen durch die aktivere Bevölkerung. Nur gemeinsam können wir eine Kraft schaffen, die in der Lage ist, Lukaschenko und seine Unterstützer*innen zu vernichten. Es sollte verstanden werden, dass friedliche Proteste auch aktive Formen des Widerstands beinhalten können, wie Straßenblockaden, Mahnwachen und Aktionen an verschiedenen stra-

tegischen Punkten, Streiks und so weiter, die alle das Regime untergraben und zusätzlichen Druck erzeugen. Radikale Aktionen dürfen sich nicht darauf beschränken, eine Demonstration zu verteidigen oder die Cops mit Steinen zu bewerfen. Die Struktur der Staatsmacht ist viel komplexer als die Absperrungen der Bereitschaftspolizei; Angriffe auf diese Strukturen können auf verschiedene Weise erfolgen, nicht nur als Teil von großen Demonstrationen. Wir sollten uns nicht nur auf die großen Medienkanäle verlassen, um Proteste zu koordinieren. Frauenmärsche wurden zunächst ohne große Unterstützung organisiert, aber dank ihres Formats wurden sie unter Tausenden von Demonstrant*innen populär. Anarchist*innen und Antifaschist*innen sollten versuchen, sich außerhalb ihres kleinen Kreises von Aktivist*innen zu organisieren und die Bequemlichkeit überwinden, um Proteststrategien zu entwickeln, die mit unseren Prinzipien, Idealen und Erfahrungen mit großen Protesten übereinstimmen.

Der Aufstand hat die Wirksamkeit dezentraler Protesttaktiken gezeigt. Es ist den organisatorischen Anstrengungen in vielen Regionen zu verdanken, dass wir der Zerstörung der Diktatur so nahe kommen konnten. Traditionelle zentralisierte Proteste in der Hauptstadt sind viel leichter zu isolieren und auszulöschen als zahlreiche Punkte des Widerstands im ganzen Land. Wir müssen weiterhin nach Verbündeten in den Kleinstädten suchen, die bereit sind, nicht nur die feindlichen Kräfte zurückzudrängen, sondern auch, wenn nötig, die Macht in den Städten zu übernehmen und die Regionen jenseits der Hauptstadt vollständig vom Diktator zu befreien, sowohl durch Guerillamethoden als auch durch zivilen Ungehorsam.

Die Effektivität und Bedeutung der Dezentralisierung machte den Anarchismus bei vielen Menschen in Belarus bekannt – nicht als Chaos und Unordnung auf den Straßen, sondern als organisierte Bewegung mit politischen Zielen, die zu einer vollwertigen Alternative zur staatlichen Zentralisierung wurde. Obwohl die Ideen des Antikapitalismus in der belarussischen Gesellschaft fremd bleiben, sind der Widerstand gegen die Zentralisierung sowie horizontale Modelle der Machtverteilung von großem Interesse. Sollte Lukaschenko besiegt werden, machen wir uns keine Illusionen über die Möglichkeit der Schaffung einer anarchistischen Republik oder Föderation innerhalb von Belarus, aber der Einfluss der Anarchist*innen auf liberale Kreise und die Gesellschaft könnte zu einem wichtigen und schnellen Zusammenbruch der Zentralisierung des Staatsapparates führen. Seit Generationen gibt es in den Köpfen der Menschen ein bestimmtes Stereotyp: die friedlichen Belaruss*innen, die in

der Lage sind, sich an jede Situation anzupassen und jede Ungerechtigkeit zu akzeptieren. Dieses Stereotyp wurde von der belarussischen Diktatur und auch von vielen Oppositionspolitiker*innen befeuert, die versuchten, die Diktatur »friedlich« zu stürzen. Witze über tolerante Belaruss*innen verbreiteten sich in ganz Osteuropa.

Aber gemeinsam haben wir es geschafft, dieses Stereotyp zu überwinden und der ganzen Welt zu zeigen, dass sich die belarussische Bevölkerung nicht weniger nach Freiheit sehnt als alle anderen – und dass wir bereit sind, entschlossen zu handeln, um sie zu gewinnen. Der Aufstand von 2020 brach das Bild des unterwürfigen Lakaien, der bereit ist, jeden Spott und jede Demütigung zu schlucken. Das Wachstum der gesellschaftlichen Macht war ein wichtiger Faktor auf unserem Weg zur Befreiung. Ja, wir konnten Lukaschenko im Sommer 2020 nicht stürzen, aber der Kampf gegen die Diktatur ist nicht verloren. Vor uns liegen lange Monate, in denen wir uns unserer eigenen Stärke bewusst werden und uns weiter für ein freies Belarus organisieren und rebellieren.

Sparen wir uns den Pessimismus für bessere Zeiten und kehren wir zurück zur Organisierungsarbeit und zur Vorbereitung auf neue Versuche, Lukaschenko zu stürzen. Die Diktatur wird fallen, und wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um ihr die Beine zu brechen und endlich frei zu werden!

Übersetzung von ABC Dresden

**Links:**

https://abc-belarus.org/?lang=en

https://abcdd.org/




Anarchist*innen bei einer der kleinen Nachbarschaftsdemonstrationen. Diese dauern normalerweise 10-15 Minuten, um Verhaftungen zu vermeiden.




# Kasachstan

# Der Aufstand in Kasachstan Interview und eine Einschätzung

Als Reaktion auf die steigenden Lebenshaltungskosten und die Gewalt der autoritären Regierung ist in Kasachstan ein Massenaufstand ausgebrochen. Demonstrant*innen haben in vielen Teilen des Landes Regierungsgebäude besetzt, insbesondere in Almaty, der bevölkerungsreichsten Stadt, wo sie vorübergehend den Flughafen besetzten und das Parlamentsgebäude in Brand steckten. Während wir diese Zeilen veröffentlichen, hat die Polizei die Innenstadt von Almaty zurückerobert und dabei Dutzende Menschen getötet, während Truppen aus Russland und Belarus eintreffen, um sie bei der Unterdrückung der Proteste zu unterstützen. Wir sind es den Menschen, die dieser Repression ausgesetzt sind, schuldig, zu erfahren, warum sie sich erhoben haben. Im folgenden Bericht präsentieren wir ein Interview mit einem/r im Ausland lebenden Kasach*in, das die Gründe für den Aufstand in Kasachstan erörtert und die Auswirkungen dieses Aufstandes auf die gesamte Region analysiert.

»Was jetzt in Kasachstan geschieht, hat es hier noch nie gegeben.«

»Die ganze Nacht gab es Explosionen, Polizeigewalt gegen Menschen, und einige Leute haben Polizeiautos angezündet, auch ein paar beliebige Autos. Jetzt ziehen die Leute durch die Hauptstraßen, und in der Nähe des Akimat (Parlamentsgebäude) passiert etwas.«

Die letzte Nachricht unserer Genossin in Kasachstan, einer Anarcha-Feministin in Almaty, am 5. Januar kurz vor 16:00 Uhr (ostkasachische Zeit) erhielten, bevor wir den Kontakt verloren.

Wir sollten den Aufstand in Kasachstan in einem globalen Kontext verstehen. Er ist nicht einfach eine Reaktion auf ein autoritäres Regime. Die Demonstrant*innen in Kasachstan reagieren auf die gleichen steigenden Lebenshaltungskosten, gegen die die Menschen seit Jahren überall auf der Welt protestieren. Kasachstan ist nicht der erste Ort, an dem ein Anstieg der Energiekosten eine Protestwelle ausgelöst hat – genau dasselbe geschah in Frankreich, Ecuador und anderswo auf der Welt, unter einer Vielzahl von Regierungen und Regierungsformen.

Das Besondere an diesem Aufstand ist also nicht, dass er beispiellos ist, sondern dass es sich um Menschen handelt, die mit denselben Herausforderungen konfrontiert sind, mit denen auch wir konfrontiert sind, wo auch immer wir leben.

Die Geschwindigkeit, mit der Russland zur Niederschlagung des Aufstands beiträgt, ist gleichfalls bezeichnend. Die »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (OVKS), ein Militärbündnis bestehend aus Russland, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan – mit Russland an der Spitze – hat sich verpflichtet, Truppen nach Kasachstan zu entsenden. Es ist das erste Mal, dass die OVKS-Truppen zur Unterstützung eines Mitgliedslandes entsendet wurden, 2021 hingegen verweigerte es Armenien während des Konflikts mit Aserbaidschan die Unterstützung.

Es ist aufschlussreich, dass der Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan kein Eingreifen der OVKS rechtfertigte, eine kraftvolle Protestbewegung aber schon. Wie bei anderen imperialen Projekten ist die Hauptbedrohung für die russische Einflusssphäre (die »Russosphäre«) nicht der Krieg, sondern die Revolution. Russland hat vom Bürgerkrieg in Syrien und der türkischen Invasion in Rojava erheblich profitiert und Syrien und die Türkei gegeneinander ausgespielt, um in der Region Fuß zu fassen. Wladimir Putin hat sich in Russland unter anderem dadurch an der Macht gehalten, dass er russische Patrioten dazu gebracht hat, ihn in den Kriegen in Tschetschenien und der Ukraine zu unterstützen. Der Krieg – der ständige Krieg – ist ein fester Bestandteil des russischen imperialen Projekts, so wie der Krieg dem amerikanischen imperialen Projekt im Irak und in Afghanistan diente. Krieg ist die Voraussetzung für die Gesundheit des Staates, wie Randolph Bourne es ausdrückte.

Aufstände hingegen müssen mit allen Mitteln unterdrückt werden. Wenn die Millionen von Menschen in der russischen Einflusssphäre, die unter einer Kombination aus Kleptokratie und Neoliberalismus leiden, sehen würden, dass ein Aufstand in einem dieser Länder erfolgreich ist, würden sie sich beeilen, diesem Beispiel zu folgen. Ein Blick auf die Protestwellen in Belarus im Jahr 2020 und in Russland vor einem Jahr zeigt, dass viele Menschen auch ohne Hoffnung auf Erfolg dazu bereit sind.

In kapitalistischen Demokratien wie den Vereinigten Staaten, wo durch Wahlen eine Bande selbstsüchtiger Politiker*innen gegen die nächsten ausgetauscht werden kann, dient die Illusion der Wahlen dazu, die Menschen davon abzulenken, etwas zu unternehmen, um echte Veränderungen herbeizuführen. In autoritären Regimen wie Russland, Belarus und

Kasachstan gibt es keine solche Illusion, die herrschende Ordnung wird allein durch Verzweiflung und rohe Gewalt durchgesetzt. Unter diesen Bedingungen kann jeder sehen, dass die Revolution der einzige Weg nach vorn ist. In der Tat verdanken die Herrschenden in allen drei Ländern ihre Macht der Welle von Revolutionen, die 1989 begannen und den Zusammenbruch des Ostblocks herbeiführte. Wir können nachvollziehen, warum ihre Bürger*innen vermuten, dass nur eine Revolution eine Veränderung ihrer Lage herbeiführen kann.

Revolution – aber zu welchem Zweck? Wir können den Optimismus der Liberalen nicht teilen, die sich vorstellen, dass der soziale Wandel in Kasachstan so einfach sein wird wie die Vorstellung der Vertreibung der Autokrat*innen und die Durchführung von Wahlen. Ohne tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Veränderungen würde jeder rein politische Wandel die meisten Menschen demselben neoliberalen Kapitalismus aussetzen, der sie schon heute ins Elend stürzt.

Putin wird auf jeden Fall nicht so schnell aufgeben. Ein echter sozialer Wandel – in der »Russosphäre« wie im Westen – wird einen langwierigen Kampf erfordern. Der Sturz der Regierung ist notwendig, aber nicht ausreichend: Um sich gegen künftige politische und wirtschaftliche Zumutungen zu wehren, müssen die einfachen Menschen kollektive Macht auf horizontaler, dezentraler Basis entwickeln. Dies ist nicht die Aufgabe eines Tages oder eines Jahres, sondern einer ganzen Generation.

Was Anarchist*innen zu diesem Prozess beizutragen haben, ist der Vorschlag, dass dieselben Strukturen und Praktiken, die wir im Laufe des Kampfes gegen unsere Unterdrücker*innen entwickeln, uns auch dabei helfen sollten, eine bessere Welt zu schaffen. Anarchist*innen haben bereits eine wichtige Rolle beim Aufstand in Belarus gespielt und dabei den Stellenwert von horizontalen Netzwerken und direkten Aktionen aufgezeigt. Der Traum des Liberalismus, die ganze Welt nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten und Westeuropas umzugestalten, hat sich bereits als leere Hülle erwiesen – die Vereinigten Staaten und Westeuropa sind an vielen der Gründe beteiligt, warum die Bemühungen, diesen Traum zu verwirklichen, gescheitert sind, in Ägypten, im Sudan und anderswo. Der Traum vom Anarchismus muss noch ausprobiert werden.

Als Reaktion auf die Ereignisse in Kasachstan plappern einige angebliche »Antiimperialist*innen« wieder einmal das zeitlose Argument der russischen Staatsmedien nach, dass jede Opposition gegen ein mit Putins Russland verbündetes Regime nur das Ergebnis westlicher Intervention

sein kann. Dies ist besonders ungeheuerlich, wenn mensch bedenkt, dass die Länder in Russlands Einflussbereich jeden Anschein von Sozialismus weitgehend aufgegeben haben und sich der Art von neoliberaler Politik verschrieben haben, die den Aufstand in Kasachstan ausgelöst hat. In einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaft, in der wir alle dem gleichen Profitstreben und der gleichen Prekarität unterworfen sind, sollten wir uns nicht von rivalisierenden Weltmächten gegeneinander ausspielen lassen. Wir sollten die ganze Scharade durchschauen. Machen wir über Kontinente hinweg gemeinsame Sache, tauschen wir Taktiken, Inspiration und Solidarität aus, um unser Leben neu zu erfinden.

Das Aufbegehren der Bevölkerung in Kasachstan in dieser Woche hat gezeigt, wie weit wir gehen können – und wie viel weiter wir gemeinsam gehen müssen.



Almaty, 5. Januar. Das Akimat (Stadtverwaltung) wurde gestürmt und in Brand gesetzt.

# Die Hintergründe des Aufstands (Interview)

Am frühen Morgen des 6. Januar (ostkasachische Zeit) führten wir das folgende Interview mit einem/r im Ausland lebenden kasachischen anarchistischen Genoss*in, nachdem es aufgrund von Internet Ausfällen nicht möglich war, ein Interview mit Teilnehmer*innen der Bewegung in Almaty zu führen.

**Zum Kontext: Welche anarchistischen, feministischen und ökologischen Projekte oder Bewegungen gab es im 21. Jahrhundert in Kasachstan?**

Schon früh gab es eine Opposition gegen den ersten ehemals kommunistischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew, der schließlich das postsowjetische Kasachstan regierte. Anfang der 1990er Jahre begann er, autoritärer zu werden – beispielsweise entließ er 1993 zweimal ein politisch pluralistischeres Parlament, um loyale Parlamentsabgeordnete einzusetzen, verlängerte seine erste Amtszeit als Präsident und änderte die Regierungsstruktur, um durch Referenden, die 1995 als gefälscht galten, stärkere Exekutivbefugnisse zu erhalten. Dies brachte Nasarbajew innerhalb der politischen Elite selbst Gegner*innen aus einem breiten politischen Spektrum ein, darunter Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen, aus der Mitte, Liberale und Nationalist*innen, die gemeinsam eine demokratischere Verfassung mit begrenzten Befugnissen des Präsidenten und einem Mehrparteienparlament forderten.

Was die Bewegungen von unten anbelangt, so gab es Anarchist*innen, die eher eine Untergrundbewegung waren, und es gab eine ungewöhnlich lautstarke sozialistische Gruppe, deren Anführer Ainur Kurmanov schließlich aus Kasachstan floh. Es gab auch Nationalist*innen und radikale Islamist*innen, aber auch sie waren nicht sehr prominent und bewegten sich eher im Untergrund.

Was die Umweltschützer*innen anbelangt, so haben sie, wenn sie durch die Medien oder durch Werbung etwas öffentliche Aufmerksamkeit erlangt haben, dies meist durch Interessengruppen oder, wie sie dort genannt werden, »öffentliche Vereinigungen« getan. In Kasachstan sind derzeit nur sechs politische Parteien von der Regierung registriert, und nur sie dürfen rechtmäßig an Wahlen teilnehmen; die anderen, die versucht haben, politische Parteien zu gründen, wurden vom Ministerium systematisch

abgewiesen. Wenn die kasachischen Behörden jedoch unter bestimmten Umständen der Öffentlichkeit ihren politischen Pluralismus verkünden, so tun sie dies mit Hilfe loyaler öffentlicher Vereinigungen, insbesondere bei Präsidentschaftswahlen.

**Gibt es in Kasachstan Oppositionsparteien?**

Was die Oppositionsparteien betrifft, so gibt es in Kasachstan im Grunde genommen keine, die als legal gelten. Früher, in den 1990er und frühen 2000er Jahren, gab es solche unabhängigen, funktionierenden politischen Parteien, aber sie wurden alle von der Regierung zerschlagen oder verboten, ebenso wie unabhängige Presse und Medien. Heute gibt es Leute, die behaupten, die Opposition zu vertreten, aber sie leben im Ausland in Ländern wie der Ukraine. Sie haben keine wirkliche Verbindung zur Straße.

Es gibt auch eine Art Rivalität unter ihnen: Ich habe gehört, dass sich alle gegenseitig beschuldigen, mit der Regierung oder dem Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Ein typisches Merkmal der kontrollierten Opposition in Kasachstan ist, dass die so genannten erklärten Oppositionen versuchen, unzufriedene Bürger*innen dazu zu verleiten, Dinge zu tun, die eigentlich keine Bedrohung für die Regierung darstellen, Dinge, die den Anschein erwecken, etwas zu verändern, wie z. B. die Aufforderung an die Menschen, einen friedlichen Dialog mit lokalen Beamt*innen zu führen oder an den Wahlen teilzunehmen, indem sie absichtlich den Stimmzettel zerstören, um zu »protestieren« – irgendeine Taktik, die den Anschein erweckt, die Regierung zu bekämpfen, während es in Wirklichkeit nur Zeitverschwendung ist.

In den letzten Jahren ist diese Art von Opposition auch im Lande selbst entstanden, aus dem Nichts heraus haben sich Aktivist*innen zu politischen Bewegungen zusammengefunden und Mahnwachen abgehalten, ohne dass sie in irgendeiner Form verfolgt wurden, während gewöhnliche Menschen, die keine Beziehungen haben, immer sofort von der Polizei festgenommen werden, wenn sie versuchen zu protestieren.

Eine ungewöhnliche Oppositionsgruppe – ich kann nicht sagen, ob es sich um eine kontrollierte Opposition handelt – nennt sich »Demokratische Wahl Kasachstans« (Democratic Choice of Kazakhstan). Sie wird von einem in Frankreich lebenden ehemaligen Geschäftsmann und Politiker namens Mukhtar Ablyazov angeführt. Wenn man seinen Namen sucht, stößt man auf Artikel über angebliche Geldwäschefälle und Gerichtsver-

fahren. In den 1990er Jahren war er Minister im Kabinett, bis er mit der Regierung brach, die überwiegend loyal gegenüber Präsident Nasarbajew war. Er wurde von der kasachischen Regierung inhaftiert, aber wieder freigelassen, schließlich floh er aus Kasachstan und lebte wie andere illoyale Funktionäre von Nasarbajew im Exil. Seitdem steht er an der Spitze der politischen Opposition mit der größten Unterstützung in den sozialen Medien. Fast jeder, der mit seiner Bewegung in Verbindung gebracht wird, wird verfolgt und verhaftet; dies geschieht, seit er die Bewegung 2017 auf verschiedenen Social-Media-Plattformen wieder ins Leben gerufen hat. Jeder Protest, den er aus dem Ausland organisiert hat, wurde mit massiver Polizeipräsenz auf öffentlichen Plätzen unterbunden. Es hat Fälle gegeben, in denen das Internet teilweise landesweit eingeschränkt wurde.

Was jetzt in Kasachstan geschieht, ist auf jeden Fall völlig unerwartet.

**Welche Spannungen innerhalb Kasachstans gingen diesen Ereignissen voraus? Was sind die Bruchlinien in der kasachischen Gesellschaft?**

Der eigentliche Auslöser der Massenunruhen fand in der Stadt Janaozen statt. Diese Stadt erwirtschaftet massive Gewinne aus der Förderung von Öl, doch die Menschen dort gehören zu den ärmsten des Landes. Die Stadt ist bekannt für die blutigen Ereignisse im Dezember 2011, als es zu einem Streik kam und die Behörden der Polizei befahlen, auf die Demonstrant*innen zu schießen. Obwohl die Tragödie halbwegs glimpflich ausging, blieb sie vielen Kasach*innen, insbesondere den Einwohner*innen der Stadt, in Erinnerung. Seitdem hat es dort weitere kleinere Streiks in der Ölindustrie gegeben, die allerdings friedlich verliefen und kein Blutvergießen zur Folge hatten. Seit 2019 sind Streiks und Proteste dort häufiger geworden. Gleichzeitig sind die Menschen aufgrund wirtschaftlicher Faktoren im ganzen Land politisch aktiver geworden, da die Ölpreise weltweit gesunken sind, was sich auf Kasachstans Wirtschaft auswirkt. Da die kasachische Währung, der Tenge, immer schwächer wurde, konnten sich die Menschen immer weniger leisten.

In Kasachstan gibt es auch andere ernste Probleme: Mangel an sauberem Wasser in den Dörfern, Umweltprobleme, verschuldete Menschen, allgemeines Misstrauen, Korruption und Vetternwirtschaft in einem System, in dem jeder Widerspruch leicht ausgeschaltet werden kann. Die meisten Menschen haben sich daran gewöhnt, unter diesen Bedingungen zu leben, während die Wirtschaft milliardenschweren Oligarchen dient,

die Beziehungen zu Regierungsbeamt*innen und anderen prominenten Personen unterhalten. In den frühen 2000er Jahren hatten die Menschen in Kasachstan einen Hoffnungsschimmer, als die Wirtschaft dank der Erdgasvorkommen wuchs, infolgedessen stieg der Lebensstandard vieler Menschen. Doch das änderte sich 2014, als die Ölpreise weltweit fielen und der Krieg in der Ukraine zu Sanktionen gegen Russland führte – was sich auch auf Kasachstan auswirkte, da das Land von Russland abhängig ist.

Von 2014 bis 2016 gab es einige kleinere Proteste, die jedoch problemlos niedergeschlagen wurden. Von 2018 bis 2019 nahmen sie zu, unter anderem dank des bereits erwähnten oppositionellen Geschäftsmanns Mukhtar Ablyazov, der die sozialen Medien nutzte, um an Einfluss zu gewinnen. Politische Proteste und Aktivismus wurden unter dem Banner der Partei »Demokratische Wahl Kasachstans« organisiert. Dies führte zwar dazu, dass der langjährige Präsident Nasarbajew nach fast drei Jahrzehnten an der Macht zurücktrat, aber sein Amt wurde von seinem langjährigen Verbündeten, dem derzeitigen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew, übernommen. Tokajew genoss kaum Vertrauen bei der kasachischen Bevölkerung; er wurde als politische Marionette von Nasarbajew angesehen, da er kaum Schritte in Richtung der weithin geforderten Reformen unternahm und keine exekutiven Maßnahmen gegen die von der Gesellschaft verachteten Regierungsbeamt*innen ergriff.

Das politische System Kasachstans und die Führung durch Präsident Nasarbajew haben die kasachische Gesellschaft während der gesamten Geschichte ihrer Unabhängigkeit geprägt. Ich habe bereits erwähnt, wie Nasarbajew durch verschiedene Mittel, die die Opposition gegen ihn aufbrachte, im Grunde zu einem autoritären Herrscher wurde. Unter Nasarbajew hat die kasachische Regierung nie zugelassen, dass ein echter Oppositionspolitiker*in ihn bei den Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen herausfordert. Bei den übrigen Politiker*innen und legalen Parteien, die bei den Wahlen antraten, handelte es sich einfach um verschiedene Personen mit unterschiedlichen Gesichtern, aber denselben regierungsfreundlichen Positionen, alles eine schlecht inszenierte Illusion, um Kasachstan wie ein »demokratisches« Land aussehen zu lassen, in dem ein starker Mann und seine Regierungspartei jede Wahl mit einer wenig überzeugenden, ja surrealistischen Mehrheit der Stimmen gewinnen – trotz dokumentierter Fälle von Wahlbetrug. Die Situation ist ähnlich wie in Russland, Belarus und anderen diktatorischen postsowjetischen Ländern. Im Laufe der Zeit wurde es immer schlimmer, da sich um Nasarbajew ein Personenkult

entwickelte. Die Regierung gab Millionen aus dem Staatshaushalt aus, um Straßen, Parks, Plätze, Flughäfen, Universitäten, Statuen und die Hauptstadt Astana nach ihm zu benennen und zu errichten. Dies führte nur dazu, dass die Öffentlichkeit noch mehr irritiert wurde und Nasarbajew wie ein Narzisst dastand.

Die Lage in Kasachstan verschlechterte sich nach 2020, als die COVID19-Pandemie ausbrach. Die Menschen verloren ihre Arbeit, einige hatten keine Möglichkeit mehr, ihre Einkäufe zu bezahlen und erhielten kaum noch Unterstützung von der Regierung, während die staatlichen COVID-Maßnahmen die Frustration und das Misstrauen der Menschen gegenüber der Regierung noch verstärkten. Und dann stiegen auch noch die Preise für Waren, insbesondere für Lebensmittel – dies geschah zwar weltweit, aber für Kasachstan hatte es erhebliche Auswirkungen.

Um auf die Stadt Janaozen, die eine Geschichte des Blutvergießens hat, zurückzukommen: hier ist der Preis für Flüssiggas in die Höhe geschnellt – und zwar genau an dem Ort, an dem der Treibstoff tatsächlich produziert wird. Diese Kosten sind in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen, aber sie stiegen schließlich noch mehr, als die Regierung die Subventionierung einstellte und stattdessen den Markt den Preis regulieren ließ.

In dieser Stadt hatte es bereits kleinere Proteste zu diesem Thema gegeben, aber am 1. Januar 2022 verdoppelte sich der Preis für Flüssiggas, das dort weit verbreitet zum Antrieb von Fahrzeugen verwendet wird, völlig unerwartet. Das machte die Menschen wütend. Sie protestierten in großer Zahl auf den Plätzen. Die Ordnungskräfte schienen zu zögern, den Protest aufzulösen. Andere Dörfer in der Provinz erhoben sich und begannen aus Protest Straßen zu blockieren. Innerhalb weniger Tage breiteten sich die Proteste dann landesweit aus.

Was mit einem Protest gegen den Anstieg der Gaspreise begann, schwoll vor allem wegen der anderen Probleme, die ich zuvor erwähnt habe, schnell an. Diese motivierten die Menschen, noch mehr zu streiken und auf die Straße zu gehen.

**Wie sehen die unterschiedlichen Ziele der verschiedenen Gruppen auf beiden Seiten dieses Kampfes aus? Gibt es erkennbare Fraktionen oder Strömungen innerhalb der Demonstrationen?**

Zunächst ignorierte die Regierung die Probleme mit den Gaspreisen, indem sie versuchte, die Menschen daran zu gewöhnen und sogar die

Verbraucher*innen für die hohe Nachfrage verantwortlich machte. Schließlich senkte sie den Preis, was aber die Proteste nicht beendete. Dann leugnete der Staat im Wesentlichen seine Beteiligung an der Erhöhung der Gaspreise, aber als die Proteste zunahmen, begann die Regierung, mehr Zugeständnisse zu machen, um die Menschen zu beruhigen. So versprach sie beispielsweise, einige Maßnahmen einzuführen, um den Menschen wirtschaftliche Unterstützung zu bieten, nachdem sie diese jahrelang ignoriert hatte.

Aber die Proteste haben noch immer nicht aufgehört. Nur wenige Menschen vertrauen der Regierung oder unterstützen sie. Die Menschen, die demonstrieren, wollen einfach ein besseres Leben, wie sie es sich in den entwickelten europäischen Ländern vorstellen. Selbstverständlich gibt es unterschiedliche Forderungen – einige wollen den Rücktritt der gesamten Regierung, andere wollen eine neue demokratische Regierungsform, insbesondere eine parlamentarische Form ohne einen Präsidenten mit exekutiven Vollmachten, und wieder andere wollen mehr Arbeitsplätze und Industrie und bessere soziale Bedingungen.

Einige der heftigsten Ausschreitungen und Plünderungen finden in der ehemaligen Hauptstadt (zu Sowjet-Zeiten) Almaty statt, die jetzt die Finanzmetropole und größte Stadt Kasachstans ist. Die Menschen plündern Geschäfte und zünden Gebäude an. Sie haben das Regierungsgebäude von Almaty (oder Akimats, wie sie in Kasachstan genannt wird) an dem zentralen Platz der Stadt sowie das Hauptquartier der Strafverfolgungsbehörden niedergebrannt.

Meiner Meinung nach hat die Regierung zu dieser Situation beigetragen, weil sie die Forderung nach einem friedlichen Rücktritt und der Bildung eines neuen demokratischen politischen Systems durch eine von der Opposition geführte Übergangsregierung nicht erfüllt hat. Der derzeitige Präsident von Kasachstan, der ein enger Verbündeter des ehemaligen und ersten Präsidenten Nasarbajew ist, gießt Öl ins Feuer, indem er sich weigert, seine Macht abzugeben. Je länger er an seiner Position festhält, desto mehr Gewalt wird es geben, da weder die Regierung noch die Demonstrant*innen Kompromisse eingehen können. Solange dies der Fall ist, werden die Gewalttäter*innen weiterhin ungestraft davonkommen können. In Almaty herrscht Gesetzlosigkeit; es scheint, dass niemand weiß, wer dort jetzt das Sagen hat, da das Büro des Bürgermeisters niedergebrannt wurde und er aus der Öffentlichkeit verschwunden ist. Die gesamte Stadt ist verbarrikadiert und bewaffnete Demonstrant*innen laufen herum.

Theoretisch herrscht in der Stadt eine Ausgangssperre, aber in der Praxis sind die Ordnungskräfte abwesend oder haben sich den Protesten angeschlossen – soweit ich weiß, ist die Stadt also so etwas wie eine Kommune (d. h. wie die Pariser Kommune). In Anbetracht der Entwicklung der Ereignisse würde ich die Menschen dort nicht als Demonstrant*innen, sondern als Revolutionär*innen bezeichnen – vor allem, wenn man die bewaffneten Zivilist*innen dort sieht.

Als Reaktion darauf hat die Regierung aus der Hauptstadt Nur-Sultan (oder Astana) verschiedene »Anti-Terror«-Sicherheitskräfte entsandt, um die Kontrolle über die Stadt zu übernehmen, wodurch die normalerweise friedliche Stadt in ein albtraumhaftes Kriegsgebiet verwandelt wurde.

**Kannst du eine Chronologie der Ereignisse der vergangenen Woche schreiben?**

Die Proteste begannen am 2. Januar in der ölproduzierenden Stadt Janaozen. Am nächsten Morgen begannen aus Solidarität auch andere Städte und Dörfer in Westkasachstan zu protestieren.

Die massivsten Proteste fanden in der Nacht statt, als sich die Unruhen auf andere Städte, darunter auch Almaty, ausbreiteten. Am späten Abend des 4. Januar zogen die Menschen in Almaty auf den Hauptplatz vor dem Rathaus. Dort war ein großes Polizeiaufgebot in Stellung gebracht worden. Es kam zu Zusammenstößen, aber die Demonstrant*innen behielten die Oberhand.

Sie wurden erst am frühen Morgen des 5. Januar zerstreut, gruppierten sich aber gegen 9 Uhr im nebligen Vormittag wieder neu. Einige Polizeibeamt*innen wechselten sogar die Seite und schlossen sich dem Protest an, wie Videos in den sozialen Medien zeigen. Schließlich zogen die Demonstrant*innen gegen 10 Uhr wieder auf den Platz, stürmten das Rathaus und setzten das Gebäude in Brand. Teile der Sicherheitskräfte der Regierung flohen aus Almaty und überließen die Stadt der Kontrolle der Demonstrant*innen.

Als Reaktion darauf hat Präsident Tokajew erneut Truppen dorthin geschickt, um mit einer »antiterroristischen Säuberungsaktion« die Kontrolle zu übernehmen. Ich weiß nicht, wie sich das Ganze im Einzelnen abspielt, aber ich habe in den sozialen Medien gesehen, dass es in der Nacht zum 5. Januar oder am frühen Morgen des 6. Januar in Almaty zu chaotischen Zuständen kam, als die Menschen begannen zu plündern

und in Waffendepots einzubrechen, um sich Waffen zu beschaffen, und es wurden Schüsse gemeldet.

In anderen Städten geht es friedlicher zu, mit massiven Protesten auf den zentralen Plätzen. Ich habe unbestätigten Informationen entnommen, dass einige Demonstrant*innen die lokalen Regierungsgebäude in einigen anderen Städten übernommen haben, aber soweit ich weiß, sind die Verhältnisse dort im Vergleich zu Almaty weniger chaotisch.

In der Hauptstadt Nur-Sultan ist es ruhig, aber die Menschen haben gesehen, wie eine große Anzahl von Bereitschaftspolizist*innen den Präsidentenpalast von Aqorda umstellt hat. Im Grunde ist der ganze Ort jetzt eine Festung.

Kurz gesagt, ganz Kasachstan ist jetzt wie eine Kopie der *Hunger Games*. Wenn du die *Hunger Games*-Trilogie gesehen hast oder eine grobe Zusammenfassung der Handlung kennst, weißt du, wovon ich spreche. Die Demonstrant*innen versuchen, eine Stadt nach der anderen in ihre Gewalt zu bringen, um die Regierung zu stürzen. Der amtierende Präsident Tokajew will die Macht nicht aus der Hand geben. Wenn nichts außergewöhnliches geschieht, rechne ich damit, dass das Chaos weitergeht, bis die Regierung gestürzt oder der Aufstand brutal niedergeschlagen wird, oder ein noch schlimmeres Szenario wird sich ereignen.

**Glaubst du, dass die Teilnehmer*innen an diesen Protesten irgendwelche Bezugspunkte zu den Protestbewegungen haben, die in Frankreich, Ecuador und anderswo auf der Welt als Reaktion auf die steigenden Kraftstoffpreise entstanden sind? Was ist die Grundlage für die Taktik, die sie anwenden?**

Ich denke, dass viele von ihnen von den Protesten in anderen postsowjetischen Ländern wie Belarus und Kirgisistan beeinflusst sind. Es scheint, als hätten sich die Einwohner*innen von Almaty ein Beispiel am benachbarten Kirgisistan genommen, wo die Menschen ebenfalls die Regierung gestürzt und Gebäude niedergebrannt haben, aber in Kirgisistan wurde die Regierung schneller gestürzt. (Meiner Meinung nach lag das zum Teil daran, dass Kirgisistan ein kleineres Land mit nur einer Metropole ist). Kirgisistan hat bisher drei Revolutionen erlebt; in Anbetracht der Nähe und der kulturellen Bindungen zu Kasachstan – beide Länder sprechen türkische Sprachen – denke ich, dass das Beispiel Kirgisistans in Kasachstan eine wichtige Rolle gespielt hat.

**Welche Möglichkeiten gibt es, was wird als Nächstes passieren?**

Aus meiner Sicht kann ich mir zwei Szenarien vorstellen. Entweder die Regierung tritt zurück – oder wird gestürzt – und Kasachstan beginnt den Weg der Demokratisierung zu gehen, oder die Regierung schlägt den Aufstand mit enormer Gewaltanwendung nieder, auch unter Einbeziehung anderer Länder. Oder ein noch schlimmeres Szenario – ein langwieriger und zerstörerischer Bürgerkrieg zwischen der Regierung und den rebellierenden Kasachen.

Der kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokajew bittet die OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, ein Militärbündnis, dem Russland, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehören) um die Entsendung von »friedenserhaltenden« Soldat*innen. Kurz gesagt, der Präsident lädt ausländische Truppen nach Kasachstan ein, um zu versuchen, die Proteste niederzuschlagen. Entweder gelingt es den bewaffneten Demonstrant*innen, diese Truppen zurückzuschlagen, und die Regierung wird gestürzt, oder die Revolutionär*innen geben auf und werden zerschlagen.

Kasachstan steht vor einer düsteren Zukunft. Es ist ein Krieg um Freiheit oder Niederlage, und eine Niederlage würde den potenziellen Verlust weiterer Freiheiten und möglicherweise der Souveränität bedeuten.

**Was können Menschen außerhalb Kasachstans tun, um die Teilnehmer*innen des Kampfes zu unterstützen?**

Die einzige realistische Möglichkeit für die Menschen außerhalb Kasachstans, Unterstützung zu leisten, besteht darin, mehr Aufmerksamkeit auf die Ereignisse zu lenken und vielleicht eine Art von Hilfe zu organisieren.

## Schlussbemerkung: Eine Perspektive aus Russland

Im folgenden Text denkt ein/e russische/r Anarchist*in über die Auswirkungen des Aufstandes in Kasachstan auf die Region nach. Eine Perspektive von belarussischen Anarchist*innen können ihr hier lesen: https://pramen.io/en/2022/01/colonialism-of-the-twenty-first-century/

Warum keimt nach Jahrzehnten der Repressionen, Misserfolge und Niederlagen immer wieder Hoffnung auf, wie wir in Belarus, Russland, Kirgisistan und jetzt in Kasachstan sehen? Warum kämpfen die Menschen immer noch, nachdem unsere Verwandten, Freund*innen und Nachbar*innen gefallen sind, erschossen von der Polizei oder der Armee? Wie kommt es, dass wir immer noch die Chance haben, den Wind des Wandels und der Aufregung zu erleben, der uns einen Vorgeschmack auf all das gibt, was unser Leben sein könnte?

Wir können einige Antworten in den Zeilen des kasachischen Musikers Ermen Anti von der Band Adaptation spüren:

> »Egal wie viel sie schießen, die Kugeln werden nicht ausreichen. Wie sehr sie auch zermalmen, dennoch sprießen die Keimlinge des gerechten Zorns auf. Kinder des Prometheus, die das Feuer zu den Menschen tragen, die frieren.«

Wenn wir die Ereignisse der letzten Jahrzehnte in Kasachstan, Belarus, Russland und Kirgisistan betrachten, müssen wir uns fragen, was die Zusammenarbeit zwischen Initiativen und Bewegungen, die für die Befreiung kämpfen, auf internationaler Ebene bewirken könnte. Solche Verbindungen könnten es uns ermöglichen, politische und kulturelle Erfahrungen auszutauschen, um die gemeinsame Sache zu stärken, die die Menschen dieser Länder teilen sollten. Doch im Gegensatz dazu, wie sehr die Wirtschaft und die politischen Realitäten dieser Länder miteinander verbunden und voneinander abhängig sind, sind die anarchistischen Bewegungen voneinander abgetrennt.

Kasachstan kann ein Beispiel dafür sein, was morgen in Russland, Belarus und anderen Ländern in diesem Teil der Welt geschehen kann. Heute fürchten die Menschen in Russland um ihr Leben, wenn sie daran denken, irgendeine Form des Dissens zu äußern. Aber morgen könnten wir Zhanaozen und Almaty in den Städten Russlands, von Belarus (wieder!) und anderen Ländern sehen. Wir können die Beteuerungen vergessen, dass »es hier nicht passieren kann« – was passieren kann und was nicht, hängt in erster Linie davon ab, was wir uns vorstellen und wünschen können.

Wenn sich Situationen wie die heutige in Kasachstan abspielen, können wir sehen, wie wichtig es ist, mit anderen in unserer Gesellschaft verbunden zu sein. Heute sind wir überrascht – oft sind wir vielleicht nicht einmal unter den Menschen auf der Straße, die Schulter an Schulter kämpfen

und sich gegenseitig verteidigen oder andere wichtige Arbeit zur Unterstützung des Aufstands leisten. Um bereit und verbunden zu sein, müssen wir in der Lage sein, uns den Widersprüchen in unseren Gemeinschaften und in unserer Gesellschaft insgesamt zu stellen. Wir müssen in der Lage sein, unsere Ideen zu kommunizieren und den Menschen in unserer Umgebung in solchen Situationen Vorschläge zu unterbreiten. Konflikte, Meinungsverschiedenheiten und Isolation ersticken Genossinnen und Genossen, die sonst ihr Leben dem Kampf widmen könnten. Wenn ich mich frage, was nötig ist, damit wir uns auf der Straße und in den Häusern der Menschen sehen, zusammen gehen, uns umeinander kümmern und zusammen kämpfen, stelle ich mir vor, dass wir uns auf unterschiedliche Weise nähern und uns gegenseitig ermöglichen, zu kämpfen, uns zu entwickeln und zu überleben.

Wir können uns fragen: Was müssen wir ändern in der Art und Weise, wie wir aufeinander und auf andere Menschen zugehen, wie wir den Kampf und unsere Bewegungen angehen, um sie zu einer Quelle des Lebens und der Inspiration zu machen, die den Menschen Wege zum Denken, Kämpfen und Leben bieten kann?

Wir erinnern uns zum Beispiel an die feministische Bewegung in Kasachstan, die in den 2010er Jahren einige Jahre lang im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit und des Diskurses stand. Sie gab eine feministische Zeitschrift heraus und brachte das Thema in Kasachstan auf eine Weise zur Sprache, wie es zuvor niemand getan hatte, und verband viele Gruppen und Gemeinschaften entlang der Bruchlinie von häuslicher Gewalt und Patriarchat. Dies ist ein Beispiel dafür, wie wir uns positionieren können, um Themen anzusprechen, die uns mit einem breiten Spektrum anderer Menschen in unserer Gesellschaft verbinden werden.

Wir in den ehemaligen Sowjetrepubliken haben ein beeindruckendes Erbe des Widerstands und der Aufstände, auf das wir zurückgreifen können. Wir müssen uns miteinander vernetzen, damit wir auf dieses Erbe zugreifen können. Solidarität und Kraft für alle, die in Kasachstan und in allen postsowjetischen Ländern kämpfen. Wie man so schön sagt: Die Hunde mögen bellen, aber die Karawane wird weiterziehen. Heute mögen sie auf unseren Nacken herumtrampeln, aber der Kampf wird nicht aufhören, und diejenigen, die in den Straßen von Almaty gefallen sind, werden nicht vergessen werden.

Übersetzt von SunziBingfa, leicht editiert.

# Kasachstan nach dem Aufstand
# Einschätzungen und Berichte von Anarchist*innen aus Russland und Almaty

Im Anschluss an unsere Berichterstattung über den Aufstand in Kasachstan in der vergangenen Woche haben wir unterschiedliche Perspektiven auf die Situation aus verschiedenen russischen anarchistischen Quellen übersetzt und zwei Anarchist*innen aus Almaty, der größten Stadt Kasachstans und dem Ort, an dem die Kämpfe am heftigsten wurden, interviewt.

Dieser Text enthält auch bisher unveröffentlichte Fotos, die von unseren Kontakten in Almaty aufgenommen wurden.

Die folgenden Quellen sollen dazu dienen, alle oberflächlichen Falschdarstellungen des Aufstands seitens der Behörden in Kasachstan, Russland oder den Vereinigten Staaten – oder ihrer fehlgeleiteten Unterstützer*innen – zu entlarven.

Denjenigen, die Verschwörungstheorien darüber verbreiten, dass die USA versuchen, eine »Farbenrevolution« in Kasachstan zu inszenieren, sei gesagt, dass die Proteste als Reaktion auf die Streichung der Subventionen für Gas durch die Regierung begannen, welches in Kasachstan im Rahmen eines profitablen Staatsmonopols gefördert wird. Diejenigen, die die Regierungen Kasachstans und Russlands verteidigen, verteidigen die repressiven Kräfte, die den Arbeiter*innen neoliberale Sparmaßnahmen aufzwingen. Der würdige Platz für alle, die sich wirklich gegen den Kapitalismus stellen, ist an der Seite der einfachen Arbeiterinnen und anderer Rebellen, die sich gegen die herrschende Klasse auflehnen – und nicht an der Seite der Regierungen, die vorgeben, die Demonstrant*innen zu repräsentieren, während sie sie niederschießen und inhaftieren.

Das soll nicht heißen, dass die Zusammenstöße in Kasachstan einen einheitlichen antikapitalistischen Kampf darstellen. In den glaubwürdigsten Berichten über die Zusammensetzung der Proteste wird eingeräumt, dass es ein breites Spektrum an Teilnehmer*innen gab, die unterschiedlichste Taktiken einsetzten, um unterschiedliche Ziele zu erreichen. Da wir mit den Arbeiter*innen sympathisieren, die gegen die steigenden Lebenshaltungskosten protestieren, können wir natürlich auch verstehen, warum Arbeitslose und Ausgegrenzte sich an Plünderungen beteiligen könnten.

Eine Krise, wie der Aufstand in Kasachstan, legt alle Verwerfungen innerhalb einer Gesellschaft offen. Jeder bestehende Konflikt wird auf

die Spitze getrieben: ethnisierte und religiöse Spannungen, Rivalitäten zwischen den herrschenden Eliten, geopolitische Kämpfe um Einfluss und Macht. Wir haben dies in geringerem Maße in Frankreich während der Gelbwesten-Bewegung und in den Vereinigten Staaten während der George-Floyd-Rebellion und dessen Folgen gesehen, obwohl diese Krisen nicht so weit gingen wie der Aufstand in Kasachstan. In Kasachstan wird wegen der verfestigten autoritären Machtstruktur jeder Kampf sofort zu einem Alles-oder-Nichts-Unterfangen.

Wenn wir mit der These – dass die Demonstrant*innen in Kasachstan sich denselben Kräften entgegenstellten, mit denen wir anderen auf der ganzen Welt konfrontiert sind – richtig liegen, dann wirft die gewaltsame Unterdrückung dieser Proteste durch die Soldaten der Armeen von sechs Nationen Fragen auf, denen wir uns alle stellen müssen. Es scheint, dass solche Explosionen praktisch unvermeidlich werden, da wirtschaftliche, politische und ökologische Katastrophen überall auf der Welt, eine nach der anderen, eintreten. Wie bereiten wir uns vor, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass diese Brüche trotz aller gegen uns gerichteten Kräfte gut ausgehen? Wie können wir in Momenten mit revolutionärem Potenzial den anderen, die mit uns diese Gesellschaft bilden, transformative Fragen stellen und die Konfliktlinien auf die generativsten und befreiendsten Achsen ausrichten, auch wenn wir mit einer Vielzahl von Gruppierungen konkurrieren, die ihre eigenen Ideologien und Interessen in den Mittelpunkt stellen wollen? Wie vermeiden wir sowohl Verschwörungsmythen als auch Manipulation, sowohl Defätismus als auch Niederlage?

In der folgenden Übersicht, die in Zusammenarbeit mit russischen Anarchist*innen verfasst wurde, stellen wir die Analyse des Aufstands in Kasachstan vor, die aus der ehemaligen Sowjetregion stammt, und geben dann ein Interview wieder, das wir mit Anarchist*innen in Almaty geführt haben, sobald der Internetzugang nach der Niederschlagung wiederhergestellt war.

# Das Gefängnis der Nationen

Was am 1. Januar als Protest gegen die steigenden Lebenshaltungskosten begann, eskalierte schnell zu einem landesweiten Aufstand, der mit einer Kombination aus in- und ausländischer Militärgewalt brutal niedergeschlagen wurde.

Zunächst forderten die Demonstrant*innen den Rücktritt der Regierung, eine Senkung des Gaspreises und die Absetzung des Ex-Präsidenten Nursultan Nasarbajew, des »Alten« von Kasachstan, vom Vorsitz des Nationalen Sicherheitsrates. Der Slogan des ganzen Landes lautete in diesen Tagen »Shal ket!« – »Alter, geh weg!«. Als die Proteste an Schwung gewannen, kamen die Menschen schnell zu dem Punkt, dass sie nichts Geringeres als einen vollständigen Wechsel der Regierung, einschließlich der Absetzung des derzeitigen Präsidenten Kassym-Jomart Tokajew, akzeptieren wollten.

Das Regime versuchte, die Proteste zu unterdrücken. Den Demonstrant*innen gelang es zwischenzeitlich jedoch der Polizei Waffen abzunehmen und sich zu wehren, Geschäfte zu plündern und städtische Gebäude niederzubrennen oder zu besetzen. Präsident Tokajew verhängte den Ausnahmezustand und schickte das Militär gegen die Demonstrant*innen mit dem Befehl, jeden, der es wagte, Widerstand zu leisten, sofort zu erschießen. Gleichzeitig bat Tokajew offiziell die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS, bestehend aus Russland und mehreren Nachbarländern) um Unterstützung bei der Wiedererlangung der Kontrolle über das Land.

Nach Angaben des kasachischen Innenministeriums wurden während der Demonstrationen fast 8000 Menschen verhaftet und mindestens 164 Menschen getötet; es kursieren seitdem auch weitaus höhere Zahlen. Einige prominente Bloggerinnen und Gewerkschaftsführer sind Berichten zufolge verschwunden. Das Internet war tagelang abgeschaltet. Auf den Plätzen und auf der Straße wurden Menschen von Scharfschützen und anderen Soldaten erschossen.

Die militärische Niederschlagung des Aufstands, einschließlich des Eingreifens der OVKS, spielte eine Schlüsselrolle für das Ergebnis. Seit dem 10. Januar haben Medienberichte und Aussagen von Menschen in Kasachstan gezeigt, dass die Kämpfe in Almaty eingestellt wurden und Massenversammlungen in anderen Städten aufgehört haben.
Anarchist Fighter, eine anarchistische Plattform, die von Russland aus die Ereignisse beobachtet, schreibt auf ihrem Telegram-Kanal:

- OKVS-Intervention. Alle mehr oder weniger vernünftigen Quellen unter den Kasach*innen sehen darin eine Intervention und einen Angriff des »Großen Bruders« auf ihre Souveränität. Jede Stunde der Anwesenheit dieser Kräfte im Land vervielfacht die Unzufriedenheit und den Ärger;

- Die autoritäre Herrschaft ist nicht verschwunden. Präsident Tokajew hat mehr Macht in seine Hände gelegt, ausländische Militärs eingeladen und seinen Truppen befohlen, »ohne Vorwarnung zu schießen«… Allerdings sind die Kasach*innen nicht an die Brutalität der Regierung gewöhnt. Das hält sie nicht auf, und die Unzufriedenheit mit der Regierung reißt nicht ab.

- Die Wirtschaftskrise wird ohne grundlegende Reformen in Richtung sozialer Gerechtigkeit nicht überwunden werden. Die Durchsetzung dieser ist im Grunde nur ein Aufschub der Preiserhöhungen. Maßnahmen zur Überwindung der Armut und zur Verringerung der Ungleichheit in der Gesellschaft werden von den Behörden nicht angeboten. Folglich wird die von ihnen geschaffene Unzufriedenheit auch nicht abebben.



Im 21. Jahrhundert wird die vorherrschende Gesellschaftsordnung nur noch durch eine immer stärkere Anwendung roher Gewalt aufrechterhalten.

# »Wahhabiten, Terroristen, Demonstranten« Fehlinformationen über den Aufstand

**Laut dem avtonom.org-Podcast »Trends of order and chaos«:**

»Die kasachischen Behörden sind sehr bemüht, ihr Gesicht zu wahren und ihre Version der Realität zu konstruieren. Die Strafaktion wird als ›Terrorismusbekämpfung‹ bezeichnet, als ob ein ›Terrorist‹ jede Person wäre, die sich den Behörden mit Gewalt widersetzt. Aufständische Menschen sind ›Militante und Banditen, sie müssen getötet werden‹, und der Grund für den Aufstand sind angeblich ›freie Medien und ausländische Persönlichkeiten‹, was Tokajew wörtlich sagte. Wir erleben die Entwicklung der militanten Propaganda praktisch live auf Sendung. Die Lüge, schwarz sei weiß und Krieg sei Frieden, wird bis zur Rührseligkeit verbreitet, und wer sie nicht glaubt, wird an die Wand gestellt. Schließlich hat niemand Mitleid mit den ›Terroristen‹, das ist ein Mantra, das die postsowjetischen Diktatoren gut gelernt haben.
Von Beginn der Kämpfe an stellten sowohl kasachische als auch ausländische Medien Behauptungen über die Identität der Demonstrant*innen auf. Die Beschreibungen reichten von ›Demonstranten‹, ›aggressiven Jugendlichen‹ und ›Marodeuren‹ bis hin zu ›nationalistischen Banden‹, ›20.000 Banditen, die Almaty angreifen‹ und ›islamischen Terroristen‹. Es stimmt, dass eine Vielzahl von Gruppierungen an dem Aufstand beteiligt war – eine ganze Gesellschaft war dort vertreten, mit all ihren Unterschieden und Widersprüchen. Es ist davon auszugehen, dass verschiedene Personen an verschiedenen Aktionen gegen das Regime teilgenommen haben, einschließlich an den Kämpfen und Plünderungen.«

**Von Anarchist Fighter:**

»Der Journalist Maksim Kurnikov sagte in der Morgensendung von Echo Moskwy, dass der Plan, ›Waffen aus Waffenlagern zu nehmen und dann Sicherheitskräfte anzugreifen‹, in Kasachstan nicht neu sei. Genau dasselbe geschah im Juni 2016 in der Stadt Aktobe: Mehrere Dutzend junge Männer erbeuteten Waffen aus zwei Waffenläden, beschlagnahmten Fahrzeuge und griffen damit die Nationalgarde an, von der sie besiegt wurden. Die kasachischen Behörden haben sich in diesem Fall sehr ver-

wirrt gezeigt: Es ist immer noch nicht ganz klar, worauf sich ihre Behauptungen über eine ›islamistische Verbindung‹ stützen.
Kurnikov sprach auch von paramilitärischen Wachmannschaften bei illegalen Ölraffinerien in Westkasachstan, die sich aus Dorfbewohnern zusammensetzen, die von den kasachischen Städter*innen abschätzig ›Mambets‹ (Kolchosebauern) genannt werden. Diese Gruppen hätten sich gelegentlich auch bewaffnete Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten geliefert.
Was sagt uns das alles? Selbstverständlich sind die Worte von Präsident Tokajew über »im Ausland sorgfältig ausgebildete Terrorgruppen« reine Propaganda und höchstwahrscheinlich eine grobe Lüge. Dass bewaffnete Zellen, die in der Lage sind, Sicherheitseinrichtungen und Waffenlager in ihre Gewalt zu bringen, plötzlich aus einer bunt zusammengewürfelten Gruppe hervorgegangen sind, ist ebenfalls unwahrscheinlich. Abgesehen davon haben wir keine Beweise für eine islamistische oder nationalistische Beteiligung an den Ereignissen in Almaty. Es gibt in der kasachischen Gesellschaft grundsätzlich allerdings organisierte Gruppen, die zu aktivem bewaffneten Widerstand fähig sind. Es ist wahrscheinlich, dass es sich bei den Personen, die sich auf eine direkte Konfrontation mit den Sicherheitskräften einließen, zum Teil um Angehörige solcher Gruppen und zum Teil um spontane, selbst organisierte Demonstrant*innen handelte. Es besteht eine Analogie zum Majdan 2014 [zum Beispiel in Kyjiw], wo die Verteidigung sowohl spontan von der Menge als auch unter Beteiligung radikaler Gruppen, die sich anschlossen, organisiert wurde.«

Die Behauptungen über die Beteiligung islamischer Fundamentalisten an den Ereignissen mögen in gewissem Maße zutreffen. Sicher ist aber auch, dass die Behörden alle Informationen über sie nutzen werden, um alle anderen am Aufstand beteiligten Gruppen, Identitäten und Teilnehmer*innen zu diskreditieren. Wirtschaftliche Verzweiflung und soziale und politische Verfolgung treiben die Menschen oft zum Fundamentalismus und zu anderen radikalen Formen.

**Laut Anarchist Fighter:**

»Die Frage nach dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen den nichtstaatlichen Akteur*innen der Ereignisse ist nach wie vor dringend: Der Oppositionsjournalist Lukpan Akhmedyarov äußerte sich im Radiosen-

der Echo Moskwy überzeugt, dass der bewaffnete Angriff auf die Behörden in Almaty das Werk von Nasarbajews Leuten war. Die Argumente für seine Überzeugung sind nicht klar.
Es ist bemerkenswert, dass Achmedjarow in seiner Heimatstadt Uralsk auf dem Platz neben den Demonstrant*innen eine Gruppe von mehreren Dutzend organisierten Personen bemerkte, die zu einem Angriff auf das Akimat aufriefen. Auch aus Kostanai wurde eine kleine Gruppe «identisch gekleideter Aufwiegler" gemeldet.
Worum handelt es sich? Eine schattenhafte organisierte Rebellentruppe, kriminelle Gruppen oder tatsächlich Provokateure aus staatlichen Diensten? Oder handelt es sich vielleicht um ein ›gewaltfreies‹ Narrativ, welches darauf abzielt, die Befürworter*innen direkter Aktionen sofort als solche zu bezeichnen? Es gibt keine Antworten.
Eines ist klar: Die Einteilung der Demonstrant*innen in ›friedliche‹ und ›Terroristen‹ ist eine Verzerrung der Realität. Schon vor den Ereignissen in Almaty gab es Clips aus demselben Uralsk, wo die Demonstrant*innen mutig die Festgenommenen von der Polizei befreiten.
Erlauben wir uns eine Binsenweisheit: Ja, ein radikaler ›gewalttätiger‹ Protest ist keineswegs eine Erfolgsgarantie, und er ist auch nicht immun gegen Provokationen. Aber ein rein ›gewaltfreier‹ Protest ist in unserer autoritären Realität einfach von vornherein zum Scheitern verurteilt. ›Ihr seid angehört worden, wir werden das regeln, und die Gewalttätigsten unter euch werden wir ins Gefängnis stecken‹ – das ist immer die Antwort der Machthaber in Russland, Belarus, Kasachstan […]«

Die Gerüchte über Konflikte innerhalb des Machtblocks in Kasachstan und die Spekulationen über geopolitische Pläne, die beim Aufstand im Spiel sind, könnten alle wahr sein. Aber diese Gerüchte und Spekulationen in den Mittelpunkt der Erzählung über die Geschehnisse zu stellen, ist eine Entscheidung, die den zahllosen alltäglichen Menschen, die aus ihren eigenen Gründen am Aufstand teilgenommen haben, ihre Handlungsfähigkeit abspricht. Wie alle Verschwörungsmythen geht auch diese davon aus, dass die einzigen Menschen, die etwas in so einer Situation zu sagen haben, schattenhafte globale Mächte sind. Solche Erzählungen dienen dazu, sowohl die Ereignisse zu beeinflussen – und die Art und Weise, wie andere sich mit ihnen auseinandersetzen. Wenn diese Verschwörungsmythen die Teilnehmer*innen des Aufstands so sehr in Zweifel ziehen, dass sie Menschen davon abhalten, die Demonstrant*innen zu unterstützen,

die sich gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Herrschaft zur Wehr setzen, dann haben sie ihr Ziel erreicht.

Tokajew selbst hat nicht gezögert, die haarsträubendsten Geschichten zu verbreiten und behauptet, dass die internationalen Terroristen, die den Aufstand angeblich angeführt haben, nicht identifiziert werden können, weil ihre Leichen aus den Leichenhallen gestohlen wurden.

**Laut Anarchist Fighter:**

> »[…] stellt es sich heraus, dass die Terroristen der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden können, selbst wenn sie tot sind. Ihre Mitstreiter haben die Toten direkt aus den Leichenhallen entführt!
> Und das Wichtigste ist, dass die kasachischen Behörden ohne Scham offen erklären, dass sich radikale Demonstrant*innen als Polizisten und Soldaten verkleidet haben (!!!), so dass jede Gräueltat der Staatsorgane den Revolutionär*innen selbst zugeschrieben werden kann. Vielleicht wurden die Demonstrant*innen von den ›Verkleideten‹ erschossen? Und wenn sich nun herausstellt, dass die Kinder und Journalist*innen von Männern in Uniform und mit Schulterriemen erschossen wurden – dann wissen sie schon: Natürlich waren es die verkleideten ›Randalierer‹ und nicht die brutalen Henker der Tokajew-Spezialkräfte.«



Ein Thron nach der Plünderung der Präsidentenresidenz in Almaty.

Abgesehen von der Frage, wer an dem Aufstand beteiligt war, ist es wichtig zu fragen, wer von seiner Niederschlagung profitiert. Wie es in einem Kommentar heißt:

> »Putin ist kein Nationalist, sondern ein Garantiegeber. Er garantiert die Sicherheit der postsowjetischen Elite und die Sicherheit ihres Eigentums. Früher garantierte er dies nur in der Russischen Föderation, aber jetzt scheint er es auch in Kasachstan zu garantieren. Schließlich gibt es auch dort russisches Kapital.
> Schauen wir uns die Forbes-Liste von Kasachstan an. Dort sind die wahren Nutznießer der friedenserhaltenden Maßnahmen aufgeführt. Die Liste ist im Übrigen interessant international. Die ersten beiden Zeilen sind von den kasachischen Koreanern von Kim besetzt. Der erste ist Hauptaktionär von KAZ Minerals, einer ›britischen Kupfergesellschaft‹, wie Wikipedia sie beschreibt. Im Jahr 2021 ist sein Vermögen um 600 Millionen Dollar gestiegen. Der zweite Kim ist zusammen mit Baring Vostok Eigentümer einer der wichtigsten kasachischen Banken, der Kaspi Bank, die ebenfalls in London gehandelt wird und trotz der Pandemie ein beeindruckendes Wachstum verzeichnet hat. An dritter Stelle steht überraschenderweise der georgische Staatsbürger Lomatdze, der ebenfalls Miteigentümer der Kaspi Bank und deren Manager ist.
> Dann kommt ein gewisser Bulat Utemuratow, der sich in der Regierung Nasarbajew in den 90er Jahren auf den Außenhandel spezialisiert hatte. Ihm gehört die ForteBank, deren Nettogewinn im Jahr 2020 ›53,2 Milliarden Tenge‹ (121 Millionen Dollar) betrug, sowie die wichtigsten Anteile an den großen Mobilfunkbetreibern, 65 % des Goldminenunternehmens RG Gold und eine Reihe anderer Vermögenswerte, darunter ein Burger-King-Franchise und Ritz-Carlton-Hotels in Nur-Sultan, Wien und Moskau‹ […]
> Den fünften und sechsten Platz teilen sich die Tochter und der Schwiegersohn von Nasarbajew. Sein Schwiegersohn, Timur Kulibajew, besitzt ›die Mehrheitsbeteiligung an der Steppe Capital Pte Ltd. in Singapur‹, der die ›niederländische‹ KazStroyService Infrastructure BV und Asset Minerals Holdings (Caspi Neft JSC, 50 % von Kazazot JSC) gehören.
> Dinara Kulibajewa, die Tochter von Nasarbajew, ist zusammen mit ihrem Mann Eigentümerin der kasachischen Halyk Bank, deren ›Marktkapitalisierung 3,1 Milliarden Pfund (4,3 Milliarden Dollar) erreicht hat‹. An siebter Stelle steht ein russischer Finanzspekulant und Gründer der ›ame-

rikanischen Investmentgesellschaft‹ Freedom Holding Corp. Timur Turlov. »Laut Jahresabschluss des Unternehmens verdreifachte sich das Vermögen im Jahr 2020 auf 1,47 Milliarden Dollar (453,5 Millionen Dollar im Jahr 2019), das Eigenkapital verdoppelte sich fast auf 225,5 Millionen Dollar (131,3 Millionen Dollar), der Nettogewinn verzehnfachte sich auf 42,3 Millionen Dollar (4 Millionen Dollar).

… und so geht es weiter.

Auf der anderen Seite der Barrikaden stehen all jene, die entweder für 300 Dollar im Monat (so ungefähr wird der Durchschnittslohn in Kasachstan geschätzt) für all diese Bonzen arbeiten, indem sie Mineralien für ›britische‹ und ›singapurische‹ Unternehmen abbauen oder ihre Mitbürger*innen im Dienstleistungssektor bedienen, der ebenfalls zu all diesen Unternehmen gehört; oder diejenigen, die überhaupt keine Arbeit in großen und mittelständischen Unternehmen gefunden haben, deren Verdienst nur geschätzt werden kann (es wird angenommen, dass er noch niedriger ist). Die Arbeiter*innen, die sich um die Unternehmen scharen, fordern soziale Garantien (niedrigere Versorgungspreise, kostenlose medizinische Versorgung, höhere Löhne usw.). Diejenigen, die noch nicht einmal Arbeiter*innen sind, versuchen einfach, ihr Einkommen direkt von Einzelhandelsketten und Banken durch eingeschlagene Fensterscheiben und geplünderte Geschäfte zu bekommen.
In Anbetracht der Tatsache, dass die Arbeiter*innen mit Sicherheit entlassen werden, sobald die Unruhen nachlassen, kann ihr Vorgehen nicht als irrational oder ungerecht bezeichnet werden.«

## Ein Frühling, der sich seit dreißig Jahren verzögert hat

**Noch einmal zum avtonom.org-Podcast »Trends of order and chaos«:**

»Die kasachischen Behörden und Präsident Tokajew hatten von vornherein kein Vertrauen in ihre eigenen Polizei- und Regierungsstrukturen. Die Polizei und die Armee hatten bereits begonnen, sich auf die Seite der Rebell*innen zu schlagen, und es war offensichtlich, dass diverse Ausgän-

ge möglich waren. Unter diesen Umständen entschied sich Tokajew für den letzten Ausweg: die Entsendung von Strafeinheiten aus den Nachbarländern. Das war politischer Selbstmord: Er gab zu, dass er sich im Krieg mit seiner eigenen Bevölkerung und sogar mit seinem eigenen Staatsapparat befand.«



Das Stadtzentrum von Almaty am 5. Januar; ein Foto von Zhanabergen Talgat.

Die Situation in Kasachstan ist sehr schnell eskaliert – nicht nur durch die Proteste, sondern auch durch die Brutalität, mit der sie unterdrückt wurden. Die Kämpfe auf den Straßen sind eine Folge der Art und Weise, wie die Geduld der Menschen in Kasachstan seit Jahrzehnten auf die Probe gestellt worden ist. Die kasachische Gesellschaft hat schon früher Kämpfe und Schießereien auf der Straße erlebt – 1986, als die Regierung von Michail Gorbatschow einen Aufstand in Almaty niederschlug und ein Massaker anrichtete  und 2011, als die Polizei auf streikende Arbeiter in Zhanaozen schoss und Dutzende tötete.
Als die ersten Nachrichten über eine militärische Intervention im Land auftauchten, schien dies keinen großen Rückschlag für den Aufstand zu bedeuten. Die Kämpfe hörten nicht auf – im Gegenteil, sie nahmen zu. Wir sahen Videos von entwaffneten Soldaten in der Menschenmenge, die begrüßt wurden, weil sie die Seiten gewechselt hatten.
Dann wurde das Internet abgeschaltet. Der offizielle Grund für die Internetsperre war, »die Terroristen aus verschiedenen Ländern, die in Almaty kämpfen, daran zu hindern, sich mit ihrem Hauptquartier zu koordinieren«. Dies führte zu einem entscheidenden Mangel an Informationen aus den Orten, an denen der Aufstand stattfand, was es leichter machte, die Er-



Riot-Cops, die die Kämpfe in Kasachstan von ihrem Beobachtungsposten aus filmen. Der Krieg um Informationen findet immer auf einem ungleichen Schlachtfeld statt.

eignisse falsch darzustellen. In einer Zeit, in der alles gefilmt, fotografiert, hochgeladen und geteilt wird, dient das Abschneiden eines sozialen Aufstands von den Kommunikationsmitteln dazu, ihn aus der Realität auszulöschen und einen Raum zu schaffen, in dem Unwahrheiten gedeihen können.
Eines der wichtigsten Ereignisse fand jedoch im Verborgenen statt: die Intervention der OVKS. Dies machte gleich mehrere Widersprüche deutlich. Offiziell als »friedenserhaltende Hilfe der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)« bezeichnet, umfasst sie ein Kontingent von bis zu 200 Hundert Soldaten aus Armenien und Tadschikistan, 500 aus Belarus von Diktator Lukaschenko (der vor kurzem einen eigenen Aufstand niedergeschlagen hat), eine nicht näher bezeichnete Anzahl kirgisischer Soldaten und 3000 Soldaten aus Russland. Es ist bezeichnend, dass die russischen Fallschirmjäger, die nach Kasachstan verlegt wurden, von Anatoliy Serdyukov kommandiert werden, der Erfahrungen mit den Kriegen in Tschetschenien, der Annexion der Krim und dem Krieg in Syrien hat. Hier können wir die imperialen Aktivitäten Russlands in vollem Umfang sehen.
In Kasachstan versucht das Regime, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben, und lädt sogar benachbarte Diktaturen zum Einmarsch ein. Für



Die ausgebrannte Hülle eines Militärfahrzeugs in Almaty, fotografiert am 7. Januar. Keine Regierung ist unbesiegbar, nicht einmal das mächtigste Imperium.

die Menschen in Kasachstan dürfte dies den endgültigen Verlust jeglicher Legitimität bedeuten, die Tokajew in ihren Augen gehabt haben könnte. Jeder in der Region kann sehen, dass die OVKS die Einheit ihrer Regierungen gegen ihre Bevölkerung darstellt.

**Laut avtonom.org:**

> »Ein Präsident, der die Menschen in seinem eigenen Land als ›terroristische Banden‹ bezeichnet, stellt selbst für die Standards postsowjetischer autoritärer ›Republiken‹ einen Tiefpunkt dar.
> In Wirklichkeit handelt es sich um eine gewaltsame Invasion eines anderen Landes auf der Seite der Behörden, die das Vertrauen der Bevölkerung verloren haben. Es würde die endlose Wiederholung des Szenarios ›Das Gefängnis der Nationen‹ bedeuten und wäre gleichzusetzen mit der Niederschlagung der ungarischen Revolutionen 1848 und 1956, mit Panzern in den Straßen von Prag 1968 und mit der Invasion in Afghanistan 1979.«

## Von Zhanaozen nach Almaty: Das Gedenken an die Toten

**Von Anarchist Fighter:**

> »Der aktuelle Aufstand in Kasachstan begann mit den Protesten in Zhanaozen. Dieselbe Stadt, in der die Behörden im Dezember 2011 auf streikende Ölarbeiter*innen schossen. Die Tragödie in Zhanaozen hat die Protestkultur in Kasachstan geprägt. Die Menschen haben das Andenken an die Toten hochgehalten. Die Pflicht der Lebenden ist es, die Arbeit der Gefallenen fortzusetzen.
> Und im Januar 2022 stand Zhanaozen wieder auf. Die erste Stadt des Landes, ein Beispiel für alle anderen. Der formale Grund für die Proteste war die Erhöhung der Gaspreise und der steigenden Lebensmittelpreise. Aber, wie Michail Bakunin feststellte, reicht die bloße Unzufriedenheit mit der materiellen Situation für eine Revolution nicht aus, es bedarf einer mobilisierenden Idee. In Kasachstan war eine solche Idee die Loyalität zu den Kämpfer*innen, die 2011 starben. Die Arbeiter*innen, die damals unter den Kugeln starben, werden die Welt, von der sie träumten, nie se-

hen, aber der Tod um eines Traums willen wurde zu einem Auftrag für die Lebenden, ihre Sache weiterzuführen. Und so gibt es für die Rebell*innen in Kasachstan jetzt keinen Weg mehr zurück.
Von der rebellischen Kultur Kasachstans können wir viel lernen. Auch wir müssen das Andenken an die Märtyrer*innen der Befreiungsbewegung in Russland und Belarus bewahren. An Michael Zhlobitsky, Andrey Zeltzer, Roman Bondarenko und andere Held*innen. Sie starben, um uns mutiger und stärker zu machen, und wir sind ihnen zu Dank verpflichtet. Wir müssen erzählen, wie sie gelebt haben und wofür sie ihr Leben gegeben haben. Wie die Ereignisse in Kasachstan zeigen, sind gefallene Märtyrer*innen in der Lage, die Menschen zum Aufstand zu bewegen.«

## Wie haben Augenzeuginnen in Almaty den Aufstand erlebt?

Um mehr über die Ereignisse in Kasachstan zu erfahren, haben wir uns an zwei Anarcha-Feministinnen aus Almaty gewandt, die einige Situationen des Aufstands miterlebt haben. Sie waren nicht bei den Zusammenstößen dabei, aber beteiligen sich seit Jahren an den feministischen Aktivitäten in der Stadt . Sie vertreten, nach allem, was wir finden konnten, am ehesten einen »neutralen« Standpunkt zu den Ereignissen.

**Stellt euch und die Situation, aus der ihr sprecht, bitte kurz vor.**

Wir sind zwei Anarchistinnen aus Kasachstan. Wir haben in den letzten elf Jahren an vielen linken Anarcha-Fem-Öko-, Tierbefreiungs- und Vegan-Aktivitäten in Almaty teilgenommen, aber im Moment sind wir nicht so aktiv.

Mir ist keine anarchistische Bewegung in Kasachstan im 21. Jahrhundert bekannt. In den 1990ern gab es einige Aktivitäten im Untergrund, aber aktuell gibt es nichts dergleichen. Ich habe früher an einer linken marxistischen Gruppe teilgenommen: Treffen, ein Lesekreis, einige öffentliche Vorträge. Ich weiß nicht, was die Ex-Mitglieder jetzt machen. Ich höre nichts von irgendwelchen »linken« Gruppen hier.

Ich war eine der Organisatorinnen einer der ersten feministischen Bewegungen in Kasachstan – Kazfem. Wir haben öffentliche Aktionen

und Performances, zum Beispiel zum 8. März [Internationaler feministischer Kampftag], organisiert und die feministische Zeitschrift *Yudol'* herausgegeben.

Es gibt hier eine liberale Jugendbewegung namens Oyan Kazakhstan (»Wach auf, Kasachstan«), die jetzt aktiv ist. Sie organisiert Versammlungen, Performances und Demos und wird oft von der Polizei schikaniert. Sie entstand nach der Banneraktion, die Beibarys Tolymbekov und Asya Tulesova beim Stadtmarathon 2019 durchführten. Sie hatten entlang der Marathonstrecke in Almaty ein Transparent mit der Aufschrift »Du kannst nicht vor der Wahrheit davonlaufen« aufgehängt – ein Kommentar zu den Präsidentschaftswahlen – und wurden dafür 15 Tage ins Gefängnis gesteckt, was vor allem in den sozialen Medien große Aufmerksamkeit auslöste. Es gibt einen Verschwörungsmythos dass all diese Aktivist*innen auf der Seite der Regierung sind, weil niemand mehr im Gefängnis sitzt, aber ich glaube nicht, dass das stimmt. Ich kenne viele von ihnen persönlich. Sie unterstützen auch feministische und LGBTQ-Aktivitäten. Von der Gegenseite – vor allem die Hater im Internet und in einigen staatlichen Medien – wird behauptet, dass dies alles das Werk »des Westens« (Europa und der Vereinigten Staaten) sei.

Kasachstan ist ein autoritäres Land. Wir hatten 28 Jahre lang denselben Präsidenten [Nursultan Nasarbajew], und der neue [Kassym-Jomart Tokajew] ist nur eine Marionette. Aber als der erste Präsident aufhörte, begannen die Menschen, über Veränderungen nachzudenken. Der Personenkult um Nursultan Nasarbajew ist auch nach seinem Rücktritt nicht verschwunden. Die Hauptstadt Astana wurde in »Nursultan« umbenannt, was viele Proteste auslöste. In den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, insbesondere nach der Pandemie, der sehr hohen Inflation, der Korruption usw. Außerdem wurde Land in großem Umfang an China und andere Länder verkauft und verpachtet.

Vor zehn oder sogar fünf Jahren waren mehr Menschen dem Präsidenten gegenüber loyal. Damals gab es die Hoffnung, dass Kasachstan sich »entwickeln« würde, dass es bald besser werden würde. Selbst bei den Ereignissen in Zhanaozen im Jahr 2011, als protestierende Arbeiter*innen erschossen wurden, gab es nur sehr wenig Unterstützung aus Almaty. Viele Menschen waren der Meinung, dass das, was dort geschah, richtig war. Wenn es früher Proteste gab, wurden sie von der älteren Generation, von Arbeiter*innen und Menschen aus den Regionen, den Auls (Dörfern), organisiert und unterstützt, in der Regel angeführt vom zwielichtigen

Oppositionsführer Muchtar Obljasow. Doch in den letzten drei Jahren sind junge Menschen aus der städtischen Mittelschicht zu politischen Aktivist*innen geworden. Übrigens glaube ich, dass die ökologischen Probleme in Almaty – die Umweltverschmutzung ist extrem und wird von Jahr zu Jahr schlimmer – neben den sozialen Medien der Hauptgrund für die Jugendproteste hier sind.

**Erzählt uns, was ihr in der ersten Januarwoche in Almaty erlebt habt.**

Kurz nach Neujahr erreichten uns Nachrichten über einen Arbeiteraufstand in Zhanaozen. Der Protest war friedlich, aber die Forderungen waren ziemlich radikal – von niedrigeren Gaspreisen bis zum Rücktritt der Regierung. Auch in anderen Städten begannen Proteste. Es wurde bekannt, dass es am 4. Januar Solidaritätsaktionen in Almaty geben würde, aber ich hatte keine genauen Informationen. Auf dem Heimweg erfuhr ich von Protesten in verschiedenen Teilen der Stadt und von der Verhaftung von Aktivist*innen durch Oyan Kazakhstan [von der bereits erwähnten liberalen Jugendbewegung]. Ich wohne etwas außerhalb der Stadt, in den Bergen, und schon zu Hause wurde mir klar, dass etwas Ernstes im Gange



Anarchistische Feministinnen in Almaty am Internationalen Frauentag, 8. März 2021.

war. Am Abend gingen alle Internetverbindungen offline. Ich wusste nicht, wohin ich gehen und ob ich zurückkommen konnte.

Mein Genosse Daniyar Moldabekov, ein politischer Journalist, schrieb über die Geschehnisse in der Stadt während dieser Zeit:

> Als sich die Demonstrant*innen dem Platz näherten, begann die Polizei, Blendgranaten und Tränengas zu werfen. Ich und Tausende andere bekamen kaum Luft, unsere Augen und Gesichter brannten, uns war übel, wir husteten unaufhörlich. Es ist ein Wunder, dass ich nicht ohnmächtig wurde. Zwischen 23.00 Uhr und 4.00 Uhr morgens, als meine Kolleg*innen mich nach Hause bringen mussten, müssen sie mehr als hundert Blendgranaten abgefeuert haben. Ich konnte die Explosionen noch von meiner Wohnung aus hören.
>
> Etwa eine Stunde, nachdem die Menge den Platz der Republik erreicht hatte, ging sie hinunter zur Abai-Straße. Dort sahen sie sich einem gepanzerten Mannschaftswagen gegenüber, der in ihre Richtung kam. Ein Lastwagen fuhr mit Bürger*innen vorbei, die kasachische Fahnen schwenkten. Einige von ihnen hielten Schilde, die sie offenbar der Bereitschaftspolizei entrissen hatten.

Die ganze Nacht über hörte man von Explosionen. Ich weigerte mich erst, das zu glauben. Ich rief einen halben Tag lang alle an, hörte von Opfern. Das Akimat (Rathaus) wurde besetzt. Alle versuchten, uns zu überreden, zu Hause zu bleiben. In der Annahme, dass die Proteste einen nationalistischen Charakter haben könnten, begannen einige Leute, Angst zu bekommen (ich bin Russin in Kasachstan). Es gab keine Informationen darüber, wer sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Platz oder in der Stadt aufhielt. Meine Freundin und ich beschlossen, uns selbst ein Bild zu machen.

Die Stadt war halb leer. Autos mit kasachischen Fahnen fuhren durch die Straßen, fröhliches Rufen, alles war geschlossen. An den Türen hingen Schilder mit der Aufschrift »Wir sind bei den Menschen«.

Eine Atmosphäre der Aufregung. Als wir uns dem Platz näherten, sahen wir Gruppen junger Männer, manche hatten Stöcke in der Hand. Ich sah einen Schulterriemen der Polizei auf der Straße liegen. Es war ein bisschen unheimlich, aber niemand war aggressiv. Am Denkmal für die Ereignisse von 1986, dem Aufstand gegen das Sowjetregime, trafen wir auf Demonstrierende mit Polizeischilden. Es war kein einziger Polizist oder Soldat zu sehen.




Stadtzentrum von Almaty am 5. Januar. Auf dem Schild an der Tür steht »Wir sind bei den Menschen«.

Dann sahen wir das Akimat brennen. Wir trauten unseren Augen nicht. Jemand schlug die Türen des Gebäudes gegenüber des Akimat ein.

Dort befinden sich Fernsehsender und andere staatliche Einrichtungen. Wieder kamen Männer auf uns zu: »Warum seid ihr hier?« (Sie meinten: Warum seid ihr gekommen, wo ihr doch russisch seid?) »Das ist meine Stadt und mein Land und auch Ihres«, antwortete ich. Sie begrüßten uns freundlich.

Wir boten den Demonstrierenden heißen Tee an. Ein Mann erzählte uns, dass er von Anfang an bei den Protesten dabei war, dass alles friedlich begann, bis die Behörden anfingen, Blendgranaten zu zünden und Gewalt anzuwenden. Lediglich in der Nähe des Akimat-Gebäudes blieben Sicherheitskräfte. Er und andere Männer dort hatten gesehen, wie Menschen in den Kopf geschossen wurde. Sie riefen Taxis, um sie ins Krankenhaus zu bringen. Er erzählte uns, dass sie planten, den Flughafen zu besetzen, damit das russische Militär dort nicht landen könne. Viele hochrangige Regierungs- und Geschäftsleute hatten das Land bereits mit Privatflügen verlassen.

Keiner der Menschen, die wir auf dem Platz sahen, wirkte wie ein »Marodeure« [sic]. Sie wollten den Rücktritt der Regierung. Niemand hatte den Befehl dazu erteilt. Dies war ein landesweiter Arbeiter*innenaufstand. Niemand hatte Angst zu sterben, aber wir sahen auch keine Wut. Sie zeigten uns Verletzungen durch Gummigeschosse und warnten uns, dass es bald zu Schießereien kommen würde und dass es besser wäre, wenn wir gehen würden. Geräusche von Explosionen und Schüssen kam immer näher, also gingen wir. Ein Mann nahm uns in seinem Auto mit. An diesen Tagen zeigten sich die Menschen untereinander sehr solidarisch.

Meine Freund*innen und ich beschlossen, zusammen in meinem Haus außerhalb des Stadtzentrums zu bleiben. Wir waren alle aufgeregt. Um Mitternacht, zwischen dem 5. und 6. Januar, wurden alle Internetverbindungen gekappt.

Vier Tage waren wir isoliert; wir konnten nur noch telefonieren, und auch das funktionierte nicht gut. In dieser Nacht verließen alle öffentlichen Dienste die Stadt, einschließlich der Feuerwehr und der medizinischen Versorgungsdienste. Freiwillige löschten die Brände. Außerdem versuchten einige Demonstrierende, »Räuber« zu stoppen.

Am 7. Januar funktionierten einige Geschäfte und Geldautomaten fernab des Stadtzentrums noch. In diesem Teil der Stadt war größtenteils alles ruhig und aufgeräumt, mit Ausnahme der ausgebrannten Regierungsgebäude. Am Vortag war es möglich gewesen, in die Gebäude zu gelangen, sie wurden nicht bewacht. Diesmal machten wir ein paar Fotos, dann war in der Nähe ein Schuss zu hören, und wir verließen den Ort.

Am Abend des 9. Januar war es möglich, über Proxy-Dienste eine Internetverbindung herzustellen. Eine mobile Verbindung war immer noch nicht verfügbar. Am Morgen des 10. Januar funktionierte die Verbindung überall, allerdings nur bis 13 Uhr und dann von 17:30 bis 19:30 Uhr.

**Außerhalb Kasachstans wurde viel darüber geredet, wer »hinter« den Protesten steckt. Sind diese Anschuldigungen überhaupt glaubwürdig? Wir haben auch einige Nachrichtenberichte gesehen, in denen behauptet wird, dass Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Fraktionen innerhalb der Machtstruktur ebenfalls zu der Situation beitragen. Inwieweit glaubt ihr, dass der islamistische Fundamentalismus in diese Ereignisse verwickelt ist?**

Präsident Tokajew regiert immer noch, trotz der Gerüchte über seinen Rücktritt. Jetzt verbreiten die staatlichen Fernsehsender und Medien so viele Desinformationen und Propaganda. Es ist noch sehr früh, um Schlussfolgerungen zu ziehen, aber einige Dinge sind klar.

Alles begann mit einem populärem Aufstand. Ja, sie haben Akimat verbrannt, aber niemand hat sie angeführt. Sie wollten nur das alte Regime loswerden. Sie waren keine »Kriminellen« [sic]. Nachdem es losging, tauchten einige andere Kräfte auf. Wir wissen nicht, wer sie waren. Aber es stimmt, dass sie organisiert waren. Aber von wem? Jetzt gibt es viele Gerüchte. In einigen offiziellen Medien heißt es, sie kämen aus [dem benachbarten] Kirgisistan, wo es seit der Unabhängigkeit mehrere Revolutionen gegeben hat [wie Kasachstan wurde Kirgisistan nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 unabhängig]. Diese Medien verbreiten auch Berichte über die Taliban oder Dschihadisten. Leute, die ich persönlich kenne, sagten, sie hätten auf der Straße Leute gesehen, die »wie die aussahen« [sic].

Hier in Kasachstan habe ich noch kein Gespräch über die CIA [die Central Intelligence Agency der US-Regierung] gehört. Ich denke, das ist russische Propaganda.

Der ehemalige Berater des Präsidenten hat Behauptungen über eine Verschwörung innerhalb der Regierungsstrukturen aufgestellt und behauptet, dass es mehrere Jahre lang »Ausbildungslager« in den Bergen gab und das Nationale Sicherheitskomitee diese Informationen verheimlicht hat. Er behauptete: »Ich habe exklusive Informationen, dass zum Beispiel 40 Minuten vor dem Angriff auf den Flughafen der Befehl erteilt wurde, die Absperrung und die Wachen vollständig zu entfernen.«

**Was wisst ihr über die innere Dynamik des Aufstands?**

Jeder außerhalb Kasachstans versucht zu analysieren, was vor sich geht. Ich denke, dass selbst wir, die Einwohner*innen des Landes, noch lange

nicht verstehen werden, was genau passiert ist. Abgesehen davon, dass es jetzt keine stabile Internetverbindung gibt, werden alle Nachrichtensender stark zensiert, und es wird noch schlimmer werden.

Ich werde nicht auf jene Theorien eingehen – aber es kursieren welche über verschiedene Machtkämpfe zwischen dem Nasarbajew-Clan und anderen Machtsuchenden: zum Beispiel gibt es eine Theorie, dass Tokajew mit Hilfe des russischen Militärs seine Machtposition sichert.

Das Erschreckende daran ist, dass Zehntausende beteiligt waren und ihre guten Absichten, die sozialen und politischen Verhältnisse zum Wohle aller zu verändern, nun von einigen wenigen dazu benutzt werden, die Ressourcen des Landes neu unter sich aufzuteilen. Ja, alles begann mit den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter*innen in Westkasachstan, die gegen den starken Anstieg der Gaspreise protestierten. Dann wurden die Forderungen politisch: Rücktritt der Regierung und des Präsidenten, Wahl von Akims (Bürgermeistern) und eine parlamentarische Republik. Einige der Forderungen wurden erfüllt, aber nicht sofort, und als sie ignoriert wurden, breitete sich eine Welle des Protests und der Solidarität in allen Städten Kasachstans aus, so dass es von außen wie ein großer revolutionärer Ausbruch aussah, den es in unserem Land in dreißig Jahren autoritären Regimes nicht gegeben hat.

Wir können jetzt nichts mit Sicherheit sagen, außer einer Sache: Dieser Protest hatte keinen öffentlichen Anführer*innen, und die Straßenunruhen und Besetzungen von Verwaltungsgebäuden hatten keine klaren Forderungen. Aber es gab Morde und viele Opfer in der Bevölkerung, erst in den Kämpfen mit der Polizei, dann, als die Polizei abgezogen war, untereinander auf den Straßen und schließlich durch die Erschießung von Zivilist*innen durch die Streitkräfte Kasachstans und der OVKS.

Die Massenmedien, die weiter arbeiten durften, begannen, über Radikale und Islamisten zu berichten und dabei das Bild des Feindes von außen zu zeichnen. Davor, in den ersten Tagen der Proteste, gab es einen Diskurs, in dem zu einem »friedlichen Dialog mit den Demonstranten« aufgerufen wurde – und einen Tag später gab es bereits den Schießbefehl. Nach dem Einmarsch der OVKS-Truppen und zwei Tagen ständiger Schießereien auf den Straßen setzte Tokajew die Demonstrantinnen mit Terroristen gleich, ebenso Aktivisten und Menschenrechtlerinnen, und unabhängige Medien wurden zu einer Bedrohung für die Stabilität erklärt. Im Zuge dieser Feindbildsuche ändert sich der staatliche Diskurs ständig: Gestern waren es angeblich Arbeitslose aus Kirgisistan, denen Geld geboten

wurde, heute sind es Radikale aus Afghanistan. Wir alle hoffen, dass es morgen nicht die Aktivist*innen sein werden, die sich in den letzten drei Jahren für politische Reformen in Kasachstan eingesetzt haben und zu Kundgebungen erschienen sind.

**Was könnt ihr uns über die Repressionen sagen?**

Der kirgisische Musiker Vicram Ruzakhunov wurde von den kasachischen Behörden als »Terrorist« verhaftet, gefoltert und gezwungen, ein Video aufzunehmen und zu »gestehen«. Jetzt ist er wieder frei. Der unabhängige Lokaljournalist Lukpan Akhmediyarov wurde verhaftet. Ein anderer unabhängiger Journalist, Makhambet Abjan, teilte mit, dass am 5. Januar die Polizei in seiner Wohnung war; nun wird er vermisst. Meine Freund*innen und viele andere Menschen berichten, dass auch ihre Verwandten und Freund*innen vermisst werden. Die Behörden haben bereits den Tod hunderter Menschen bestätigt, darunter zweier Kinder. Gewerkschafter*innen werden vermisst, darunter Kuspan Kosshigulov, Takhir Erdanov und Amin Eleusinov und seine Angehörigen. In Almaty wurde auf Journalisten des Kanals *Dozhd'* (Телеканал Дождь), die versuchten, in der städtischen Leichenhalle zu filmen, geschossen (sie wurden nicht verletzt). Am 6. Januar waren auf dem Platz einige Aktivist*innen, die ein Transparent trugen mit der Aufschrift »Wir sind keine Terroristen«. Die Polizei schoss auf sie und tötete mindestens einen.

**Wie wird der Einmarsch russischer Truppen in Kasachstan eurer Meinung nach die Situation langfristig verändern?**

Der Einmarsch der russischen Truppen ist sehr beunruhigend. Im Falle eines Krieges mit der Ukraine kann man sich die schlimmsten Szenarien ausmalen. Alle, die ich kenne, sind sich einig, dass dies unangemessen ist und dass man es eine Besetzung nennen kann.
Ich persönlich befürchte, dass der Einmarsch russischer Truppen den ohnehin schon starken Einfluss Russlands auf Kasachstan politisch zementieren wird und Kasachstan sich dem Russland anpassen wird, das wir aktuell kennen: mit gefolterten Aktivist*innen und erfundenen Fällen. Unsere politische Opposition ist bereits vollständig zum Schweigen gebracht worden, und die Bevölkerung des Landes ist völlig eingeschüchtert. Wenn man bedenkt, dass dies die zweite Schießerei während der Proteste ist (2011

und 2022), und dass es in der Geschichte Kasachstans 1986 auch eine brutale Niederschlagung eines Aufstands unter der UdSSR gab, und die Informationen über die Zahl der damals getöteten Menschen immer noch geheim sind… dann gibt es keine Hoffnung, dass wir in naher Zukunft wissen werden, was wirklich passiert ist und wie viele Menschen getötet und verletzt wurden. Die Zahl geht höchstwahrscheinlich in die Tausende.

**Was glaubt ihr, wird als Nächstes passieren?**

Es ist noch zu früh, um sich in einer Situation des Krieges um Informationen, Propaganda und Isolation eine Vorstellung zu machen. Ich bin keine politische Expertin.
Mit Sicherheit wird die Repression jetzt zunehmen. Das Internet und alle Medien werden zensiert werden. Jetzt versucht die Regierung, ein «freundliches Gesicht" aufzusetzen, als wären sie die Retter, die uns vor den Terrorist*innen gerettet haben. Ich bin mir nicht sicher, ob das funktionieren wird. Aber ich denke, dass es vorerst ruhig bleiben wird. Die Menschen sind zu verängstigt und schockiert.

**Gibt es irgendetwas, was Leute außerhalb Kasachstans tun können, um euch oder andere dort zu unterstützen?**

Informationen verbreiten. Vielleicht wird es bald mehr Repressionen geben, und einige Aktive werden Hilfe benötigen, um das Land zu verlassen.
Aber das wichtigste ist die Informationsarbeit. Nach den Präsidentschaftswahlen 2019 wurden wir alle bei den Kundgebungen verhaftet, und die einzigen, die darüber berichteten, waren ausländische Medien und unabhängige kasachische Medien – von denen es nur sehr wenige gibt. Jetzt ist es sehr wichtig, dass der blutige Januar in Kasachstan nicht nur ein schönes revolutionäres Bild war, wie viele linke Publikationen schreiben, sondern auch, dass er nicht als ein terroristischer Akt von außen in Erinnerung bleibt, wie offizielle Stellen aus diversen Ländern Glauben machen wollen.

Teile der Übersetzung: Jan Ole Arps

# Ukraine

# Der Krieg und die Anarchist*innen
## Anti-autoritäre Perspektiven in der Ukraine

Dieser Text wurde von mehreren antiautoritären Aktivist*innen aus der Ukraine gemeinsam verfasst. Wir repräsentieren keine Organisation, aber wir sind zusammen gekommen, um diesen Text zu schreiben und uns auf einen möglichen Krieg vorzubereiten. Außer von uns wurde der Text von mehr als zehn Personen redigiert, darunter Teilnehmende an den im Text beschriebenen Ereignissen, Journalist*innen, die die Richtigkeit unserer Ausführungen überprüften, und Anarchist*innen aus Russland, Belarus und Europa. Wir haben viele Korrekturen und Hinweise eingearbeitet und versucht, den Text möglichst objektiv zu halten.

Wir wissen nicht, ob die antiautoritäre Bewegung einen Krieg überleben wird, aber wir werden es versuchen. In der Zwischenzeit ist dieser Text ein Versuch, die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, publik zu machen.

Zurzeit wird in der Welt über einen möglichen Krieg zwischen Russland und der Ukraine intensiv diskutiert. An dieser Stelle müssen wir klarstellen, dass der Krieg zwischen Russland und der Ukraine bereits seit 2014 im Gange ist. Aber alles der Reihe nach.

## Die Majdan-Proteste in Kyiv

Im Jahr 2013 kam es in der Ukraine zu Massenprotesten. Ausgelöst wurden sie als die Berkut (Spezialeinheiten der Polizei), protestierende Student*innen verprügelte, die gegen die Weigerung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen, protestierten. Diese Auseinandersetzung war für große Teile der Gesellschaft eine Initialzündung. Allen wurde klar, dass Janukowitsch die Grenze überschritten hatte. Die Proteste führten schließlich dazu, dass der Präsident flüchtete.

In der Ukraine werden diese Ereignisse als »Revolution der Würde« bezeichnet. Die russische Regierung stellt sie als einen Nazi-Putsch, ein Projekt des US-Außenministeriums usw. dar. Die Demonstrant*innen selbst waren ein bunter Haufen: Rechtsextreme Aktivist*innen mit ihren Symbolen, liberale Politiker*innen, die über europäische Werte und die

europäische Integration sprachen, bürgerliche Ukrainer*innen, die gegen die Regierung auf die Straße gingen, und ein paar Linke. Unter den Demonstrant*innen herrschten anti-oligarchische Einstellungen vor; – während Oligarchen, die Janukowitsch nicht unterstützten, die Proteste finanzierten, weil er und sein enger Kreis während seiner Amtszeit versucht hatten, das Großkapital zu monopolisieren. Für andere Oligarchen stellte der Protest also eine Chance dar, ihre Unternehmen zu retten. Auch viele mittelständische und kleine Geschäftsleute nahmen an den Protesten teil, weil Janukowitschs Leute sie nicht frei arbeiten ließen und Geld von ihnen verlangten. Die breite Bevölkerung war unzufrieden mit dem hohen Maß an Korruption und der Willkür der Polizei. Die Nationalist*innen, die Janukowitsch mit der Begründung ablehnten, er sei ein pro-russischer Politiker, gewannen wieder deutlich an Einfluss. Belarussische und russische Exilant*innen schlossen sich den Protesten an, da sie Janukowitsch als Freund der belarussischen und russischen Diktatoren Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin ansahen.

Wenn du Videos von der Majdan-Kundgebung gesehen hast, ist dir vielleicht aufgefallen, dass der Grad der Gewalt hoch war; die Demonstrant*innen hatten keinen Ort, an den sie sich zurückziehen konnten, also mussten sie bis zum bitteren Ende kämpfen. Die Berkut umhüllte Blendgranaten mit Schraubenmuttern, die nach der Explosion Splitterwunden hinterließen und einigen Menschen ins Auge flogen; deshalb gab es viele Verletzte. In der Schlussphase des Konflikts setzten die Sicherheitskräfte militärische Waffen ein und töteten 106 Demonstrant*innen.

Als Reaktion darauf stellten die Demonstrant*innen selbstgebaute Granaten und Sprengstoffe her und brachten Schusswaffen auf den Majdan. Die Herstellung von Molotow-Cocktails wurde von kleinen Einheiten übernommen.

Bei den Majdan-Protesten 2014 setzten die Machthaber*innen Söldner*innen (Tituschkas) ein; gaben ihnen Waffen, koordinierten sie und versuchten, sie als organisierte loyale Kräfte einzusetzen. Es kam zu Kämpfen mit Knüppeln, Hämmern und Messern.

Entgegen der Darstellung, der Majdan-Protest sei eine »Manipulation durch die EU und die NATO«, hatten die Befürworter*innen der europäischen Integration zu einem friedlichen Protest aufgerufen und die militanten Demonstrant*innen als Handlanger*innen verspottet. Die EU und die Vereinigten Staaten kritisierten die Besetzung von Regierungsgebäuden. Selbstverständlich beteiligten sich »pro-westliche« Kräfte und

Organisationen an dem Protest, aber sie kontrollierten ihn nicht insgesamt. Verschiedene politische Kräfte, darunter die extreme Rechte, mischten sich aktiv in die Bewegung ein und versuchten ihre Agenda zu beeinflussen. Sie fanden sich schnell zurecht und wurden zu einer organisierenden Kraft, da sie die ersten Kampfgruppen aufstellten und alle einluden, sich ihnen anzuschließen – und sich von ihnen ausbilden und anleiten zu lassen.

Allerdings war keine der Kräfte absolut dominant. Der Grundtenor war, dass es sich um eine spontane Protestbewegung handelte, die sich gegen das korrupte und unpopuläre Janukowitsch-Regime richtete. Vielleicht kann der Majdan als eine der vielen »gestohlenen Revolutionen« eingestuft werden. Die Opfer und Anstrengungen Zehntausender gewöhnlicher Menschen wurden von einer Handvoll Politiker*innen zunichte gemacht, die sich ihren Weg zur Herrschaft und Kontrolle über die Wirtschaft bahnten.



Majdan am 19. Februar 2014.

# Die Rolle der Anarchist*innen bei den Protesten 2014

Auch wenn Anarchist*innen in der Ukraine auf eine lange Geschichte zurückblicken können, wurden während der Herrschaft Stalins alle, die in irgendeiner Weise mit den Anarchist*innen in Verbindung standen, unterdrückt. Die Bewegung starb aus, was zur Folge hatte, dass die Weitergabe revolutionärer Erfahrungen zum Erliegen kam. In den 1980er Jahren begann sich die Bewegung dank der Bemühungen von Historiker*innen zu erholen, und in den 2000er Jahren erhielt sie durch die Entwicklung von Subkulturen und Antifaschismus einen großen Auftrieb. Doch im Jahr 2014 war sie noch nicht bereit für ernsthafte historische Herausforderungen.

Vor dem Ausbruch der Proteste waren die Anarchist*innen als individuelle Aktivist*innen oder in kleinen Gruppen verstreut. Nur wenige waren der Meinung, dass die Bewegung organisiert und revolutionär sein sollte. Zu den bekannten Organisationen, die sich auf solche Ereignisse vorbereiteten, gehörte die »Revolutionäre Konföderation der Anarcho-Syndikalisten von Makhno« (RKAS von Makhno), die sich jedoch zu Beginn der Unruhen selbst auflöste, da sie keine Strategie für die neue Situation entwickeln konnte. Die Ereignisse auf dem Majdan waren vergleichbar mit einer Situation, in der du einer direkten Auseinandersetzung mit den Spezialeinheiten nicht mehr entkommen kannst und du gezwungen bist entschlossen zu handeln – dein Arsenal aber nur aus Punk-Texten, Veganismus, 100 Jahre alten Büchern und bestenfalls aus der Erfahrung der Teilnahme am antifaschistischen Widerstand auf der Straße und an lokalen sozialen Konflikten besteht. Folglich herrschte große Verwirrung, als die Leute versuchten zu verstehen, was vor sich ging.

Zu diesem Zeitpunkt war es nicht möglich, eine gemeinsame Perspektive auf die Situation zu entwickeln. Die Anwesenheit der Rechtsextremen auf den Straßen hielt viele Anarchist*innen davon ab, die Proteste zu unterstützen, da sie nicht neben den Nazis auf der gleichen Seite der Barrikaden stehen wollten. Dies brachte eine Menge Kontroversen in die Bewegung; einige Leute beschuldigten diejenigen, die sich entschlossen, sich den Protesten anzuschließen, des Faschismus.

Die Anarchist*innen, die an den Protesten teilnahmen, waren mit der Brutalität der Polizei und mit Janukowitsch selbst und seiner pro-russischen

Haltung unzufrieden. Sie konnten jedoch keinen nennenswerten Einfluss auf die Proteste nehmen, da sie im Wesentlichen zu den Außenseiter*innen zählten. Schließlich beteiligten sich die Anarchist*innen einzeln und in kleinen Gruppen an der Majdan-Revolution, hauptsächlich in nicht-militanten Initiativen und Hilfspositionen. Nach einer Weile beschlossen sie, zusammenzuarbeiten und ihre eigene »Hundertschaft« (eine Kampfgruppe von 60-100 Personen) zu bilden. Doch bei der Registrierung der Einheit (ein obligatorisches Verfahren auf dem Majdan) wurden die zahlenmäßig unterlegenen Anarchist*innen von den rechtsextremen Teilnehmenden mit Waffen auseinander getrieben. Die Anarchist*innen blieben, versuchten aber nicht mehr, große organisierte Gruppen zu bilden.

Unter den auf dem Majdan Getöteten befand sich der Anarchist Sergei Kemsky, der ironischerweise post mortem zum Helden der Ukraine ernannt wurde. Er wurde in der heißen Phase der Konfrontation mit den Sicherheitskräften von einem Scharfschützen erschossen. Während der Proteste richtete Sergei einen Appell an die Demonstrant*innen mit dem Titel »Hörst du es, Majdan?«, in dem er mögliche Wege zur Entwicklung der Revolution skizzierte und dabei die Aspekte der direkten Demokratie und der sozialen Transformation hervorhob.

## Der Beginn des Krieges: Die Annexion der Krim

Der bewaffnete Konflikt mit Russland begann vor acht Jahren, in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar 2014, als das Parlamentsgebäude und der Ministerrat der Krim von unbekannten bewaffneten Männern in ihre Gewalt gebracht wurden. Sie benutzten russische Waffen, Uniformen und Ausrüstung, trugen aber nicht die Symbole der russischen Armee. Putin hat die Beteiligung des russischen Militärs an dieser Operation damals bestritten, sie allerdings später persönlich in dem dokumentarischen Propagandafilm »Krim: Der Weg in die Heimat« zugegeben.

In diesem Zusammenhang muss mensch wissen, dass die ukrainische Armee zur Zeit Janukowitschs in einem sehr schlechten Zustand war. Die provisorische Regierung der Ukraine wusste, dass auf der Krim eine reguläre russische Armee mit 220.000 Soldat*innen operierte, und wagte es nicht, sich ihr entgegenzustellen.



Bewaffnete Männer in Uniformen ohne Abzeichen blockieren eine ukrainische Militäreinheit auf der Krim am 9. März 2014.




Der Anarchist Alexander Koltschenko nach dem Gefangenenaustausch.

Nach der Besetzung waren viele Bewohner*innen mit Repressionen konfrontiert, die bis zum heutigen Tag andauern. Auch unsere Genoss*innen gehören zu den Betroffen. Wir können kurz auf einige der bekanntesten Fälle eingehen. Der Anarchist Alexander Koltschenko wurde zusammen mit dem pro-demokratischen Aktivisten Oleg Sentsov verhaftet und am 16. Mai 2014 nach Russland überstellt; fünf Jahre später wurden sie im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen. Der Anarchist Alexei Shestakovich wurde gefoltert, mit einer Plastiktüte auf dem Kopf gewürgt, geschlagen und mit Vergeltungsmaßnahmen bedroht; ihm gelang die Flucht. Der Anarchist Evgeny Karakashev wurde 2018 wegen des Teilen eines Beitrages auf Vkontakte (einem sozialen Netzwerk) verhaftet; er befindet sich weiterhin in Haft.

## Desinformation

In russischsprachigen Städten in der Nähe der russischen Grenze fanden pro-russische Kundgebungen statt. Die Teilnehmenden fürchteten die NATO, radikale Nationalist*innen und Repressionen gegen die russischsprachige Bevölkerung. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR gab es zwischen vielen Haushalten in der Ukraine, in Russland und in Belarus familiäre Bindungen, aber die Ereignisse auf dem Majdan führten zu einem schweren Bruch in den persönlichen Beziehungen. Diejenigen, die sich außerhalb Kyjiws aufhielten und das russische Fernsehen verfolgten, waren davon überzeugt, dass Kyjiw von einer Nazi-Junta eingenommen worden war und dass es dort »Säuberungsaktionen« gegen die russischsprachige Bevölkerung gab.

Russland startete eine Propagandakampagne mit folgenden Botschaften: »Bestrafer«, d. h. Nazis, kommen von Kyjiw nach Donezk, sie wollen die russischsprachige Bevölkerung vernichten (obwohl Kyjiw auch eine überwiegend russischsprachige Stadt ist). In ihren Desinformationsmeldungen verwendeten die Propagandist*innen Fotos der extremen Rechten und verbreiteten alle Arten von Fake News. Während der Feindseligkeiten tauchte eine der gefährlichsten Falschmeldungen auf: die angebliche Kreuzigung eines dreijährigen Jungen, der angeblich an einen Panzer gebunden und über die Straße geschleift wurde. In Russland wurde diese Geschichte auf staatlichen Sendern ausgestrahlt und verbreitete sich im Internet. Unserer Meinung nach spielte 2014 die Desinformation eine Schlüsselrolle bei

der Entstehung des bewaffneten Konflikts: Einige Einwohner*innen von Donezk und Luhansk hatten Angst, dass sie getötet werden könnten, und griffen deshalb zu den Waffen und riefen nach Putins Truppen.

## Bewaffneter Konflikt im Osten der Ukraine

Igor Girkin hat laut seinen eigenen Worten, »den Startschuss zum Krieg abgegeben«. Girkin, Oberst des FSB (Staatssicherheitsdienst, Nachfolger des KGB) der Russischen Föderation und Anhänger des russischen Imperialismus, beschloss, die pro-russischen Proteste zu radikalisieren. Er überquerte mit einer bewaffneten Gruppe von Russen die Grenze und besetzte (am 12. April 2014) das Gebäude des Innenministeriums in Slawjansk, um Waffen in Besitz zu nehmen. Pro-russische Sicherheitskräfte begannen, sich Girkin anzuschließen. Als Informationen über Girkins bewaffnete Gruppen auftauchten, kündigte die Ukraine eine Anti-Terror-Operation an. Ein Teil der ukrainischen Gesellschaft war entschlossen, die nationale Souveränität zu schützen. Dabei waren sie sich bewusst, dass die Armee nur über geringe Kapazitäten verfügte, und organisierte eine große Freiwilligenbewegung. Diejenigen, die in militärischen Angelegenheiten einigermaßen kompetent waren, wurden Ausbilder*innen oder bildeten Freiwilligenbataillone.

Einige Menschen schlossen sich der regulären Armee und den Freiwilligenbataillonen als humanitäre Freiwillige an. Sie sammelten Geld für Waffen, Lebensmittel, Munition, Treibstoff, Transportmittel, die Anmietung von Zivilfahrzeugen und Ähnliches. Oft waren die Teilnehmer*innen der Freiwilligenbataillone besser bewaffnet und ausgerüstet als die Soldaten der staatlichen Armee. Diese Bataillone bewiesen ein hohes Maß an Solidarität und Selbstorganisation und übernahmen faktisch die staatlichen Aufgaben der Territorialverteidigung, sodass die (damals schlecht ausgerüstete) Armee in der Lage war, dem Feind erfolgreich zu widerstehen. Die von den pro-russischen Kräften kontrollierten Gebiete begannen rasch zu schrumpfen. Dann griff die reguläre russische Armee ein. Wir können drei wichtige Zeitpunkte hervorheben:

- Das ukrainische Militär realisierte, dass Waffen, Freiwillige und Militärspezialist*innen aus Russland kamen. Daher begannen sie am 12. Juli 2014 eine Operation an der ukrai-

nisch-russischen Grenze. Während des Vormarsches wurde das ukrainische Militär jedoch von russischer Artillerie angegriffen und die Operation scheiterte. Die Streitkräfte erlitten schwere Verluste.

- Die ukrainischen Streitkräfte versuchten Donezk zu besetzen. Bei ihrem Vormarsch wurden sie in der Nähe von Ilowaisk von regulären russischen Truppen umzingelt. Bekannte von uns, die einem der Freiwilligenbataillone angehörten, wurden ebenfalls gefangen genommen. Sie erlebten das russische Militär aus erster Hand. Nach drei Monaten konnten sie im Rahmen eines Kriegsgefangenenaustauschs zurückkehren.

- Die ukrainische Armee kontrollierte die Stadt Debaltseve, die über einen großen Eisenbahnknotenpunkt verfügte. Dadurch wurde die direkte Verbindungsstraße zwischen Donezk und Luhansk unterbrochen. Am Vorabend der Verhandlungen zwischen Poroschenka (dem damaligen Präsidenten der Ukraine) und Putin, die einen langfristigen Waffenstillstand einleiten sollten, wurden ukrainische Stellungen von Einheiten angegriffen, die von russischen Truppen unterstützt wurden. Die ukrainische Armee wurde erneut eingekesselt und erlitt schwere Verluste.

Im Moment (Februar 2022) haben sich die Parteien auf einen Waffenstillstand und einen bedingten »Waffenstillstand« geeinigt, der trotz ständiger Verstöße eingehalten wird. Jeden Monat sterben mehrere Menschen.

Russland bestreitet die Anwesenheit regulärer russischer Truppen und die Lieferung von Waffen in Gebiete, die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Behörden stehen. Die gefangen genommenen russischen Soldat*innen behaupten, sie seien für eine Übung in Alarmbereitschaft versetzt worden und hätten erst bei ihrer Ankunft am Zielort gemerkt, dass sie sich mitten im Krieg in der Ukraine befanden. Bevor sie die Grenze überquerten, entfernten sie die Symbole der russischen Armee, so wie es ihre Kolleg*innen auf der Krim taten. In Russland haben Journalist*innen Friedhöfe von gefallenen Soldat*innen gefunden, auf denen allerdings alle Informationen über ihren Tod fehlen: Die Grabinschriften auf den Grabsteinen geben als Todesdatum nur das Jahr 2014 an.

## Unterstützer*innen der nicht anerkannten Republiken

Auch die ideologische Basis der Majdan-Gegner*innen war vielfältig. Die wichtigsten gemeinsamen Überzeugungen waren die Ablehnung der Gewalt gegen die Polizei und die Ablehnung der Ausschreitungen in Kyjiw. Menschen, die mit russischen Kulturerzählungen, Filmen und Musik aufgewachsen sind, hatten Angst vor der Zerstörung der russischen Sprache. Anhänger*innen der UdSSR und Bewunderer*innen ihres Sieges im Zweiten Weltkrieg glaubten, dass die Ukraine mit Russland verbündet sein sollte, und waren unglücklich über den Aufstieg radikaler Nationalist*innen. Die Anhänger*innen des Russischen Kaiserreiches sahen in den Majdan-Protesten eine Bedrohung des russischen Reichsgebietes. Die Vorstellungen dieser Verbündeten lassen sich anhand dieses Fotos erklären, das die Flaggen der UdSSR, des Russischen Kaiserreichs und das St. Georgs-Band (als Symbol für den Sieg im Zweiten Weltkrieg) zeigt. Wir könnten sie als autoritäre Konservative bezeichnen, als Verfechter der alten Ordnung.

Die pro-russische Seite bestand aus Angehörigen der Polizei, der Wirtschaft, der Politik und aus dem Militär, die mit Russland sympathisierten; gewöhnlichen Bürger*innen, die durch Fake News verängstigt waren; verschiedenen ultrarechten Einzelpersonen, darunter russische Patriot*innen und verschiedene Arten von Monarchist*innen; pro-russischen Imperialist*innen; aus der Task-Force-Gruppe »Rusich« und der »Gruppe Wagner«. Ebenfalls darunter: der berüchtigte Neonazi Alexei Milchakov, der kürzlich verstorbene Egor Prosvirnin, der Gründer des chauvinistischen russisch-nationalistischen Medienprojekts »Sputnik und Pogrom«, und viele andere. Es gab auch autoritäre Linke, die die UdSSR und ihren Sieg im Zweiten Weltkrieg feierten.

# Der Aufstieg der extremen Rechten in der Ukraine

Wie wir beschrieben haben, gelang es der Rechten, während des Majdan Sympathien zu gewinnen, indem sie Kampfeinheiten organisierte und bereit war, der Berkut physisch entgegenzutreten. Die Anwesenheit von Militärwaffen ermöglichte es ihnen, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und andere zu zwingen, mit ihnen zu rechnen. Obwohl sie offen faschistische Symbole wie Hakenkreuze, Wolfsangeln, keltische Kreuze und SS-Logos verwendeten, war es schwierig, sie zu diskreditieren, da die Notwendigkeit, die Kräfte der Janukowitsch-Regierung zu bekämpfen, viele Ukrainer*innen zur Zusammenarbeit mit ihnen veranlasste.

Nach dem Majdan unterdrückte der rechte Flügel aktiv die Kundgebungen der pro-russischen Kräfte. Zu Beginn der Militäroperationen begannen sie, Freiwilligenbataillone zu bilden. Eines der bekanntesten ist das Bataillon »Asow«. Zu Beginn bestand es aus 70 Kämpfern; heute ist es ein Regiment mit 800 Soldat*innen, das über eigene gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie, eine Panzerkompanie und ein eigenes dem NATO-Standard




Rechtsextreme Kämpfer mit einem Hakenkreuz und einer NATO-Flagge. Das Asow-Bataillon hat eine negative Einstellung zur NATO..

entsprechendes Projekt, die Unteroffiziersschule, verfügt. Das Asow-Bataillon ist eine der kampfstärksten Einheiten der ukrainischen Armee. Es gab auch andere faschistische militärische Formationen wie die ukrainische Freiwilligeneinheit »Rechter Sektor« und die »Organisation Ukrainischer Nationalisten«, die jedoch weniger bekannt sind.

Folglich erlangte die ukrainische Rechte in den russischen Medien einen schlechten Ruf. Aber viele in der Ukraine betrachteten das, was in Russland verhasst war, als ein Symbol des Kampfes der Ukraine. So wurde beispielsweise der Name des Nationalisten Stepan Bandera, der in Russland als Nazi-Kollaborateur gilt, von den Demonstrant*innen aktiv adaptiert um Russland zu verspotten. Einige nannten sich Judeo-Banderaner, um Anhänger*innen von in Russland verbreiteten Verschwörungsideologien über entweder Jüd*innen oder Anhänger*innen von Bandera, die sie beide jeweils für die Majdan-Proteste verantwortlich machten, zu trollen.

Mit der Zeit geriet das Trollen außer Kontrolle. Rechtsextreme trugen offen Nazi-Symbole; gewöhnliche Unterstützer*innen des Majdan behaupteten, sie seien selbst Banderaner, die russische Babys essen, und erstellten entsprechende Memes. Die Rechtsextremen fanden ihren Weg in den Mainstream: Sie wurden zu Fernsehsendungen und anderen medialen Plattformen eingeladen, in denen sie als Patriot*innen und Nationalist*innen dargestellt wurden. Liberale Unterstützer*innen des Majdan stellten sich auf ihre Seite und glaubten, dass die Nazis ein von den russischen Medien erfundener Schwindel seien. In den Jahren 2014 bis 2016 wurde jede*r, der bereit war zu kämpfen, willkommen geheißen, egal ob es sich um einen Nazi, einen Anarchisten, einen Kopf des organisierten Verbrechens oder eine unehrliche Politikerin handelte.

Der Aufstieg der extremen Rechten ist darauf zurückzuführen, dass sie in kritischen Situationen besser organisiert waren und anderen Rebell*innen wirksame Kampfmethoden vorschlagen konnten. Etwas Ähnliches leisteten die Anarchist*innen in Belarus, wo es ihnen ebenfalls gelang, die Sympathie der Öffentlichkeit zu gewinnen, allerdings nicht in einem so bedeutenden Ausmaß wie die Rechtsextremen in der Ukraine.

2017, nachdem der Waffenstillstand in Kraft getreten war und der Bedarf an radikalen Kämpfer*innen zurückging, haben der SBU (Inlandsgeheimdienst der Ukraine) und die Regierung die rechte Bewegung kooptiert und jeden inhaftiert oder neutralisiert, der eine »systemfeindliche« oder unabhängige Perspektive für die Entwicklung der rechten Bewegung vertrat – darunter Oleksandr Muzychko, Oleg Muzhchil, Yaroslav Ba-

bich und andere. Heute ist sie immer noch eine große Bewegung, aber ihre Popularität ist vergleichsweise gering, und ihre Führer sind mit dem Geheimdienst, der Polizei und der Politik verbunden; eine wirklich unabhängige politische Kraft stellen sie nicht dar. Im demokratischen Lager wird das Problem der Rechtsextremen immer häufiger diskutiert, und mensch entwickelt Kenntnisse für die Symbole und Organisationen, mit denen mensch es zu tun hat, anstatt die Bedenken stillschweigend zu verdrängen.

## Die Aktivitäten von Anarchist*innen und Antifaschist*innen während des Krieges

Mit dem Ausbruch der militärischen Handlungen kam es zu einer Spaltung zwischen jenen, die pro-ukrainisch sind und den Anhänger*innen der sogenannten DNR/LNR (»Volksrepublik Donezk« und »Volksrepublik Luhansk«). In den ersten Kriegsmonaten herrschte in der Punk-Szene eine weit verbreitete »Nein zum Krieg«-Stimmung, die jedoch nicht lange anhielt. Analysieren wir das pro-ukrainische und das pro-russische Lager.

## Pro-Ukraine

In Ermangelung einer schlagkräftigen Organisation zogen die ersten anarchistischen und antifaschistischen Freiwilligen als Einzelkämpfer*innen, Militärsanitäter*innen und Freiwillige in den Krieg. Sie versuchten, eine eigene Truppe zu bilden, was jedoch aufgrund mangelnder Erfahrungen und Ressourcen nicht gelang. Einige schlossen sich sogar dem Asow-Bataillon und der OUN (»Organisation Ukrainischer Nationalisten«) an. Die Gründe dafür waren banal: Sie schlossen sich den Truppen an, die am leichtesten zugänglich waren. Infolgedessen wandten sich einige Menschen rechter Politik zu.

Menschen, die nicht an den Kämpfen teilnahmen, sammelten Geld für die Behandlung von Verletzten im Osten und für den Bau eines Luftschutzbunkers in einem Kindergarten in der Nähe der Front. Es gab auch ein besetztes Haus namens »Autonomie« in Charkiw, ein offen anarchistisches soziales und kulturelles Zentrum, das sich zu dieser Zeit auf die Unterstüt-

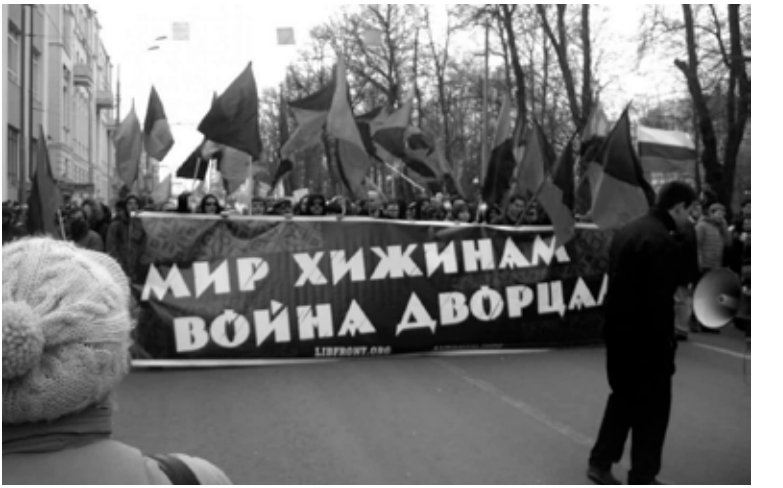


Antifaschisten bei der Ausbildung im Lager des Rechten Sektors [sic] in Desna. Bemerkenswert ist ausserdem, dass auf diesem Foto zwei Moskauer Antifaschisten zu sehen sind, die sich dem bewaffneten Konflikt angeschlossen haben.

zung der Flüchtenden konzentrierte. Sie stellten Wohnungen und einen Umsonstladen zur Verfügung, berieten die Neuankömmlinge, verwiesen sie auf Ressourcen und führten Bildungsaktivitäten durch. Darüber hinaus wurde das Zentrum zu einem Ort für theoretische Diskussionen. Leider wurde das Projekt im Jahr 2018 eingestellt.

Alle diese Aktionen waren Einzelinitiativen bestimmter Personen und Gruppen. Sie erfolgten nicht im Rahmen einer gemeinsamen Strategie.

Eines der bemerkenswertesten Phänomene dieser Zeit war eine ehemals große radikal-nationalistische Organisation, »Autonomnyi Opir« (Autonomer Widerstand). Sie begann 2012 sich nach links zu orientieren; 2014 war sie so weit nach links gerückt, dass sich einzelne Mitglieder sogar als »Anarchist*innen« bezeichneten. Sie bezeichneten ihren Nationalismus als Kampf für »Freiheit« und als Gegengewicht zum russischen Nationalismus, wobei sie die zapatistische Bewegung und die Kurd*innen als Vorbilder anführten. Im Vergleich zu den anderen Projekten in der ukrainischen Gesellschaft galten sie als die am nächsten stehenden Verbündeten, weshalb einige Anarchist*innen mit ihnen zusammenarbeiteten, während andere diese Zusammenarbeit und die Organisation selbst kritisierten. Die Mitglieder der AO beteiligten sich auch aktiv an den Freiwilligen-




Moskau, 2014: Anarchist*innen demonstrieren gegen die russische Aggression.

bataillonen und versuchten, die Idee des »Antiimperialismus« unter den Militärs zu verbreiten. Sie setzten sich auch für das Recht der Frauen ein, am Krieg teilzunehmen; weibliche Mitglieder der AO nahmen an den Kampfhandlungen teil. Die AO unterstützte Ausbildungszentren bei der Ausbildung von Kämpfer*innen und Ärzt*innen, meldete sich freiwillig zur Armee und organisierte das Sozialzentrum »Zitadelle« in Lemberg, wo Flüchtende untergebracht wurden.

## Pro-Russland

Der moderne russische Imperialismus beruht auf der Auffassung, dass Russland der Nachfolger der UdSSR ist – nicht in Bezug auf sein politisches System, sondern aus territorialen Gesichtspunkten. Das Putin-Regime betrachtet den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg nicht als ideologischen Sieg über den Nationalsozialismus, sondern als einen Sieg über Europa, der die Stärke Russlands zeigt. In Russland und den von ihm kontrollierten Ländern hat die Bevölkerung weniger Zugang zu Informationen, sodass sich Putins Propagandamaschine nicht die Mühe

macht, ein komplexes politisches Konzept zu erstellen. Das Narrativ lautet im Wesentlichen wie folgt: Die USA und Europa hatten Angst vor der starken UdSSR, Russland ist der Nachfolger der UdSSR und das gesamte Gebiet der ehemaligen UdSSR ist russisch, russische Panzer sind in Berlin eingefahren, was bedeutet: »Wir können es wieder tun« und wir werden der NATO zeigen, wer hier der Stärkste ist; der Grund, warum Europa »verrottet«, ist, dass all die Schwulen und Einwanderer*innen dort außer Kontrolle geraten sind.

Die ideologische Grundlage für die Aufrechterhaltung einer pro-russischen Position unter den Linken war das Erbe der UdSSR und ihr Sieg im Zweiten Weltkrieg. Da Russland behauptet, die Regierung in Kyjiw sei von Nazis und der Junta übernommen worden, bezeichneten sich die Gegner*innen des Majdan als Kämpfer*innen gegen den Faschismus und die Kyjiwer Junta. Dieses branding weckte Sympathien bei der autoritären Linken – in der Ukraine beispielsweise bei der Organisation »Borotba«. Während der wichtigsten Ereignisse des Jahres 2014 nahmen sie zunächst eine loyale und später eine pro-russische Position ein. In Odessa wurden am 2. Mai 2014 mehrere ihrer Aktivist*innen bei Straßenkämpfen getötet. Einige Mitglieder dieser Gruppe waren auch an den Kämpfen in den Regionen Donezk und Luhansk beteiligt, und einige von ihnen starben dort.

»Borotba« beschrieb ihre Beweggründe als den Wunsch, gegen den Faschismus zu kämpfen. Sie forderten die europäische Linke auf, sich mit der »Volksrepublik Donezk« und der »Volksrepublik Luhansk« zu solidarisieren. Durch eine gehackte e-Mail von Wladislaw Surkow (Putins politischem Strategen) wurde aufgedeckt, dass die Mitglieder von Borotba von Surkows Leuten finanziert und beaufsichtigt wurden.

Die autoritären Kommunist*innen Russlands haben sich die separatistischen Republiken aus ähnlichen Gründen auf die Fahnen geschrieben.

Die Anwesenheit von Rechtsextremen auf dem Majdan motivierte auch ansonsten apolitische Antifaschist*innen dazu, die »DNR« und »LNR« zu unterstützen. Einige von ihnen nahmen wiederum an den Kämpfen in den Regionen Donezk und Luhansk teil, und einige von ihnen starben dort.

Unter den ukrainischen Antifaschist*innen gab es subkulturell geprägte, »apolitische« Antifaschist*innen, die gegen den Faschismus waren, »weil unsere Großväter dagegen gekämpft haben«. Ihr Verständnis von Faschismus war unscharf: Sie selbst waren oft politisch inkohärent, sexistisch, homophob, russische Patriot*innen und dergleichen.

Die Idee, die sogenannten Republiken zu unterstützen, fand in der europäischen Linken breiten Rückhalt. Zu den bekanntesten Unterstützer*innen gehörten die italienische Rockband »Banda Bassotti« und die deutsche Partei Die Linke. Neben der Spendensammlung ging »Banda Bassotti« auch auf Tour nach »Novorossia«. Als Mitglied des Europäischen Parlaments unterstützte Die Linke das pro-russische Narrativ auf jede erdenkliche Weise und arrangierte Videokonferenzen mit pro-russischen Aktivist*innen, die auf die Krim und in die nicht anerkannten Republiken reisten. Die jüngeren Mitglieder der Partei Die Linke sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (die Stiftung der Partei Die Linke) betonen, dass diese Position nicht von allen Mitgliedern geteilt wird, – sie wird jedoch von den prominentesten Mitgliedern der Partei wie Sahra Wagenknecht und Sevim Dağdelen verbreitet.

Die pro-russische Position fand bei den Anarchist*innen keine Zustimmung. Unter den individuellen Statements war die Position von Jeff Monson, einem Mixed-Martial-Arts-Kämpfer aus den USA, der Tätowierungen mit anarchistischen Symbolen hat, am auffälligsten. Er betrachtete sich früher als Anarchist, arbeitet in Russland nun jedoch offen für die Regierungspartei Einiges Russland und ist Abgeordneter in der Duma.

Um das pro-russische »linke« Lager zu verstehen, sollten wir uns die Arbeit der russischen Geheimdienste und die Folgen der ideologischen Inkompetenz ansehen. Nach der Besetzung der Krim traten Mitarbeiter*innen des russischen FSB an lokale Antifaschist*innen und Anarchist*innen heran und boten ihnen an, ihre Aktivitäten fortzusetzen, schlugen aber vor, dass sie fortan die Idee, dass die Krim ein Teil Russlands sein sollte, in ihre Agitation einbeziehen sollten. In der Ukraine gibt es kleine Informations- und Aktivistengruppen, die sich als antifaschistisch positionieren, dabei aber im Wesentlichen eine pro-russische Position vertreten; viele Menschen verdächtigen sie, für Russland zu arbeiten. Ihr Einfluss in der Ukraine ist minimal, aber ihre Mitglieder dienen russischen Agent*innen als »Whistleblower«.

Es gibt auch »Kooperationsangebote« der russischen Botschaft und von pro-russischen Parlamentsmitgliedern wie Ilja Kiva. Sie versuchen, die Ablehnung von Nazis wie dem Asow-Bataillon auszunutzen und bieten an, Menschen zu bezahlen, damit sie ihre Haltung zu Russland ändern. Bislang hat nur Rita Bondar offen zugegeben, auf diese Weise Geld erhalten zu haben. Früher schrieb sie für linke und anarchistische Medien, aber aus Geldnot schrieb sie unter einem Pseudonym für Medienplattformen, die

mit dem russischen Propagandisten Dmitri Kiselev verbunden sind. In Russland selbst erleben wir die Zerschlagung der anarchistischen Bewegung und den Aufstieg autoritärer Kommunist*innen, die die Anarchist*innen aus der antifaschistischen Subkultur verdrängen. Einer der bezeichnendsten Momente der letzten Zeit ist die Organisation eines antifaschistischen Turniers im Jahr 2021 zum Gedenken an »den sowjetischen Soldaten«.

## Droht ein ausgewachsener Krieg mit Russland? Ein anarchistischer Standpunkt

Vor etwa zehn Jahren wäre die Vorstellung eines ausgewachsenen Krieges in Europa absurd gewesen, denn die säkularen europäischen Staaten des 21. Jahrhunderts versuchen, ihren »Humanismus« zu betonen und ihre Verbrechen zu verschleiern. Wenn sie sich an militärischen Operationen beteiligen, tun sie dies irgendwo weit weg von Europa. Aber was Russland betrifft, so haben wir die Besatzung der Krim und die anschließenden gefälschten Referenden, den Krieg im Donbas und den Flugzeugabsturz von MH17 miterlebt. Die Ukraine ist ständig mit Hackerangriffen und Bombendrohungen konfrontiert, nicht nur in staatlichen Gebäuden, sondern auch in Schulen und Kindergärten.

In Belarus erklärte sich Lukaschenko im Jahr 2020 mit einem Ergebnis von 80% der Stimmen dreist zum Sieger der Wahlen. Der Aufstand in Belarus führte sogar zu einem Streik der belarussischen Propagandisten (z.B. in Form der Fernsehsprecher*innen). Doch nach der Landung russischer FSB-Flugzeuge änderte sich die Lage dramatisch und der belarussischen Regierung gelang es, die Proteste gewaltsam zu unterdrücken.

Ein ähnliches Szenario spielte sich in Kasachstan ab, doch wurden dort die regulären Armeen Russlands, Belarus', Armeniens und Kirgisistans im Rahmen der »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (Collective Security Treaty Organization) hinzugezogen, um das Regime bei der Niederschlagung des Aufstands zu unterstützen.

Russische Geheimdienste lockten Flüchtende aus Syrien nach Belarus, um einen Konflikt an der Grenze zur Europäischen Union zu schüren. Es wurde auch eine Gruppe des russischen FSB aufgedeckt, die politische Morde mit chemischen Waffen – dem bereits bekannten »Nowitschok« – verübte. Neben den bekannten Fällen von Skripal und Nawalny haben

sie auch andere politische Persönlichkeiten in Russland angegriffen und getötet. Putins Regime antwortet auf alle Anschuldigungen mit den Worten: »Wir sind es nicht, ihr lügt alle«. In der Zwischenzeit hat Putin selbst vor einem halben Jahr einen Artikel geschrieben, in dem er behauptet, dass Russ*innen und Ukrainer*innen eine Nation sind und unter einem Dach leben sollten. Wladislaw Surkow (ein politischer Stratege, der die russische Staatspolitik gestaltet und mit den Marionettenregierungen in der sogenannten DNR und LNR in Verbindung steht) veröffentlichte einen Artikel, in dem er erklärte, dass »das Imperium expandieren muss, da es sonst untergehen wird«. In Russland, Belarus und Kasachstan wurde die Protestbewegung in den letzten zwei Jahren brutal unterdrückt und unabhängige und oppositionelle Medien wurden zerstört. Wir empfehlen, hier mehr über die Aktivitäten Russlands zu lesen.

Alles in allem ist die Wahrscheinlichkeit eines ausgewachsenen Krieges hoch und in diesem Jahr etwas höher als im letzten Jahr. Selbst die schärfsten Analyst*innen dürften kaum in der Lage sein, den genauen Zeitpunkt des Kriegsbeginns vorherzusagen. Vielleicht würde eine Revolution in Russland die Spannungen in der Region abbauen, aber wie wir oben geschrieben haben, ist die Protestbewegung dort erstickt worden.

Die Anarchist*innen in der Ukraine, in Belarus und in Russland unterstützen meist direkt oder implizit die ukrainische Unabhängigkeit. Das liegt daran, dass die Ukraine trotz aller nationalen Stimmungsmache, Korruption und einer großen Zahl Nazis im Vergleich zu Russland und den von ihm kontrollierten Ländern wie eine Insel der Freiheit wirkt. Dieses Land bewahrt solche im post-sowjetischen Raum »einzigartigen Phänomene« wie die Abwählbarkeit des Präsidenten, ein Parlament, das mehr als nur nominelle Macht hat, und das Recht, sich friedlich zu versammeln; in einigen Fällen, wenn die Öffentlichkeit gerade darauf achtet, funktionieren die Gerichte manchmal sogar gemäß ihrem erklärten Protokoll. Zu sagen, dass dies besser ist als die Situation in Russland, ist nichts Neues. Wie Bakunin schrieb: »Wir sind fest davon überzeugt, dass die unvollkommenste Republik tausendmal besser ist als die aufgeklärteste Monarchie.« In der Ukraine gibt es viele Probleme, die aber am ehesten ohne die Einmischung Russlands gelöst werden können.

Ist es sinnvoll, im Falle einer Invasion gegen die russischen Truppen zu kämpfen? Wir glauben, dass die Antwort darauf Ja lautet. Zu den Optionen, die ukrainische Anarchist*innen derzeit in Betracht ziehen, gehören der Beitritt zu den Streitkräften der Ukraine, die Beteiligung an

der Territorialverteidigung, der Aufbau von Guerilla-Einheiten und die Bereitstellung von zivilen Freiwilligen.

Die Ukraine steht jetzt an vorderster Front im Kampf gegen den russischen Imperialismus. Russland hat langfristige Pläne, die Demokratie in Europa zu zerstören. Wir wissen, dass dieser Gefahr in Europa bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Aber wenn mensch die Äußerungen hochrangiger Politiker*innen, rechtsextremer Organisationen und autoritärer Kommunist*innen verfolgt, wird mensch mit der Zeit feststellen, dass es in Europa bereits ein großes Spionagenetz gibt. So erhielten beispielsweise einige Spitzenbeamte nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt einen Posten in einer russischen Ölgesellschaft (Gerhard Schröder, François Fillon).

Wir halten Slogans wie »Nein zum Krieg« oder »Der Krieg der Imperien« für unwirksam und populistisch. Die anarchistische Bewegung hat keinen Einfluss auf den Prozess, daher ändern solche Aussagen überhaupt nichts.

Unsere Position basiert auf der Tatsache, dass wir nicht weglaufen wollen, dass wir keine Geiseln sein wollen und dass wir nicht kampflos getötet werden wollen. Am Beispiel Afghanistans kann mensch nachvollziehen, was »Nein zum Krieg« bedeutet: Als die Taliban vorrückten, flohen die Menschen massenhaft, starben im Chaos auf den Flughäfen und die Zurückgebliebenen wurden verfolgt. Dies beschreibt, was auf der Krim geschieht, und mensch kann sich vorstellen, was nach dem Einmarsch Russlands in anderen Regionen der Ukraine geschehen wird.

Was die Haltung gegenüber der NATO betrifft, so sind die Autor*innen dieses Textes in zwei Standpunkte gespalten. Einige von uns haben eine positive Herangehensweise zu dieser Problematik. Es ist offensichtlich, dass die Ukraine Russland nicht allein entgegentreten kann. Selbst wenn mensch die große Freiwilligenbewegung berücksichtigt, werden moderne Technologien und Waffen benötigt. Abgesehen von der NATO hat die Ukraine keine anderen Verbündeten, die ihr dabei helfen könnten.

Hier wollen wir die Geschichte von Nord-Ost Syrien/Rojava in Erinnerung rufen. Die Einheimischen waren gezwungen, mit der NATO gegen ISIS zu kooperieren – die einzige Alternative war zu fliehen oder getötet zu werden. Wir wissen sehr wohl, dass die Unterstützung durch die NATO sehr schnell verschwinden kann, wenn der Westen neue Interessen entwickelt oder es schafft, einige Kompromisse mit Putin auszuhandeln. Selbst jetzt ist die Bewegung dort gezwungen, mit dem Assad-Regime zu kooperieren, weil sie wissen, dass sie kaum eine Alternative haben.

Eine mögliche russische Invasion zwingt die ukrainische Bevölkerung dazu, nach Verbündeten im Kampf gegen Moskau zu suchen. Nicht in den sozialen Medien, sondern in der realen Welt. Die Anarchist*innen verfügen weder in der Ukraine noch anderswo über ausreichende Ressourcen, um effektiv auf die Invasion des Putin-Regimes zu reagieren. Deshalb muss mensch darüber nachdenken, Unterstützung von der NATO anzunehmen.

Der andere Standpunkt, der in unserer Redaktionsgruppe vertreten wird: dass sowohl die NATO als auch die EU durch die Stärkung ihres Einflusses in der Ukraine das derzeitige System des »wilden Kapitalismus« in dem Land zementieren und das Potenzial für eine soziale Revolution noch weniger realisierbar machen werden. Im System des globalen Kapitalismus, dessen Flaggschiff die USA als Anführer der NATO ist, wird der Ukraine der Platz eines bescheidenen Grenzlandes zugewiesen: ein Lieferant von billigen Arbeitskräften und Ressourcen. Daher ist es für die ukrainische Gesellschaft wichtig, die Notwendigkeit der Unabhängigkeit von allen imperialistischen Kräften zu erkennen. Im Kontext der Verteidigungsfähigkeit des Landes sollte der Schwerpunkt nicht auf der Bedeutung der NATO-Technologie und der Unterstützung für die reguläre Armee liegen, sondern auf dem Potenzial der Gesellschaft für den Guerillawiderstand an der Basis.

Wir betrachten diesen Krieg in erster Linie als Krieg gegen Putin und die von ihm kontrollierten Regime. Neben der banalen Motivation, nicht unter einer Diktatur zu leben, sehen wir das Potenzial der ukrainischen Gesellschaft, die eine der aktivsten, unabhängigsten und rebellischsten in der Region ist. Die lange Geschichte des Widerstands des Bevölkerung in den letzten dreißig Jahren ist ein solider Beweis dafür. Das gibt uns Hoffnung, dass die Konzepte der direkten Demokratie hier auf fruchtbaren Boden stoßen.

## Die aktuelle Situation der Anarchist*innen in der Ukraine und neue Herausforderungen

Die Außenseiter*innenposition während des Majdan und des Krieges hatte eine demoralisierende Wirkung auf die Bewegung. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde erschwert, da die russische Propaganda das Wort »Antifaschismus« monopolisierte. Aufgrund der Präsenz der Symbole

der UdSSR unter den pro-russischen Aktivist*innen war die Einstellung gegenüber dem Wort »Kommunismus« äußerst negativ, sodass selbst die Kombination »Anarchokommunismus« negativ wahrgenommen wurde. Die Stellungnahmen gegen die pro-ukrainische Ultra-Rechte warfen in den Augen der gewöhnlichen Leute einen Schatten des Zweifels auf die Anarchist*innen. Es gab eine unausgesprochene Übereinkunft, dass die Ultra-Rechten keine Anarchist*innen und Antifaschist*innen angreifen würden, wenn sie ihre Symbole nicht bei Kundgebungen und Ähnlichem zeigten. Die Rechten hatten eine Menge Waffen in der Hand. Diese Situation schuf ein Gefühl der Frustration; die Polizei funktionierte nicht gut, sodass mensch leicht getötet werden konnte, ohne dass dies Konsequenzen hatte. Im Jahr 2015 wurde beispielsweise der pro-russische Aktivist Oles Buzina getötet.
All dies ermutigte die Anarchist*innen, das Thema ernster zu nehmen. Ab 2016 begann sich ein radikaler Untergrund zu entwickeln; Nachrichten über radikale Aktionen erschienen immer häufiger. Radikale anarchistische Publikationen erschienen, die erklärten, wie mensch Waffen kauft und Depots anlegt, im Gegensatz zu den älteren Publikationen, die nur auf Molotow-Cocktails beschränkt waren.

Im anarchistischen Milieu ist es mittlerweile üblich, legale Waffen zu besitzen. Videos von anarchistischen Trainingscamps, in denen Schusswaffen benutzt wurden, tauchten auf. Der Widerhall dieser Veränderungen erreichte Russland und Belarus. In Russland löste der FSB ein Netzwerk anarchistischer Gruppen auf, die über legale Waffen verfügten und Airsoft spielten. Die Verhafteten wurden mit Strom gefoltert, um sie zu einem Terrorismus-Geständnis zu zwingen, und zu Haftstrafen zwischen 6 und 18 Jahren verurteilt. In Belarus wurde während der Proteste 2020 eine rebellische Gruppe von Anarchisten unter dem Namen »Schwarze Flagge« festgenommen, als sie versuchte, die belarussisch-ukrainische Grenze zu überqueren. Sie hatten eine Schusswaffe und eine Granate bei sich; laut der Aussage von Igor Olinevich hatte er die Waffe in Kyjiw gekauft.

Auch der überholte Ansatz der wirtschaftlichen Vorstellungen der Anarchist*innen hat sich geändert: Während früher die meisten in schlecht bezahlten Jobs arbeiteten, die »näher an den Ausgebeuteten« waren, versuchen jetzt viele, einen gut bezahlten Job zu finden, meist im IT-Sektor.

Antifaschistische Gruppen auf der Straße haben ihre Aktivitäten wieder aufgenommen und führen Vergeltungsaktionen bei Nazi-Angriffen durch. Unter anderem veranstalteten sie das antifaschistische Kampf-Turnier »No

Surrender« und veröffentlichten einen Dokumentarfilm mit dem Titel »Hoods«, der über die Entstehung der Kyjiwer Antifa-Gruppe berichtet. (Englische Untertitel sind verfügbar.) Der Antifaschismus in der Ukraine ist eine wichtige Front, denn neben einer großen Zahl einheimischer ultra-rechter Aktivist*innen sind viele berüchtigte Nazis aus Russland (darunter Sergej Korotkich und Alexej Levkin) und aus Europa (wie Denis »White Rex« Kapustin) und sogar aus den USA (Robert Rando) hierher gezogen. Die Anarchist*innen beobachten die Aktivitäten der extremen Rechten genau.

Es gibt verschiedene aktive Gruppen (klassische Anarchist*innen, Queer-Anarchist*innen, Anarcho-Feminist*innen, Food Not Bombs, Öko-Initiativen usw.) sowie kleine Informationsplattformen. Kürzlich ist mit dem Telegram-Channel @uantifa eine weitere politisch engagierte antifaschistische Informationsquelle online gegangen, die ihre Veröffentlichungen auch auf Englisch dupliziert.

Die Spannungen zwischen den Gruppen werden allmählich abgebaut, da es in letzter Zeit viele gemeinsame Aktionen und eine gemeinsame Beteiligung an sozialen Konflikten gegeben hat. Zu den wichtigsten gehören die Kampagne gegen die Abschiebung des belarussischen Anarchisten Aleksey Bolenkov (dem es gelang, einen Prozess gegen die ukrainischen Geheimdienste zu gewinnen und in der Ukraine zu bleiben) und die Verteidigung eines Kyjiwer Stadtteils (Podil) gegen Polizeirazzien und Angriffe der Ultra-Rechten.

Wir haben immer noch sehr wenig Einfluss auf die Gesellschaft im Großen und Ganzen. Das liegt vor allem daran, dass die Notwendigkeit von Organisation und anarchistischen Strukturen lange Zeit ignoriert oder geleugnet wurde. (In seinen Memoiren beklagte auch Nestor Makhno dieses Manko nach der Niederlage der Anarchist*innen). Anarchistische Gruppen wurden sehr schnell durch den SBU [Inlandsgeheimdienst der Ukraine] oder die extreme Rechte zerschlagen. Wir sind aus der Stagnation herausgekommen und entwickeln uns weiter, und deshalb rechnen wir mit neuen Repressionen und neuen Versuchen des SBU, die Kontrolle über die Bewegung zu übernehmen.

Im Moment kann mensch unsere Positionen als die radikalsten Ansätze und Ansichten im demokratischen Lager bezeichnen. Wenn Liberale es vorziehen, sich im Falle eines Angriffs durch die Polizei oder die extreme Rechte bei der Polizei zu beschweren, bieten Anarchist*innen an, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, die unter einem ähnlichen Pro-

blem leiden, und zur Verteidigung von Strukturen oder Veranstaltungen zu kommen. Die Anarchist*innen versuchen aktuell, horizontale Bindungen an der Basis der Gesellschaft zu schaffen, die auf gemeinsamen Interessen beruhen, damit die Gemeinschaften ihre eigenen Bedürfnisse, einschließlich der Selbstverteidigung, erfüllen können. Dies unterscheidet sich erheblich von der üblichen politischen Praxis in der Ukraine, in der sich oft um Organisationen, Politiker*innen oder die Polizei geschart wird. Organisationen und Politiker*innen werden oft bestochen, und die Menschen, die sich um sie gruppiert haben, werden getäuscht. Die Polizei kann womöglich mal eine LGBTIQ-Veranstaltungen schützen, wird sich aber sicher gegen die selben Aktivist*innen wenden, wenn diese gegen Polizeibrutalität demonstrieren. Das ist der Grund, warum wir in unseren Ideen und Ansätzen Potenzial sehen, – wenn es allerdings zum Krieg kommt, wird die Hauptsache wieder sein, an einem bewaffneten Konflikt teilnehmen zu können.




Anarchistische Rebellengruppe »Black Flag«

# Zwischen zwei Fronten
## Anarchist*innen in der Region über die Kriegsgefahr

In der Hoffnung, wichtige Hintergrundinformationen zu den aktuellen Spannungen zwischen Russland, der Ukraine, den Vereinigten Staaten und anderen Mitgliedern der NATO zu liefern, präsentieren wir die Abschrift eines ausgezeichneten Interviews mit einem Anarchisten in der Ukraine, gefolgt von einem weiteren Beitrag einer ukrainischen Anarchistin aus Luhansk, die sich jetzt in Kyiv befindet.

Wie können wir den Konflikt verstehen, der sich derzeit über die Stationierung russischer Truppen an der ukrainischen Grenze zuspitzt? Handelt es sich nur um eine Inszenierung auf beiden Seiten, die darauf abzielt, die Herrschaft zu sichern und die Opposition zu destabilisieren?

In der heutigen unbeständigen Weltlage könnten selbst die erfahrensten geopolitischen Akteur*innen – mit der Intention nur ein wenig mit dem Säbel zu rasseln – in einem Showdown landen, der ihnen über den Kopf wächst. Vielleicht ist das, was hier geschieht, nur Strategie, aber es könnte trotzdem zu einem Krieg führen. Im vergangenen Monat wurden russische Truppen in Kasachstan und Belarus stationiert, was Putins Rolle als Garant für Diktaturen untermauert und das Ausmaß seiner Ambitionen verdeutlicht. Abgesehen von den eh schon instabilen Machtverhältnissen in der gesamten Region. Die Vereinigten Staaten entsenden nun auch Truppen nach Osteuropa und verschärfen damit die Spannungen, während sie ihre rivalisierenden, imperialen Spannungen fortführen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij, der Anfang 2021 gegen Putins Verbündete in der Ukraine in die Offensive gegangen ist, hat die Biden-Regierung kürzlich aufgefordert, ihre Drohungen zurückzuschrauben; dies bedeutet nicht, dass die Kriegsgefahr nicht real ist, sondern vielmehr, dass Zelenskij immer noch auf die ukrainische Wirtschaft aufpassen muss – unabhängig davon, ob der Krieg noch Wochen, Monate oder Jahre droht.

Die Aussicht auf eine russische Invasion wirft für Anarchist*innen heikle Fragen auf: Wie können wir uns der russischen militärischen Aggression widersetzen, ohne uns einfach in die Agenda der Vereinigten Staaten und anderer Regierungen einzufügen? Wie können wir uns weiterhin den ukrainischen Kapitalist*innen und Faschist*innen widersetzen, ohne der russischen Regierung dabei zu helfen, ein Narrativ zur Rechtfertigung

einer direkten oder indirekten Intervention zu entwerfen? Wie können wir dem Leben und der Freiheit der einfachen Menschen in der Ukraine und den Nachbarländern Vorrang einräumen?

Und was, wenn der Krieg nicht die einzige Gefahr ist? Wie vermeiden wir es, unsere Bewegungen auf Steigbügelhalter staatlicher Kräfte zu reduzieren, ohne in einer Zeit eskalierender Konflikte irrelevant zu werden? Wie können wir uns auch mitten im Krieg weiterhin gegen alle Formen der Unterdrückung organisieren, ohne die gleiche Logik wie staatliche Militärs zu übernehmen?

Es ist nicht das erste Mal, dass die Ereignisse in der Ukraine schwierige Fragen aufwerfen. Im Jahr 2014, während der Besetzung des Majdan[15], die schließlich zum Sturz der Regierung von Viktor Janukowitsch führte, gewannen Nationalist*innen und Faschist*innen innerhalb der Bewegung an Macht. Wie ein Zeuge schrieb:

> »Die ukrainische linke und anarchistische Bewegung als Ganzes befand sich zwischen zwei Fronten. Wenn der Majdan-Protest gewinnt […] kann man schon jetzt das Erstarken und Entstehen neuer rechtsextremer Organisationen vorhersagen, die sich auf die Anwendung von Gewalt und Terror gegen politische Gegner*innen konzentrieren. Wenn Janukowitsch gewinnt, wird eine Welle schwerster Repressionen wahllos alle treffen, die nicht loyal gegenüber den Behörden sind.«
>
> Lviv, 19. bis 21. Februar 2014

Dieses Interview aus jenen Tagen verdeutlicht die Situation. Es ist wichtig zu betonen, dass nichts davon unvermeidlich war: Eine lebendigere anarchistische Bewegung hätte in Kyjiw andere Ergebnisse hervorbringen können – wie es in Charkiw der Fall war.

Damals bezeichneten wir den Aufstieg der Faschist*innen bei den Majdan-Protesten als »einen reaktionären Gegenangriff im Raum der sozialen Bewegungen«

15 Der Majdan Nezalezhnosti (»Platz der Unabhängigkeit«) ist der zentrale Platz von Kyiv, der Hauptstadt der Ukraine. Er war 2004 Schauplatz massiver Proteste während der so genannten »Orangenen Revolution« und erneut 2013 bis 2014 während der Ereignisse, die zur ukrainischen Revolution von 2014 führten.

»Dies könnte ein Vorzeichen für Schlimmeres sein – wir können uns eine Zukunft mit rivalisierenden Faschismen vorstellen, in der die Möglichkeit eines Kampfes für echte Befreiung völlig unsichtbar wird.«

Heute sind wir acht Jahre weiter in dieser Zukunft angekommen. Die Tragödien in der Ukraine – von 2014 über den von Russland unterstützten Aufstand in den Regionen Donezk und Luhansk bis heute – zeigen die katastrophalen Folgen der Schwäche der antiautoritären Bewegungen in Russland, der Ukraine und den Vereinigten Staaten.

In diesem Zusammenhang sehen wir, wie staatliche Akteur*innen auf beiden Seiten des Konflikts die Diskurse des Antifaschismus und Antiimperialismus mobilisieren, um Freiwillige zu rekrutieren und ihre Gegner*innen zu delegitimieren. Faschist*innen und selbsternannte Antifaschist*innen kämpfen bereits seit Jahren auf beiden Seiten des Russland/Ukraine-Konflikts, ebenso wie Anhänger*innen beider Seiten jeweils die andere Seite als imperialistisch bezeichnet haben. Im 21. Jahrhundert wird es wahrscheinlich immer mehr bewaffnete Kämpfe geben, für die Anarchist*innen und andere Antifaschist*innen und Antiimperialist*innen rekrutiert werden. Wir sollten uns weder irrelevant machen lassen, indem wir uns aus allen Konfrontationen heraushalten, noch sollten wir uns aus einem Gefühl der Dringlichkeit heraus zu schwerwiegenden Fehlentscheidungen hinreißen lassen. Wenn wir uns mit der Begründung, dass die Situation unübersichtlich ist und es auf beiden Seiten Arschlöcher gibt, von einer Stellungnahme fernhalten, werden wir für die daraus resultierenden Massaker mitverantwortlich sein.

Bevor wir die Perspektiven aus der Ukraine vorstellen, werden wir einige der anderen Vorschläge durchgehen, wie sich Anarchist*innen engagieren könnten.

In seinem Text *Warum ist es notwendig, die Ukraine zu unterstützen?* argumentiert Antti Rautiainen, ein finnischer Anarchist, der Jahre in Russland verbracht hat, dass die wichtigste Priorität darin besteht, sich einem russischen Eroberungskrieg entgegenzustellen:

»Die Ergebnisse der ersten 30 Jahre der ›Demokratie‹ in der Ukraine sind, gelinde gesagt, nicht überzeugend. Die Wirtschaft und die Medien sind in den Händen rivalisierender Oligarchen, die Korruption hat ein schwindelerregendes Ausmaß erreicht, die wirtschaftliche Entwicklung bleibt hinter der vieler afrikanischer Länder zurück, und darüber hinaus

ist das Land zum Zentrum der weltweiten Neonazi-Bewegung geworden. Und diese Probleme sind im Wesentlichen hausgemacht und nicht das Ergebnis von Intrigen des Kremls.«

## Aber die Alternative ist noch schlimmer.

Putins Regierung ist der KGB ohne Sozialismus. Wie wir dokumentiert haben, setzen Putins Untergebene neben altmodischer Polizeigewalt routinemäßig Folter und erfundene Verschwörungen ein, um abweichende Meinungen zu unterdrücken. Laut Antti ist »Putin nicht der Gendarm Europas, sondern der Gendarm der ganzen Welt« – von Syrien bis Myanmar, wann immer ein Diktator Tausende seiner eigenen Leute foltert und tötet, ist Putin da, um ihn zu unterstützen.

Im Gegensatz zu dem unten interviewten Anarchisten vertritt Antti die Ansicht, dass Anarchist*innen im Falle einer russischen Invasion das ukrainische Militär unterstützen sollten und im Falle einer russischen Besetzung bereit sein sollten, direkt mit einer staatsnahen Widerstandsorganisation zusammenzuarbeiten, sollte eine solche existieren.

Dies wirft eine Reihe von schwierigen Fragen auf. Sind Anarchist*innen in der Lage, einem staatlichen Militär nützliche Hilfe zu leisten? Wenn sie es könnten, sollten sie es tun? Wie könnten sie das ukrainische Militär unterstützen, ohne es dadurch in die Lage zu versetzen, für soziale Bewegungen und Minderheiten innerhalb der Ukraine noch gefährlicher zu werden, ganz zu schweigen von der Legitimierung des faschistischen Asow-Regiments? Einer der Grundsätze der dreiseitigen Kriegsführung ist, dass man nicht eine*n Gegner*in stärken darf, um einen anderen zu besiegen. Dies wird durch das Unglück der Anarchist*innen in der Ukraine vor einem Jahrhundert veranschaulicht, die dem Sieg über die reaktionäre Weiße Armee Priorität einräumten, nur um dann von Trotzkis Roter Armee verraten und ermordet zu werden.

Wenn Anarchist*innen mit staatstragenden Gruppen zusammenarbeiten, wie es bereits in Rojava und anderswo geschehen ist, ist es umso wichtiger, eine Kritik an der Staatsmacht zu formulieren und einen differenzierten Rahmen zu entwickeln, um die Ergebnisse solcher Experimente zu bewerten.

Die beste Alternative zum Militarismus wäre der Aufbau einer internationalen Bewegung, die die militärischen Kräfte aller Nationen außer Gefecht setzen könnte. Die ukrainischen Radikalen haben verständlicherweise

ihren Zynismus darüber zum Ausdruck gebracht, dass normale Russ*innen nichts tun werden, um Putins Kriegsanstrengungen zu verhindern. Dies erinnert an die Revolte in Hongkong im Jahr 2019, die von einigen Teilnehmer*innen ebenfalls mit ethnischen Begriffen eingegrenzt wurde. In der Tat könnten nur starke revolutionäre Bewegungen in China selbst Hongkong vor der Vorherrschaft der chinesischen Regierung bewahren.

In Anbetracht der Tatsache, dass Russland in der ukrainischen Donbas-Region unter anderem aufgrund der Spannungen zwischen ukrainischer und russischer Identität Fuß fassen konnte, wird die antirussische Stimmung Putin nur in die Hände spielen. Alles, was gegen die russische Bevölkerung, die Sprache oder die Kultur polarisiert, wird die Bemühungen des russischen Staates um die Schaffung einer kleinen abtrünnigen Republik erleichtern. Ebenso zeigt ein Blick auf die Geschichte des Nationalismus, dass jeder Widerstand gegen die russische Militäraggression, der die Macht des ukrainischen Nationalismus stärkt, nur den Weg für künftiges Blutvergießen ebnen wird. Was die Aussicht auf einen Krieg angeht, haben Anarchist*innen aus Belarus einige der vielen Nachteile artikuliert:

> »Anarchist*innen haben Kriege nie begrüßt, weil sie die Bevölkerung von den wirklichen Problemen ablenken, die uns ständig umgeben. Anstatt nach Freiheit zu streben, fängt die Bevölkerung an, über die Erfolge des Fortschritts an der Front zu diskutieren. An die Stelle der internationalen Solidarität tritt der Nationalismus, der aus Verbundene und Gefährt*innen Todfeinde gemacht hat. Der Krieg hat nichts Fortschrittliches an sich. Der Krieg ist der Triumph einer menschenfeindlichen Ideologie der Macht. Heute wie damals ist der Krieg die Angelegenheit der Herrschenden, nur dass die einfachen Menschen dabei sterben. Im patriotischen Taumel oder einfach nur des Geldes wegen.«

## »Wenn es nur keinen Krieg gäbe«

Doch die globale anarchistische Bewegung ist nicht in der Lage, den Menschen in der Ukraine eine todsichere Alternative zum Krieg zu bieten. So wie der Aufstand in Kasachstan letztlich mit brutaler Gewalt niedergeschlagen wurde, sind fast alle Aufstände auf der Welt seit 2019 daran gescheitert, die Regierungen zu stürzen, die sie herausgefordert haben. Wir befinden uns in einer Zeit vernetzter weltweiter Repression,

und die grundlegenden Probleme, die sich daraus ergeben, sind noch nicht gelöst. Der blutige Bürgerkrieg in Syrien, der zum Teil auf Putins Unterstützung für Assad zurückzuführen ist, ist ein Beispiel dafür, wie es in vielen Teilen der Welt aussehen kann, wenn Revolutionen weiterhin scheitern und stattdessen Bürgerkriege entstehen. Wir können die kommenden Kriege vielleicht nicht verhindern, aber es liegt immer noch an uns, herauszufinden, wie wir inmitten dieser Kriege weiterhin revolutionäre Veränderungen anstreben können.

Es ist erwähnenswert, dass zumindest ein ukrainischer Anarchist, ein Redakteur der Zeitschrift *Assembly* in Kharkov, nicht besonders besorgt über eine russische Invasion in der Ukraine zu sein scheint, da er dies für eine übertriebene Erfindung westlicher Medien hält. Wir hoffen, dass diese Person Recht hat – auch wenn wir feststellen, dass russische und belarussische Medien gleichfalls dramatische Geschichten über einen drohenden Konflikt um die Ukraine veröffentlichen.

Abschließend möchten wir auf dieses Kommuniqué einer Aktion in Schweden aufmerksam machen, die sich mit den Aufständischen in Kasachstan solidarisierte, indem sie einen Trailor des Shell-Konzerns ins Visier nahm, um auf die Mitschuld westlicher Ölkonzerne am Blutvergießen in Kasachstan und anderen von Russland bedrohten Orten aufmerksam zu machen. Obwohl klandestine Aktionen kein Ersatz für eine starke Bewegung sind, gelang es der Aktion auf bewundernswerte Weise, die Verflechtung der russischen Autokratie mit westlichen Kapitalist*innen aufzuzeigen:

> »Russische Bajonette verteidigten den Thron von Putins Vasallen Tokajew. Aber nicht nur seinen. Man schaue sich nur die Ölförderung an, einen der Hauptzweige der kasachischen Wirtschaft. Westliche Konzerne haben einen großen Anteil am Ölsektor des Landes. Im Falle eines Sieges der Aufständischen könnte die Bevölkerung das Eigentum dieser Konzerne enteignen. Die russische Intervention und die Niederschlagung des Aufstands verschaffte nicht nur dem Oligarchenregime blutige ›Stabilität‹, sondern auch den westlichen Kapitalist*innen, die von den natürlichen Ressourcen Kasachstans schmarotzen.
>
> […] Einer der westlichen Konzerne, die in Kasachstan aktiv sind, ist die britisch-niederländische Shell. So beträgt ihr Anteil am Karachaganak-Feld, einem der drei größten des Landes, etwa 30 %. Und dies sind nicht die einzigen Anlagen des Konzerns in Kasachstan. Es ist nicht verwunderlich, dass das russische Regime Truppen schickte, um den Reichtum der

Anteilseigner*innen von Shell zu schützen. Shell hat in den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 investiert und setzt sich in der europäischen Politik konsequent für die Interessen des russischen Regimes ein. […]
Die Theorie und Praxis, die den Widerstand gegen Diktaturen, Kapitalismus, imperialistische Kriege und die Zerstörung der Natur in einem einzigen großen Kampf vereint, ist der Anarchismus. Die Erreichung der wahren Freiheit von allen Formen der Unterdrückung wird unter dem schwarzen Banner der Anarchie stattfinden.
Nun könnte der russische Staat einen weiteren imperialistischen Krieg entfesseln. Wir möchten an die russischen Soldat*innen appellieren: Ihr werdet geschickt, um für die Interessen der gierigen und grausamen Herrscher und Reichen zu töten und zu sterben. Wenn ein Krieg ausbricht, desertiert mit euren Waffen, entwaffnet die Offiziere, schließt euch der revolutionären Bewegung an.«

## Interview: »Anarchist*innen und Krieg in der Ukraine«

Dieses Interview wurde von einem belarussischen Anarchisten, der derzeit im Ausland lebt, mit einem anarchistischen Aktivisten geführt, der an verschiedenen Kämpfen in der Ukraine beteiligt ist. Schon seit einigen Wochen sammeln sich russische Truppen an der ukrainischen Grenze, und es besteht die Möglichkeit einer Invasion. Wir haben uns mit einem Genossen in Verbindung gesetzt, der uns ein wenig mehr darüber erklären kann, was dort passiert und was zu erwarten ist.

**Heute haben wir einen Genossen und Freund, Ilya, einen anarchistischen Aktivisten, der sich derzeit in der Ukraine aufhält interviewt. Hallo, Ilja.**

Hallo, hallo.

**Vielen Dank, dass du dich zu diesem Interview bereit erklärt hast. Heute werden wir über eine Menge verschiedener Dinge sprechen. Ich glaube, für viele Menschen ist das, was in der Ukraine passiert, sehr verwirrend, und ich glaube es gibt viele Missverständnisse und viel**

**Propaganda von beiden Seiten. Doch bevor wir uns mit der aktuellen Möglichkeit einer Invasion befassen, möchte ich über die Lage der Ukraine in der postsowjetischen Zeit sprechen. Wo stand sie politisch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, und warum war es für die russischen Eliten so wichtig, ihren Einfluss zu behalten und die Kontrolle über die politischen Prozesse in der Ukraine auszuüben?**

Zunächst einmal vielen Dank, dass ich hier sein darf. Zur Lage der Ukraine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion würde ich sagen, dass sie recht turbulent war. Sie durchlief mehrere verschiedene Phasen. Unter Präsident [Leonid] Kutschma und während des größten Teils der 1990er Jahre war sie ein taumelnder Staat mit verschiedenen oligarchischen Gruppen, die um verschiedene Machtsphären konkurrierten. (Bis zu einem gewissen Grad ist das auch heute noch so.) Wichtig ist aber auch, dass die Politik des russischen Staates in dieser Zeit, in den 1990er Jahren, ganz anders war als heute. Unter der Präsidentschaft Jelzins wurde keine besonders imperialistische Politik betrieben, zumindest soweit ich das beurteilen kann. Natürlich gab es eine sehr enge Interaktion zwischen den beiden Regierungen, sowohl wirtschaftlich, als auch zwischen den jeweiligen staatlichen Behörden. Aber es war nicht so, dass man von der Ukraine erwartete, dass sie sich Russland unterordnet, auch wenn es schon während der Sowjetunion viele wirtschaftliche Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen Russland und der Ukraine gegeben hatte, die auch nach deren Zusammenbruch weiter bestanden.

Die Situation änderte sich, als Kutschma aus dem Präsidentenamt ausschied und ein Wettbewerb zwischen den [ukrainischen] Präsidenten [Viktor] Janukowitsch und [Viktor] Juschtschenko entstand. Viktor Juschtschenko vertrat eher eine westlich und national orientierte Perspektive. Dieser Konflikt erreichte seinen Höhepunkt während der ersten Majdan-Proteste[16] im Jahr 2004, würde ich sagen. Juschtschenko gewann, und deshalb war dieser westlichere Politikkurs und die Distanzierung von Russland eine Zeit lang die vorherrschende politische Strömung in der Ukraine. Als 2008 der Krieg in Georgien (um Südossetien) ausbrach, ergriff die Ukraine eindeutig Partei – nur politisch, nicht militärisch – und stellte sich auf die georgische Seite des Konflikts. Aber es ist wichtig zu verstehen, dass es in der Ukraine viele verschiedene kulturelle Gruppen,

16 Siehe Fußnote 15

Gruppen mit wirtschaftlichen und politischen Interessen und Gruppen mit unterschiedlichen ideologischen Tendenzen, gibt. Sie sind nicht alle gleichberechtigt nebeneinander. Es handelt sich um ein wirklich komplexes und vielschichtiges Mosaik, das viel Verwirrung stiftet und eine Vielzahl unterschiedlicher politischer Strömungen und Entwicklungen hervorbringt. Diese sind selbst innerhalb der Ukraine manchmal nicht einfach zu verfolgen und zu verstehen.

Obwohl Juschtschenko eine Zeit lang die Oberhand hatte, gab es einen Konflikt zwischen – zum Beispiel – eher westlich und eher anti-russisch orientierten Bevölkerungsgruppen auf der einen Seite und eher pro-russischen oder – ich würde sagen – Gruppen mit einer postsowjetischen oder sowjetischen Mentalität auf der anderen Seite. Und dieser Konflikt fand auch zwischen politischen Gruppen statt. Denjenigen, die einen westlicheren Kurs vertraten, und solchen, wie einigen Oligarchen- und Mafia-Clans, die einer Zusammenarbeit mit Russland und den russischen Behörden offener gegenüberstanden. Es ist wichtig zu verstehen, dass es in der Ukraine viel Korruption gibt; eine Menge zwielichtiger Politik findet ständig hinter verschlossenen Türen statt. Viel mehr als zum Beispiel in



Eine einfachere Zeit: Anarchist*innen in Kiew am 1. Mai 2013.

Europa – obwohl wir alle wissen, dass es auch in Europa so etwas gibt – stimmen die offiziellen Erklärungen der lokalen Behörden nicht unbedingt mit ihren tatsächlichen Aktivitäten überein.

Nach der Präsidentschaft von Juschtschenko kandidierte Janukowitsch erneut für das Präsidentenamt und gewann schließlich [2010] die Wahlen. Danach wurde die Situation sehr unklar, denn er verfolgte einen sehr verschlagenen Ansatz, jedenfalls würde ich das so sagen. Er versuchte ständig, so zu tun, als ob er sowohl mit dem Westen, als auch mit den russischen Behörden zu tun hätte. Dadurch hat er in der Bevölkerung viel Verwirrung gestiftet. Nachdem er zunächst einige Vereinbarungen mit der Europäischen Union getroffen hatte, versuchte er unerwartet, diese zu annullieren und sich offiziell in den russischen Einflussbereich zu begeben. Dies führte zu Unstimmigkeiten und Unruhen, die zu den [zweiten] Majdan-Protesten führten, die im Spätherbst 2013 begannen.

**Apropos Majdan-Proteste: Kannst du ein wenig zusammenfassen, was dort geschah – aber in einer wirklich kurzen Version, denn die Geschichte ist wirklich lang – mit den wichtigsten Punkten, die interessant sein könnten, wer daran beteiligt war, warum es provoziert wurde und was die Ergebnisse des Majdan waren?**

Ja, sicher. Es ist natürlich sehr schwer, ihn kurz zu beschreiben, aber ich werde mein Bestes versuchen. Am Anfang waren es vor allem Studierendenproteste. Diese entstanden nach den [bereits erwähnten] politischen Schritten Janukowitschs, die in der Bevölkerung und vor allem bei der Jugend sehr unpopulär waren. Viele Menschen befürworteten die Annäherung an die Europäische Union: die Möglichkeit, ohne Visum oder ähnlichem in die EU zu reisen. Als Janukowitsch von dieser zuvor erklärten Linie ab rückte, war dies der Auslöser für die großen Proteste von Jugendlichen, vor allem Studierende, im November 2013.

Aber nicht nur die Jugend war mit der Politik von Janukowitsch unzufrieden. Nachdem die Jugendlichen von der Bereitschaftspolizei schwer verprügelt worden waren, löste dies heftige Vergeltungsmaßnahmen aus breiteren Teilen der ukrainischen Gesellschaft aus. Von diesem Zeitpunkt an wurden die Proteste zu vielschichtigen, klassenübergreifenden Protesten, an denen sich verschiedene Gesellschaftsschichten beteiligten. Viele Menschen aus verschiedenen Regionen der Ukraine gingen in Kyjiw und auch in vielen anderen Städten im Osten und Westen des Landes

auf die Straße. Die Menschen gingen auf die Straße und begannen nach einiger Zeit auch, Verwaltungsgebäude zu besetzen. Die heftigsten Proteste fanden in Kyjiw und auch in mehreren westlichen Städten statt, die weiter von Russland entfernt liegen, ukrainischsprachig sind und als eher pro-westlich gelten.

Der Konflikt durchlief mehrere Phasen, in denen sich die Konfrontationen verschärften und dann eine vorübergehende Beruhigung eintrat. Doch im Februar [2014] erreichte er seinen Höhepunkt. Der endgültige Konflikt begann, als Demonstrant*innen versuchten, das Parlamentsgebäude in Kyjiw zu besetzen und auch zum Präsidialamt zu kommen, um den sofortigen Rücktritt von Präsident Janukowitsch wegen seiner Unterdrückung, Korruption und pro-russischen Politik zu fordern. Die Vergeltungsmaßnahmen der Bereitschaftspolizei und der Spezialeinheiten waren äußerst hart; etwa einhundert Menschen wurden getötet. Dann kam es zu einer offenen Konfrontation, man könnte sogar sagen, zu einer bewaffneten Konfrontation zwischen der Seite der Demonstrierenden und der Seite der Regierung. Das war der Moment, in dem sich einige fragwürdige Dinge zu entwickeln begannen. Janukowitsch verschwand Mitte Februar nach einigen Tagen einfach und tauchte dann in Russland auf.

Als er floh, war das der Moment des Zusammenbruchs des eher pro-russischen Regimes in der Ukraine. Das war der Wendepunkt, von dem aus sich die gegenwärtige Situation zu entwickeln begann.

**Das stimmt. Und er vergaß sein goldenes Baguette[17] als er ging, richtig?**

Ja, ja, genau – und eine Menge anderer Dinge! (lacht) Viele Menschen im Westen haben unter dem Einfluss der russischen Propaganda und der Desinformationskampagne angefangen, die Geschichte zu glauben, dass das, was 2014 in der Ukraine passiert ist, ein faschistischer Putsch war, der von der NATO unterstützt wurde. Einige Journalisten – auch Liberale, aber neben Liberalen gab es auch Anarchist*innen und Linke, die dieses Narrativ reproduzierten – behaupteten, dass es sich um einen

17 Berichten zufolge fanden Demonstrant*innen nach der Flucht Janukowitschs in seiner Residenz eine zwei Kilogramm schwere goldene Nachbildung eines Brotlaibs sowie vergoldete Toiletten. Der ukrainische Kapitalist Wladimir Lukjanenko hatte dem ehemaligen Präsidenten den Laib offenbar als Geburtstagsgeschenk überreicht.

NATO-Putsch handelte und dass danach eine faschistische Regierung eingesetzt wurde.

**Kannst du dieses Narrativ bewerten? War es so, oder gab es zu diesem Zeitpunkt noch etwas anderes?**

Ja, ich denke, ich kann mit gutem Gewissen darüber sprechen, weil ich selbst an den Ereignissen teilgenommen habe. Ich war in der heißen Phase des Konflikts im Februar für neun Tage in Kyjiw. Ich war also persönlich Zeuge einer echten Bewegung von unten, an der Hunderttausende von Menschen teilnahmen. Als ich später mit einigen westlichen Genoss*innen darüber sprach, hörte ich diese Spekulationen über das, was die NATO hinter den Kulissen tat, über einen Nazi-Putsch und solche Dinge. Andere meinten, OK, wenn Hunderttausende von Menschen auf der Straße waren, kann es sich nicht nur um einen inszenierten Putsch oder so etwas handeln.

Die extreme Rechte hat sich natürlich daran beteiligt. Sie haben sich aktiv beteiligt, haben wirksame politische Entwicklungen eingeleitet und waren sehr aggressiv, sehr dominant und bis zu einem gewissen Punkt erfolgreich. Aber sie waren natürlich immer noch eine Minderheit bei diesen Protesten. Und obwohl ihr ideologischer Einfluss durchaus vorhanden war, so waren sie doch nicht diejenigen, die die Proteste lenkten oder die Forderungen und das ideologische Gesicht dieser Veranstaltungen wirklich gestalteten.

Ich sah eine Menge sehr spontaner Selbstorganisation seitens der Bevölkerung. Ich sah eine Menge aufrichtiger Massenunruhe und großer Wut gegen das staatliche Establishment, das dieses Land wirklich arm und gedemütigt hat. Es war also im Großen und Ganzen ein echter Massenaufstand. Auch wenn natürlich alle politischen Mächte, die davon profitieren konnten, versuchten, ihn so stark wie möglich zu beeinflussen. Und sie waren teilweise erfolgreich.

Aber ich verstehe das vor allem als Frage an uns – an die Libertären, die Anarchist*innen, die radikale Linke, wenn du so willst –, warum waren wir nicht organisiert genug, um mit den Faschist*innen effektiv zu konkurrieren? Das ist keine Frage an die Majdan-Bewegung oder an die Menschen in der Ukraine, sondern an uns. Und noch einmal, um es zusammenzufassen: Der Majdan war in erster Linie ein Massenaufstand.

**Nach dem Majdan war Putin enttäuscht, es gab eine Menge politischer Spekulationen und politischer Kämpfe, und schließlich die [russische]**

**Besetzung oder Übernahme der Krim und dann die Entwicklung [hin zum von Russland unterstützten Separatistenkrieg] im Donbass. Kannst du kurz zusammenfassen, was zwischen 2014 und 2015 tatsächlich passiert ist? Wie groß war der Konflikt, der sich dort zusammenbraute, oder sind die Dinge, die dort geschehen, einfach aus dem Nichts aufgetaucht?**

Als das ukrainische Regime von Janukowitsch zu stürzen begann, war das der Moment der Wahrheit, der Punkt, an dem alle Stabilität und alle klaren Verhältnisse irgendwie zerbrochen waren. Dann begannen die russischen Behörden, sehr hart – und auch impulsiv – zu reagieren. Sie wollten Gegenmaßnahmen gegen die Majdan-Bewegung ergreifen, die die Tendenz hatte, die Ukraine dem russischen Staatseinfluss zu entziehen. Daraufhin besetzten sie die Halbinsel Krim. Sie haben sich auch weitgehend in der dortigen Bevölkerung verankert, denn die dortige Bevölkerung ist nicht so sehr – natürlich kann man das nicht verallgemeinern – aber viele Menschen dort identifizieren sich nicht mit der Ukraine. Das war die Grundlage dafür, dass Russland die Möglichkeit hatte, der Ukraine das Gebiet erfolgreich zu entreißen.

Sie [die russischen Behörden] haben auch die Ereignisse im Donbass stark beeinflusst, weil die neuen ukrainischen Behörden, die provisorische Regierung, einige sehr dumme Schritte gegen die russische Sprache unternommen haben. Dies gab den russischen Propagandist*innen die Möglichkeit, die Ereignisse auf dem Majdan als »anti-russisch« im nationalen Sinne darzustellen. Das stimmte zwar nicht im Großen und Ganzen, aber für die Menschen im Donbass – die mehrheitlich russischsprachig ist und psychologisch sehr nah an Russland liegt, soweit ich das einschätzen kann, auch wenn dort viele verschiedene Menschen leben – bot sich den russischen Behörden die Gelegenheit, ihren Einfluss dort auszuweiten und Kräfte dorthin zu schicken.[18] Sie sollten lokale abtrünnige Gruppen unterstützen, damit diese effektiv gegen die ukrainische Armee kämpfen oder zumindest überleben konnten. Die ukrainische Armee versuchte, die Integrität des ukrainischen Staates zu gewährleisten. Zu diesem Zeitpunkt ereigneten sich im Donbass einige dramatische militärische Ereignisse, bei denen ein Teil der Bevölkerung erklärte, dass sie nicht mehr Teil der Ukraine sein wolle.

18 Die russische Regierung dementierte die Entsendung von Truppen in die ukrainische Region Donbass.

Aber ohne die Unterstützung des russischen Staates wäre es nicht möglich gewesen, dass diese Bewegung in einem solchen Ausmaß wächst. Und wir müssen uns daran erinnern, dass Millionen von Flüchtlingen aus dem Donbass damals sowohl nach Russland, als auch in die Ukraine kamen.

Viele Menschen aus dem Donbass fühlen sich immer noch mit der Ukraine verbunden. Aber das ist keine Frage, die innerhalb dieser Staatslogik von zwei Nationalstaaten, oder besser gesagt, dem russischen imperialistischen Staat und dem ukrainischen Nationalstaat, wirklich gelöst werden kann. Es ist eine Frage, die wirklich eine konföderale Lösung braucht. Aber wie üblich haben beide Seiten diesen Konflikt zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt, und das war der Punkt, an dem die nationalistische Meinung zu wachsen begann – sowohl in Russland als auch in der Ukraine – würde ich sagen.

**Richtig. Es gab diese Minsker Vereinbarungen [im Jahr 2015], die so etwas wie eine Einigung zwischen Putin, Merkel und dem Westen/Osten darstellten. Aber nur um einen Eindruck vom Donbass zu vermitteln: Hat sich dort in den letzten Jahren etwas getan, oder stimmt es, dass es keine militärischen Aktionen und keine Gewalt gab?**

Natürlich ist es wichtig zu wissen, dass diese Minsker Vereinbarungen bis heute nicht wirklich umgesetzt wurden. Und obwohl die aktive Phase des Konflikts – in der die Frontlinie auf und ab ging und bedeutende Bewegungen der Armeen stattfanden – wirklich beendet ist, ist dies immer noch eine Zone ständiger Konflikte, ständiger kleinerer Zusammenstöße, mit Todesfällen jede Woche und manchmal sogar jeden Tag. Granatenbeschuss von beiden Seiten ist immer noch an der Tagesordnung. Dies ist eine Wunde, die nie verheilt ist. Das ist immer noch etwas, das ständig stattfindet, selbst bei geringer Intensität.

**Wie reagierte eigentlich die lokale anarchistische oder antifaschistische Bewegung auf diese Ereignisse? Soweit ich mich erinnere, schloss sich der »antifaschistische« Teil der antifaschistischen Bewegung dem Kampf gegen die Russen an und zog in den Krieg im Donbass… Aber was ist mit den Anarchist*innen und dem Rest der Antifaschist*innen, die nicht am Krieg beteiligt waren?**

An dieser Stelle muss ich zunächst einmal sagen, dass ich in den Zeiträumen, über die wir hier sprechen, noch nicht in der Ukraine gelebt habe,



Das Asow-Regiment.

also 2015, 2016, 2017 und so weiter. Aber auch heute noch kann ich das irgendwie einschätzen und natürlich hatte ich schon vorher meine Finger am Puls dieser Bewegung.

Ja, ein Teil der anarchistischen Bewegung hatte wirklich dieses »patriotische« Gefühl, oder, wenn du so willst, dieses »antiimperialistische« Gefühl, und sie nahmen diese defensive Seite ein – das heißt, einige Leute traten den freiwilligen Einheiten und auch der Armee, der regulären Armee, bei. Motiviert durch die Notwendigkeit, dem größeren Übel des imperialistischen Putin-Staates entgegenzutreten. Einige nahmen vielleicht eine gemäßigtere und internationalistischere Position ein und versuchten zu betonen, dass beide Seiten in keiner Weise gut sind, dass beide Seiten eine unterdrückerische und schlechte Politik vertreten – sowohl die russische als auch die ukrainische Seite. Aber im Moment denke ich, dass die absolute Mehrheit der lokalen anarchistischen Gemeinschaft jede russische Invasion ablehnt und all den Spekulationen der Putin-Seite keinen Glauben schenkt, dass es sich hier um eine »antifaschistische« Aktion handelt, die sich gegen die ukrainische rechtsextreme Politik richtet und so weiter. Auf keinen Fall. Es ist einfach ein imperialistischer Schachzug. Das ist allen Genoss*innen vor Ort klar.

**Dieses Jahr begann mit einem riesigen Shitstorm. Die Russ*innen sind mit ihren Partner*innen in Kasachstan eingefallen und haben geholfen, das Tokajew-Regime zu stabilisieren. Jetzt besteht die Möglichkeit eines Krieges in der Ukraine. Kannst du uns sagen, warum Putin diese wirklich aggressiven Schritte so schnell unternommen hat? Ich glaube, es sind schon einige Monate vergangen, seit die Armee an die ukrainische Grenze verlegt wurde, und die Kasachstan-Krise und so weiter. Was denkst du über die Gründe, warum dies geschieht?**

Ganz allgemein und insgesamt gesehen befindet sich das Putin-Regime in einer verzweifelten Lage. Einerseits ist es immer noch sehr mächtig, da es über viele Ressourcen verfügt und sein eigenes Territorium weitgehend kontrolliert. Aber gleichzeitig gleitet ihm die Macht wie Sand zwischen den Fingern weg. An verschiedenen Stellen gibt es deutliche Risse in diesem von Putin entworfenen System von Grenzstaaten, die Satelliten seines Regimes sein sollen, wie Kasachstan, Belarus, Kirgisistan und Armenien. In allen genannten Ländern gibt es sehr starke soziale Strömungen, große soziale Unruhen und Proteste. Geopolitisch gesehen besteht die ernste Gefahr, dass die Kontrolle über diese benachbarten Gebiete schwinden wird.

Auch intern hat sich die wirtschaftliche Lage in Russland seit 2014 verschlechtert, genauer gesagt seit den Ereignissen auf dem Majdan, der Übernahme der Krim und den umfangreichen Sanktionen der westlichen Mächte gegen Russland. Dies führte zu einem stetigen wirtschaftlichen Rückgang, und nun ist ein Großteil der Popularität, die Putin nach der Übernahme der Krim gewonnen hatte, bereits verloren. Hinzu kam die COVID-19-Pandemie, die nicht gerade zu seiner Popularität in der Bevölkerung beigetragen hat. Jetzt ist er sogar innerhalb Russlands nicht mehr sehr beliebt. Das ist also die Situation, wenn du Putin bist: Du bist immer noch sehr mächtig, aber gleichzeitig siehst du, wie sich Situationen abspielen, die nicht zu deinem Gunsten sind. Ich denke, dass all diese Aggressionen verzweifelte Versuche sind, seine Macht nicht schwinden zu lassen, seine autoritäre Herrschaft irgendwie aufrechtzuerhalten.

**Ich denke, dass der ganze Mist, den Putin in der Vergangenheit in all diesen anderen Ländern gemacht hat, normalerweise ein Versuch war, von den internen Problemen abzulenken, wie du bereits erwähnt hast. Wie populär ist der aktuelle Konflikt mit der Ukraine eigentlich in der**

**russischen Gesellschaft? Ist es eine patriotische Euphorie, so nach dem Motto »Ja, auf, auf zum Kampf«? Oder gibt es einen Widerstand, unterstützt das niemand? Was braut sich innerhalb der großen russischen Gemeinschaft zusammen?**

Für mich ist das etwas schwer einzuschätzen, weil ich seit fast drei Jahren nicht mehr in Russland war. Aber gleichzeitig kann ich sagen, dass die Menschen, mit denen ich in Kontakt gekommen bin, diese Kriegsperspektive sehr pessimistisch sehen. Natürlich repräsentieren die Menschen, mit denen ich in Kontakt bin, einen bestimmten ideologischen Rahmen. Normale Menschen, soweit ich das vermuten kann und soweit ich das an den Beispielen der normalen Menschen, die ich kenne, sehen kann […] Ich würde sagen, dass sie immer noch nicht sehr optimistisch sind, was die Aussichten auf einen großen Krieg mit irgendjemandem angeht, weil sie verstehen, dass dies zu Toten und zu einem weiteren wirtschaftlichen Abschwung führen wird. Selbst die Fernsehpropaganda, die in Russland von Jahr zu Jahr immer schrecklicher wird – es ist eine Art ständige Flut von Scheiße, die direkt in die Gehirne der Menschen eindringt – ist nicht in der Lage, die Menschen wirklich für einen Krieg zu begeistern.

Soweit ich sehe, gibt es in Russland keine patriotische Euphorie. Nach all den Pandemiewellen, nach all den Kämpfen um QR-Codes und Impfungen und auch nach einigen anderen unpopulären Schritten der Behörden, wie dem offensichtlichen Wahlbetrug, den wir in diesem Herbst in Russland erlebt haben, ist dies eine sehr schlechte Grundlage für die Menschen, um wirklich nationalistische patriotische Aufregung zu entwickeln.

Natürlich könnte ein Krieg anfangs zu einem gewissen Anstieg des Patriotismus führen, wie es fast immer der Fall ist. Aber ich glaube nicht, dass er stabil oder wirklich signifikant sein wird. Und wenn Russland auf entschlossenen Widerstand stößt, auf große Probleme in der Ukraine, dann wird dieser ganze Pro-Staatspatriotismus sehr bald abklingen und sich in sein Gegenteil verkehren.

**Auf der anderen Seite versucht die ukrainische Regierung, die Situation für sich zu nutzen, indem sie zum Beispiel sehr schnell mit den westlichen Verbündeten zusammenarbeitet, Waffen beschafft und so weiter. Aber kannst du die Reaktion innerhalb der ukrainischen Gesellschaft auf die Maßnahmen der ukrainischen Regierung zusam-**

**menfassen? Was versuchen sie neben all diesen Mobilisierungsbemühungen zu tun?**

Eigentlich ist die Situation für mich jetzt nicht sehr klar. Seit 2004, also vor dem Konflikt in der Ostukraine, kam [der Konflikt] sowohl dem Putin-Regime als auch den lokalen Behörden zugute, denn wenn man diese defensive nationalistisch-patriotische Stimmung hat, ist es wirklich einfacher, sich vor allen Fragen von unten, von der Basis, zu schützen. Fragen wie: Was ist in unserem Land los? Warum ist es so arm? Warum steckt es so tief in der Scheiße? Auf diese Fragen gab es eine klare, schnelle Antwort: Der äußere Feind ist an allem schuld.

Das war das Mittel, das von den lokalen Behörden häufig eingesetzt wurde, diese Haltung: »Wir werden Maßnahmen für alle internen Probleme ergreifen, wenn die externe Bedrohung verschwunden ist.« Diese Haltung ist in der Ukraine nicht sehr populär, aber es gibt sie, und sie wird in einigen Teilen der Gesellschaft lautstark vertreten. Es ist klar, dass die Zelenskij-Regierung auf vielfältige Weise mit ihren politischen Gegner*innen kämpft – sowohl mit dem ehemaligen Präsidenten Poroschenko, der nun strafrechtlich verfolgt wird, als auch mit eher pro-russischen Kräften wie Medwedtschuk, der nun ebenfalls strafrechtlich verfolgt wird und dessen Partei Repressionen ausgesetzt ist. Irgendwie ist auch die extreme Rechte unter Druck geraten, seit ihr geliebter Schirmherr, Innenminister Awakow, vor einigen Monaten zurückgetreten ist. Daraufhin wurden einige Mitglieder der Asow-Bewegung – des Nationalen Korps, der derzeit größten rechtsextremen Partei in der Ukraine – ebenfalls verhaftet.

Der ukrainische Staat hat sich also irgendwie konsolidiert. So viel ist sichtbar. Wie sich das auf die Innenpolitik im Zusammenhang mit dieser Bedrohung auswirkt, ist mir im Moment noch nicht ganz klar. Aber wir können einige wirklich alarmierende Tendenzen erkennen, die darauf abzielen, die Exekutivgewalt in den Händen des Präsidenten und seiner Mannschaft zu konzentrieren.

**Wie würdest du die Politik der derzeitigen Regierung beschreiben? Ich erinnere mich, dass Zelenskij ein Populist war, der sagte: Ja, wir werden die Korruption bekämpfen, wir werden alle glücklich machen und so weiter. Wie sieht seine Politik im Moment aus? Ich höre in der westlichen Hemisphäre auch, dass der Krieg nicht so wichtig ist, weil er im Grunde nur ein faschistisches Regime durch ein anderes faschis-**

**tisches Regime ersetzt. Wie sehr unterscheiden sich die Politik und die »liberalen Freiheiten« in der Ukraine von denen in Russland?**

Zunächst einmal ist das Zelenskij-Regime definitiv nicht faschistisch, zumindest nicht im Moment – und sei es nur, weil es noch nicht so viel Kontrolle hat. Das liegt daran, dass die Staatsmacht in der Ukraine nicht so gefestigt ist wie in Russland oder in Belarus. Aber dieses Regime ist natürlich immer noch keineswegs »gut«. Es sind immer noch korrupte Lügner*innen, die im Grunde genommen neoliberalen Schwachsinn machen. Ich würde sagen, das ist das Design des größten Teils ihrer Politik. Aber dennoch ist dieses Land zumindest in seiner sozialen Struktur viel weniger autoritär, auch wenn es in seiner wirtschaftlichen Struktur super beschissen ist. Das ist der Grund, warum so viele politische Dissident*innen aus Belarus, Russland und auch Kasachstan hier Unterschlupf finden. Weil es hier keine einheitliche Staatslinie gibt, gibt es nicht so viele Möglichkeiten für den Staat, die gesamte soziale Landschaft zu kontrollieren und zu gestalten – auch wenn der Staat, wie ich schon sagte, das jetzt verstärkt versucht.

Eine Übernahme der Ukraine durch die russischen Behörden oder eine eindeutig pro-russische Regierung wäre also eine Katastrophe, weil ein etwas freieres Gebiet – oder ich würde sagen, eher eine »Grauzone«, wie die Ukraine jetzt ist – unter die Kontrolle der autoritären und harten Diktatur Putins geraten würde. Um es klar zu sagen: Der ukrainische Staat ist immer noch ein beschissenes populistisches Regime, das seit der Machtübernahme durch Zelenskij keine positiven politischen Schritte unternommen hat, soweit ich das beurteilen kann. Der einzige konkrete Schritt, an den ich mich im Moment erinnern kann, war dieses Gesetz über landwirtschaftliche Flächen, die nun frei auf dem Markt gekauft und verkauft werden können, während es vorher einige Hindernisse gab. Wir glauben, dass dieses Gesetz bald zu einer Konzentration der landwirtschaftlichen Flächen in den Händen einiger großer Agrarkonzerne führen wird. Die gesamte neoliberale Politik wird also in die Tat umgesetzt.

Dennoch sehen wir viel Armut, sowohl in der Ukraine als auch in Russland. Natürlich ist die Ukraine ein ärmeres Land, weil sie nicht so viel Öl und Gas hat. Aber wenn Russland die Ukraine besetzt, glauben wir dann wirklich, dass die lokale Arbeiter*innenklasse und die armen Menschen von dem neuen Besatzungsregime wirtschaftlich profitieren werden? Nein, natürlich nicht. Es fällt mir wirklich schwer, daran zu glau-

ben. Denn die wirtschaftliche Lage Russlands wird immer schlechter, und sie haben einfach keine Ressourcen, die sie mit anderen Menschen teilen könnten. Um diese große Brücke vom russischen Festland zur Krim zu bauen, musste der Bau mehrerer Brücken in Sibirien und anderen Teilen Russlands eingestellt werden. Sie haben also keine Ressourcen, die sie mit den Menschen hier vor Ort teilen könnten, selbst wenn sie sie irgendwie freikaufen wollten. Und im Bereich Politik und Gesellschaft können wir vom Putin-Regime natürlich nichts Besseres erwarten. In Sachen Diktatur, in Sachen staatlicher Kontrolle und staatlicher Unterdrückung ist das Putin-Regime derzeit viel gefährlicher als das lokale Regime. Das lokale Regime ist nicht »besser«, es ist nur weniger mächtig.

**Viele der Dinge, die mit Russland geschehen, die Dinge, die sich Putin in den letzten fünfzehn oder so Jahren erlaubt hat, geschahen mit einer Art stillschweigendem OK der internationalen Gemeinschaft. Oder sie führen nur zu einer leeren Erklärung, die besagt, dass »wir die Verletzung der Menschenrechte verurteilen«, blah blah blah. Die Situation in Kasachstan zum Beispiel – der jüngste Fall – hat keinerlei politische oder soziale Gegenreaktion seitens anderer politischer Akteur*innen ausgelöst. Für mich ist die Frage interessant, wie die internationale Gemeinschaft auf die Möglichkeit einer Invasion in der Ukraine reagieren würde. Heißt es: OK, wir ziehen in den Krieg und machen Russland fertig? Oder ist es eher so, dass wir »besorgt« sein werden, wenn Russland die Ukraine übernimmt, blah blah blah?**

Nun, ich bin mir nicht sicher, ob mein Bild von hier aus wirklich korrekt ist, aber natürlich hören und sehen wir jeden Tag in den Nachrichten, dass zum Beispiel der amerikanische [d.h. US-] Präsident und die amerikanische Regierung Russland im Falle einer militärischen Aggression mit massiven Wirtschaftssanktionen drohen. Außerdem haben wir vor kurzem erfahren, dass die Ukraine auch militärische Unterstützung erhalten hat – zwar nicht in Form von militärischem Personal, aber in Form von Waffen. Ich denke also, dass es eine gewisse Reaktion der so genannten internationalen Gemeinschaft gibt. Aber von hier aus sieht es immer so aus, als würde der Westen ständig Versprechungen machen, aber nie wirklich die entscheidenden Schritte unternehmen, die Putins Aggression tatsächlich verhindern könnten. Die Menschen in der Ukraine, und ich glaube, auch diejenigen, die eine gewisse Sympathie für die westlichen

Länder hatten, fühlen sich mehr und mehr von den Mächten, an die sie einst glaubten, im Stich gelassen.

**Apropos Anarchist*innen in der Ukraine – ich weiß, dass die anarchistische Bewegung in der Ukraine nicht die stärkste in der Region ist und dass sie unter den jüngsten Konflikten im Donbass usw. gelitten hat. Wie ist die aktuelle Reaktion auf die Möglichkeit einer russischen Invasion? Worüber sprechen die Anarchist*innen? Worüber denken Anarchist*innen nach oder mobilisieren sie für den Fall, dass die russischen Streitkräfte einmarschieren?**

Nun, ich würde sagen, dass es innerhalb der anarchistischen Gemeinschaft hier zwei verschiedene Arten gibt. Natürlich diskutieren wir viel darüber, fast jeden Tag und bei jedem Treffen, und einige Leute sind wirklich daran interessiert, sich am Widerstand zu beteiligen. Manche in militärischer Hinsicht, manche auch in Bezug auf zivile Freiwilligenarbeit, manche in Bezug auf Logistik und so weiter. Andere denken natürlich eher daran, zu fliehen und irgendwo unterzutauchen. Ich bin eher mit der ersten Idee einverstanden (und das ist meine persönliche, aber auch politische Position). Wenn man flieht, ist man aus jedem politischen und sozialen Protest heraus. Wir als Revolutionär*innen müssen einen aktiven Standpunkt einnehmen, nicht nur passiv zuschauen oder fliehen. Wir müssen in diese Ereignisse eingreifen. Das ist ganz sicher. Die größte Herausforderung und die wichtigste Frage ist: Auf welche Weise sollten wir eingreifen? Denn wenn wir, wie in den Jahren 2014-15 geschehen, nur einzeln hingehen und uns einigen ukrainischen Truppen anschließen, um der Aggression entgegenzutreten, ist das eigentlich keine politische Aktivität. Es ist lediglich ein Akt der Selbstanpassung an die staatliche Politik, an die Politik des Nationalstaates. Zum Glück ist das nicht nur meine Meinung. Viele Leute denken hier darüber nach, eine organisierte Struktur zu schaffen […] die in gewisser Weise mit den staatlichen Strukturen der Selbstverteidigung zusammenarbeiten kann, aber dennoch autonom und unter unserem Einfluss sein wird und sich aus Genoss*innen zusammensetzt. Es wird sich also um eine organisierte Beteiligung mit unserer eigenen Agenda und unserer eigenen politischen Botschaft handeln, zu unserem eigenen organisatorischen Nutzen. Wir ergreifen nicht einfach Partei für irgendeinen staatlichen Akteur in diesem Konflikt.

**Richtig, aber einige Leute würden mit Sicherheit sagen: »Hey, ihr seid Anarchist*innen gegen den Staat, und jetzt schützt ihr den Staat.« Ich bin mir ziemlich sicher, dass es Leute gibt, die meinen, Anarchist*innen sollten sich ganz aus diesen Konflikten heraushalten. Was würdest du ihnen antworten?**

Zunächst einmal würde ich ihnen antworten – danke, das ist eine wertvolle Kritik. Wir müssen wirklich abwägen, wie wir intervenieren, um nicht nur ein Werkzeug in den Händen eines Staates zu werden. Aber wenn wir eine kluge Politik betreiben – wenn wir die Kunst der Politik anwenden, würde ich sagen –, dann haben wir eine Chance. Wenn wir uns von den staatlichen Konflikten fernhalten, dann halten wir uns auch von der eigentlichen Politik fern, wie ich bereits sagte. Das ist jetzt einer der wichtigsten gesellschaftlichen Konflikte, die in unserer Region ausgetragen werden. Wenn wir uns davon abkapseln, kapseln wir uns von dem eigentlichen gesellschaftlichen Prozess ab. Wir müssen uns also irgendwie beteiligen. Natürlich steht es außer Frage, dass wir dem imperialen Putinismus entgegentreten müssen. Wenn wir in dieser Hinsicht irgendeine Art von Zusammenarbeit brauchen, dann brauchen wir sie. Natürlich müssen wir sehr sorgfältig, sehr vorsichtig abwägen, wie wir uns nicht von einigen sehr reaktionären und negativen Mächten abhängig machen. Das ist wirklich eine Frage und eine Herausforderung, aber das ist der schwierige Weg, den wir beschreiten können. Vor diesen Herausforderungen zu fliehen, kommt einer Kapitulation gleich, wenn es darum geht, die Anarchie zu fördern und die soziale Befreiung und Revolution in unserer Region zu unterstützen. Und das ist für mich und für viele andere Genoss*innen keine akzeptable Position.

**Ich denke, dass es für mich auch wichtig ist, hier darauf hinzuweisen, dass die Ukraine alles in allem so etwas wie eine letzte Bastion unter den ehemaligen Sowjetländern ist. Gegenwärtig nimmt die Ausdehnung von Putins Imperium immer aggressivere Züge an – wieder die Kasachstan-Geschichte, die Belarus-Geschichte, die volle Unterstützung des Lukaschenko-Regimes unter bestimmten Bedingungen der Wiedereingliederung von Belarus in Russland – all diese Schritte zielen darauf ab, die gesamte Region wieder unter Putins Autoritarismus zu bringen. Für uns als Anarchist*innen ist es extrem wichtig, darauf eine Antwort zu geben und nicht nur auf unseren Thronen zu sitzen**

**und zu sagen: »Oh, das ist so toll, wir sind Anarchist*innen; wir sind gegen den Staat, und all diese einfache, dumme Politik des Staates berührt uns nicht.«**

Das ist natürlich richtig. Aber gleichzeitig möchte ich betonen, dass wir uns auch nicht auf die Seite der lokalen nationalistischen Kreise und lokalen Nationalstaaten stellen sollten. Denn das sind keineswegs progressive politische Einheiten oder progressive politische Stimmen. Sie produzieren auch wirklich eine Menge Unterdrückung und Ausbeutung, und dem müssen wir auch wirklich entgegentreten, sowohl lautstark, als auch durch unsere Aktivitäten.

**Ganz genau. Dem kann ich nur zustimmen. Wie können [Leser*innen], die nicht in der Region sind, euch unterstützen? Oder wie kann man mehr Informationen über die Situation bekommen?**

Nun, zunächst einmal könnte die Unterstützung in Form von Informationen erfolgen; wenn man aufmerksam verfolgt, was hier vor sich geht, und Informationen verbreitet, das Wort verbreitet, wäre das schon eine wirklich große Sache. Ich denke auch, wenn du die Möglichkeit hast, mit lokalen anarchistischen Genoss*innen in Kontakt zu kommen, ist es möglich, eine Art von Unterstützung anzufordern: vielleicht Solidaritätsaktionen, vielleicht die Vorbereitung einiger Bedingungen für Menschen, die fliehen müssen, um zum Beispiel aus der Region zu entkommen. Auch eine finanzielle Unterstützung könnte irgendwann erforderlich sein. Wenn wir in diesem Konflikt eine gewisse organisatorische Präsenz zeigen wollen, werden viele materielle Dinge und finanzielle Mittel benötigt. Leider kann ich im Moment keine einheitliche Website oder einen Telegram-Kanal oder etwas Ähnliches empfehlen, dem man folgen könnte, um alles zu erfahren.[19] Es gibt immer noch eine Vielzahl verschiedener kleinerer Medienprojekte und kleinerer Gruppen, keine wirklich große einheitliche Vereinigung oder einheitliche Organisation. Aber wenn man sich ein bisschen Mühe gibt, kommt man leicht in Kontakt mit dieser oder jener Fraktion der lokalen anarchistischen Bewe-

19 Anm. d. Ü: Stand 02.03.2022 – es gibt inzwischen eine Website, die wir an dieser Stelle empfehlen: operation-solidarity.org

gung, so dass man die Situation im Auge behalten kann und bereit ist, irgendwie zu reagieren. Das wird schon sehr geschätzt werden.

**Super. Vielen Dank für das Gespräch. Pass auf dich auf, und hoffentlich kommt es nicht zum Krieg und die Russ*innen verpissen sich, und es gibt andere Dinge, um die man sich im Kampf kümmern kann, als den Widerstand gegen die russische Invasion zu organisieren.**

Ja, hoffentlich.

## Ein Blick aus Kyiv

Die Ukraine befindet sich nun schon seit acht Jahren im Krieg mit Russland und seinen Stellvertretern. Die Zahl der Todesopfer hat bereits 14.000 überschritten. Doch während sich russische Truppen entlang unserer nördlichen und östlichen Grenzen sammeln, ist es das erste Mal in der Geschichte dieses Krieges – oder sogar in der gesamten Geschichte der Ukraine, soweit ich sie bereits miterlebt habe –, dass ich regelmäßig Nachrichten von meinen ausländischen Freund*innen erhalte, von denen ich zum Teil seit Jahren nichts mehr gehört habe, die alle wissen wollen, ob ich in Sicherheit bin und ob die Bedrohung so groß ist, wie man ihnen gesagt hat. Diese Freund*innen haben unterschiedliche politische Ansichten, Alter, Berufe, Lebenserfahrungen und Hintergründe. Das Einzige, was sie gemeinsam haben, ist, dass sie alle aus den Vereinigten Staaten kommen.

Der Rest meiner Gefährt*innen auf der ganzen Welt scheint darüber weniger besorgt zu sein. Letzte Woche hatte ich einen Freund aus Griechenland und einen anderen aus Deutschland zu Gast, die beide überrascht zu sein schienen, als sie erfuhren, dass sie in einem Land gelandet waren, das jeden Moment zum Epizentrum des Dritten Weltkriegs werden soll (was wahrscheinlich der Grund dafür ist, dass ihre Flugtickets nur acht Euro kosteten). Ich wäre auch überrascht gewesen, wenn ich nicht zufällig selbst US-Fernsehen sehen würde. In den letzten Wochen ist mir aufgefallen, dass in allen möglichen Talkshows, die ich online sehe, immer wieder auf die Situation in der Ukraine hingewiesen wird. Es kommt mir fast so vor, als ob in den Vereinigten Staaten jetzt mehr über die Ukraine gesprochen wird als während des Korruptionsskandals von Joe Bidens Sohn.

Was man als Ukrainer*in von diesem plötzlichen Anstieg des Interesses an unserem endlosen Kampf gegen unseren missbräuchlichen imperialistischen Nachbarn hält, hängt von der eigenen politischen Einstellung ab. Als wir 1994 im Rahmen des Budapester Memorandums zustimmten, unsere Atomwaffen aufzugeben, versprachen Russland, das Vereinigte Königreich und die USA, die Unabhängigkeit, die Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren und zu schützen und von jeglicher Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine abzusehen. Als sich all diese Versprechen nur zwanzig Jahre später als völlig wertlos erwiesen, konnten viele Menschen hier nicht anders, als sich betrogen zu fühlen. Viele dieser Menschen haben nun das Gefühl, dass es für die USA an der Zeit ist, ihre Versprechen einzulösen. Ohne diesen Kontext wäre es äußerst schwierig zu verstehen, warum einige Menschen in der Ukraine applaudieren, wenn ein Offshore-Imperium, das die Ukraine als »Russlands Hinterhof« bezeichnet, Kriegsflugzeuge voller Soldaten über dieses souveräne Land fliegt.

Es gibt jedoch auch Menschen in der Ukraine, die wie ich ihr Misstrauen nicht auf das Imperium beschränken, mit dem wir unglücklicherweise eine gemeinsame Grenze haben, sondern dieses wohlverdiente Misstrauen auf den Rest des Landes ausdehnen. Selbst für diejenigen, die wirklich glauben, dass der Feind ihres Feindes ihr Freund ist, stellt sich die Frage, wie viele dieser Freund*innen, die die USA in der ganzen Welt gewonnen haben – Vietnames*innen, Afghan*innen, Kurd*innen und andere – es nicht bereut haben, einen solchen Verbündeten zu haben.

Diese recht niedrige Messlatte des kritischen Denkens ist in der Ukraine leider nicht annähernd so verbreitet wie kurzsichtiger Patriotismus, Nationalismus und Militarismus, die hier mit zunehmender Kriegshysterie an Fahrt gewinnen. In der Ukraine wird nicht viel darüber diskutiert, warum die USA und das Vereinigte Königreich jetzt endlich auf uns aufmerksam werden, nachdem wir acht schmerzhafte Jahre lang Menschenleben und Territorien verloren haben – einschließlich meiner Heimatstadt Luhansk. Und diese fehlende Neugier auf die Motive der Imperien wirkt in beide Richtungen: So wie es den meisten von uns egal sein könnte, was Bidens Regierung von diesem Machtspiel hat, beschränkt sich unser Verständnis dafür, warum Putin jetzt versuchen würde, weiter einzumarschieren, auf »Dieser blutrünstige Irre ist einfach verrückt«. Kaum jemand zieht die Möglichkeit in Betracht, dass mehr dahinter stecken könnte.

Noch weniger stellen die Behauptung in Frage, dass Russland seine Präsenz an der ukrainischen Grenze tatsächlich in einer Weise verstärkt hat, die unsere derzeitige Situation bedrohlicher macht als noch vor einem Jahr. Ich sage nicht, dass die Bedrohung durch die Invasion der sehr realen russischen Truppen, die sich an unseren Grenzen sammeln, unbedeutend ist. Aber ich bezweifle, dass das Engagement der USA wirklich auf eine Deeskalation des Konflikts zum Wohle der ukrainischen Bevölkerung abzielt.

Da ich hier vor Ort bin, kann ich mich leider nicht auf besondere Fachkenntnisse stützen. Als ich Anfang 2014 alles sah, was im Land geschah, weigerte ich mich zu glauben, dass die Ukraine kurz vor einem Krieg stand, bis es dann doch geschah. Im Nachhinein scheint es unvermeidlich gewesen zu sein. Heute weiß niemand von uns wirklich, ob es zum Krieg kommen wird, und wenn ja, wann er eskalieren wird.

Einige Menschen sind bereits aus dem Land geflohen. Die meisten Menschen können sich nicht einmal eine kurze Reise ins Ausland leisten und sind daher gezwungen, ruhig zu bleiben und weiterzumachen. Abgesehen von Korruption und Krieg mag der Grund, warum die meisten Menschen in der Ukraine so verzweifelt arm sind, auch damit zusammenhängen, dass die Ukraine 2015 den Kommunismus verboten hat und derzeit das einzige Land in Europa ist, in dem das Parlament ausschließlich aus rechtsgerichteten Parteien unterschiedlicher Couleur besteht.

Wenn sich Ereignisse wie diese fast 6000 Meilen von einem entfernt abspielen, ist es nur natürlich, dass ein*e Anti-Autoritäre*r aus dem Ausland versucht, sicherzustellen, dass sie*er nicht für die Bösen Partei ergreift. Nicht jede*r, die*der für sich selbst eintritt, ist ein*e Zapatist*in, ein*e Kurd*in oder ein*e Katalan*in. Ein breites Spektrum verschiedener Gruppen auf der ganzen Welt widersetzt sich imperialistischer Aggression. Auf diesem Spektrum sind viele derjenigen, die behaupten, die Ukraine zu schützen, eher mit Gruppen wie der Hisbollah und der Hamas vergleichbar. Viele von ihnen sind rassistisch, konservativ, sexistisch, homophob, antisemitisch, rassistisch, pro-kapitalistisch oder sogar offen faschistisch? Ja. Aber kämpfen sie einen ungleichen Kampf gegen einen extrem mächtigen und gewalttätigen Nachbarstaat, in dem sie die einzige Hoffnung auf irgendeinen wirkungsvollen Widerstand zu sein scheinen? Ebenfalls ja. Und das sind nicht die schwierigsten Fragen.

Wenn ein autokratisches Imperium versucht, einen anderen Staat zu zerstören, der zum Teil von Faschist*innen verteidigt wird, lehnen wir

uns dann zurück und freuen uns, dass es nun ein paar Faschist*innen weniger auf der Welt gibt? Was ist, wenn unter den Toten auch Tausende von unschuldigen Menschen sind, die versuchen, sich zu verteidigen, oder einfach zur falschen Zeit am falschen Ort sind? Greifen wir ein, weil wir wissen, dass diese Spaltungen zwischen den Menschen nur denen zugute kommen, die bereits mächtig sind, niemals aber den Menschen, die gespalten werden?

Dies wirft eine weitere Frage auf: Was bedeutet »Einschreiten«? Gibt es eine Möglichkeit, hier »einzugreifen«, die sowohl substanziell als auch ohne negative Folgen ist? Keine der beiden Strategien, die die Vereinigten Staaten bisher angewandt haben, hat viel Erfolg gezeigt. Russland zu verärgern, macht die Dinge für alle nur noch schlimmer, während viele Menschen hier der Meinung sind, dass die Alternative – »tiefe Besorgnis« zu äußern, ohne sich Putin in den Weg zu stellen – dazu geführt hat, dass der Krieg im Jahr 2014 überhaupt erst begonnen hat. Deshalb bezweifle ich, dass eine Lösung für das Problem des imperialen Appetits, die nicht die gleichzeitige Abschaffung beider Imperien beinhaltet, mehr als ein Pflaster für ein Problem dieser Größenordnung sein kann. Die Wahrheit ist, dass die Ukraine nicht das erste Opfer des Machthungers ist, und sie wird auch nicht das letzte sein. Solange wir diese Monster am Leben erhalten, wird es keine Rolle spielen, ob sie Freunde oder Feinde sind, gezähmt oder tollwütig, angekettet oder frei. Sie werden immer hungrig sein.

Ich hoffe jedoch, dass die Menschen in den USA und im Rest der Welt noch viel mehr tun können. Ich hoffe, dass wir uns alle organisieren und Gemeinschaften bilden können, die über die oberflächlichen Trennungen hinausgehen, die uns von den schädlichen Ideologien des Kapitalismus, des Konservatismus und des Individualismus auferlegt werden, und dass wir uns daran erinnern, dass wir nur dann wirklich schwach und hilflos sind, wenn wir voneinander getrennt, ausgegrenzt, unachtsam sind oder uns gegenseitig an die Gurgel gehen. Mit Bildung und Solidarität können wir versuchen, eine Welt zu schaffen, in der ein sinnloser Konflikt wie dieser noch weniger Sinn machen würde. Bis dahin können wir unser Bestes tun, um die Menschen auf der ganzen Welt zu unterstützen, die diesen grausamen Kriegen zum Opfer fallen.

Was bedeutet das konkret, jetzt, hier in der Ukraine? Und bedeutet die Tatsache, dass viele Menschen, die für die Ukraine kämpfen, tatsächlich Faschist*innen sind, dass all die Menschen, die sich hinter ihrem Rücken verstecken – mich eingeschlossen –, auch für ihre Politik verantwortlich

sind? Hier kommen wir zu den schwierigeren Fragen. Aber niemand geht hier auf diese Fragen ein. Die Menschen in der Ukraine sind alle damit beschäftigt, Erste-Hilfe-Kurse und Kurse im Umgang mit Waffen zu besuchen oder zu lernen, wo die städtischen Notunterkünfte sind – oder sie kämpfen einfach nur darum, über die Runden zu kommen. Hier herrscht keine totale Panik, nur dumpfe Müdigkeit. Die Bedrohung durch den großen Krieg ist nach wie vor sehr real; sollte es dazu kommen, ist es unwahrscheinlich, dass er zu etwas anderem führt als zu einer noch schwächeren, schlimmeren und kleineren Ukraine als der, die wir bereits haben. Und ich kann wirklich nicht einmal die aktuelle Version empfehlen.

Abgesehen davon muss ich auch zugeben, dass ich mein Leben nicht riskieren werde, um für dieses Land gegen die russische Armee zu kämpfen. Ich werde wahrscheinlich mein Bestes tun, um zu fliehen, wenn Kyjiw noch unbewohnbarer wird als es ohnehin schon ist. Dies ist zugegebenermaßen die Absicht eines Menschen mit einigen Privilegien. Die meisten Menschen hier können absolut nirgendwo hin.

# Krieg in der Ukraine
# Zehn Lehren aus Syrien

Im März 2011 brachen in Syrien Proteste gegen den Diktator Bashar al-Assad aus. Assad ging mit der ganzen Macht des Militärs gegen die daraufhin entstandene revolutionäre Bewegung vor – doch eine Zeit lang schien es möglich, dass diese seine Regierung stürzen könnte. Dann griff Wladimir Putin ein und ermöglichte es Assad, zu einem enormen Preis an Menschenleben an der Macht zu bleiben, und sicherte der russischen Macht in der Region ein Standbein. Im folgenden Text reflektieren ein Kollektiv im Exil lebender Syrer*innen und ihre Gefährt*innen darüber, wie ihre Erfahrungen mit der syrischen Revolution in die Arbeit zur Unterstützung des Widerstands gegen die Invasion in der Ukraine und die Antikriegsbewegung in Russland mit einbezogen werden können.

In den letzten Monaten wurde so viel Aufmerksamkeit auf die Ukraine und Russland gerichtet, dass mensch leicht den globalen Kontext dieser Ereignisse aus den Augen verliert. Der folgende Text bietet eine wertvolle Reflexion über Imperialismus, internationale Solidarität und das Verständnis der Nuancen komplexer und widersprüchlicher Kämpfe.

## Zehn Lehren aus Syrien

Wir wissen, dass es schwierig sein kann, sich in einer Zeit wie dieser zu positionieren. Zwischen der ideologischen Einmütigkeit der Mainstream-Medien und den Stimmen, die skrupellos Kreml-Propaganda verbreiten, kann es schwer sein, zu wissen, wem mensch zuhören soll. Bei der Wahl zwischen der NATO mit ihren schmutzigen Händen und einem schurkischen russischen Regime wissen wir nicht mehr, wen wir bekämpfen und wen wir unterstützen sollen. Als Teilnehmer*innen und Freund*innen der syrischen Revolution wollen wir für eine dritte Option eintreten und einen Standpunkt vertreten, der auf den Lehren aus mehr als zehn Jahren Aufstand und Krieg in Syrien beruht.

Lasst uns von Anfang an klarstellen: Wir verteidigen auch heute noch die Revolte in Syrien in all ihren Facetten als breiten, demokratischen und emanzipatorischen Aufstand – insbesondere die Koordinationskomitees und die lokalen Räte der Revolution. Während viele all dies vergessen

haben, bleiben wir dabei, dass weder die Gräueltaten und die Propaganda von Bashar al-Assad noch die der DschihadistInnen diese Stimme zum Schweigen bringen können.

Im Nachfolgenden wollen wir die Geschehnisse in Syrien und der Ukraine nicht miteinander vergleichen. Auch wenn diese beiden Kriege mit einer Revolution begannen und einer der Angreifer derselbe ist, sind die Situationen doch sehr unterschiedlich. Vielmehr hoffen wir, auf der Grundlage dessen, was wir von der Revolution in Syrien und dem darauf folgenden Krieg gelernt haben, einige Ansatzpunkte zu bieten, um denjenigen, die aufrichtig für emanzipatorische Prinzipien eintreten, dabei zu helfen, herauszufinden, wie sie Stellung beziehen können.

1. **Hört euch die Stimmen von Menschen an, die unmittelbar von den Ereignissen betroffen sind.**
   Anstelle Expert*innen für Geopolitik sollten wir auf die Stimmen von Menschen hören, die die Revolution von 2014 und den Krieg erlebt haben; wir sollten auf diejenigen hören, die zwanzig Jahre lang unter Putins Herrschaft in Russland und anderswo gelitten haben. Wir laden euch ein, die Stimmen von Menschen und Organisationen zu bevorzugen, die die Prinzipien der direkten Demokratie, des Feminismus und des Egalitarismus in diesem Kontext verteidigen. Das Verständnis ihrer Position in der Ukraine und ihrer Forderungen an die Menschen außerhalb der Ukraine wird euch helfen, euch selbst eine fundierte Meinung zu bilden.
   Ein solcher Ansatz für Syrien hätte die beeindruckenden und vielversprechenden Experimente der Selbstorganisation, die im ganzen Land blühten, aufgewertet – und vielleicht unterstützt.
   Darüber hinaus erinnern uns die Stimmen aus der Ukraine daran, dass all diese Spannungen mit dem Majdan-Aufstand begannen. Wie unvollkommen oder »unrein« er auch sein mag:
   Lasst uns nicht den Fehler machen, den ukrainischen Aufstand auf einen Interessenkonflikt zwischen Großmächten zu reduzieren, wie es einige absichtlich getan haben, um die syrische Revolution zu verschleiern.

2. **Vorsicht vor verkürzter Geopolitik.**
   Sicherlich ist es wünschenswert, die wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Interessen der Großmächte zu verste-

hen, doch wenn mensch sich mit einer abstrakten geopolitischen Betrachtungsweise der Situation begnügt, kann dies zu einem abstrakten, unverbundenen Verständnis des Terrains führen. Diese Art des Verständnisses neigt dazu, die gewöhnlichen Protagonist*innen des Konflikts auszublenden, diejenigen, die uns ähnlich sind, mit denen wir uns identifizieren können. Vor allem dürfen wir nicht vergessen, dass die Menschen unter den Entscheidungen von den Herrschenden leiden werden, die die Welt als ein Schachbrett, als ein Reservoir von Ressourcen die es zu plündern gilt, betrachten. Das ist die Art und Weise, wie die Unterdrücker*innen die Welt sehen.

Die Menschen sollte sich diese Sichtweise niemals zu eigen machen, sondern sich darauf konzentrieren, Brücken zwischen den Menschen zu bauen und gemeinsame Interessen zu finden.

Das bedeutet nicht, dass wir die Strategie vernachlässigen sollten, aber es bedeutet, dass wir eine Strategie zu unseren eigenen Bedingungen entwickeln müssen, in einer Größenordnung, in der wir selbst aktiv werden können – und nicht, um darüber zu debattieren, ob wir Panzer Divisionen verlagern oder Gasimporte reduzieren sollen. Mehr dazu in unseren konkreten Vorschlägen am Ende des Beitrags.

**3. Akzeptiert keine Unterscheidung zwischen »guten« und »schlechten« Geflüchteten.**

Um es klar zu sagen: Auch wenn die Aufnahme syrischer Geflüchteter in Europa alles andere als ideal war, so war sie doch oft freundlicher als die Aufnahme von Geflüchteten zum Beispiel aus Afrika, die unterhalb der Sahara leben. Bilder von Schwarzen Geflüchteten, die an der ukrainisch-polnischen Grenze abgewiesen wurden, und Kommentare in den Mainstreammedien, die die Ankunft »hochwertiger« ukrainischer Geflüchteten gegenüber syrischen Barbar*innen bevorzugen, zeugen von einem zunehmend ungehemmten europäischen Rassismus. Wir verteidigen ein bedingungsloses Willkommen für Ukrainer*innen, die vor den Schrecken des Krieges fliehen, aber wir lehnen jede Hierarchie zwischen Geflüchteten ab.

**4. Seid auf der Hut vor den Mainstreammedien.**
Auch wenn sie, wie in Syrien, vorgeben, eine humanistische und fortschrittliche Agenda zu vertreten, beschränken sich die meisten dieser Medien auf eine viktimisierende und entpolitisierende Darstellung der Ukrainer*innen vor Ort und im Exil. Sie haben nur die Möglichkeit, über Einzelfälle, Menschen auf der Flucht, die Angst vor Bomben usw. zu erzählen. Dies hindert die Zuschauer*innen daran, die Ukrainer*innen als vollwertige politische Akteur*innen zu begreifen, die in der Lage sind, Meinungen oder politische Analysen zur Situation in ihrem Land zu äußern. Darüber hinaus neigen solche Sender dazu, eine grob pro-westliche Position zu vertreten, ohne Nuancen, historische Tiefe oder eine Untersuchung der Interessen westlicher Regierungen, die als Verteidiger*innen des Guten, der Freiheit und einer idealisierten liberalen Demokratie dargestellt werden.

**5. Stellt die westlichen Länder nicht als die Achse des Guten dar.**
Auch wenn sie nicht direkt in die Ukraine einmarschieren, sollten wir nicht naiv gegenüber der NATO und den westlichen Staaten sein. Wir müssen uns weigern, sie als die Verteidiger*innen der »freien Welt« darzustellen. Vergesst nicht, dass der Westen seine Macht auf Kolonialismus, Imperialismus, Unterdrückung und der Ausplünderung des Reichtums von Hunderten von Nationen auf der ganzen Welt aufgebaut hat – und all diese Prozesse werden auch heute fortgesetzt. Allein im 21. Jahrhundert sprechen wir da zum Beispiel von den verheerenden Folgen der Invasionen im Irak und in Afghanistan. In jüngerer Zeit, während der arabischen Revolutionen von 2011, ging es dem Westen, anstatt die demokratischen und fortschrittlichen Strömungen zu unterstützen, hauptsächlich um die Aufrechterhaltung seiner Vorherrschaft und seiner wirtschaftlichen Interessen. Gleichzeitig werden weiterhin Waffen an arabische Diktaturen und Golfmonarchien verkauft und privilegierte Beziehungen zu ihnen unterhalten. Mit seiner Intervention in Libyen fügte Frankreich eine schändliche Lüge hinzu und bezeichnete einen Krieg aus wirtschaftlichen Gründen als Unterstützung des Kampfes für die Demokratie.
Zusätzlich zu dieser internationalen Rolle verschlechtert sich die Situation auch innerhalb dieser Staaten weiter, da Autoritarismus,

Überwachung, Ungleichheit und vor allem Rassismus weiter zunehmen.
Wenn wir heute glauben, dass Putins Regime eine größere Bedrohung für die Selbstbestimmung der Bevölkerungen darstellt, dann nicht, weil die westlichen Länder plötzlich »nett« geworden sind, sondern weil die westlichen Mächte nicht mehr so viele Mittel wie früher haben, um ihre Herrschaft und Hegemonie aufrechtzuerhalten. Und wir bleiben misstrauisch gegenüber dieser Hypothese – denn wenn Putin von den westlichen Ländern besiegt wird, trägt dies dazu bei, ihnen mehr Macht zu geben.
Deshalb raten wir den Ukrainer*innen, sich nicht auf die »internationale Gemeinschaft« oder die Vereinten Nationen zu verlassen, die – wie in Syrien – durch ihre Heuchelei aufgefallen sind und die Menschen dazu verleiten, an Schimären zu glauben.

**6. Bekämpft alle Imperialismen!**

»Lagerdenken« ist das Wort, das wir verwenden, um eine Doktrin aus einer anderen Zeit zu beschreiben. Während des Kalten Krieges vertraten die Anhänger*innen dieses Dogmas die Ansicht, dass es das Wichtigste sei, die UdSSR um jeden Preis gegen kapitalisti-



Ein Transparent in der syrischen Stadt Kafranbel. Kafranbel.

sche und imperialistische Staaten zu unterstützen. Diese Doktrin wird auch heute noch von dem Teil der radikalen Linken vertreten, der Putins Russland beim Einmarsch in die Ukraine unterstützt oder den laufenden Krieg relativiert. Wie in Syrien benutzen sie den Vorwand, dass die russischen oder syrischen Regime den Kampf gegen den westlichen und atlantischen [d. h. pro-NATO-] Imperialismus verkörpern. Leider weigert sich dieser manichäische Antiimperialismus, der rein abstrakt ist, den Imperialismus in einem anderen Akteur als dem Westen zu sehen.

Es muss jedoch anerkannt werden, was die russischen, chinesischen und sogar iranischen Regime seit Jahren tun. Sie haben ihre politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in bestimmten Regionen ausgeweitet, indem sie die dortige Bevölkerung ihrer Selbstbestimmung beraubt haben. Mögen die Aktivist*innen dafür jedes beliebige Wort verwenden, wenn ihnen der Begriff »Imperialismus« unzureichend erscheint, aber wir werden niemals akzeptieren, dass die Anwendung von Gewalt gegen und die Beherrschung von ganzen Völkern im Namen einer pseudo-theoretischen Präzision entschuldigt wird.

Schlimmer noch – diese Position bringt diese »Linke« dazu, die Propaganda dieser Regime bis hin zur Leugnung gut dokumentierter Gräueltaten zu übernehmen. Sie sprechen von einem »Staatsstreich«, wenn sie den Majdan-Aufstand beschreiben, oder leugnen die Kriegsverbrechen der russischen Armee in Syrien. Diese Linke ist sogar so weit gegangen, den Einsatz von Sarin-Gas durch das Assad-Regime zu leugnen, wobei sie sich auf ein (oft verständliches) Misstrauen gegenüber den Mainstream-Medien stützt, um diese Lügen zu verbreiten.

Das ist eine verachtenswerte und unverantwortliche Haltung, wenn mensch bedenkt, dass das Aufkommen von Verschwörungstheorien nie eine emanzipatorische Position begünstigt, sondern eher die extreme Rechte und den Rassismus. Im Fall des Krieges in der Ukraine sind diese schwachsinnigen Antiimperialist*innen, von denen einige dennoch behaupten, antifaschistisch zu sein, die Umstandsverbündeten eines großen Teils der extremen Rechten.

In Syrien hat die extreme Rechte, entflammt von Überlegenheitsfantasien und Träumen von einem Kreuzzug gegen den Islam, bereits Putin und das syrische Regime für ihr angebliches Vorgehen gegen

den Dschihadismus verteidigt – ohne überhaupt zu verstehen, wie sehr das Assad-Regime für den Aufstieg der DschihadistInnen in Syrien verantwortlich ist.

**7. Schiebt der Ukraine und Russland nicht die gleiche Verantwortung zu.**

In der Ukraine ist die Identität des Angreifers jedem bekannt. Auch wenn Putins Offensive in gewisser Weise eine Reaktion auf den Druck der NATO ist, ist sie vor allem die Fortsetzung einer imperialen und konterrevolutionären Offensive. Nach der Invasion der Krim, nach der Unterstützung bei der Niederschlagung der Aufstände in Syrien (2015-2022), Belarus (2020) und Kasachstan (2022) duldet Wladimir Putin diesen Wind des Protests – verkörpert durch den Sturz des pro-russischen Präsidenten im Majdan-Aufstand – in den Ländern unter seinem Einfluss nicht länger. Er möchte jeden emanzipatorischen Wunsch, der seine Macht schwächen könnte, unterdrücken.

Auch in Syrien gibt es keinen Zweifel daran, wer direkt für den Krieg verantwortlich ist. Das syrische Regime von Bashar al-Assad hat sich einseitig dafür entschieden, einen Krieg gegen die Bevölkerung zu beginnen, indem es der Polizei befahl, die Demonstrant*innen der ersten Protesttage zu erschießen, zu inhaftieren und zu foltern. Wir würden uns wünschen, dass diejenigen, die Freiheit und Gleichheit verteidigen, einmütig gegen solche Diktatoren Stellung beziehen, die Kriege gegen die Bevölkerung führen. Wir hätten uns gewünscht, dass dies bereits in Bezug auf Syrien der Fall gewesen wäre.

Wenn wir den Aufruf zur Beendigung des Krieges verstehen und uns ihm anschließen, bestehen wir darauf, dass wir dies ohne jede Zweideutigkeit in Bezug auf die Identität des Aggressors tun müssen. Weder in der Ukraine noch in Syrien noch irgendwo sonst auf der Welt kann mensch den einfachen Menschen vorwerfen, dass sie zu den Waffen greifen, um ihr eigenes Leben und das ihrer Familien zu verteidigen.

Ganz allgemein raten wir Menschen, die nicht wissen, was eine Diktatur ist (auch wenn westliche Länder immer offenkundiger autoritär werden) oder wie es ist, bombardiert zu werden, davon ab, den Ukrainer*innen zu sagen – wie es einige bereits den Sy-

rer*innen oder Hongkonger*innen gesagt haben –, dass sie nicht um Hilfe aus dem Westen bitten sollten oder dass sie keine liberale oder repräsentative Demokratie als minimales politisches System wünschen sollten. Viele dieser Menschen sind sich bereits über die Unzulänglichkeiten dieser politischen Systeme im Klaren – aber ihre Priorität liegt nicht darin, eine untadelige politische Position einzunehmen, sondern vielmehr darin, die Bombenangriffe des nächsten Tages zu überleben oder nicht in einem Land zu landen, in dem mensch für ein unbedachtes Wort zwanzig Jahre ins Gefängnis kommen kann. Das Beharren auf dieser Art von puristischem Diskurs zeugt von der Entschlossenheit, die eigene theoretische Analyse einem Kontext aufzudrängen, der nicht der eigene ist. Dies zeugt von einer echten Abkopplung vom Terrain und von einer sehr westlichen Art von Privileg.

Hören wir stattdessen auf die Worte der ukrainischen Gefährt*innen, die in Anlehnung an Michail Bakunin sagten: »Wir sind fest davon überzeugt, dass die unvollkommenste Republik tausendmal besser ist als die aufgeklärteste Monarchie.«

**8. Versteht, dass die ukrainische Gesellschaft, wie in Syrien und Frankreich, geprägt ist von verschiedenen Strömungen.**

Wir kennen das Vorgehen, bei dem ein Herrscher eine ernsthafte Bedrohung benennt, um potenzielle Unterstützer*innen abzuschrecken. Dazu gehört die Rhetorik über den »islamistischen Terrorismus«, die Bashar al-Assad seit den ersten Tagen der Revolution in Syrien benutzt hat; ebenso wie heute der »Nazismus« und »Ultranationalismus«, mit denen Putin und seine Verbündeten ihren Einmarsch in die Ukraine rechtfertigen.

Wenn wir einerseits anerkennen, dass diese Propaganda absichtlich übertrieben wird und wir sie nicht für bare Münze nehmen dürfen, so bestärkt uns andererseits unsere Erfahrung in Syrien darin, die reaktionären Strömungen innerhalb der populären Bewegungen nicht zu unterschätzen.

In der Ukraine spielten ukrainische Nationalist*innen, darunter auch Faschist*innen, eine wichtige Rolle bei den Majdan-Protesten und dem darauf folgenden Krieg gegen Russland. Außerdem haben sie, wie das Asow-Bataillon, von dieser Erfahrung profitiert und wurden zu einem legalen Teil der regulären Armee der Ukrai-

ne. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Mehrheit der ukrainischen Gesellschaft ultranationalistisch oder faschistisch ist. Bei den letzten Wahlen erhielt die extreme Rechte nur 4% der Stimmen; der ukrainische, jüdische und russischsprachige Präsident wurde mit 73% gewählt.

Bei der Revolte in Syrien waren die DschihadistInnen anfangs nur Randfiguren, aber sie gewannen immer mehr an Bedeutung, auch dank der Unterstützung von außen, die es ihnen ermöglichte, sich zum Nachteil der Zivilgesellschaft und der fortschrittlichsten Teilnehmer*innen militärisch durchzusetzen. Überall bedroht die extreme Rechte die Ausbreitung der Demokratien und sozialen Revolutionen; dies ist heute in Frankreich zweifellos der Fall. In Frankreich hat dieselbe extreme Rechte versucht, sich während der Bewegung der Gelbwesten durchzusetzen. Die Niederlage der extremen Rechten, lässt sich auf das Vorhandensein egalitärer Positionen und die Entschlossenheit antiautoritärer und antifaschistischer Aktivist*innen, nicht durch das Gerede von Kritiker*innen, zurück führen.

Achtet darauf, dass die Verteidigung des Widerstands der Bevölkerung (sowohl in der Ukraine als auch in Russland) gegen die russische Invasion auch nicht darauf hinausläuft, naiv gegenüber dem politischen Regime zu sein, das aus dem Majdan hervorgegangen ist. Man kann nicht sagen, dass der Sturz von Janukowitsch zu einer echten Ausweitung der direkten Demokratie oder zur Entwicklung einer egalitären Gesellschaft geführt hat, die wir uns für Syrien, Russland, Frankreich und überall auf der Welt wünschen. Einige ukrainische Aktivist*innen bezeichnen die Zeit nach dem Majdan als »gestohlene Revolution«, ein Ausdruck, der uns gut bekannt ist.

Das ukrainische Regime hat nicht nur den Ultranationalist*innen einen wichtigen Platz eingeräumt, sondern wurde auch von Oligarchen und anderen wiederhergestellt, denen es darum ging, ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu verteidigen und ein kapitalistisches und neoliberales Modell der Ungleichheit auszuweiten. Auch wenn unsere Kenntnisse zu diesem Thema noch begrenzt sind, fällt es uns schwer zu glauben, dass das ukrainische Regime keine Verantwortung für die Verschärfung der Spannungen mit den separatistischen Regionen im Donbas trägt.

In Syrien haben die Revolutionär*innen vor Ort jedes Recht, die Entscheidungen der politischen Opposition, die in Istanbul sitzt, scharf zu kritisieren. Wir bedauern nach wie vor ihre Entscheidung, die legitimen Ansprüche von Minderheiten wie den Kurd*innen nicht zu berücksichtigen.
Ein neoliberales Regime und faschistische Elemente sind in allen westlichen Demokratien zu finden. Auch wenn diese Gegner*innen der Emanzipation nicht unterschätzt werden sollten, ist dies kein Grund, den Widerstand der Bevölkerung gegen eine Invasion nicht zu unterstützen. Wir hätten uns im Gegenteil gewünscht, dass es Andere während der syrischen Revolution getan hätten und rufen dazu auf, die fortschrittlichsten selbstorganisierten Strömungen innerhalb der Verteidigung zu unterstützen.

**9. Unterstützung des Widerstands der Bevölkerung in der Ukraine und in Russland.**
Wie die arabischen Revolutionen, die Gelbwesten und der Majdan bewiesen haben, werden die Aufstände des 21. Jahrhunderts ideologisch gesehen nicht »rein« sein. Auch wenn wir verstehen, dass es bequemer und motivierender ist, sich mit mächtigen (und siegreichen) Akteur*innen zu identifizieren, dürfen wir unsere Grund-



Ein weiteres Bild aus Kafranbel.

prinzipien nicht verraten. Wir fordern die radikale Linke auf, ihre alte konzeptionelle Brille abzunehmen und ihre theoretischen Positionen mit der Realität zu konfrontieren. Diese Positionen müssen an die Realität angepasst werden, nicht umgekehrt.

Aus diesen Gründen rufen wir für die Ukraine dazu auf, vorrangig Initiativen zu unterstützen, die von der Basis ausgehen: die Selbstverteidigungs- und Selbstorganisationsinitiativen, die derzeit florieren. Mensch kann feststellen, dass Menschen, die sich selbst organisieren, oft tatsächlich radikale Vorstellungen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verteidigen können – auch wenn sie sich nicht als »links« oder »progressiv« bezeichnen.

Außerdem glauben wir – wie viele russische Aktivist*innen – dass ein Aufstand der Bevölkerung in Russland dazu beitragen könnte, den Krieg zu beenden, genau wie in den Jahren 1905 und 1917. Wenn wir das Ausmaß der Repression in Russland seit Beginn des Krieges betrachten – über zehntausend inhaftierte Demonstrant*innen, Medienzensur, die Sperrung von sozialen Medien und vielleicht bald auch des Internets –, ist es unmöglich, nicht zu hoffen, dass eine Revolution zum Sturz des Regimes führen könnte. Damit würde Putins Verbrechen in Russland, der Ukraine, Syrien und anderswo ein für alle Mal ein Ende gesetzt.

Dies gilt auch für Syrien, wo nach der Internationalisierung des Konflikts die Aufstände der iranischen, russischen oder libanesischen Bevölkerungen keineswegs auf Ablehnung stoßen, sondern uns wieder an die Möglichkeit des Sturzes von Bashar al-Assad glauben lassen könnten.

Ebenso wünschen wir uns radikale Umwälzungen und eine radikale Ausweitung von Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit in den Vereinigten Staaten, Frankreich und jedem anderen Land, das seine Macht auf die Unterdrückung anderer Bevölkerungen oder eines Teils der eigenen Bevölkerung stützt.

**10. Aufbau eines neuen Internationalismus von unten.**

Obwohl wir radikal gegen alle Imperialismen und alle modernen Formen des Faschismus sind, glauben wir, dass wir uns nicht allein auf antiimperialistische oder antifaschistische Positionen beschränken können. Auch wenn sie dazu dienen, viele Zusammenhänge zu erklären, bergen sie die Gefahr, den revolutionären Kampf auf eine

negative Sichtweise zu beschränken, ihn auf Reaktivität zu reduzieren, auf permanenten Widerstand ohne einen Weg nach vorne. Wir glauben, dass ein positiver und konstruktiver Vorschlag wie der des Internationalismus unerlässlich bleibt. Das bedeutet, Aufstände und Kämpfe für Gleichberechtigung in der ganzen Welt miteinander zu verbinden.

Neben der NATO und Putin gibt es eine dritte Option: den Internationalismus von unten. Ein revolutionärer Internationalismus muss heute die Menschen überall dazu aufrufen, den Widerstand der Bevölkerung in der Ukraine zu verteidigen, genauso wie er sie dazu aufrufen sollte, die syrischen Gemeinderäte, die Widerstandskomitees im Sudan, die Territorialversammlungen in Chile, die Kreisverkehre der Gelbwesten und die palästinensische Intifada zu unterstützen. Natürlich leben wir im Schatten eines von Staaten, Parteien, Gewerkschaften und großen Organisationen getragenen Arbeiter*innen-Internationalismus, der in der Lage war, sich in den internationalen Konflikten in Spanien 1936 und später in Vietnam und Palästina in den 1960er und 70er Jahren Gehör zu verschaffen.



Ein Souvenierladen in Damaskus, Syrien.

Heute fehlt es überall auf der Welt – von Syrien bis Frankreich, von der Ukraine bis zu den Vereinigten Staaten – an bedeutenden emanzipatorischen Kräften, die über eine solide Basis verfügen. Während wir auf das Entstehen neuer revolutionärer Organisationen hoffen, die sich auf lokale, selbstorganisierte Initiativen stützen, wie es in Chile der Fall zu sein scheint, verteidigen wir einen Internationalismus, der Aufstände der Bevölkerung unterstützt und alle Geflüchteten willkommen heißt. Auch damit bereiten wir den Boden für eine wirkliche Rückkehr zum Internationalismus, der, so hoffen wir, eines Tages wieder einen alternativen Weg darstellen wird, der sich von den Modellen der westlichen kapitalistischen Demokratien und des kapitalistischen Autoritarismus, sei er russisch oder chinesisch, unterscheidet.
Eine solche Vorstellung von dem, was wir in Syrien taten, hätte der Revolution sicherlich geholfen, eine demokratische und egalitäre Farbe zu erhalten. Wer weiß, vielleicht hätte es sogar zu unserem Sieg beigetragen. Wir sind also Internationalist*innen, nicht nur aus ethischen Gründen, sondern auch als Konsequenz der revolutionären Strategie. Wir verteidigen daher die Notwendigkeit, Verknüpfungen und Bündnisse zwischen selbstorganisierten Kräften zu schaffen, die sich für die Emanzipation aller Menschen ungeachtet ihrer Herkunft einsetzen.
Das ist es, was wir Internationalismus von unten nennen, den Internationalismus der Völker.

## Vorgeschlagene Positionen zur russischen Invasion in der Ukraine

- Erklärt eure volle Unterstützung für den Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen die russische Invasion.

- Priorität hat die Unterstützung von selbstorganisierten Gruppen, die emanzipatorische Positionen in der Ukraine vertreten – durch Spenden, humanitäre Hilfe und die Verbreitung ihrer Forderungen.

- Unterstützt progressive Antikriegs- und Anti-Regime-Kräfte in Russland und veröffentlicht ihre Positionen.

- Beherbergt ukrainische Exilanten und organisiert Veranstaltungen und Infrastruktur, um ihnen Gehör zu verschaffen.

- Bekämpft jeden Pro-Putin-Diskurs, insbesondere bei den Linken. Der Krieg in der Ukraine bietet eine entscheidende Gelegenheit, dem Lagerdenken und der toxischen Männlichkeit ein endgültiges Ende zu setzen.

- Bekämpft den ideologischen Pro-NATO-Diskurs. Verweigerung der Unterstützung für diejenigen in der Ukraine und anderswo, die eine ultranationalistische und rassistische Politik vertreten.

- Ständige Kritik und Misstrauen gegenüber dem Vorgehen der NATO in der Ukraine und anderswo.

- Aufrechterhaltung des Drucks auf Regierungen durch Demonstrationen, direkte Aktionen, Transparente, Foren, Petitionen und andere Mittel, um die Forderungen der selbstorganisierten Akteur*innen vor Ort durchzusetzen.

Leider ist das nicht viel, aber es ist alles, was wir anbieten können, solange es hier oder anderswo keine autonome Kraft gibt, die für Gleichheit und Emanzipation kämpft und in der Lage ist, wirtschaftliche, politische oder militärische Unterstützung zu leisten.

Wir hoffen aufrichtig, dass sich diese Positionen dieses Mal durchsetzen werden. Wenn dies der Fall ist, werden wir uns sehr freuen, aber wir werden nie vergessen, dass dies für Syrien bei weitem nicht der Fall war, und dass es das Land teuer zu stehen kam.

The Syrian Canteen of Montreuil
and L'équipe des Peuples Veulent

Übersetzung von Enough is Enough

# Der Blick aus der Ukraine – Der Blick aus Russland

**Ein Exilant aus dem Donbas und ein Demonstrant in Russland berichten**
Für ein besseres Verständnis, was in der Ukraine und in Russland vor sich geht, veröffentlichen wir folgende Berichte von Anarchisten aus beiden Ländern. Im ersten schildert ein Geflüchteter aus der Hauptstadt der »Volksrepublik Luhansk« – einem der beiden Gebiete in der Ostukraine, das bis zur Invasion von durch Russland finanzierten Separatist*innen regiert wurde – seine Erfahrungen bei dem Versuch, aus dem Kriegsgebiet zu fliehen, sowie den Bedingungen, die derzeit in der Ukraine herrschen. Im zweiten Beitrag beschreibt ein russischer Demonstrant die Herausforderungen, mit denen die Russ*innen konfrontiert sind, wenn sie versuchen, unter extrem repressiven Bedingungen gegen den Krieg zu mobilisieren.

> »Während einige vermeintliche ›Linke‹ in der englischsprachigen [dieser Artikel erschien in Englisch] Welt Wladimir Putins Reden nachplappern, die russische Invasion mit der Schuld der NATO entschuldigen oder darüber spekulieren, dass die Tausenden von Ukrainer*innen, die bereits getötet wurden, Faschist*innen sein müssen, sind wir der Meinung, dass jede verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen die Stimmen gewöhnlicher Ukrainer*innen und Russ*innen in den Mittelpunkt stellen muss, die sich der militärischen Aggression widersetzen. Anstatt nur Informationen zu konsumieren, anstatt den imperialen Ambitionen von Diktatoren Vorschub zu leisten oder von anderen eigennützigen Regierungen zu erwarten, dass sie diese Ambitionen eindämmen, müssen wir Beziehungen echter Solidarität mit den Menschen aufbauen, die von dieser Invasion unmittelbar betroffen sind – in der Ukraine, in Russland, in Belarus und anderswo.«

## Interview mit einem Exilanten aus dem Donbas in der Ukraine

Diese Woche wurde durch unser *Ex-Worker*-Podcast ein Audio-Interview mit einem Anarchisten aus Luhansk aufgenommen, der sich derzeit auf

der Flucht durch die Ukraine befindet. In dem Gespräch geht es um den Alltag inmitten des Krieges, das Kriegsrecht, die politische Zusammensetzung der Streitkräfte, die Mobilisierung der Gesellschaft an der Basis zur Verteidigung und gegenseitigen Hilfe, die Situation an der Grenze und die Möglichkeiten der Unterstützung durch Menschen außerhalb der Ukraine. Ihr könnt euch die Audioversion [auf englisch] anhören oder das Transkript dieser lesen.

**Vielen Dank für das Gespräch mit uns! Kannst du dich kurz vorstellen?**

Ja, mein Name ist D. Ich bin ein 30-jähriger Englischlehrer aus Luhansk, ein Freiberufler, der zurzeit in Chmelnyzkyj lebt.

**Kannst du uns ein wenig über die Situation erzählen, in der du dich gerade befindest?**

In den letzten fünf Jahren habe ich in Kyjiw gelebt, und vor etwa fünf Tagen beschlossen ich, ein paar andere Leute und ein paar Tiere, aus Kyjiw zu fliehen. Also stiegen wir in ein Auto unserer Freund*innen, die mit uns reisten, und schafften es bis nach Chmelnyzkyj. Im Moment sitzen wir hier fest, weil unser Fahrzeug nicht anspringt. Wir sind also gerade dabei, es zu reparieren. Chmelnyzkij ist im Allgemeinen sehr ruhig, verglichen mit Orten wie Kyjiw oder Charkiw. Aber es ist nur ruhig in Bezug auf die Kriegsführung, sozusagen – in Bezug auf russische Panzer und Granatenbeschuss und all das Zeug. In dieser Hinsicht ist es super entspannt. Aber es ist alles andere als ruhig, was die Gefühle der Menschen hier und die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung angeht. Es herrscht eine Menge Misstrauen, Spannung und Nervosität. Jeden Tag sagen die Einheimischen voraus, dass es der letzte Tag sein wird, bevor auch hier die Hölle losbricht. In einer solchen Situation ist es wirklich schwer, auch nur den relativen Frieden zu genießen, den ich hier im Vergleich zu dem Ort, den wir verlassen haben, beobachten kann. Das ist also die aktuelle Situation.

**Wir wissen, dass über das ganze Land das Kriegsrecht verhängt wurde. Wie sieht das in Bezug auf das tägliche Leben aus?**

Wie bei jedem Kriegsrecht gibt es eine Menge Gemeinsamkeiten. Eine davon ist die Ausgangssperre, die im ganzen Land verhängt wurde. Ab

einer bestimmten Uhrzeit darf man nicht mehr auf die Straße gehen. Außerdem gibt es die Mobilmachung, die alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren daran hindert, das Land zu verlassen, und ich glaube, das Parlament hat heute die Pläne von Präsident Zelensky zur Generalmobilmachung gebilligt. Es sieht also so aus, als ob wir in den nächsten Tagen herausfinden werden, wie es weitergeht. Außerdem gibt es eine Reihe von Milizen – wir nennen sie Territoriale Verteidigung –, die sich aus Freiwilligen zusammensetzen, die sich entschlossen haben, zu den Waffen zu greifen oder auf andere Weise zu helfen. Sie patrouillieren jetzt durch die Straßen. Sie versuchen, jeden zu identifizieren und herauszufinden, ob er sozusagen eine Bedrohung für die Ukraine darstellt.

In allen Kriegen, die ich bisher gesehen habe, gibt es viel weniger Menschenrechte, auf die man sich verlassen kann. Aber ich denke, für die meisten Menschen in der Ukraine macht dieses ganze »Drastische Zeiten, drastische Maßnahmen« Sinn. Was mich persönlich etwas beunruhigt, ist, dass ich als jemand, der das schon einmal erlebt hat (2014 wurde meine Heimatstadt Luhansk eingenommen), weiß, dass diese drastischen Zeiten leider sehr oft vorübergehen, aber die drastischen Maßnahmen noch jahrelang in Kraft bleiben. Die Ausgangssperre, die 2014 in Luhansk verhängt wurde, wurde beispielsweise nie aufgehoben; seit acht Jahren darf man nachts nicht mehr auf die Straße, seit acht Jahren patrouilliert das Militär auf den Straßen, seit acht Jahren gibt es all diese Sparmaßnahmen, die eingeführt wurden. Ich bin etwas besorgt, dass die Ukraine im Laufe dieses Prozesses viel verlieren könnte, und ich bin noch besorgter, dass diese Dinge verloren bleiben, wenn wir diesen Krieg beendet haben.

**Ich wusste gar nicht, dass du auch während des Krieges im Osten 2014 dort warst. Möchtest du etwas über diese Erfahrung erzählen oder darüber, wie sie deine jetzigen Erfahrungen beeinflusst hat?**

Sicher. Nun, ich muss zugeben, dass ich den Krieg im Jahr 2014 nicht wirklich mitbekommen habe. Ich bin im April jenes Jahres abgereist, ohne wirklich daran zu glauben, dass der Krieg jemals beginnen würde. Ich beschloss, eine Fahrradtour nach Georgien zu machen, radelte also durch Südrussland und landete in Tiflis, und als ich dort ankam, war es bereits Mai 2014, und da begann der Krieg.

Eigentlich wollte ich nur ein paar Wochen reisen, aber stattdessen war ich drei Jahre lang unterwegs, weil ich nirgendwo hin zurückkehren

konnte. Ich habe also den kriegerischen Teil des Ganzen verpasst; ich habe gesehen, wie sich alles aufbaute, ich habe die Ereignisse gesehen, die dazu führten, aber ich bin noch nie beschossen worden – das ist eigentlich mein erstes Mal. Ich kann also nicht behaupten, den Krieg zweimal gesehen zu haben; ich habe ihn nur auf eine bestimmte Art und Weise, in einer bestimmten Dimension, zweimal erlebt, aber ich hatte zuvor noch keine aktiven Schlachtfelder gesehen, wie ich sie im Laufe dieses Jahres gesehen habe.

**Hattest du Kontakt zu den ukrainischen Streitkräften? Was weißt du über die derzeitige Zusammensetzung der Streitkräfte oder die politische Dynamik zwischen den kämpfenden Menschen?**

Ich kenne persönlich Leute, die sich freiwillig zur Territorialen Verteidigung gemeldet haben, und zwar aus allen möglichen Richtungen. Es gibt Leute, die sich als Antifaschist*innen und Antiautoritäre bezeichnen, und natürlich gibt es auch jede Menge Patriot*innen und Nationalist*innen, die das tun, und es gibt ganz normale Leute, die sich überhaupt nicht um Politik scheren, die einfach unter dem Druck und dem Wunsch, etwas zu tun, um das Ende des Krieges zu beschleunigen, sich ebenfalls freiwillig melden.

Aber wenn man die Demografie der Ukraine im Allgemeinen betrachtet, ihre [fehlende] politische Vielfalt, dann ist sie von vornherein sehr homogen – also gibt es natürlich viel mehr rechte Leute in ihren Reihen als sonst. Meiner Meinung nach spiegelt dies aber nur die tatsächliche Zusammensetzung der ukrainischen Gesellschaft im weiteren Sinne wider, und nicht, dass dieser spezielle Beruf für die Rechten irgendwie attraktiver ist als für die Antiautoritären. Aber das ist nur mein Eindruck; mir liegen keine Zahlen vor, wirklich nicht.

**Wenn du auf die Diskussionen zurückblickst, die Anarchist*innen in den Wochen vor der Invasion geführt haben, was glaubst du, wurde richtig eingeschätzt oder prognostiziert? Was hat dich überrascht?**

Ich war nicht wirklich auf die Invasion vorbereitet, obwohl sie sich schon seit mindestens einem Jahr abzeichnete. Etwa drei oder vier Monate vor Beginn der Invasion war die Aufmerksamkeit in den westlichen Medien auf diese ganze Sache gestiegen. Ich glaube, dass die meisten Zivilist*in-

nen bis zum letzten Moment gehofft haben, dass es nicht dazu kommen würde, denn es ist sehr schwer, ein ganzes Jahr in ständiger Angst zu verbringen und sich auf seine letzten Tage vorzubereiten. Ich glaube, die Menschen hier haben sich angewöhnt, auf Ereignisse zu reagieren, wenn sie eintreten, und Brücken zu überqueren, wenn sie auf sie stoßen, anstatt sich im Voraus auf den Weltuntergang vorzubereiten. In dieser Hinsicht habe ich das Gefühl, kaum genug getan zu haben, genau wie die meisten Menschen, die ich kenne.

Die Art und Weise, wie sich der Krieg entwickelt hat, ist auch etwas überraschend. Ich hatte gehofft, dass Russlands Pläne etwas weniger massiv ausfallen würden, sagen wir, bescheidener – ich dachte, es wäre so etwas wie 2014 in meiner Heimatstadt, wo ich alle Entwicklungen in etwa so beschreiben würde: zwei Schritte vor, einen Schritt zurück. Das heißt, dass wir einige Gebiete zurückerobern würden, aber nicht alles, was wir verloren haben, so dass sich jeder irgendwie siegreich fühlen kann, und dann hört es auf, zumindest der verrückte Teil, für Jahre. Doch leider scheint sich meine naive Hoffnung zu diesem Zeitpunkt als falsch zu erweisen. Es ist nicht ganz klar, was das Ziel der angreifenden Seite ist, wie ihre Schlussphase aussieht und was sie zu erreichen versuchen. Denn das Ausmaß der Invasion ist gewaltig, und die Verwüstung ist so ziemlich unvergleichlich mit dem, was wir in diesem Jahrhundert in der Ukraine bisher gesehen haben.

**Wie beeinflusst die Erfahrung des Krieges dein Denken über Anarchismus und sozialen Wandel und darüber, was wir tun sollten?**

Ich bin angenehm überrascht von der Reaktion vieler Anarchist*innen. Sie haben sehr schnell und effektiv ihren Platz in diesem Krieg gefunden; sie tun etwas, kooperieren und organisieren sich und leisten Widerstand gegen die imperiale Invasion. In den Kriegen, die 2014 begannen, gab es nicht annähernd so viele Menschen aus dem linken Flügel. Damals schien es, als ob viele Menschen der Meinung waren, dass dies ein Opfer sei, das wir für den Frieden bringen müssten – ich beziehe mich hier auf die Gebiete, die die Ukraine verloren hat – und dass es sich nicht lohne, dafür das Blut anderer zu vergießen. Diese Verluste wurden auf breiter Front (natürlich unbefriedigt) hingenommen. Aber mit dieser neuen Entwicklung, ich meine den Krieg, der jetzt acht Tage alt ist, haben viele Menschen erkannt, dass es naiv war zu glauben, dass man diesen Drachen

sättigen kann. Solange er lebt, wird er immer wieder hungrig werden, also ist es an der Zeit, Widerstand zu leisten.

Was meine Gedanken zum Anarchismus angeht… so wie sich die ukrainische Regierung in dieser Situation verhalten hat, hat sie so ziemlich jeden zu den Waffen gerufen. Gleichzeitig habe ich in meinem ganzen Leben noch nie ein solches Ausmaß an Basisorganisation und an Menschen gesehen, die etwas füreinander tun und auf vielfältige Weise unentgeltlich zusammenarbeiten. Das ist ziemlich beeindruckend und zeigt, dass der Anarchismus tatsächlich ein enormes Potenzial hat, denn wir haben gesehen, wie die Dinge ohne Anarchismus und ohne das Engagement der Menschen für die Sache und das Interesse der Menschen, alles zu tun, um einen Krieg zu gewinnen, laufen – das haben wir 2014 gesehen. Die Krim wurde ohne einen einzigen Schuss verloren, dann wurde Luhansk, meine Heimatstadt, auch ohne diesen massiven und engagierten Kampf verloren.

Ich will natürlich nicht herunterspielen, was das Militär dort getan hat, aber es ist natürlich nicht mit dem Kampf zu vergleichen, den wir jetzt führen, denke ich. Es zeigt mir, dass selbst in einem Land, in dem Ideen wie Anarchie, Antiautoritarismus und linkes Gedankengut im Allgemeinen so niedergeschlagen und an den Rand gedrängt und fast ausgelöscht wurden, es noch so viel Potenzial und so viel Engagement der Menschen gibt, um gegen eine der angeblich stärksten Armeen der Welt zu kämpfen. Das gibt mir im Allgemeinen viel Hoffnung für die Ideen, die ich früher vertrat und auch heute noch vertrete.

**Könntest du uns etwas mehr darüber erzählen, wie sich die Gesellschaft an der Basis mobilisiert?**

Nun, das ist im Moment überall im Internet zu sehen. Wir sehen, wie Menschen sich freiwillig für alle möglichen Dinge engagieren; manche fahren für andere, helfen bei Freizeitaktivitäten, versorgen sich gegenseitig mit Essen, kümmern sich um ausgesetzte Haustiere, helfen mit medizinischen Hilfsgütern, es gibt einige Unternehmen – ich will die Unternehmen nicht loben –, aber einige Unternehmen springen ein und helfen den Menschen mit Logistik, Lebensmitteln, Medikamenten, all den lebenswichtigen Dingen, die die Menschen brauchen, vor allem in Zeiten wie diesen, wenn die normale Gesellschaft zusammenbricht und sich neu organisiert und man sich auf nichts wirklich verlassen kann;

man weiß nicht, ob die Dienste, auf die man normalerweise zählt, funktionieren oder für einen da sind. Hier und da gibt es Menschen, die sich im ganzen Land engagieren. Das Internet spielt dabei eine große Rolle, aber auch die schiere Verzweiflung und das Grauen des Krieges im Allgemeinen. Wenn man irgendwo gefangen ist und es wirklich beschissen ist, will man auf jeden Fall alles tun, was man kann, mit wem auch immer, um das Leiden von sich selbst und den Menschen um einen herum zu lindern und dazu beizutragen, dass die Katastrophe so schnell wie möglich beendet wird.

Ich sehe also viele Beispiele in Bezug auf Lebensmittel, medizinische Versorgung und die Bereitstellung von Unterkünften für Menschen – ich selbst schlafe bei einem Fremden in einer Stadt, in der ich noch nie zuvor war, und das schon seit mehreren Tagen, versorgt mit vielen Dingen, auf die ich sonst hätte verzichten müssen. Das alles ist wirklich inspirierend. Also ja, ich denke, die Menschen engagieren sich an allen möglichen Fronten, mit allen möglichen Bitten und Problemen, die andere haben. Das ist inspirierend.

**Wir haben gehört, dass seit Beginn der Invasion bereits über eine Million Menschen aus der Ukraine geflohen sind. Kannst du uns etwas über die Lage an der Grenze sagen? Was erwartet dich, wenn du dort ankommst?**

Ich bin mir noch nicht sicher, ob ich ausreisen darf. Obwohl ich Diabetiker bin, besagen meine Militärpapiere, dass ich in Kriegszeiten diensttauglich bin, und genau das ist jetzt der Fall. Ich denke also, dass ich wohl bleiben muss, es sei denn, ich habe Interesse daran, das Gesetz zu brechen. Aber unabhängig davon, ob ich ausreisen kann, ist die Situation an den Grenzen definitiv eine Herausforderung für jede*n, die*der dort ankommt.

Ich weiß von Schlangen an der Grenze, die 30 Meilen lang sind, von Schlangen von Menschen, die versuchen, durchzukommen; manche Menschen verbringen Tage damit, nach Polen zu kommen. Zu erwähnen ist, dass People of Color, alle Latin@s, Afrikaner*innen und so ziemlich alle anderen, es viel schwerer haben, nach Europa zu gelangen als weiße Ukrainer*innen.

Es wurde auch berichtet, dass viele Leute versuchen, aus dem Menschenhandel Kapital zu schlagen; den Leuten wurde gesagt, sie sollten sehr misstrauisch gegenüber Männern sein, die attraktiven jungen Frauen

»Hilfe« anbieten, um in der Schlange weiterzukommen, denn nach dem, was ich gehört habe, könnte auch das eine Falle sein. Es gibt eine Menge dubioser Dinge. Außerdem versuchen einige Leute, Bestechungsgelder in Höhe von Tausenden von Dollar zu kassieren, um die Warteschlange zu umgehen und ähnliches. Andererseits kenne ich Leute, die alles Mögliche tun: Sie nehmen bis zu zehn Menschen in ihren Häusern in Grenznähe auf, versorgen sie ständig mit Essen und bieten freiwillig jede erdenkliche Hilfe für alle an, die zu fliehen versuchen. Es gibt also, wie bei jeder anderen Krise auch, grausame Seiten und solche, die Hoffnung machen. Aber die Grenze zu Europa ist im Moment definitiv kein »ruhiger« Ort, so viel kann ich euch sagen.

Jedenfalls scheinen wir im Moment dorthin zu fahren, sobald wir unser Auto repariert haben. Unabhängig davon, was sonst noch passiert, scheint es eine Zone zu sein, die in nächster Zeit nicht beschossen werden wird. Je näher an Europa, desto sicherer wird es sein. Das ist also der Hauptgrund für mich, immer weiter nach Westen zu gehen, solange es noch geht.

**Was wünschen sich die Menschen, die du dort triffst, in Bezug auf internationale Unterstützung oder Solidarität? Was würde deiner Meinung nach einen Unterschied machen oder wirksam sein?**

Nun, das hängt wirklich davon ab. Ich kann nicht genau sagen, wohin das Geld fließt, wenn man es an die meisten NGO's schickt. Aber ich denke, dass es wahrscheinlich eine gute Sache ist, dies zu tun. Die meisten Leute brauchen im Moment Geld, so ziemlich jede*r, die*der in der Ukraine festsitzt und nicht weg kann, braucht es. Das Rote Kreuz oder eine andere Gruppe, bei der man sicher ist, dass sie niemandem schadet und nur dazu da ist, das Leid zu lindern und zu verringern, wäre keine Verschwendung. Das Wichtigste für jede*n, die*der sich in einem Krieg befindet, ist das Ende des Krieges; das Zweitbeste sind Möglichkeiten, ihm zu entkommen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Ukraine im Moment die Grenzen für Männer, die nicht kämpfen wollen, dicht macht, gibt es Möglichkeiten, das zu umgehen – zum Beispiel Ärzt*innen, die die Papiere von jemandem fälschen, um zu sagen, dass er sehr krank ist und zu einem Termin nach Berlin oder Barcelona oder sonst wohin muss… Es ist noch zu früh, um zu sagen, welche Dinge in dieser Hinsicht hilfreich sein könnten, aber auch diese Dinge können für viele sehr wertvoll sein.

Und – persönliche Unterstützung. Ich glaube nicht, dass es viele Menschen gibt, die im Moment jede Hilfe in der Ukraine ablehnen würden. Wenn ihr jemanden kennt, der in der Ukraine ist, und ihr habt einen zusätzlichen Dollar, dann schickt ihn ihm. Ich denke, es wird ihnen sehr schwer fallen, das abzulehnen.

Von der Skala der [Geo-]Politik bin ich zu diesem Zeitpunkt weit entfernt. Es ist klar, dass das, was die USA als Imperium in Übersee getan haben, in jedem Fall nicht viel Gutes gebracht hat. Damals, 2014, haben wir einfach schweigend zugesehen, wie unsere Gebiete ohne großen Widerstand annektiert wurden. Und als die USA anfingen, alle zu verängstigen und zu warnen und sich stärker einzumischen, hatten wir nur einen noch größeren und blutigeren Krieg.

Also… ich glaube nicht, dass irgendetwas, wozu die USA als Land fähig sind, für uns von großem Nutzen wäre. Ich kann mir nur vorstellen, was passieren würde, wenn sich die USA sozusagen vor Ort engagieren würden, denn wir haben gesehen, wie das in vielen anderen Ländern wie Afghanistan, Kurdistan usw. endet. Ich denke also, dass die Hilfe von der Basis ausgehen sollte, von den Menschen für die Menschen, oder für Organisationen, die die Interessen der Menschen im Auge haben, und nicht die von Unternehmen oder Regierungen oder etwas Ähnlichem. Das wäre meiner Meinung nach der effektivste Einsatz der Mittel, die jemand entbehren kann.

**Gibt es noch etwas, das unsere Zuhörer*innen über die aktuellen Ereignisse in der Ukraine wissen sollten?**

Ich weiß es nicht. Ich denke, dass es im Gegensatz zu Russland und meiner Heimatstadt viele Stimmen aus der Ukraine gibt, aus denen man sich ein Bild von den Bedürfnissen, Ängsten und Hoffnungen in diesem Land machen kann. Diesen Stimmen zuzuhören und Solidarität zu zeigen, ist das Beste, was wir uns erhoffen können. Denn je länger diese Kriege andauern, desto mehr verlieren die Menschen das Interesse an ihnen. Solange dieses Interesse besteht, sollten wir unser Bestes tun, um zu verbreiten, was hier geschieht, und diejenigen, die bereit sind zu helfen, sollten nicht damit warten, denn früher oder später wird man sich nicht mehr erinnern, was die Ukraine ist.

So ist es mit all diesen Kriegen in der Welt. Zwei Wochen ist in der Regel die Zeit, in der die Aufmerksamkeitsspanne anhält, oder zumindest

die Zeit, in der sie ihren Höhepunkt erreicht, bevor sie zu einem weiteren dieser Kriege wird, für die sich niemand interessiert.

**Vielen Dank, dass du mit uns gesprochen hast!**

Ja, natürlich. Vielen Dank für das Gespräch, ich freue mich, wenn jemand zuhören möchte.

## Meine Tage in Russland

Meine Tage in Russland sind angespannt.

Versteht mich nicht falsch, die Bomben fallen nicht auf unsere Köpfe. Aber wir sehen, wie Bomben auf Menschen in der Ukraine fallen. Meine Familie schaut immer wieder das russische Fernsehen an: »Zelensky versteckt Militär in zivilen Stadtgebieten – also müssen sie sie bombardieren.« Es ist sehr wichtig, mit unseren Familien und den Menschen auf der Straße zu sprechen – die Menschen glauben nicht wirklich an den Krieg, aber sie versuchen oft, sich selbst davon zu überzeugen, dass es eine Rechtfertigung für diesen Krieg gibt. Sie wollen nicht zu Kompliz*innen dieses Albtraums werden. Aus diesem Grund kann ein Gespräch, in dem sich die Menschen konfrontiert fühlen und vielleicht in ihren Gefühlen verletzt werden, aber dennoch in der Lage sind, sich auf das, was du sagst, einzulassen und zuzuhören, sehr wichtig sein.

Die alltägliche Unterdrückung ist intensiv. Jede*r, sogar kleine Kinder, werden bei jeder Art von Protest (Schilder, Plakate,…) verhaftet. Heutzutage kann man sich nicht mehr auf die Straße stellen und ein Stück Papier in der Hand halten, ganz gleich, ob darauf »Krieg« steht oder nicht – man wird verhaftet. In Moskau und St. Petersburg verprügelt die Polizei die Menschen. Das scheint die Menschen aber nicht zu schrecken. Viele Menschen gehen wieder auf die Straße, sie suchen nach Möglichkeiten zu kämpfen, sie organisieren sich.

Ab heute, dem 4. März, ist es ein Verbrechen, gegen den Krieg zu protestieren oder Informationen über den Krieg zu verbreiten, die nicht aus offiziellen russischen Staatsquellen stammen. Dafür kann man zu bis zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Eine Zeitung reagierte darauf mit der Aussage, Journalist*in zu sein sei wie die Arbeit mit Sprengstoff – man könne nur einmal einen Fehler machen. Die Staatsanwaltschaft hat

sogar in allen Regionen des Landes spezielle Einheiten zur Verfolgung der Antikriegsbewegung eingerichtet. Doch wie schwer die Dinge auch sein mögen, wir sind nicht in der Lage, uns einer militärischen Aggression zu stellen. Hier hat man die Wahl, ob man dagegen kämpfen will oder nicht. Vielleicht ist das der Grund, warum bewaffneter Widerstand irgendwie einfacher erscheint: Man hat nicht wirklich eine Wahl. Hier in Russland muss jede*r, um sich dem Krieg zu widersetzen, ein moralisches Urteil fällen und die Risiken abschätzen. Es ist nicht wirklich eine Option, untätig zu bleiben, vor allem, wenn diese Aggression in unserem Namen geschieht – oder zumindest im Namen unserer Nationalität, unserer angeblichen Identität. Dennoch ist es eine Entscheidung, die man treffen muss. Die Menschen in Russland stehen jetzt vor dieser Entscheidung.

Bis vor kurzem war ich viele Jahre lang nicht in Russland. Bevor ich wegging, gab es zwar Repressionen, aber es gab Möglichkeiten, den politischen Kampf offen zu organisieren, auf die Straße zu gehen, und wir mussten uns nicht allzu sehr vor Verhaftungen oder Geldstrafen fürchten. Die Rechtsextremen gaben in einigen Fällen Anlass zur Sorge; wir mussten immer über verschiedene Aspekte der Selbstverteidigung nachdenken. Aber im Jahr 2012 musste man sich nicht sagen: »Ich bin Anarchist*in. Das bedeutet, dass ich mich auf Gefängnis und Folter vorbereiten muss«.

Unsere Selbstverteidigungspraktiken beinhalten Fragen wie »Wie vermeiden wir es, für einen Beitrag auf Telegram verhaftet zu werden?« In diesem Sinne geht es bei unserer Selbstverteidigung heute nicht mehr darum, unsere Vision von Kultur, Gesellschaft, Beziehungen und Ideen zu verteidigen – es geht darum, Repressionen zu vermeiden, auf das zu reagieren, was der Staat tut, unsere individuelle Freiheit zu bewahren und nicht ins Gefängnis zu kommen. Und das ist ein großer Makel unserer Bewegung in Russland, wenn wir sie langfristig betrachten, denn wir können uns auf nichts berufen, niemand kann uns etwas garantieren. Wir können uns nicht einmal gegenseitig garantieren, dass wir zusammenstehen, uns an den Händen halten, uns in die Augen sehen und wissen, dass wir, was auch immer passieren wird, Gefährt*innen sein und den Kampf fortsetzen werden.

Es fehlt an Bindungen, es fehlt an Ressourcen, an Infrastruktur, es fehlt an einer ideologischen Perspektive, wie man heute kämpft und wie man diesen Kampf in den nächsten Jahrzehnten weiterführt. Uns fehlt der Glaube, dass das Beste, was man für seine Freiheit, sein Glück, sein Leben tun kann, der Kampf ist. Uns fehlt der Glaube, dass es sich lohnt, zu kämpfen, selbst wenn man stirbt oder ins Gefängnis geht, und dass man

die richtige Entscheidung getroffen hat. Es ist diese Idee – dass der Kampf das Leben ist und das Leben der Kampf –, diese philosophische Vision, dieses Gefühl, das uns in die Lage versetzen kann, in den schwierigsten Situationen wieder zur Vernunft zu kommen und die Moral zu bewahren.

Gefährt*innen, wir sind die Einzigen, die sich das gegenseitig geben können. In meiner Stadt, weit weg von Moskau, müssen wir, nur um mit Plakaten und Parolen auf die Straße zu gehen, einen ganzen Tag lang Plenum abhalten, um unsere Strategie zu durchdenken, Taktiken zu entwickeln und Risiken und Gewinne gegen die Dringlichkeit abzuwägen, alles zu tun, was wir sofort tun können. Ich höre Unruhe und Angst in den Stimmen meiner Gefährt*innen. Das unterdrückt die Vorstellungskraft. In diesen Momenten können wir spüren, dass wir nicht gewinnen können, wenn wir uns unseren Sieg nicht vorstellen können. Jetzt fällt es uns schwer, uns überhaupt vorzustellen, wie wir uns organisieren und kämpfen. Das ist der Unterschied, den ich hier sehe, jetzt, wo ich nach einiger Zeit nach Russland zurückgekehrt bin. Das ist die Entwicklung, die hier in den letzten zehn Jahren stattgefunden hat. Jetzt muss sich jede*r überlegen, was sie*er bereit ist, aufs Spiel zu setzen, sowohl individuell als auch kollektiv.

Wir sehen jetzt, dass wir uns in den ruhigen Zeiten intensiv vorbereiten und organisieren müssen, nicht nur in den Momenten der Dringlichkeit. Denn jetzt gibt es keine Struktur, keine Erfahrung, die weitergegeben werden kann, es gibt nur wenige Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich selbst zu opfern, weil es sich lohnt. Es gibt keine Organisation, die Vorschläge macht, nur Verwirrung, Angst, Wut und ein Gefühl der Hilflosigkeit.

Allerdings ist mir eine Sache aufgefallen. Ich frage mich, ob ich das sehe, weil ich Anarchist bin und es sehen möchte, oder ob ich es sehe, weil es in der Realität passiert – aber es scheint, dass die Menschen das Gefühl haben, dass Putin die letzte verdammte Grenze überschritten hat. Sie sehen, wie ihre Regierung alles leugnet, während Videos kursieren, die zeigen, wie ukrainische Städte mit Raketen in die Luft gejagt und Zivilist*innen in Stücke gerissen werden. Es fühlt sich an, als hätten wir einen Punkt überschritten, an dem es kein Zurück mehr gibt, und die Menschen wachen auf. Alles ist noch verworren, aber der Lärm ist zu laut und zu präsent, um lange zu schlafen. Die Menschen scheinen jeden Tag mehr und mehr aufzuwachen. Die Fragen von Sieg und Niederlage waren für uns als Anarchist*innen schon immer kompliziert. Wenn wir uns nun die Niederlage Russlands vorstellen, sollten wir uns fragen, was

das bedeuten würde. Einerseits eröffnen Bürgerkriege in der Regel keine Möglichkeiten der Befreiung oder führen zu einer sozialen Revolution – im Gegenteil, in der Regel ertränken sie alles im Blut der Beteiligten. Ein rein militärischer Sieg wird niemals ein Sieg für Anarchist*innen sein. Was wir als Sieg für Anarchist*innen betrachten würden, erfordert Generationen revolutionärer Anstrengungen und Entwicklungen in der Gesellschaft, die viele Fronten des Kampfes umfassen. Militärisches Engagement ist nur ein Teil des Puzzles der Selbstverteidigung; es ist nicht möglich ohne ein größeres soziales Gefüge und soziale Beziehungen, die der Selbstverteidigung einen Sinn und Zweck geben. Andererseits könnte die politische und militärische Niederlage des russischen Staates und seiner Ideologie, wie auch immer sie aussehen mag, Risse, Verwerfungen und Einfallstore für Formen des revolutionären sozialen Wandels öffnen, die für die Menschen in Russland, dem »Gefängnis der Nationen«, seit etwa hundert Jahren undenkbar sind.

Für einige Menschen in Russland heißt es diesmal: jetzt oder nie.

In dieser Hinsicht sehe ich ein enormes Potenzial in der feministischen Bewegung in Russland. Im Moment sehe ich, dass die Teilnehmer*innen an dieser Bewegung ihr Bestes tun, um sich zu organisieren und ihre Sichtweise auf die Straße und zu den Menschen zu bringen. Wenn es darum geht, eine Vision der Selbstverteidigung zu präsentieren, die viele Formen und Bedeutungen des Kampfes in einer konkreten Philosophie zusammenfasst, glaube ich, dass Anarchist*innen und Feminist*innen das besser können als alle anderen. Vor allem, wenn es um den bewaffneten Kampf geht – und darum geht es früher oder später auf die eine oder andere Weise immer, denn das ist ein Teil der Selbstverteidigung –, müssen wir uns die Perspektiven unserer feministischen Gefährt*innen in Russland und auf der ganzen Welt genau anhören, über ihre Beiträge nachdenken und dafür sorgen, dass es für sie Raum gibt, sich autonom zu organisieren. Wir könnten von den Perspektiven von Frauen und trans* und nicht-binären Menschen profitieren, die die Organisierung und den Kampf in Rojava erlebt haben; dies könnte uns Einblicke in revolutionäre Prozesse geben, die sonst schwer zu bekommen sind.

Man kann sich zwei Szenarien vorstellen, die sich in dieser Situation entwickeln. Entweder erleben wir den Aufstieg und die Stärkung eines autoritären Staates in einer Art und Weise, die unsere Generation noch nicht erlebt hat, oder die Ereignisse entwickeln sich in Richtung einer freieren Zukunft, in der Putins Regime zusammenbricht und unsere Gesellschaft endlich in der

Lage ist, sich gemeinsam für Veränderungen einzusetzen und den rechtskonservativen Elementen entgegenzutreten, die den Traum von einer russischen Welt nicht aufgeben wollen. Die Hoffnung allein wird nicht ausreichen, um das letztere Szenario Wirklichkeit werden zu lassen. Wir müssen schon jetzt hart daran arbeiten und dabei alle Grundlagen nutzen, die aus den vergangenen Jahrzehnten übrig geblieben sind, und alle Modelle, die uns die vorangegangenen Generationen älterer Gefährt*innen hinterlassen haben.

Für uns gibt es jedoch einen Unterschied: Inmitten dieser Ungewissheit und Instabilität ist es jetzt an der Zeit, über die langfristige Perspektive nachzudenken, uns vorzustellen, wo wir in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren sein wollen. Wir können die Schritte zählen, die wir von der Zukunft, die wir erreichen wollen, bis zu der Situation, in der wir uns jetzt befinden, zurückgehen müssen, um zu erkennen, welche Schritte wir heute unternehmen müssen. Natürlich gibt es viele Dinge, die wir nicht vorhersehen können. Aber bei dieser Übung geht es vor allem darum, den Kampf als eine lebenslange Verpflichtung zu betrachten, die Repression und die Regierungen, die sie gegenwärtig durchsetzen, als ernsthafte Gegner zu verstehen, aber auch als Episoden in einem viel größeren historischen Kampf, der schon lange andauert und den andere weiterführen werden, wenn wir nicht mehr da sind. In diesem Selbstverständnis leben wir in diesem Kampf und in der Art und Weise, wie er sich entwickelt, weiter – durch das Vermächtnis, das wir den kommenden Generationen hinterlassen.

Angesichts der zunehmenden Unterdrückung in Russland könnte uns dieses Verständnis helfen, das Kommende zu überleben und uns in der kommenden Zeit zu behaupten. Es kann uns auch helfen, unsere Beziehungen zu den Gefährt*innen, an deren Seite wir kämpfen, und zu den Gefährt*innen, die wir noch nicht kennen, zu definieren. Und das könnten viele sein, denn diese Situation zieht sich durch unsere gesamte Gesellschaft und verändert die Landschaft.

Diese Denkweise könnte dazu dienen, Zusammenarbeit und Solidarität zu schaffen, wo sie vorher nicht möglich waren, und uns als Anarchist*innen mit anderen Menschen zu verbinden, mit denen wir zusammenarbeiten können, um eine bessere Welt zu schaffen. Die Menschen um uns herum sind alles, was wir haben, und wir müssen die aktuellen Bruchlinien in unserer Gesellschaft gut verstehen. Es ist Zeit für Mut und Beharrlichkeit wie nie zuvor – und gerade jetzt, wo es schwer vorstellbar ist, was nächste Woche passieren wird, müssen wir so handeln, dass wir, was auch immer in den nächsten Monaten und Jahren kommt, in der Lage sein werden,

ehrlich zu uns selbst zu sein und uns gegenseitig mit Stolz, Liebe und Lächeln in die Augen zu schauen.



Russische Bereitschaftspolizei auf einem gepanzerten Polizeifahrzeug, das sich auf den Einsatz gegen Kriegsgegner*innen in St. Petersburg vorbereitet.



Anti-Kriegs-Flugblätter, die von Antifaschist*innen in Novosibirsk, Russland, verteilt wurden.




# Russland

# Gegen Annexionen und imperiale Aggression

## Eine Erklärung russischer Anarchist*innen gegen die russische Aggression in der Ukraine

Diese Erklärung erschien auf Russisch auf avtonom.org, einem Medienprojekt, das aus dem anarchistisch-kommunistischen Netzwerk Autonomous Action hervorgegangen ist.

Gestern, am 21. Februar, fand eine außerordentliche Sitzung des »Sicherheitsrates der Russischen Föderation« statt. Im Rahmen dieses Schauspiels drängte Putin seine engsten Mitarbeiter dazu, ihn öffentlich zu »bitten«, die Unabhängigkeit der sogenannten »Volksrepubliken« Luhansk [LNR] und Donezk [DNR] in der Ostukraine anzuerkennen.

Es ist offensichtlich, dass dies ein Schritt in Richtung einer weiteren Annexion dieser Gebiete durch Russland ist – unabhängig davon, wie dies rechtlich formalisiert (oder nicht formalisiert) wird. Tatsächlich erklärt der Kreml die LNR und die DNR nicht mehr für einen Teil der Ukraine, sondern macht sie endgültig zu seinem Protektorat. »Erst die Anerkennung der Unabhängigkeit, dann die Annexion«: Diese Abfolge wurde bereits 2014 auf der Krim ausgearbeitet. Dies geht auch aus den tumben Bemerkungen von Naryschkin bei der Sitzung des Sicherheitsrats hervor (»Ja, ich unterstütze den Beitritt dieser Gebiete zur Russischen Föderation«). [^1] Da das Treffen, wie sich herausstellte, auf Band [und nicht live] übertragen wurde und diese »Bemerkungen« nicht herausgeschnitten, sondern drin gelassen wurden, ist die Absicht klar.

In einem »Appell an das Volk« am selben Abend schien Putin mit diesen Forderungen »einverstanden« zu sein und kündigte die Anerkennung der LNR und der DNR als unabhängige Staaten an. In der Tat sagte er Folgendes: »Wir nehmen uns ein Stück des Donbass, und wenn die Ukraine das Boot zum Kentern bringt, dann soll sie sich selbst die Schuld geben, wir betrachten sie nicht als Staat, also werden wir uns noch mehr nehmen.« Laut Putins De-

kret sind russische Truppen bereits in das Gebiet der LNR und DNR eingedrungen. Dies ist eine klare Drohgebärde gegenüber dem Rest der Ukraine und insbesondere gegenüber den Teilen der Regionen Luhansk und Donezk, die noch von der Ukraine kontrolliert werden. Dies ist die faktische Besetzung [in dem Sinne, dass Luhansk und Donezk bisher nur stellvertretend besetzt waren].

Wir wollen nicht für irgendwelche Staaten Stellung beziehen. Wir sind Anarchist*innen und sind gegen jede Nationalgrenze. Aber wir sind gegen diese Annexion, weil sie nur neue Grenzen schafft, und die Entscheidung darüber trifft allein der autoritäre Führer – Wladimir Putin. Dies ist ein Akt imperialistischer Aggression durch Russland. Wir machen uns keine Illusionen über den ukrainischen Staat, aber es ist uns klar, dass er nicht der Hauptaggressor in dieser Geschichte ist – es handelt sich nicht um eine Konfrontation zwischen zwei gleichwertigen Übeln. In erster Linie handelt es sich um einen Versuch der autoritären russischen Regierung, ihre internen Probleme durch einen »kleinen siegreichen Krieg und die Anhäufung von Ländereien« [eine Anspielung auf Iwan III] zu lösen.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Kreml-Regime eine Art Spektakel eines »Referendums« über die annektierten Gebiete veranstalten wird. Solche Veranstaltungen fanden bereits 2014 in der DNR und der LNR statt, doch nicht einmal Moskau erkannte ihre Ergebnisse an. Jetzt hat Putin offenbar beschlossen, das zu ändern. Selbstverständlich kann von einer »freien und geheimen Abstimmung« in diesen Gebieten keine Rede sein – sie stehen unter der Kontrolle militarisierter Banden, die völlig von Moskau abhängig sind. Diejenigen, die sich diesen Banden widersetzten und gegen die Integration mit Russland protestierten, wurden entweder getötet oder zur Auswanderung gezwungen. Daher wird jedes »Referendum über die Rückkehr des Donbass wie ein verlorenes Schiff in seinen Heimathafen« eine Propagandalüge sein. Die Bewohner*innen des Donbass werden ihre Entscheidung erst dann treffen können, wenn die Truppen aller Staaten – und vor allem der Russischen Föderation – diese Gebiete verlassen haben.

Die Anerkennung und Annexion der DNR und der LNR wird den Bewohner*innen Russlands selbst nichts Gutes bringen.

Erstens wird dies in jedem Fall zu einer Militarisierung aller Lebensbereiche, einer noch stärkeren internationalen Isolierung Russlands, Sanktionen und einem Rückgang des allgemeinen Wohlstands führen. Auch die Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur und die Aufnahme der »Volksrepubliken« in den Staatshaushalt werden nicht zum Nulltarif zu haben sein – beides wird Milliarden von Rubel kosten, die sonst für Bildung und Medizin ausgegeben werden könnten. Keine Frage: Die Yachten der russischen Oligarchen werden nicht kleiner werden, aber allen anderen wird es schlechter gehen.
Zweitens wird die wahrscheinliche Verschärfung der bewaffneten Konfrontation mit der Ukraine mehr tote und verwundete Soldat*innen und Zivilist*innen, mehr zerstörte Städte und Dörfer, mehr Blut bedeuten. Selbst wenn dieser Konflikt nicht zu einem Weltkrieg eskaliert, sind Putins imperiale Fantasien nicht ein einziges Leben wert.
Drittens bedeutet dies die weitere Ausbreitung der so genannten »russischen Welt«: eine verrückte Kombination aus neoliberaler Oligarchie, starrer zentralisierter Macht und patriarchaler imperialer Propaganda. Diese Konsequenz ist nicht so offensichtlich wie der Anstieg der Wurstpreise und die Sanktionen gegen Smartphones – aber auf lange Sicht ist sie noch gefährlicher.

Wir fordern Euch auf, der Aggression des Kremls mit allen Mitteln zu begegnen, die Ihr für richtig haltet. Gegen die Annektierung von Territorien unter egal welchem Vorwand, gegen die Entsendung der russischen Armee in den Donbass, gegen die Militarisierung. Und schließlich gegen den Krieg. Gehen wir auf die Straße, verbreiten wir die Botschaft, sprechen wir mit den Menschen um uns herum – ihr wisst, was zu tun ist. Lasst uns laut und aktiv werden. Selbst eine kleine Schraube kann das Getriebe einer Todesmaschine zum Stillstand bringen.
Gegen alle Grenzen, gegen alle Empires, gegen alle Kriege!

Autonomous Action




»Russland für Traurigkeit«, eine Anspielung auf den Ausdruck
»Russland für Russen«. Ein Aufkleber in St. Peterburg

# Der Frühling kommt: Geht auf die Straße gegen den Krieg

## Ein Aufruf aus Russland zu Demonstrationen gegen die Invasion der Ukraine

Der folgende Aufruf erschien ursprünglich auf Russisch auf avtonom.org[20], der Plattform, die aus dem russlandweiten anarchistischen Netzwerk Autonome Aktion hervorgegangen ist.

Unsere russischen Gefährt*innen berichten, dass nach einem neuen Gesetz, das diese Woche eingeführt wurde, diejenigen, die der Verbreitung von Fehlinformationen über die Invasion in der Ukraine für schuldig befunden werden, zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt werden können. Dies gilt offenbar auch für diejenigen, die die Invasion als »Krieg« und nicht als »Sondereinsatz« bezeichnen, wie es Putins Regierung beharrlich tut. In diesem Zusammenhang zeigen die Demonstrant*innen enormen Mut, indem sie auf die Straße gehen.

Der nächste große Protesttag ist für diesen Sonntag, den 6. März, geplant. Wir hoffen, dass sich Demonstrant*innen auf der ganzen Welt anschließen und von allen Seiten Druck auf die russische Regierung, den globalen Kapitalismus, die militärischen Profiteure und alle anderen Kräfte, die die Invasion unterstützen, ausüben werden.

Um Demonstrant*innen in Russland zu unterstützen, spendet an das Anarchist Black Cross in Moskau. Um Anarchist*innen in der Ukraine zu unterstützen, spendet hier oder hier. Es gibt auch eine anarchistische Solidaritätsstruktur in der Ukraine und weltweit.

### Der Frühling kommt: Geht auf die Straße gegen den Krieg

Die russische Armee ist in die Ukraine einmarschiert. Putin ist von Sinnen, und jetzt bombardiert seine Armee Städte, schießt auf Zivilist*innen und

20 Und die deutsche Version bei Enough is Enough.

tötet Kinder. Bereits mehr als eine Million Menschen sind aus der Ukraine geflohen, um Putins »Befreier*innen« zu entkommen.

Wir weigern uns, uns der russischen Militärzensur zu unterwerfen und sagen offen und deutlich: Das ist ein Krieg. Es handelt sich um einen Angriffskrieg, der von der russischen Armee geführt wird. Die Ukrainer*innen verteidigen sich erfolgreich mit der Waffe in der Hand gegen die Besatzer*innen, aber wir, die wir jetzt in Russland sind, können nicht wegsehen. Wir müssen uns und der Welt zeigen, dass wir gegen diesen Krieg sind, dass nur Putin und seine Bande ihn brauchen. Sich gegen den Krieg zu engagieren – das ist im Moment der wahre Antifaschismus.

Der große Aktionstag gegen den Krieg findet in Russland am 6. März statt, kommenden Sonntag. Kommt auf die zentralen Plätze eurer Städte. In Moskau ist eine der Versammlungen für 15 Uhr auf dem Platz der Drei Bahnhöfe geplant. Es gibt Versammlungen um 19 Uhr und zu anderen Zeiten. Entscheidet und organisiert euch selbst, oder schließt euch euren Freund*innen an. Das Wichtigste ist, dass wir auf Straße gehen.

Nun geraten die russischen Behörden in Panik. Sie haben bereits erkannt, dass sie den Krieg verlieren werden. Deshalb drohen sie Kriegsgegner*innen




»Kein Krieg zwischen Nationen! Kein Frieden zwischen den Klassen!«
Ein Wandgemälde in Moskau, das für Autonomous Action wirbt.

hysterisch mit Verbannung, Entlassung, sofortiger Einberufung in der Armee und Inhaftierung. Habt keine Angst vor ihnen. Ukrainer*innen protestieren in ihren Städten mit bloßen Händen gegen die Besatzer*innen. Gegen Soldat*innen mit Maschinengewehren. Gegen Panzer. Kann mensch danach noch Angst vor einem rostigen russischen Polizeiauto haben?

Wir fordern eine sofortige Beendigung des Krieges. Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für weitere Schritte: Die russische Aggression muss aufhören. Wir müssen das Sterben stoppen. Ja, Putin hat uns nicht gefragt, als er seine Invasionspläne schmiedete – aber wir haben ihn nicht rechtzeitig aufgehalten. Dies müssen wir zumindest jetzt tun.

Unser Hauptziel ist selbstverständlich die Beendigung des Krieges in der Ukraine. Aber wir müssen auch für die Zukunft Russlands kämpfen. Der verrückte Diktator hat nicht mehr viel Zeit: Der Krieg, den er noch nicht gewonnen hat, ist nicht nach Plan verlaufen, und es ist nur noch eine Frage der Zeit und des richtigen Mittels, ihn abzusetzen. Doch wie geht es nach Putin weiter?



Die größten Unterstützer*innen des heutigen Russlandes

Die Länder, aus denen die »Russische Föderation« besteht, stehen im Moment an einer historischen Weggabelung. Der Zusammenbruch von Putins Regime könnte emanzipatorische Prozesse in Gang setzen. Zweifellos werden sie nicht unmittelbar zu einem anarchistischen Modell führen – aber zumindest wird Russland dann keinen Krieg mehr mit dem Rest der Welt und seiner eigenen Bevölkerung führen. Auf der Welle des Wandels besteht auch die Chance auf größere Veränderungen des politischen Systems in Richtung einer stärkeren Dezentralisierung – zum Beispiel die vollständige Abschaffung des Präsidialsystems und der Übergang zu einer parlamentarischen Republik, worüber wir schon seit langem sprechen.

Es ist aber auch eine andere Version des »Was kommt nach Putin« möglich: eine noch stärkere Festigung des Regimes, eine vollständige Schließung aller Grenzen und ein Abbruch der internationalen Kontakte. Die Sperrung der Hälfte des Internets in Russland heute Abend ist nur die erste Maßnahme. Es wird keine Kraft mehr für Eroberungskriege geben, aber das wird die Situation für die Bevölkerung nicht verbessern: Sie wird sich in einen Zustand begeben, der an Nordkorea erinnert. Und es gibt kein anarchistische Bewegung in Nordkorea. Ganz und gar nicht.




Anti-Kriegs Demo in St. Petersburg, Russland.

Jetzt, in den kommenden Tagen und Wochen, bietet sich uns eine einmalige Gelegenheit. Putins autoritäres Regime hat einen fatalen Fehler begangen und ist ins Wanken geraten. Wenn der Kreml-Psychopath nicht auf den Atomknopf drückt, wird er nicht mehr lange im Amt sein. Und jetzt hängt alles von uns, den Bürger*innen Russlands, ab. Wenn wir schweigen, wird die Tagesordnung schnell von den Isolationist*innen und Konservativen übernommen, die auf den höchsten Regierungsebenen in der Mehrheit sind. Aber wenn wir selbst handeln, werden wir gewinnen. Ein rostiger Riese braucht nur einen Stoß, um zu Staub zu zerfallen.

Geht am 6. März auf die Straße. Wenn du am 6. März nicht kommen kannst, komm an anderen Tagen. Wenn du gar nicht auf die Straße gehen kannst, protestiere auf andere Weise gegen den Krieg: Verteile Flugblätter, klebe Aufkleber, schreibe »Nein zum Krieg« auf Masken, hänge Plakate von Balkonen. Redet endlich mit den Menschen. Das ist jetzt wichtiger als das Studium, wichtiger als die Arbeit, wichtiger als alles in der Welt. Jetzt entscheidet sich nicht nur das Schicksal der Ukraine, sondern auch das von Russland. Unsere Zukunft wird entschieden – und nur wir sind dann dafür verantwortlich, wie sie aussehen wird.
Der Winter neigt sich dem Ende zu. Der Frühling kommt.

Autonomous Action

**Links:**

https://avtonom.org

# Russische Anarchist*innen zur Invasion der Ukraine

## Updates und Analysen

Während die russische Invasion in der Ukraine voranschreitet, mobilisieren Anarchist*innen in ganz Russland weiterhin zum Protest – zusammen mit Tausenden von weiteren Russ*innen. Hier veröffentlichen wir zwei Erklärungen von langjährigen russischen anarchistischen Projekten, die eine Analyse der Situation in Russland und der möglichen Veränderungen durch den Einmarsch in die Ukraine bieten.

Am Sonntag, den 27. Februar, sind in Russland Proteste geplant. Wir warten noch auf einen Bericht von unseren Kontakten in der Ukraine, den wir veröffentlichen werden, sobald er eintrifft. Russland ist im Zuge der Invasion selbst zu einem Informationsschlachtfeld geworden. Die russische Regierung hat versucht, den Zugang zu Twitter zu sperren, damit die Menschen in Russland nicht sehen, was in der Ukraine oder anderswo in Russland geschieht. Auf der anderen Seite der Barrikaden wurde die Website des Kremls gehackt. Ob sich die russische Bevölkerung dazu entschließt, diese Invasion unter hohen Kosten für sich selbst zu unterstützen – oder sich Putins Agenda unter großem Risiko für sich selbst zu widersetzen –, kann sehr wohl bestimmen, was langfristig in der Ukraine geschieht.

> »Frieden ist ein Privileg, das denjenigen vorbehalten ist, die es sich leisten können, nicht in den von ihnen geschaffenen Kriegen zu kämpfen – in den Augen der Wahnsinnigen sind wir nur Zahlen auf einer Karte, wir sind nur Hindernisse auf ihrem Weg zur Weltherrschaft.«
>
> Tragedy, *Eyes of Madness*

## Position von Militant Anarchist zu Russlands Angriff auf die Ukraine

Die folgende Erklärung erschien gestern auf dem Telegram-Kanal von Militant Anarchist, einem Kollektiv in Russland, dessen Namen wir zuvor als »Anarchist Fighter« übersetzt haben.

## Die Position von Militant Anarchist zum Angriff Russlands auf die Ukraine

Unser Standpunkt zu den Ereignissen in der Ukraine ist in unseren früheren Beiträgen deutlich geworden. Wir hielten es jedoch für notwendig, sie noch einmal explizit zum Ausdruck zu bringen, um nicht etwas ungesagt zu lassen.

Wir, das Kollektiv von Militant Anarchist, sind keineswegs Fans des ukrainischen Staates. Wir haben ihn in der Vergangenheit wiederholt kritisiert und die Opposition gegen ihn unterstützt, und wir waren auch der Vorwand für groß angelegte Repressionen gegen den VirtualSim-Betreiber, die von den ukrainischen Sicherheitsdiensten in dem Versuch, uns zu bekämpfen, durchgeführt wurden.[21]

In Zukunft werden wir auf jeden Fall zu dieser Politik zurückkehren, wenn die Gefahr einer russischen Invasion nicht mehr besteht. Alle Staaten sind unter anderem Lager.

Aber was jetzt in der Ukraine passiert, geht über diese einfache Formel und den Grundsatz hinaus, dass jede*r Anarchist*in für die Niederlage seines Landes im Krieg kämpfen sollte. Denn es handelt sich nicht einfach um einen Krieg zwischen zwei annähernd gleichstarken Mächten und um die Neuverteilung der Einflusssphären des Kapitals, auf den man das Eskobarsche Axiom anwenden könnte.[22]

Was jetzt in der Ukraine geschieht, ist ein Akt imperialistischer Aggression: eine Aggression, die, wenn sie erfolgreich ist, überall zu einem Rückgang der Freiheit führen wird – in der Ukraine, in Russland und möglicherweise auch in anderen Ländern. Und es wird auch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass der Krieg weitergeht und zu einem globalen Krieg eskaliert.

Warum dies in der Ukraine der Fall ist, liegt aus unserer Sicht auf der Hand. Aber in Russland wird ein kleiner siegreicher Krieg (sowie externe Sanktionen) dem Regime das geben, was ihm derzeit fehlt. Der patriotische

---

21 für mehr Infos: https://virtualsim.net/police_terror.php?l=en

22 Eskobar war der Sänger einer ukrainischen Rockband namens »Bredor«. Vor langer Zeit sagte er in einem Interview einen berühmten Satz, der zu einem Meme wurde: ›Шо то хуйня, шо это хуйня‹ – ein prägnanter Ausdruck für etwas wie: »Wenn man gezwungen ist, sich zwischen zwei Optionen zu entscheiden, ohne dass es irgendeine Alternative gibt.«

Aufruhr – in einem Teil der Bevölkerung – wird ihm einen Freibrief für jede Aktion geben. Und sie werden in der Lage sein, alle wirtschaftlichen Probleme auf die Sanktionen und den Krieg zu schieben.

Eine Niederlage Russlands in der gegenwärtigen Situation wird die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Menschen aufwachen, so wie es 1905 [als Russlands militärische Niederlage gegen Japan zu einem Aufstand in Russland führte] oder 1917 [als Russlands Probleme im Ersten Weltkrieg zur Russischen Revolution führten] der Fall war – und ihre Augen für das öffnen, was im Lande geschieht.

Was die Ukraine betrifft, so wird ihr Sieg auch den Weg für die Stärkung der Demokratie an der Basis ebnen – denn wenn er erreicht wird, dann nur durch Selbstorganisation der Bevölkerung, gegenseitige Hilfe und kollektiven Widerstand. Dies sollte die Antwort auf die Herausforderungen sein, die der Krieg an die Gesellschaft stellt.

Außerdem werden die Strukturen, die für diese Selbstorganisation an der Basis geschaffen wurden, nicht verschwinden, sobald der Krieg vorbei ist.

Selbstverständlich wird ein Sieg die Probleme der ukrainischen Gesellschaft nicht lösen – sie müssen gelöst werden, indem man die Chancen nutzt, die sich für die Konsolidierung der Gesellschaft in der Instabilität des Regimes nach solchen Umwälzungen eröffnen. Eine Niederlage wird die Probleme jedoch nicht nur nicht lösen, sondern um ein Vielfaches verschlimmern.

All dies sind zwar wichtige Gründe für unsere Entscheidung, die Ukraine in diesem Konflikt zu unterstützen – nennen wir sie geopolitische Gründe; aber sie sind nicht einmal die Hauptgründe.

Die wichtigsten Gründe sind innere, moralische Gründe: Denn die einfache Wahrheit ist, dass Russland der Aggressor ist, dass es eine offen faschistische Politik betreibt. Es nennt Krieg Frieden. Russland lügt und tötet.

Aufgrund seiner aggressiven Handlungen sterben und leiden Menschen auf beiden Seiten des Konflikts. Ja, auch die Soldat*innen, die jetzt in den Fleischwolf des Krieges getrieben werden (nicht mitgezählt die Bastarde, für die »Krieg Mutter Natur ist«, die unserer Meinung nach kaum Menschen sind). Und das wird so lange weitergehen, bis das Russische Empire gestoppt wird.

Deshalb fordern wir alle, die dies lesen und nicht gefühllos sind, auf, sich mit der ukrainischen Bevölkerung (nicht mit dem Staat!!!) zu solidarisieren und ihren Kampf für Freiheit gegen Putins Tyrannei zu unterstützen.

Wir leben in einer historischen Zeit. Lasst uns dafür sorgen, dass diese historischen Ereignisse nicht beschämend sein werden, sondern, dass wir stolz darauf sein können.

Freiheit für die Menschen in der Welt! Frieden für die Menschen in der Ukraine! Nein zu Putins Aggression! Nein zum Krieg!




Anti-Kriegs-Demonstrant*innen demonstrieren mit einem Transparent in Moskau. In der Nacht zum 24. Februar marschierten Anarchist*innen wiederholt mit diesem Transparent. Berichten zufolge formierten sich die Anarchist*innen selbst nach der Auflösung der Hauptdemonstration durch die Polizei und zahlreichen Verhaftungen neu und demonstrierten erneut, bis die Polizei sie angriff und verhaftete. Der Mut, den die Demonstrant*innen in Russland gezeigt haben, ist beeindruckend.

# Die Abenddämmerung vor der Morgendämmerung

Der folgende Text erschien als Podcast auf Russisch auf der Website von Autonomous Action.

## Krieg

Am Donnerstagmorgen hat Putin den größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Er versteckt sich hinter den angeblichen Interessen des separatistischen Teils des Donbass. Die DPR und die LPR waren jedoch mit der Anerkennung ihrer Staatlichkeit, dem offiziellen Einmarsch der russischen Armee und den versprochenen anderthalb Billionen Rubel absolut zufrieden. Es sei daran erinnert, dass die Miet- und Lebensmittelpreise in Russland selbst seit vielen Monaten von Tag zu Tag gestiegen sind.

Der Kreml hat absurde Forderungen an die Kyjiwer Regierung gestellt – beginnen wir mit der »Entnazifizierung«. Es stimmt, dass sich die ukrainische Ultra-Rechte – dank ihrer aktiven Beteiligung an den Majdan – Protesten 2014 eine herausragende Position in Politik und Strafverfolgungsbehörden gesichert hat. Aber bei allen Wahlen in der Ukraine seit 2014 haben sie nicht mehr als ein paar Prozentpunkte der Stimmen gewonnen. Der Präsident der Ukraine ist jüdisch. Das Problem der ukrainischen Ultra-Rechten muss gelöst werden, aber das lässt sich nicht mit russischen Panzern lösen. Die anderen Vorwürfe des Kremls gegen die Ukraine – Korruption, Wahlmanipulation und korrupte Gerichte – sollte der Kreml viel eher gegen sich selbst richten. Jetzt sind die russischen Truppen im wahrsten Sinne des Wortes Besatzer*innen in einem fremden Land – ganz gleich, wie sehr dies den Erwartungen all jener widerspricht, die mit Geschichten über den Großen Vaterländischen Krieg aufgewachsen sind.

Russland befindet sich in internationaler Isolation. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, und sogar die Taliban fordern Putin auf, die Feindseligkeiten einzustellen. Europa und die Vereinigten Staaten verhängen jeden Tag neue Sanktionen gegen Russland.

Während wir diesen Text verfassen, ist der dritte Tag des Krieges angebrochen. Die russische Armee ist der ukrainischen klar überlegen, aber der

Krieg scheint nicht genau nach Putins Plan zu verlaufen. Offensichtlich rechnete er mit einem Sieg in ein oder zwei Tagen mit wenig oder gar keinem Widerstand, aber es gab auf dem gesamten Gebiet der Ukraine schwere Kämpfe.

Die Russ*innen und die ganze Welt sehen nun Videos, auf denen Bomben in Wohnhäuser einschlagen, ein gepanzertes Fahrzeug einen älteren Menschen überfährt, Leichen und Schüsse zu sehen sind.

Roskomnadsor [der Föderale Dienst der russischen Regierung für die Überwachung von Kommunikation, Informationstechnologie und Massenmedien] versucht immer noch, das gesamte Internet zu unterdrücken, indem er fordert: »Nennt dies nicht einen Krieg, sondern eine spezielle Operation«. Aber kaum jemand nimmt sie noch ernst. Solange das Internet in Russland nicht komplett abgeschaltet ist, gibt es genügend Informationsquellen. Für den Fall der Fälle empfehlen wir wieder einmal, Tor mit Bridges, VPN und Psiphon im Voraus einzurichten.

Die Auswirkungen der Sanktionen und des Krieges bekommen die Russ*innen gerade erst zu spüren: In den meisten Moskauer Geldautomaten war am Freitag kein Papiergeld mehr zu finden. Und warum? Weil die Menschen am Tag zuvor 111 Milliarden Rubel von den Banken abgehoben haben, und zwar ihre gesamten Ersparnisse. Der Immobilienmarkt ist zusammengebrochen, wobei der Bau von Wohngebäuden der wichtigste Zweig der russischen Wirtschaft ist. Die ausländische Automobilindustrie stellt nach und nach die Lieferung von Autos nach Russland ein. Die Wechselkurse von Dollar und Euro werden von der Zentralbank künstlich beschränkt. Die Aktien aller russischen Unternehmen sind stark gefallen. Allen ist klar, dass es nur noch schlimmer werden kann.

## Nur Putin braucht das

Die russische Reaktion auf den Krieg in der Ukraine ist völlig anders als im Jahr 2014 [als Russland nach der ukrainischen Revolution die Krim eroberte]. Viele Menschen, darunter auch Prominente, die für die Regierung gearbeitet haben, fordern ein sofortiges Ende des Krieges. Bemerkenswert ist die Entfernung von Iwan Urgant, dem führenden russischen Fernsehstar, aus der Sendung.

Die große Mehrheit derjenigen, die Putin noch unterstützen, ist auch gegen den Krieg. Der*die durchschnittliche Putin-Anhänger*in denkt gerade, dass alles kalkuliert ist, der Krieg wird sich nicht lange hinziehen,

die russische Wirtschaft wird überleben. Denn ja, es ist nicht leicht, mit der Erkenntnis zu leben, dass das eigene Land von einem Wahnsinnigen regiert wird – einem Don Quijote mit einer Millionen starken Armee, einer der stärksten der Welt, einem Don Quijote mit einer Atomwaffe, die die gesamte Menschheit vernichten kann. Es ist schwer zu begreifen, dass man, nachdem man zweitklassige Politikwissenschaftler*innen und Philosoph*innen gelesen hat, ein benachbartes befreundetes Land bombardieren und seine eigene Wirtschaft zerstören kann.

Putin, der in seiner unbegrenzten Macht schwelgt, hat sich allmählich von der Realität entfernt: Es gibt Geschichten darüber, dass »Normalsterbliche« – die sich aus irgendeinem Grund mit dem russischen Präsidenten treffen müssen – davor in zweiwöchige Quarantäne müssen, über gigantisch lange Tische, an denen Putin sowohl seine Minister, als auch die Chefs anderer Staaten empfängt.

Putin war immer ein Politiker, der die Interessen der Sicherheitskräfte und der Oligarchen ausbalanciert hat. Jetzt ist der Präsident aus dieser







Russische Flugblätter gegen die Invasion mit der Aufschrift
»Ihr zahlt für Putins Krieg – Steuern, geschlossene Grenzen, Armut, Versorgungsengpässe, Informationsvakuum – kein Krieg!« und »Nein zur militärischen Invasion in der Ukraine: Frieden der Bevölkerung, Krieg den Herrschenden!«

Rolle herausgetreten, nachdem er sich auf eine unabhängige Reise durch das grenzenlose Meer der Senilität begeben hat. Wir sind bereit, eine Flasche des besten Whiskeys darauf zu wetten, dass der Herr Präsident in naher Zukunft einen Staatsstreich aus den eigenen Reihen erleben könnte.

Russland könnte das Jahr 2023 mit einem anderen Herrschaftssystem und einem anderen Charakter im Kreml erleben. Was das sein wird, ist unbekannt. Aber im Moment ist es die Abenddämmerung vor der Morgendämmerung.

In der Zwischenzeit finden in Russland Proteste gegen den Krieg statt. Anarchist*innen beteiligen sich an ihnen in Moskau, St. Petersburg, Kasan, Perm, Irkutsk, Jekaterinburg und anderen Städten. In Russland ist es äußerst schwierig, Demonstrationen auf der Straße zu organisieren; dies ist mit administrativen und strafrechtlichen Konsequenzen verbunden, ganz zu schweigen von der guten alten Polizeigewalt. Aber die Menschen gehen trotzdem auf die Straße. Tausende wurden bereits verhaftet, aber die Proteste gehen weiter. Russland ist gegen diesen Krieg und gegen Putin! Geht auf die Straße – wann und wo immer ihr es für richtig haltet. Schließt euch mit Freund*innen und Gleichgesinnten zusammen. In den sozialen Netzwerken wird Sonntag um 16.00 Uhr als Zeitpunkt für eine allgemeine Protestaktion vorgeschlagen. Dieser Tag und diese Stunde sind nicht schlechter als jeder und jede andere. Ladet auf unserer Website und in den sozialen Netzwerken Anti-Kriegs-Flugblätter zum Verteilen und Aufhängen herunter!

Inzwischen beteiligen sich die ukrainischen Anarchist*innen an der territorialen Verteidigung ihrer Städte. Für sie ist es jetzt schwieriger als für die Menschen in Russland, aber es ist ein und dieselbe Verteidigung. Es ist die Verteidigung der Freiheit gegen die Diktatur, des Willens gegen die Knechtschaft, der gewöhnlichen Menschen gegen wahnsinnige Präsidenten.

## Zu den Schafen

Wenn Putin wie durch ein Wunder plötzlich zur Vernunft kommt und der Krieg eines Tages endet, sind wir dann bereit, »zu unseren Schafen zurückzukehren«, wie die Franzos*innen sagen? Es ist wahrscheinlich, dass wir aus dem Europarat herausgeworfen werden. Damit werden die Russ*innen die Möglichkeit verlieren, sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wenden, und bald wird der Kreml die Todesstrafe wieder einführen. Kehren wir zunächst zu den Nachrichten im Geiste der letzten Jahre zurück: Die Staatsduma [ein gesetzgebendes Organ in der

regierenden Versammlung Russlands] verabschiedet derzeit ein Gesetz, nach dem ein*e Wehrpflichtige*r selbst zum Einberufungsamt kommen muss, anstatt auf eine Vorladung zu warten. Putin hat kürzlich auch die Gehälter der Polizei erhöht. Und die Staatsanwaltschaft fordert in einem Appell, die Haftstrafe des Anarchisten Nikita Uvarov aus Kansk, der im berühmten »Minecraft-Terrorismusfall« verurteilt wurde, von fünf auf neun Jahre zu erhöhen.
Ihr wisst selber, was davon zu halten ist.
Freiheit für die Menschen! Tod den Imperien!

## Anarchist Black Cross, St. Petersburg
## Statement gegen den Krieg

Wir, die Anarchist*innen von St. Petersburg, sind entschieden gegen den imperialistischen Eroberungskrieg, entfesselt durch die Russische Föderation auf dem Territorium der Ukraine. Es gibt keine neutrale Position in diesem Konflikt und die kann es auch nicht geben.

Wir glauben, dass eine Militäroperation gegen die Ukraine nur dazu dient, das derzeitige politische Regime in Russland zu erhalten – um sicherzustellen, dass Putin, der seit mehr als 20 Jahren an der Macht ist, der mehrere blutige Militärangriffe ausgelöst hat, der Dutzende Journalist*innen, Antifaschist*innen und oppositionelle Aktivist*innen unterdrückt hat, der die Meinungsfreiheit und die Menschenrechte in Russland zerstört hat, der die große Mehrheit der Bevölkerung in Armut gestürzt hat, auf unbestimmte Zeit Präsident der Russischen Föderation bleiben kann.

Diejenigen, die Schuld an diesen Kriegsverbrechen, welche jetzt vor unseren Augen stattfinden – Raketenangriffe auf Städte und Dörfer, Tötung von Zivilist*innen, Einsatz verbotener Munition – sind nicht nur diejenigen, die befehle erteilen und sich an Feindseligkeiten beteiligen, sondern auch diejenigen, die diese Aktionen direkt oder indirekt unterstützen oder entschuldigen.
Wir rufen jede*n dazu auf, mit allen Mitteln ein Ende des Krieges und den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine zu fordern!
No Pasaran!

Anarchist Black Cross, St. Petersburg

# Widerstand von Unten gegen Putins Invasion

In diesem Kurzbericht geben wir einen Überblick über die aktuellen [24.02.2022] Widerstandsaktivitäten gegen die russische Invasion in der Ukraine – sowohl aus russischer Perspektive, von jenen, die unter den repressiven Bedingungen der russischen Gesellschaft leben, als auch von ukrainischer Seite, die die volle Wucht der militärischen Angriffe zu spüren bekommen. Es gäbe noch viel mehr zu diesem Thema zu sagen, als wir hier behandeln können. Wir werden in Kürze auf Analysen zurückkommen, aber jetzt geht es uns vor allem darum, diese Informationen schnell zur Verfügung zu stellen. Diejenigen, die Hintergrundinformationen benötigen, können hier mit der russischen oder hier mit der ukrainischen Perspektive beginnen.

Am 24.02. haben Russ*innen an riskanten illegalen öffentlichen Demonstrationen im ganzen Land teilgenommen; in diesem Twitter-Thread könnt ihr Filmmaterial von mehreren Demonstrationen sehen. Ukrainische Anarchist*innen riefen zu Demonstrationen vor russischen Botschaften und Konsulaten in aller Welt auf. Bisher liegen uns Berichte über Demonstrationen in Finnland, der Türkei, auf den Philippinen, Frankreich, der Schweiz und mehreren Städten in Deutschland vor (darunter Flensburg, Hamburg, Bonn, Berlin und Dresden). In Israel gab es Demonstrationen in Haifa und Tel Aviv. In den Vereinigten Staaten gab es Solidaritätsaktionen vor den Konsulaten in Seattle und anderen Orten. An vielen dieser Demonstrationen nahmen Hunderte von Menschen teil.

## Statement von Food not Bombs Moskau

Eine eilige Übersetzung einer Erklärung von Food Not Bombs Moscow, das am 24.02. auf ihrem Telegram-Kanal erschien.

Wir werden uns nie auf die Seite dieses oder jenes Staates stellen, unsere Flagge ist schwarz, wir sind gegen Grenzen und skrupellose Präsidenten. Wir sind gegen Kriege und die Ermordung von Zivilist*innen. Paläste, Jachten, Gefängnisstrafen und Folter für kritische Russ*innen – das alles ist Putins imperialer Bande nicht genug, sie sollen auch noch Krieg und die Eroberung neuer Gebiete bekommen. Und so fallen die »Verteidiger des

Vaterlandes« in die Ukraine ein und bombardieren Wohngebiete. Riesige Summen werden in Mordwaffen investiert, während die Bevölkerung immer mehr verarmt. Es gibt Menschen, die nichts zu essen haben und nirgendwo unterkommen können, und zwar nicht, weil es nicht genug Ressourcen für alle gibt, sondern weil sie ungerecht verteilt sind: Der eine hat viele Paläste, während andere nicht einmal eine Hütte bekommen haben. Um die Gewinne für sich zu behalten und zu steigern, erklärt die Regierung Kriege. Wer wird die Eingeweide mit den Händen einsammeln, wem werden Arme und Beine durch Explosionen abgerissen, wessen Familien werden ihre Kinder begraben? Selbstverständlich betrifft dies alles nicht die herrschende Minderheit.

Wir müssen uns dem militaristischen Regime und dem Krieg, den es führt, mit aller Kraft widersetzen. Verbreitet Informationen unter euren Mitstreiter*innen, kämpft, so gut ihr könnt. No War, but Class War. Solidarität statt Bomben.

## Interview: Das Widerstandskomitee, Kyiv

Wir führten ein Audio-Interview mit einem Sprecher des »Widerstandkomitees«, der neu gegründeten anarchistischen Koordinationsgruppe in der Ukraine. Sie werden hier öffentliche Anfragen darüber beantworten, was Anarchist*innen in der Ukraine tun und erleben. Wir haben das Interview während des Gesprächs transkribiert.

Das »Widerstandskomitee« ist ein Koordinationszentrum, das Anarchist*innen verbindet, die sich auf verschiedene Weise am Widerstand gegen die Invasion beteiligen. Einige sind derzeit an der Front, andere berichten medial über die Verhältnisse im Widerstand – in der Hoffnung, denjenigen, denen die Ukraine fremd ist, die Situation in der Ukraine zu vermitteln und Anarchist*innen anderswo zu erklären, warum sie glauben, dass der Widerstand gegen Putin mit Befreiung verbunden ist. Das Projekt wird sich auch an einigen Unterstützungsprojekten der ukrainischen Zivilgesellschaft (bzw. dem, was davon im Zuge der Invasion noch übrig geblieben ist) beteiligen. In Mariupol beispielsweise haben einige Teilnehmer*innen dem Zentrum, das vom Krieg verwaiste Kinder aufnimmt, materielle Unterstützung zukommen lassen. Außerdem wird einigen Mitstreiter*innen bei der Flucht aus der Konfliktzone geholfen, »Dutzende und Aberdutzende« von Anarchist*innen und Antifaschist*innen bleiben allerdings, um am Widerstand teilzunehmen.

Die Mitglieder des Komitees beobachten momentan, welche Projekte der gegenseitigen Hilfe in Kyjiw aus den Bemühungen der gesamten Bevölkerung hervorgehen und an welchen sie sich als Anarchist*innen am effektivsten beteiligen können.

Die Person, mit der wir gesprochen haben, befindet sich derzeit in Kyjiw; andere sind bereits abgereist, um an der Territorialverteidigung in den Regionen um Kyjiw teilzunehmen. In Kyjiw verlassen viele Menschen die Stadt, aber seit dem Morgen, als die russische Luftwaffe militärische Ziele in der Umgebung der Stadt angriff und auch einige zivile Wohngebiete in den Außenbezirken, darunter Brovary, traf (wobei Dutzende von Menschen getötet wurden) gab es keine Luftangriffe mehr.

In Kyiv ist die Atmosphäre angespannt, aber es gibt noch keine Kämpfe in der Stadt, nur die Luftangriffe vom Morgen. Die Anarchist*innen haben bisher keine Verluste zu beklagen, sind aber ernsthaften Risiken ausgesetzt. Es ist eine schwierige Situation, aber bisher ist die Stimmung unter den Beteiligten gut. Die meisten Beteiligten an diesem Projekt rechneten im Allgemeinen mit dem baldigen Beginn der Invasion, aber sie hatten nicht mit dem heutigen Tag gerechnet und waren auch mental nicht vollständig darauf vorbereitet. In der Tat haben sie monatelang geplant und vorbereitet, aber jetzt bemerken sie, was in ihren Vorbereitungen alles unvollendet geblieben ist. Dennoch haben sie in eiligen Sitzungen dieses Koordinierungsprojekt auf die Beine gestellt.

Der Sprecher beschrieb ihr unmittelbares Ziel: Es gehe nicht darum, den ukrainischen Staat zu schützen, sondern die Bevölkerung der Ukraine und die Form der ukrainischen Gesellschaft, die immer noch pluralistisch sei, auch wenn der ukrainische Staat selbst neoliberal und ein Nationalstaat mit Nationalismus und all den anderen schrecklichen Dingen sei, die damit einhergehen. »Unsere Idee ist, dass wir den Geist dieser Gesellschaft dagegen verteidigen müssen, dass er von Putins Regime zerschlagen wird, was die gesamte Existenz der Gesellschaft bedroht.«

Von diesem unmittelbaren Ziel ausgehend, sagte der Sprecher, dass sie hoffen, der russischen militärischen Aggression entgegenzutreten und gleichzeitig anarchistische Perspektiven sowohl innerhalb der ukrainischen Gesellschaft, als auch in der ganzen Welt zu fördern, um zu zeigen, dass Anarchisten in diesen Kampf involviert sind, dass sie darin Partei ergriffen haben – nicht auf Seiten des Staates, sondern auf Seiten der Menschen, die von der Invasion betroffen sind, auf Seiten der Gesellschaften der Menschen, die in der Ukraine leben.

»Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass sich die gesamte Bevölkerung gegen die Invasion wehrt. Selbstverständlich sind einige Menschen auf der Flucht, aber jede Kraft, die in die politische Entwicklung dieses Ortes in der Zukunft ein Interesse hat, muss sich jetzt auf die Seite der Menschen hier stellen. Wir wollen versuchen, in größerem Umfang mit den Menschen hier in Verbindung zu treten und uns mit ihnen zu organisieren. Unsere langfristige Aufgabe, unser Traum ist es, eine sichtbare politische Kraft innerhalb dieser Gesellschaft zu werden, um eine echte Chance zu erhalten, eine Botschaft der sozialen Befreiung für die Menschen zu fördern.«

In Reaktion auf die Aussage, dass sich »die gesamte Bevölkerung gegen die Invasion wehrt«, fragten wir nach, ob dies auch die Menschen in den »Republiken«, der Luhansker Volksrepublik [LNR] und der Donezker Volksrepublik [DNR], einschließt – den Regionen in der Ostukraine, die seit 2014 von den von Russland bewaffneten und finanzierten separatistischen Kräften besetzt sind und die Putin gerade als »unabhängig« anerkannt hat.

»Ehrlich gesagt«, antwortete der Sprecher, »habe ich wenig Ahnung von den Menschen in den so genannten Republiken; ich lebe erst seit einigen Jahren hier« – aufgewachsen in einem Nachbarland – »und war noch nie im Südosten«. Es stimmt, dass es einige Sprachkonflikte gegeben hat, die von lokalen Rechtsextremisten unangemessen und stark verschärft wurden. Aus diesem Grund sahen wir in den »Republiken« einige Menschen, die russische Staatsflaggen schwenkten, um die Truppen zu begrüßen, obwohl diese »Unabhängigkeit« das Gegenteil bedeutet, nämlich die völlige Unterwerfung unter Putin. Gleichzeitig sahen wir in der Nähe der Schützengräben, auf der anderen Seite der Frontlinien, Tausende von Menschen, die die ukrainischen Nationalflaggen schwenkten. Auch das gefällt uns als Anarchist*innen nicht, aber es bedeutet, dass die Menschen bereit sind zu kämpfen – dass sie bereit sind, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, nicht nur als Staat, sondern als Gesellschaft.«

**weiter Bücher bei immergrün:**




CrimethInc. u. a.
**Aufstand im Iran**
**Die feministische Revolte**
978-3-910281-05-9

Dieser Band gibt erste Einblicke in das jüngste Protestgeschehen im Iran. Die Ermordung Jina Aminis durch die Revolutionsgarden war der Funke, an dem sich der feministische Aufstand im Iran erneut entzündet hat.




CrimethInc. u. a.
**Sudan**
**Der Traum von Frieden,**
**Freiheit und Gerechtigkeit**
978-3-910281-06-6

»Unsere Revolution ist die Revolution der Frauen«
Ein Sammelband über die Revolutionen gegen das Bashir-Regime 2019 und das Militär-Regime 2021.




CrimethInc. u. a.
**Das Gebot der Ordnung**
**Die Wahl 2022 in Brasilien**
978-3910281-07-3

Die Euphorie eines Teils der Bevölkerung über den Wahlsieg von Lula Alkmin (PT-PSB) am Sonntag war nur von kurzer Dauer.
Das Buch versammelt vor allem anarchistische Stimmen und Einschätzungen zu den Wahlen 2022 in Brasilien.




Xosé Tarrio
**Hau ab, Mensch!**
978-3-910281-00-4

Xosé Tarrio war an verschiedenen Aufständen in spanischen Knästen beteiligt und erlebte die Einführung des F.I.E.S.-Systems – eines der perfiden Instrumente des Staates um das Individuum zu brechen. Diesem hält er Freundschaft, einen rebellischen Geist und den Willen zur Freiheit entgegen.




gata preta
**Ich vermisse euch wie Sau**
978-3-910281-02-8

Ricardo war u.a. in der Graffiti-, HausbesetzerInnen- und Antifaszene aktiv und lebte von 2014 bis 2017 in Moçambique, anfangs in der Illegalität und später im Exil. Dieses Buch ist der Versuch von GefährtInnen und FreundInnen, eine Auseinandersetzung zum Thema Flucht, Exil und Illegalität zu führen.




Ex-Anti-NATO-Gruppe Freiburg
**Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus … aus?**
**Texte zur DDR und Staatskapitalismus**
978-3-910281-03-5

Die 1992 formulierte Kritik setzt auf den verschiedenen Ebenen (Ökonomie, Autoritätsverhältnis, Frauen usw.) an und verdeutlicht warum die DDR kein Anknüpfungspunkt emanzipatorischer Politik war und ist.